

30. Juli 2013

Lammert stellt seine Dissertation ins Netz

Bundestagspräsident Lammert hat zu anonym gegen ihn erhobenen Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens bei der Erstellung seiner 1974 eingereichten Dissertation erklärt, er habe seine Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen verfasst und sei von ihrer wissenschaftlichen Qualität überzeugt. Unmittelbar nachdem ihm gestern die Vorwürfe bekannt wurden, habe er die Ruhr-Universität Bochum um Prüfung gebeten. Um interessierten Leserinnen und Lesern die Möglichkeit zu geben, sich einen eigenen und vollständigen Eindruck von der Dissertation zu verschaffen, veröffentlicht er sie hier im Internet.

Studien zur Kommunalpolitik

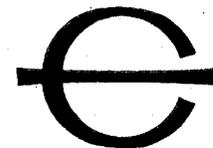
Schriftenreihe des
Instituts für Kommunalwissenschaften
Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung

Band 5

Lokale Organisationsstrukturen innerparteilicher Willensbildung

Fallstudie
am Beispiel eines CDU-Kreisverbandes
im Ruhrgebiet

Mi 92945 Deutscher
Bundestag 3. 6.76



EICHHOLZ VERLAG

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	IX
0. Vorbemerkung	XI
1. Parteienforschung — Anmerkungen zum Verlauf und Stand der wissenschaftlichen Diskussion	1
1.1. Theoretische Ansätze	2
1.2. Empirische Untersuchungen	7
1.3. Entwicklungstendenzen	10
2. Demokratie in Organisationen	14
2.1. Parteien als Organisationen	16
2.2. Problemfelder innerorganisatorischer Demokratie	21
2.2.1. Führungs- und Machtverhältnisse	21
2.2.2. Umweltbedingungen und -einflüsse	23
2.2.3. Organisationsstrukturen	25
2.2.4. Innerorganisatorischer Wettbewerb	27
2.3. Problemverschiebungen	30
2.4. Problemstellung	31
3. Parteien im Parteienstaat	33
3.1. Die formalen Voraussetzungen	33
3.2. Die realen Verhältnisse	36
3.3. Aufgaben und Funktionen	39
4. Politik in Gemeinden	42
4.1. Gemeindeerlebnis	42
4.2. Politikererlebnis	47
4.3. Gemeindliche Interessenvertretung	51
5. Partizipation in Parteien — Regionale und nichtregionale Organisationsstrukturen als Partizipationsfelder innerparteilicher Willensbildung	56
5.1. Die innerparteiliche Organisationsstruktur auf kommunaler Ebene	58
5.1.1. Gliederung der Organisation (Ortsverbände — Vereinigungen — Arbeitskreise/Kommissionen/Ausschüsse)	58
5.1.2. Funktionen und Bedeutung der Parteiorgane (Parteitag, Parteiausschuß, Parteivorstand)	60

5.1.3.	Mitglieder- und Führungsstrukturen	69
5.2.	Die Leistungsfähigkeit regionaler Organisationsstrukturen	74
5.2.1.	Artikulationsfunktion	75
5.2.2.	Integrationsfunktion	77
5.2.3.	Kommunikationsfunktion	80
5.2.4.	Selektionsfunktion	82
5.3.	Der Beitrag nichtregionaler Organisationsstrukturen	85
5.3.1.	Die Vereinigungen	86
5.3.2.	Die Arbeitskreise und Kommissionen	93
5.4.	Die Öffentlichkeitswirkung der kommunalen Parteiorganisation	96
5.5.	Reformansätze innerparteilicher Organisationsstrukturen	100
5.5.1.	Partizipation und Interesse	100
5.5.2.	Demokratie und Effizienz	105
5.5.3.	Konfliktregelung und Kompetenzverteilung	107
5.5.4.	Partizipationschancen eines regional- und problemorientierten Organisationsmodells	110
5.5.4.1.	Artikulationsfunktion	110
5.5.4.2.	Integrationsfunktion	111
5.5.4.3.	Kommunikationsfunktion	112
5.5.4.4.	Selektionsfunktion	113
5.5.5.	Politisierung der Parteien	114
 Dokumentation		
	Einführende Erläuterungen zur Dokumentation	118
 1. Satzung des Kreisverbandes		
		118
 2. Geschäftsbericht des Kreisverbandes		
		128
 3. Statistische Daten		
		142
3.1.	Mitgliederstruktur des Kreisverbandes	142
3.2.	Finanzen des Kreisverbandes	144
 4. Kreisparteitage		
		145
4.1.	Ordentlicher Kreisparteitag am 24. 3. 73, Tagesordnung und Anträge	145
4.2.	Rundschreiben des Kreisgeschäftsführers zur Verschiebung des a. o. Parteitages	155

4.3.	Außerordentlicher Kreisparteitag am 26. 1. 74 Tagesordnung und Anträge	155
 5. Regionalstrukturen: Ortsverbände		
		160
5.1.	Rundschreiben an alle Mitglieder des OV W. (Aktivierung der Mitglieder)	160
5.2.	Rundschreiben an alle Mitglieder des OV S. (Mitarbeit in Ausschüssen)	161
5.3.	Einladungsschreiben zu einer Veranstaltung des OV S.	161
5.4.	Entschließung des OV S. zur Mitbestimmung	162
5.5.	Geschäftsbericht des OV H.	163
5.6.	Schreiben des Kommunalpolitischen Arbeitskreises der CDU und JU des OV H. an die CDU-Ratsfraktion	168
5.7.	Rundschreiben an alle Mitglieder der CDU und JU des OV H. (öffentl. Fraktionssitzung)	170
5.8.	Jahresbericht 1973 des OV Q.	171
5.9.	Rundschreiben an die Mitglieder des OV Q. (Organisation der Arbeit im OV)	174
5.10.	Antrag des OV Q. an den Kreisvorstand	175
5.11.	Geschäftsbericht des OV G./H.	175
5.12.	Neubürgerbrief des OV G./H.	179
5.13.	Austrittsschreiben eines CDU-Mitgliedes	180
 6. Nichtregionalstrukturen: Vereinigungen/Arbeitskreise/ Kommissionen		
		181
6.1.	Schreiben der CDA B. und W. an den CDU-Bundesvorstand	181
6.2.	Austrittsschreiben eines führenden CDU- und CDA-Mitgliedes	182
6.3.	Tagungsunterlagen (mit Geschäftsbericht) zur Hauptversammlung der CDA-Sozialausschüsse	182
6.4.	Geschäftsbericht des Kreisvorstandes der Jungen Union	186
6.5.	Schreiben der Jungen Union an alle Funktionsträger der CDU des Kreisverbandes	191
6.6.	Austrittsschreiben von JU-Mitgliedern	193
6.7.	Tätigkeitsbericht der Frauenvereinigung	193
6.8.	Arbeitsprogramm der Frauenvereinigung	195
6.9.	Zwischenbericht der Arbeitsgruppe »Wahlanalyse«	197
 7. Modellversuch »Kreisverbandsarbeit« des CDU-Bundesverbandes		
		199
 Literaturverzeichnis		
		208
 Sachregister		
		223

Vorwort des Herausgebers

Die vorliegende Arbeit wurde vom Verfasser unter dem Titel »Die Bedeutung regionaler und nichtregionaler Organisationsstrukturen im Willensbildungsprozeß politischer Parteien auf unterer Organisationsebene — dargestellt am Beispiel eines CDU-Kreisverbandes im Ruhrgebiet« im Oktober 1974 als Dissertationsschrift der Abteilung für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum vorgelegt.

Sie ist für den Herausgeber deshalb von besonderem Interesse, weil die Lücken der lokalen Parteienforschung unübersehbar sind und die Notwendigkeit, die lokale Parteiorganisation einer systematischen Erforschung zu unterziehen, unbestritten ist.

Die lokale Parteiorganisation hat im Hinblick auf die zentrale Rolle, die den politischen Parteien in unserem politischen System zukommt, wichtige Funktionen zu erfüllen. Seit einigen Jahren ist jedoch häufig von einem Funktionsdefizit der etablierten politischen Parteien und vom Versuch zahlreicher Bürgerinitiativen die Rede, politische Interessenvertretung in der Gemeinde außerhalb der etablierten Parteien zu organisieren und durchzusetzen. Die viel beachteten Bürgerinitiativen signalisieren nicht nur Unzufriedenheit mit der Bürokratie, sondern enthüllen auch Schwächen der Parteien.

Das Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung hat deshalb im vergangenen Jahr ein umfassendes Forschungsprojekt in Angriff genommen, das die Strukturprobleme des lokalen Parteiensystems zum Gegenstand hat und dessen Ergebnisse im Band 6 dieser Schriftenreihe veröffentlicht werden. Obwohl sich die vorliegende Arbeit in ihrem theoretischen Ansatz und empirischen Bezug von unserem Forschungsprojekt unterscheidet, kommen beide Studien zu sehr ähnlichen Ergebnissen und ergänzen sich damit gegenseitig.

Lammert vertritt die Auffassung, daß die Parteien auf kommunaler Ebene nicht oder nur unzureichend in der Lage sind, konkrete Interessen und Bedürfnisse der Bürger zu artikulieren und zu organisieren. Diese Leistungsschwäche kennzeichne das eigentliche Dilemma regional organisierter Parteistrukturen: »Sie sind aufgrund ihrer Struktur zur Erfüllung derjenigen Funktionen, die sie wahrnehmen sollen und wollen, kaum in der Lage, andererseits aber prädestiniert für ein besonderes Angebot an politischer Information, für das bei den eigenen Mitgliedern nur eine geringe Nachfrage besteht.« Das in der Organisationsstruktur der Parteien dominierende Regionalprinzip berücksichtige zu wenig die konkreten Interessen des Bürgers an der Politik, es überschätze die Bedeutung der örtlichen Bezugseinheit und erschwere die notwendige Konfrontation der Parteien mit den parzellierten Interessen an der Politik.

Da Politik in konkreten Sachproblemen und weniger in den für den einzelnen oft zufälligen regionalen Bereichen erlebt werde, schlägt er eine Ergänzung der weitgehend regional gegliederten Parteiorganisation durch gruppen- und problemorientierte Strukturen vor. Neben dem Kreisverband bzw. Unterbezirksverband oder neben dem Ortsverband im Bereich kleiner, aber selbständiger Gemeinden soll ein flexibles System von Arbeitskreisen, Projektgruppen, Ausschüssen und ähnliches geschaffen werden.

Der Verfasser weist zu Recht darauf hin, daß es grundsätzlich kein Patentrezept für die Parteiarbeit schlechthin gibt, weder für ihre praktische politische Arbeit noch für ihre organisatorische Struktur. Trotzdem ist zu hoffen, daß die vorliegende Arbeit der wissenschaftlichen und parteiinternen Diskussion neue Impulse gibt.

Bonn, im Dezember 1975

Franz Schuster

0. Vorbemerkung

Die Problematik innerparteilicher Demokratie ist eines der Standardthemen der Politikwissenschaft. Die Bedeutung dieses Problems ist zu offensichtlich, als daß die Fülle der dazu vorliegenden Literatur einer besonderen Rechtfertigung bedürfte. Weniger einleuchtend und befriedigend erscheint dagegen das insbesondere die deutsche Parteienforschung kennzeichnende Mißverhältnis von allgemeinen theoretischen Beiträgen und konkreten empirischen Untersuchungen, die weitgehend ausgeblieben sind.

Die hiermit vorgelegte Studie will innerparteiliche Willensbildung auf unterer, kommunaler Organisationsebene am konkreten Beispiel eines CDU-Kreisverbandes im Ruhrgebiet untersuchen und in ihren organisatorischen Bedingungen darstellen. Dabei sollen insbesondere Struktur und Leistungsfähigkeit regionaler (Ortsverbände) und nichtregionaler (Vereinigungen, Arbeitskreise u. ä.) Organisationsstrukturen aufgezeigt und einem kritischen Vergleich unterzogen werden. Der in Fragestellung und Gegenstand bewußt eingegrenzten Untersuchung liegen insofern zwei Hypothesen zugrunde:

1. Das Postulat innerparteilicher Demokratie ist auch und nicht zuletzt ein Organisationsproblem;
2. Die Dominanz des Regionalprinzips innerhalb der Parteiorganisation ist weder theoretisch noch praktisch gerechtfertigt.

Die Bedeutung der regionalen und nichtregionalen Organisationsstrukturen im innerparteilichen Willensbildungsprozeß, ihre Leistungsfähigkeit und ihre Defekte, werden im 5. Kapitel aufgezeigt. Ihm sind vorangestellt zusammenfassende Anmerkungen über Entwicklung und Stand der Parteienforschung (Kapitel 1), die Anwendung organisationstheoretischer Fragestellungen und Erkenntnisse auf die Parteien (Kapitel 2) sowie eine Darstellung der rechtlichen (Kapitel 3) und soziologischen Bedingungen (Kapitel 4), die politischen Parteien in ihrer Organisation und Tätigkeit gesetzt sind. Solche Vorüberlegungen ergaben sich zwingend aus der konkreten Aufgabenstellung der Untersuchung, die auf diese Weise ihre Kriterien für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit innerparteilicher Organisationsstrukturen gewann.

Die Untersuchung wird ergänzt durch einen dokumentarischen Anhang, der relevante Daten und Dokumente aller Gliederungen (Satzungen, Geschäftsberichte, Anträge u. ä.) in Originalfassung wiedergibt, um die Darstellung und Folgerungen des Textes soweit wie möglich einer kritischen Überprüfung zugänglich zu machen.

Die Auswahl des konkreten Untersuchungsobjektes ergab sich weitgehend aus den forschungspraktischen Vorteilen, die durch die Mitgliedschaft des Verfassers in Führungsgremien dieses Kreisverbandes gegeben waren. Damit waren auch solche Materialien, Daten und informellen Entscheidungsprozesse zugänglich, deren übliche Abschirmung in der Literatur häufig beklagt wird. Dabei ist freilich nicht zu bestreiten, daß dieser Vorteil mit einer naturgemäß geringeren Distanz gegenüber Personen und Organisationen dieses Verbandes erkaufte werden mußte als sie für den außenstehenden und unbeteiligten Wissenschaftler typisch sein mag.

Ob ein möglicher Konflikt zwischen innerparteilichen Rücksichten und wissenschaftlicher Rigorosität zugunsten der einen oder der anderen Forderung entschieden wurde, mag der Leser entscheiden. Für den Verfasser jedenfalls war diese Studie nicht zuletzt auch ein Versuch, ob und inwieweit die Rollendifferenzierung zwischen politischem Engagement und wissenschaftlicher Redlichkeit gelingen kann.

Den Vorsitzenden aller Gliederungen und Gruppierungen der Partei sowie dem Kreisgeschäftsführer sei für bereitwillige Auskünfte, Prof. Faul für wertvolle Hinweise und kritische Kommentierungen vor und während der Arbeit herzlich gedankt.

Erste und nachhaltige Anregungen zur Beschäftigung mit dem hier dargestellten Problemkreis verdankt der Verfasser dem damaligen Leiter des Instituts für kommunalpolitische Bildung und Forschung der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Horst-Joachim Koch. Ihm sei diese Studie gewidmet.

Bochum, im Dezember 1975

1. Parteienforschung –

Anmerkungen zum Verlauf und Stand der wissenschaftlichen Diskussion

Kaum ein anderer Aspekt in dem gesamten Spektrum politikwissenschaftlicher Forschung ist so häufig und so intensiv bearbeitet worden wie die historische Entwicklung, die Rechtfertigung sowie die Funktionen und Strukturen politischer Parteien. Die dazu verfügbare wissenschaftliche Literatur ist inzwischen fast unübersehbar geworden, allein die systematische Bibliographierung der nach 1945 in der Bundesrepublik publizierten Bücher und Zeitschriftenartikel zu diesem Themenkomplex füllt einen eigenen Band¹. Es entsteht fast der Eindruck, als wolle die Politikwissenschaft die jahrhundertlange Verfemung und Auseinandersetzung mit dem Parteiprinzip, das sich wie kein anderes unter den noch heute vorherrschenden politischen Institutionen einer „einheitlichen Abwehrfront aller Theologien und Staatsphilosophien gegenüber sah“², durch besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt kompensieren, um auf diese Weise seinen lange bestrittenen Rang in einem demokratischen politischen System in kritischer Kommentierung nachdrücklich zu unterstreichen.

Die politische und wissenschaftliche Diskussion ist in ihrem Verlauf von unterschiedlichen Akzenten gekennzeichnet, die der jeweiligen historischen Entwicklungsstufe des Parteiwesens entsprechen. Stand in der ersten Entwicklungsphase der Bekämpfung oder Ignorierung politischer Parteien durch staatliche Autoritäten die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit und Legitimität von Parteien im Vordergrund auch der theoretischen Auseinandersetzung³, so verschob sich mit zunehmender Duldung und Legalisierung des Parteiwesens der Schwerpunkt der Diskussion deutlich auf das Problem des rechtlichen Status politischer Parteien⁴. Die Erfahrung der Notwendigkeit politischer Parteien schließlich, „deren Bedeutung um so größer ist, je stärker das demokratische Prinzip verwirklicht ist“⁵, drängte bald die Erkenntnis auf, „die Demokratie ist notwendig und unvermeidbar ein Parteistaat“⁶.

Das eine – politische – Ergebnis dieser Entwicklung war die nun auch verfassungsmäßige Inkorporation der Parteien in das politische System, wie sie in der Bundesrepublik im Artikel 21 des Grundgesetzes und im Gesetz über die politischen Parteien vom 24. Juli

N. L.

1 Hans-Gerd Schumann, Die politischen Parteien in Deutschland nach 1945. Ein bibliographisch systematischer Versuch. Frankfurt/M. 1967; zur Ergänzung siehe Jürgen Dittberner, Neuere deutschsprachige Parteienliteratur, in: Politische Vierteljahresschrift Nr. 1/1972, S. 145–147; Literaturverzeichnis der politischen Wissenschaften, Hrsg. Hochschule für politische Wissenschaften München, 1. Jg. 1952 ff; kritische Einführungen bzw. Bestandsaufnahmen der gegenwärtigen Situation der Parteienforschung bieten Wolfgang Jäger (Hrsg.), Partei und System, Eine kritische Einführung in die Parteienforschung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973, und Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973

2 Erwin Faul, Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens in der Geschichte des politischen Denkens, in: Politische Vierteljahresschrift, 5. Jg. 1964, S. 61

3 wichtige Beiträge dazu vor allem von David Hume, Edmund Burke, James Madison, Friedrich Rohmer, Arnold Ruge, Friedrich Julius Stahl u. a.

4 Beiträge von Johann Caspar Bluntschli, Richard Schmidt, Georg Jellinek, Heinrich Triepel u. a.

5 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Auflage 1929, Neudruck Aalen 1963, S. 19

6 ebda, S. 20

1967 verbindlich vollzogen wurde. Die andere bedeutsame Konsequenz war die erneute und zwangsläufige Akzentverschiebung der wissenschaftlichen Diskussion auf das Problem der innerparteilichen Demokratie; zwangsläufig deshalb, weil mit der Erfahrung der modernen politischen Wirklichkeit als Parteienstaat – „die Meinungsbildung durch Diskussion findet nur noch innerhalb der Parteien statt, der Kampf zwischen den Parteien ist kein Meinungskampf, sondern ein Machtkampf“⁸ – die Frage nach dem Ausmaß und den Möglichkeiten innerparteilicher Demokratie zu einem zentralen Problem der modernen Demokratie schlechthin werden mußte.

Die seit Beginn dieses Jahrhunderts immer stärker zunehmende Einbringung soziologischer und politologischer Beiträge in die allgemeine Parteienforschung ist mit dieser letzten und bis heute maßgeblichen Akzentuierung der Fragestellung verbunden, während die Diskussion über Notwendigkeit und Legitimität politischer Parteien sowie über ihren rechtlichen Status fast ausschließlich von Philosophen und aktiven Politikern bzw. von Juristen, vor allem Staatsrechtlern, bestritten worden war⁹.

Die verschiedenen Ansätze zu einer allgemeinen Theorie politischer Parteien, die insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg unternommen wurden, sowie die zahlreicher werdenden empirischen Untersuchungen erforderten schließlich eine Systematisierung und Zuordnung der einzelnen wissenschaftlichen Beiträge im Rahmen einer vermittelnden Parteien-Typologie¹⁰.

1.1. Theoretische Ansätze

Das Bemühen um eine zusammenfassende Darstellung der wichtigsten theoretischen Ansätze der Parteienforschung stößt auf die Schwierigkeit des nach wie vor umstrittenen Theoriebegriffs¹¹; einem Vorschlag Hans-Otto Mühleisens folgend soll er hier „in einem sehr weiten Sinn gleichsam als Residualkategorie für nicht empirische Forschung“¹² gebraucht werden. Dabei wird sich dieser knappe Überblick auf vier im Zusammenhang dieser Untersuchung besonders wesentliche Schwerpunkte der Parteienforschung beschränken: die Frage nach der Rolle politischer Parteien in demokratischen Systemen, die Bestimmung ihres Standortes in bzw. zwischen Staat und Gesellschaft

die Bedeutung sozialer Faktoren für Entstehen und Entwicklung von Parteien und schließlich die Anwendung „fremder“, vor allem soziologischer Theorien für die Analyse politischer Parteien.

Die Untersuchung der Bedeutung und der Rolle von Parteien im Rahmen demokratischer politischer Systeme hat insbesondere in der angelsächsischen Literatur eine lange Tradition; so resümiert Austin Ranney die Entwicklung der frühen amerikanischen Parteienforschung anhand der Arbeiten von sechs Autoren im Zeitraum von 1870 bis 1915¹³. Dabei sind schon in dieser Phase einige bemerkenswerte Übereinstimmungen festzustellen; alle Autoren – Herbert Croly, Henry Jones Ford, Frank J. Goodnow, A. Lawrence Lowell, Moisei J. Ostrogorski und Woodrow Wilson – gehen von der gewichtigen Rolle der Parteien im amerikanischen System aus, untersuchen ihre Fähigkeit zur Umsetzung des Volkswillens in politische Entscheidungen und stellen gemeinsam gravierende Schwächen bei der Erfüllung dieser besonders hoch eingeschätzten Funktion politischer Parteien fest. Unterschiedlich beurteilen sie dagegen die Ursachen dieser Leistungsdefizite sowie die daraus zu ziehenden Konsequenzen¹⁴. Während Ostrogorski und Croly die Beteiligung politischer Parteien gerade unter den Bedingungen einer sich als Demokratie verstehenden Ordnung negativ bewerten, halten die anderen Autoren an ihrer Notwendigkeit fest, ohne allerdings zu einer gemeinsamen Einstufung ihrer wichtigsten Systemfunktionen zu kommen¹⁵.

Dieser Ansatz der amerikanischen Parteienforschung, deren prominentester und wirkungsvollster Vertreter Ostrogorski¹⁶ wurde, ist im deutschsprachigen Raum insbesondere von Robert Michels aufgegriffen und weiterentwickelt worden¹⁷. Die bleibende Bedeutung ihrer Darstellungen besteht darin, auf den Zusammenhang zwischen innerparteilichen Strukturen und dem Demokratiepotential einer politischen Ordnung aufmerksam gemacht zu haben. „Es war beiden Klassikern von daher nicht nur und nicht in erster Linie um eine systematische Analyse der für sie ins Blickfeld rückenden Parteien, sondern vor allem darum gegangen, aufzuzeigen, wie es faktisch um die Demokratie bestellt war“¹⁸. Gerade dieser Zusammenhang wird von der modernen Parteienforschung zur Zeit wiederentdeckt¹⁹.

7 siehe dazu Kapitel 3, Parteien im Parteienstaat, vor allem die Abschnitte 3.1. und 3.3.

8 Gustav Radbruch, Die politischen Parteien, in: Handbuch des deutschen Staatsrechts, Tübingen 1930, Bd. 1, S. 286

9 eine zusammenfassende Darstellung und Materialsammlung bei Kurt Lenk/Franz Neumann (Hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, in der Reihe Politica, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Hrsg. Wilhelm Hennis und Hans Maier, Bd. 26, Neuwied 1968

10 nach den frühen Typologien politischer Parteien von Max Weber und Heinz Marr sind aus jüngerer Zeit vor allem Beiträge von Sigmund Neumann, Maurice Duverger, Otto Kirchheimer und Wolfgang Abendroth zu nennen sowie die systematisierende Darstellung von Manfred Hättich, Zur Typologie politischer Parteien, in: Politische Bildung, Schriftenreihe des Ernst Klett Verlages, Stuttgart, Jg. 1, H. 1, 1967, S. 37–60

11 vgl. dazu Wolf-Dieter Narr, Theoriebegriffe und Systemtheorie, Stuttgart 1969; Klaus von Beyme, Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, München 1972; Anatol Rapoport, Various Meanings of 'Theory', in: American Political Science Review, 52, 1958, S. 972–988; Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln/Berlin 1970

12 Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung. Eine exemplarische Literaturübersicht, in: Wolfgang Jäger (Hrsg.), Partei und System, a. a. O., S. 9

13 Austin Ranney, The Doctrine of Responsible Party Government, Urbana 1962

14 ebda, S. 5

15 ebda, S. 153

16 Moisei Ostrogorski, Democracy and the Organization of Political Parties, Original: Paris 1903, Neuauflage von S. M. Lipset in zwei Bänden, Chicago 1964;

zur weiteren Entwicklung der amerikanischen Parteienforschung siehe Howard A. Scarrow, The Function of Political Parties: A Critique of the Literature and the Approach, in: Journal of Politics, 29, 1967, S. 770–790

17 Robert Michels, Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Original: Leipzig 1911, Neuausg. der 2. Aufl., hrsg. u. mit einem Nachwort versehen von Werner Conze, Stuttgart 1970

18 Rolf Ebbighausen, Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie, in: Dittberner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a. a. O., S. 15 f

19 siehe etwa die Arbeitsergebnisse der 3. internationalen Konferenz über vergleichende politische Soziologie des Committee on Political Sociology der International Sociological Association in Berlin 1968, die als Sammelband vorgelegt wurden von Otto Stammer (Hrsg.), Party Systems, Party Organizations and the Politics of New Masses, Berlin 1968; nähere Hinweise im Abschnitt 1.3. Entwicklungstendenzen

Trotz der wegweisenden Untersuchung von Robert Michels ist die Parteienforschung im deutschsprachigen Raum bis in die jüngste Zeit vor allem an der Frage des Standortes der Parteien innerhalb der politischen Ordnung interessiert geblieben. Dabei hat in der Literatur lange die Zuordnung in den rein gesellschaftlichen Bereich dominiert, eine Position, die ihre Herkunft aus der Frühphase der deutschen Parteienentwicklung und der damaligen Diskussion nicht verleugnen kann²⁰, in modifizierter Form aber durchaus noch heute vertreten wird²¹. Die zunehmende Verfilzung der Parteien mit dem staatlichen Herrschaftssystem hat sie dann immer mehr als quasi-staatliche Institutionen dargestellt: „Die Legitimitätsentscheidungen, die in der Partei getroffen werden, sind für den demokratischen Verfassungsstaat keine rechtsordnungsneutralen Meinungskundgaben eines außerstaatlichen frei assoziierten Bundes. Sie sind das potentielle Staatsgestaltungskonzept“²². In der Literatur überwiegt heute die Auffassung von einer Doppelfunktion der Parteien, deren Standort und Bedeutung weder auf den staatlichen noch auf den gesellschaftlichen Bereich beschränkt werden könne; die Vermittlung beider Sozialbereiche sei geradezu ihre wichtigste Funktion²³. Die Diskussion über die Zuordnung politischer Parteien kann aber auch nach ihrer verfassungsrechtlichen wie faktischen Inkorporation in das politische System keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden, wie etwa die widersprüchliche Urteilsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu dieser Frage eindrucksvoll belegt²⁴.

Ein dritter wichtiger Ansatz der Parteientheorie betrifft den Entstehungs- und Entwicklungsprozeß politischer Parteien. Auch hier lassen sich drei verschiedene Erklärungsmuster voneinander unterscheiden. Zum einen wird die Entwicklung der Parteien vornehmlich durch institutionelle Faktoren erklärt, im wesentlichen durch die Rahmenbe-

20 siehe vor allem die Beiträge von Johann Caspar Bluntschli, Charakter und Geist der politischen Parteien, Nördlingen 1869 und Heinrich Triepel, Die Staatsverfassung und die politischen Parteien, Berlin 1928, in der Triepel die Parteien als „extrakonstitutionelle Erscheinungen“ kennzeichnet; eine zusammenfassende Darstellung liefert Theodor Schieder, Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München 1958, S. 110–132

21 vgl. Ulrich Scheuner, Die Parteien und die Auswahl der politischen Leitung im demokratischen Staat. Zur verfassungsrechtlichen Stellung der Parteien, in: Die öffentliche Verwaltung, 11, 1958, S. 641–645; Herbert Krüger, Allgemeine Staatslehre, Stuttgart 1964, S. 371; Dietrich Hilger, Die demokratischen Parteien und die Parteiendemokratie. Ein Literaturbericht, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von Heinz-Dietrich Ortlieb, Bd. 1, Tübingen 1956, S. 187

22 Helmut Lenz/Christoph Sasse, Parteiausschluß und Demokratiegebot, in: Juristenzeitung, 17, 1962, S. 236; weitere wichtige Repräsentanten dieser Auffassung sind Gerhard Leibholz und Ossip K. Flechtheim

23 Thomas Ellwein, Die Machtstruktur in Westdeutschland, in: Die neue Gesellschaft, 12, 1965, S. 854; Christian-Friedrich Merger, Zur verfassungsrechtlichen Stellung der politischen Parteien, in: Archiv für öffentliches Recht, 78, 1952, S. 149–162; Horst Ehmke, ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘ als verfassungstheoretisches Problem, in: Staatsverfassung und Kirchenordnung, Festgabe für Rudolf Smend, Tübingen 1962, S. 23–49; siehe auch Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Bedeutung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft im demokratischen Sozialstaat der Gegenwart, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, B 49/71, S. 3–17

24 Die Bedeutung dieser Urteile als Beiträge zur Parteientheorie wird dargestellt von Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung, a. a. O., S. 13–15; vgl. Friedrich Karl Fromme, Parteienfinanzierung und Bundesverfassungsgericht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, B 23/69, S. 3–17

dingungen und Erfordernisse einer parlamentarischen Demokratie sowie die allmähliche Ausdehnung des Wahlrechts, die die Entstehung politischer Parteien wenn nicht beabsichtigen, so doch zumindest entscheidend begünstigen²⁵. Andere Autoren sehen die Entwicklung von Parteien im komplexen Zusammenhang politischer, sozialer und ökonomischer Faktoren, wobei in der Regel von einer wechselseitigen Beeinflussung ausgegangen wird²⁶. Schließlich ist noch ein theoretischer Ansatz zu nennen, der die Parteien geradezu als Produkt der jeweiligen gesellschaftlichen Umwelt betrachtet und ihre Entwicklung, Organisationsstruktur und Ideologie allein von diesen Umweltbedingungen her zu erklären versucht²⁷. Es ist ganz offensichtlich, daß diese unterschiedlichen theoretischen Ansätze für die Bemühungen um eine Veränderung der Praxis politischer Parteien sehr unterschiedliche Strategien nahelegen.

Das Bemühen um allgemeine, empirisch abgesicherte Theorien der inneren Struktur sowie der Außenbeziehungen politischer Parteien hat durch die Einbeziehung der Umweltbedingungen neue Impulse erhalten. „Seit Beginn der sechziger Jahre ist ein Forschungstrend zu erkennen, der sich um die Entwicklung empirisch überprüfter Theorien, d. h. um die Interaktion von theoretischer und empirischer Forschung bemüht. Da es zunächst nur einzelne genuine, überprüfbare Hypothesen zu Parteiphänomenen gibt, das Bemühen sich jedoch auf umfassendere Theorien richtet, versucht man, bereits weiterentwickelte Theorien, so vor allem den Funktionalismus, auf die Parteien anzuwenden“²⁸. Mühleisen nennt drei exponierte Vertreter dieser neueren Forschungsrichtung der Parteientheorie. Als bahnbrechende Arbeit in diesem Zusammenhang gilt der Aufsatz von Theodore Lowi, Toward Functionalism in Political Science: The Case of Inno-

25 z. B. Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971; Ernst-August Roloff, Demokratie ohne Parteien? Entwicklungstendenzen parlamentarischer Regierungsformen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, B 45/65; Hans Daalder, Parties, Elites, and Political Development in Western Europe, in: Joseph LaPalombara/Myron Weiner, Political Parties and Political Development, Princeton 1966; Austin Ranney/Willmoore Kendall, Democracy and the American Party System, New York 1956. Die genannten Autoren sind für die moderne institutionell orientierte Parteientheorie insofern exemplarisch, als sie zugleich auf die Bedeutung der Parteien für die Entwicklung der Institutionen verweisen, deren historische Konsequenz sie selber sind.

26 insbesondere die jüngere amerikanische Parteienforschung weist monokausale Erklärungsversuche für die jeweiligen Parteiensysteme, etwa durch die Wahlsysteme, zurück: vgl. Seymour Martin Lipset, Party Systems and the Representation of Social Groups, in: Archive Européenne de Sociologie, 1, 1960; LaPalombara/Weiner, The Origin and Development of Political Parties, in: dies., Political Parties and Political Development, a. a. O.;

im Bereich der deutschsprachigen Parteienforschung hat sich besonders der ‚Arbeitsbereich Parteien- und Verbändeforschung‘ des Instituts für politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin der Erforschung dieses Zusammenhangs angenommen. Der von dieser Arbeitsgruppe vorgelegte Sammelband Parteiensystem in der Legitimationskrise, hrsg. von Dittberner/Ebighausen, versteht sich selbst als „Zwischenergebnis dieser Bemühungen“: Vorwort von Otto Stammer, a. a. O., S. 6 f

27 der einzige nennenswerte Vertreter dieses Ansatzes ist Feliks Gross, Beginnings of Major Patterns of Political Parties, in: Politico, 30, 1965, S. 582–598. Sein bewußt überakzentuierter Ansatz versteht sich als Versuch, diesen sonst meist vernachlässigten Aspekt stärker ins Blickfeld zu rücken

28 Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung, a. a. O., S. 16

vation in Party Systems²⁹, der erstmals den funktionalen Theorieansatz konsequent auf die politischen Parteien anwendet³⁰. Lowi fragt nach den Auswirkungen der jeweiligen Rolle einer Partei innerhalb des Parteiensystems auf das ganze politische System und kommt zu der Hypothese, daß die Funktion der Innovation im politischen System jeweils von der zweitstärksten Partei, im Zweiparteiensystem also von der Minderheitspartei, übernommen wird. Durch eine Reihe von Beispielen auf lokaler und nationaler Ebene sieht er seine Hypothese im wesentlichen bestätigt und hält sie mit früheren Erklärungsversuchen für durchaus übereinstimmend: Duvergers These etwa, daß Innovation eine Funktion der Linksparteien sei, treffe eben deshalb zu, weil diese in der Regel die Minderheitsposition besetzen³¹.

Die Untersuchung Lowis ist nicht ohne kritische Einwände geblieben, die sich zum einen auf den Standort im Rahmen der funktionalen Theorie beziehen³² und zum anderen seinen selbst gesetzten Anspruch in Zweifel ziehen, eine empirisch überprüfte Hypothese geliefert zu haben³³. Der unbestrittene Wert dieser Arbeit besteht darin, der Parteienforschung eine neue, vielversprechende Diskussionsgrundlage geschaffen zu haben.

Die Versuchung einer nur illustrierenden und letztlich spekulativ bleibenden Demonstration theoretisch gewonnener Hypothesen vermeidet Samuel J. Eldersveld in seiner empirischen Analyse politischer Parteien in der Detroit-Region³⁴. Seine theoretischen Überlegungen gehen von einem strukturell-funktionalen Ansatz aus, der die Entstehung wie die Strukturen der Parteien im Rahmen der für das politische System zu leistenden Funktionen begründet sieht. Diese Wechselbeziehung zwischen den Umweltbedingungen eines sozialen und politischen Systems einerseits und den Parteien als sozialen Organisationen andererseits, die dieses System tragen und verändern und doch ihrerseits von ihm entscheidend determiniert sind, hält Eldersveld für den – im regionalen Maßstab empirisch belegten – Ansatz einer allgemeinen Parteientheorie³⁵. „Zwar ist sie keine Parteientheorie im Sinne eines nomologischen Systems überprüfbarer Hypothesen, aber sicher können die dargestellten Fragen und Reflexionen Hypothesen zu bestimmten Problemen im Bereich der politischen Parteien stimulieren“³⁶. Dies gilt insbesondere für die von ihm formulierten „theoretical constructs“, die wegen ihrer Bedeutung für die Frage der Erweiterung des Demokratiepotentials sozialer Organisationen unter Berücksichtigung ihrer funktionalen Leistungsfähigkeit in diesem Zusammenhang eingehender diskutiert werden sollen³⁷.

29 Theodore Lowi, *Toward Functionalism in Political Science: The Case of Innovation in Party Systems*, in: *The American Science Review*, 57, 1963, S. 570–583

30 vgl. William J. Crotty (Hrsg.), *Approaches to the Study of Party Organization*, Boston 1968; Klaus von Beyme, *Varianten des funktionalen Ansatzes*, in: ders., *Die politischen Theorien der Gegenwart*, München 1972

31 Theodore Lowi, *Toward Functionalism in Political Science*, a. a. O., S. 580

32 William Flanigan/Edwin Fogelman, *Functional Analysis*, in: James C. Charlesworth (Hrsg.), *Contemporary Political Analysis*, New York 1967, S. 72–85

33 Hans-Otto Mühleisen, *Theoretische Ansätze der Parteienforschung*, a. a. O., S. 17 f

34 Samuel J. Eldersveld, *Political Parties, A Behavioral Analysis*, Chicago 1964

35 ebda, S. 5 ff

36 Hans-Otto Mühleisen, *Theoretische Ansätze der Parteienforschung*, a. a. O., S. 20

37 siehe dazu im Kapitel 2., *Demokratie in Organisationen*, den Abschnitt 2.2.2. *Umweltbedingungen und -einflüsse*

Eine Bestätigung der wechselseitigen Abhängigkeit von inner- und außerparteilichen Faktoren erbringt die Arbeit von Douglas S. Gatlin, *Toward a Functionalist Theory of Political Parties: Inter-Party Competition in North-Carolina*³⁸, die das Konkurrenz- und Stärkeverhältnis der Parteien im politischen System als Funktion, d. h. als abhängige Variable der jeweiligen sozioökonomischen Gesellschaftsstruktur darstellt, die wiederum durch die Tätigkeit der Parteien beeinflusst wird³⁹. Gatlins Arbeit, deren empirische Untersuchungen von Hypothesen ausgehen, die von funktional-theoretischen Überlegungen gewonnen wurden, weist die Nützlichkeit dieses Ansatzes für die Parteienforschung eindrucksvoll nach und zeigt darüber hinaus ein fruchtbares und praktisches Verfahren, theoretische und empirische Forschung zu verbinden.

1.2. Empirische Untersuchungen

Die Entwicklung neuer theoretischer Ansätze, die Anwendung fachübergreifender Theorien – vor allem des Funktionalismus und der Organisationssoziologie – auf die politischen Parteien und schließlich die Verfügbarkeit neuer Untersuchungsmethoden haben wesentlich zu einer Intensivierung und Neuorientierung auch der empirischen Parteienforschung beigetragen. Die traditionelle Beschreibung der formalen Organisation politischer Parteien wurde zunehmend ergänzt durch den empirischen Test kausalerklärender Hypothesen über zentrale innerparteiliche Elemente wie Führungsverhältnisse, Programme, Kommunikationsstrukturen und Partizipationschancen der Mitglieder, wobei auch die informellen Strukturen stärker berücksichtigt wurden. Es kann hier nicht darum gehen, die Vielzahl der Forschungsbeiträge allein aus der Nachkriegszeit zusammenfassend darzustellen und kritisch zu resümieren⁴⁰. Im Rahmen dieser an innerparteilichen Strukturen interessierten Untersuchung soll aber zumindest auf diejenigen Arbeiten verwiesen werden, welche die soziopolitische Organisation der Parteien im engeren Sinne zum Gegenstand haben.

Die stärksten und nachhaltigsten Anregungen für die empirische Parteienforschung sind fraglos von einer Studie ausgegangen, die selber dem Anspruch empirisch belegter genereller Gültigkeit kaum genügt: Robert Michels' *Soziologie des Parteiwesens*⁴¹, in der er für alle komplexen Organisationen ein „ehernes Gesetz der Oligarchie“ konstatiert⁴². „Michels' Versuche zur Verifikation seiner Hypothese sind völlig unzureichend. Er wechselt nach Belieben die Untersuchungseinheit, führt Beispiele aus der Geschichte der französischen, englischen, italienischen und deutschen sozialistischen Parteien des 19.

38 Douglas S. Gatlin, *Toward a Functionalist Theory of Political Parties: Inter-Party Competition in North-Carolina*, in: William J. Crotty (Hrsg.), *Approaches to the Study of Party Organization*, Boston 1968, S. 217–245

39 ebda, S. 218

40 siehe dazu: Helmut Köser, *Empirische Parteienforschung, Versuch einer systematischen Bestandsaufnahme*, in: Wolfgang Jäger (Hrsg.), *Partei und System*, a. a. O., S. 28–58; Frederick C. Engelman, *A Critique of Recent Writings on Political Parties*, in: *Journal of Politics*, 29, 1959, S. 423–440; William J. Crotty, *Political Parties Research*, in: Michael Haas/Henry S. Kariel (Hrsg.), *Approaches to the Study of Political Science*, Scranton/Penn. 1970, S. 267–322

41 Robert Michels, *Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, a. a. O.

42 siehe dazu vor allem Kapitel 2., *Demokratie in Organisationen*

und frühen 20. Jahrhunderts an, die jedoch eher illustrieren als erklären. Die Führer-Masse-Dichotomie ist organisationssoziologisch in keiner Weise abgesichert: Es werden weder die verschiedenen Stufen der Parteiorganisation untersucht noch die innerparteilichen Delegationsverfahren, noch die Rekrutierungsmechanismen. An Informationen über die Innenbeziehungen von Parteien bietet Michels' Studie außer einer Reihe von illustrativen Anekdoten nichts. Ihr Wert liegt in den Anregungen, die von ihr ausgingen⁴³.

Die jüngeren empirischen Untersuchungen über die Binnenstrukturen politischer Parteien zeichnen sich in der Regel durch ihren begrenzten und genau definierten Untersuchungsbereich aus, der eine exemplarische, aber zugleich systematische Analyse des jeweiligen Forschungsgegenstandes ermöglicht. Dabei finden sich neben Einzeluntersuchungen verschiedener Parteien auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene auch vergleichende Studien mehrerer konkurrierender Parteiorganisationen, die sich um eine empirisch abgesicherte Kennzeichnung von allgemeinen und spezifischen Strukturmerkmalen der Parteien unter jeweils gleichen Umweltbedingungen bemühen.

Henry Valen/Daniel Katz machen diesen Versuch auf lokaler Ebene, indem sie die fünf größten Parteien in einer norwegischen Stadt und drei ländlichen Gemeinden zum Zeitpunkt der Parlamentswahlen von 1957 untersuchen⁴⁴; sie stellen weitgehend übereinstimmende Organisationsstrukturen, ähnlich organisierte innerparteiliche Aktivitäten und Entscheidungsprozesse sowie eine relativ große interne Homogenität fest, wobei ihnen die größere Aktivität der Mitglieder der Arbeiterpartei im Vergleich zu anderen Parteien besonders bemerkenswert erschien.

Wie Valen/Katz hat auch Samuel J. Eldersveld für seine Untersuchung der Demokratischen und der Republikanischen Partei in der Region Detroit während der Präsidentschaftswahlen 1956 umfangreiches Datenmaterial herangezogen und durch eigene Umfragen ergänzt⁴⁵. Seine regional begrenzte Analyse kennzeichnet die amerikanischen Parteien als vergleichsweise lockere, offene und wenig formalisierte Organisationen, deren wichtigste Funktion in der Personalauswahl besteht⁴⁶. Die allgemein anzutreffende starke Personalisierung amerikanischer Parteien läßt die Unterschiede zwischen den verschiedenen Organisationsebenen der Partei gewichtiger erscheinen als die zwischen den konkurrierenden Parteien⁴⁷. Im Gegensatz zu Michels' Oligarchie-These stellt er die Machtstruktur in Anlehnung an Lasswell/Kaplan⁴⁸ als „Stratarchie“ dar⁴⁹.

Die nationalen Parteiorganisationen der Konservativen und der Labour Party in England beschreibt Robert McKenzie⁵⁰. In seiner vergleichenden Studie verbindet er die hi-

storische Entwicklung der beiden Parteien seit der Jahrhundertwende mit einer analytischen Darstellung ihrer durch parlamentarische Funktionen mehr noch als durch formale Organisationsstrukturen bedingten internen Machtverhältnisse⁵¹.

Den Versuch einer empirisch-vergleichenden Untersuchung auf internationaler Ebene unternimmt schließlich der Sammelband von Erik Allardt und Yrjö Littunen, der englische, japanische und norwegische Parteien zum Vergleich heranzieht⁵².

Die nach wie vor einzige gewichtige Fallstudie auf lokaler Ebene im deutschsprachigen Raum ist die inzwischen schon fünfzehn Jahre alte Untersuchung eines Kreisverbandes der Berliner CDU von Renate Mayntz⁵³. Die trotz vorhandener Partizipationsmöglichkeiten geringe politische Aktivität der Parteimitglieder gerade auf unterer Organisationsebene ist nach Ansicht der Autorin zum einen darin begründet, „daß die Parteizugehörigkeit für viele Mitglieder ... weit unten in der Hierarchie ihrer Bindungen rangiert, zumindest unterhalb der Zugehörigkeit zu Familie, Beruf und wohl auch Kirche“⁵⁴, zum anderen in der unkritischen Art der Mitgliederwerbung durch die Partei selbst, die „ein mangelndes Verständnis der Partei über ihre Funktionen in der politischen Ordnung“ ausdrücke⁵⁵.

Eine regionale Einzelstudie liefert Samuel S. Barnes über die Organisation der Partito Socialista Italiana in der Provinz Arezzo⁵⁶. Ähnlich wie Valen/Katz in ihrer Untersuchung norwegischer Parteien stellt auch Barnes eine sehr differenzierte Struktur innerparteilicher Kommunikation fest, die eine zentrale Steuerung des Informationsflusses kaum zuließe⁵⁷.

Einen anderen Typus politischer Parteien als die bisher genannten Arbeiten stellen die Untersuchungen über die KPdSU und die SED von Boris Lewytzkyj⁵⁸ bzw. Peter Chri-

51 vgl. Jean Blondel, *Voters Parties, and Leaders. The Social Fabric of British Politics*, London 1963, Neuauflage 1970, besonders die Abschnitte „Formal structure of the national leadership“ und „actual structure“, S. 113–121

52 Erik Allardt/Yrjö Littunen (Hrsg.), *Cleavages, Ideologies and Party Systems. Contributions to Comparative Political Sociology*, Turku 1964, besonders S. 343 ff. Der Sammelband enthält verschiedene Beiträge zur Konferenz des Committee on Political Sociology in Tampere (Finnland) 1963 und kann von daher verständlicherweise kein geschlossenes, von gemeinsamen theoretischen Ansätzen ausgehendes Konzept bieten.

53 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt. Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU, Köln-Opladen 1959*; schwer einzuordnen ist die Arbeit von Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1963. Die Untersuchung schildert innerparteiliche Strukturen vor allem am Beispiel der SPD, bringt eine Reihe illustrierender Belege der unbefriedigenden Partizipationsprozesse gerade auf der Ebene der Ortsverbände, verliert aber an empirischer Beweiskraft durch häufiges Wechseln der Untersuchungseinheiten und -ebenen.

54 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt*, a. a. O., S. 149

55 ebda

56 Samuel S. Barnes, *Party Democracy: Politics in an Italian Socialist Federation*, New Haven/London 1967

57 ebda, S. 196 ff

58 Boris Lewytzkyj, *Die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Porträt eines Ordens*, Stuttgart 1967; vgl. auch Merle Fainsod, *Wie Rußland regiert wird*, Köln/Berlin 1965

43 Helmut Köser, *Empirische Parteienforschung*, a. a. O., S. 30 f

44 Henry Valen/Daniel Katz, *Political Parties in Norway, A Community Study*, Oslo/London 1964

45 Samuel J. Eldersveld, *Political Parties*, a. a. O.

46 ebda, S. 4 ff

47 ebda, S. 532

48 Harold Lasswell/Abraham Kaplan, *Power and Society*, New Haven 1950, S. 219–222

49 Samuel J. Eldersveld, *Political Parties*, a. a. O., S. 98 ff

50 Robert T. McKenzie, *British Political Parties, The Distribution of Power within the Conservative and Labour Party*, 2. Auflage London 1964

stian Ludz⁵⁹ dar, die beide auf nationaler Ebene die Binnenstrukturen dieser Parteien durch Analyse der Parteibürokratie, der Zentralkomitees und der Parteitage zu ermitteln versuchen. Angesichts der verschiedenartigen Parteitypen und der unterschiedlichen Forschungstechniken muß um so mehr erstaunen, daß hinsichtlich der jeweiligen Partei-Elite durchaus Übereinstimmungen zwischen „pluralistischen“ und „zentralistischen“ Parteien sichtbar werden. So stellt sich für Ludz die Führungsgruppe der SED durchaus nicht als monolithischer Block dar, er sieht vielmehr eine gewisse Elitenkonkurrenz⁶⁰, die der Eldersveldschen Stratarchie als quantitativer Machtverteilung pluralistischer Eliten nicht völlig unähnlich ist. Allerdings muß kritisch angemerkt werden, daß beide Autoren⁶¹ das Problem der Abgrenzung der Elite mit Hilfe der nicht unumstrittenen Positionstechnik⁶² lösen, wobei unterstellt wird, daß die Inhaber institutionalisierter Machtpositionen in der Regel auch den ausschlaggebenden Einfluß auf die Entscheidungsprozesse in ihrem Bereich ausüben.

Ein durchgängiges Ergebnis nahezu aller empirischen Studien ist nicht nur von theoretischer Relevanz: daß nämlich „wenigstens auf lokaler und regionaler Ebene (der untersuchten Parteien) die innerparteiliche Partizipation geradezu ein Korrelat pluralistischer Parteistrukturen ist“⁶³. Die Suche nach praktischen Veränderungsmöglichkeiten innerhalb der Parteien könnte hier ansetzen.

1.3. Entwicklungstendenzen

Mit der Neuauflage der Werke von Ostrogorski und Michels⁶⁴ hatte Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre mit einer erneuten Rezeption dieser Klassiker der Parteiensozio- logie zugleich eine verstärkte Beschäftigung mit den Problemen innerorganisatorischer Demokratie eingesetzt. „Die in der Nachfolge der beiden Klassiker sich verstehenden jüngeren Ansätze parteiensoziologischer Forschung waren demgegenüber in ihrer Problemsicht durch eine von vornherein andere Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der inzwischen etablierten bürgerlichen Parteiendemokratie bestimmt“⁶⁵. Vor allem die angelsächsische Parteienforschung war darum bemüht, den

59 Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Parteiführung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*. Köln-Opladen, 3. Auflage 1970

60 ebda, S. 42 ff/S. 324 f; anderer Auffassung sind Eckart Förtsch/Rüdiger Mann, *Die SED*, Stuttgart 1969, S. 50 ff

61 wie übrigens auch Valen/Katz und Barnes in ihren Untersuchungen

62 siehe dazu: J. G. March, *An Introduction to the Theory and Measurement of Influence*, in: *American Political Science Review*, 49, 1955, S. 431–451; Paul Drewe, *Sozialforschung in der Regional- und Stadtplanung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 18. Jg., 1966, Heft 1, S. 102–112; Horst Schmelzer/Reiner Becker, *Material für eine Analyse politischer Machtstrukturen in Gemeinden*, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz, o. O., Mai 1968

63 Helmut Köser, *Empirische Parteienforschung*, a. a. O., S. 39; übereinstimmend: Rolf Ebbighausen, *Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der Parteiensozio- logie*, a. a. O., S. 24 f

64 1957 erschien hrsg. von Werner Conze eine deutsche Neuauflage von Robert Michels' *Soziologie des Parteiwesens*, a. a. O.; S. M. Lipset gab 1962 und 1964 englische Ausgaben der Untersuchungen von Michels und Ostrogorski als Paperbacks heraus

65 Rolf Ebbighausen, *Legitimationskrise der Parteiendemokratie*, a. a. O., S. 16

radikaldemokratischen Anspruch, der Ostrogorskis und Michels' Untersuchungen zugrunde lag, zugunsten einer stärker „empirischen“, den faktischen Realitäten eines parlamentarisch organisierten Parteiensystems entsprechenden Konzeption zu korrigieren: „For our own world we need a more pessimist approach to democratic government, one not based upon the blind assumption that men are natural democrats, but one which directs attention to those calamitiously improbably combinations of circumstances which actually make democracy work“⁶⁶. In dieser „realistischen“ Perspektive war die Parteienforschung in erster Linie auf die Frage fixiert, unter welchen politischen und soziologischen Bedingungen die Stabilität etablierter demokratischer Systeme in ihren bestehenden parteienstaatlichen Strukturen gesichert werden könne⁶⁷. Diese Orientierung hat mit der 3. Internationalen Konferenz des Committee on Political Sociology in Berlin 1968, die unter den Vorzeichen veränderter gesellschaftspolitischer Verhältnisse stand, einen vorläufigen Abschluß gefunden, wie Seymour M. Lipset und Stein Rokkan – zwei führende Repräsentanten der geschilderten Entwicklung – selber zum Ausdruck bringen: „Political Sociology developed its methodological characteristics and its theoretical orientations during the quiet years of consolidation and deideologization from 1945 to 1965 ... The current waves of Revolt and violence have set a great challenge to the discipline“⁶⁸. Diese Bemerkung macht im übrigen nur allzu deutlich, wie sehr die wissenschaftliche Diskussion, die um den Nachweis der Wechselwirkungen zwischen politischen Vorgängen und sozialen Verhältnissen immer sehr bemüht war, in ihrem eigenen Verlauf von eben diesen selben Faktoren bestimmt wird. Eine sozialwissenschaftliche Forschung, die ihre Analyse sozialer und politischer Organisationen weniger an deren demokratischen Partizipationschancen als vielmehr an ihren Beiträgen für die Funktionsfähigkeit und Stabilität einer etablierten Ordnung orientiert, ist nicht zu begreifen ohne das allgemeine Klima scheinbar konsolidierter, funktionierender und nicht herausgeforderter sozialer und politischer Verhältnisse. „Mit dem erneuten Aufbrechen der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturprobleme in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, schließlich mit der ‚politics of new masses‘, mit der das eingespielte Herrschaftssystem von seinem eigenen demokratischen Anspruch her problematisiert wurde, stellte sich aus der Kritik heraus auch die Legitimitätsfrage erneut“⁶⁹.

Die Legitimationskrise der herausgeforderten demokratischen Ordnung war unter den gegebenen Bedingungen, den „Realitäten“ des Parteienstaates, notwendigerweise zugleich die Krise der Parteiendemokratie. Diese Herausforderung rückte die Forderung nach organisationsinterner, vor allem aber innerparteilicher Demokratie mit innerer Konsequenz erneut in den Mittelpunkt parteiensoziologischer Diskussion und For-

66 Harry Eckstein, *A Theory of Stable Democracy*, Princeton 1961, S. 47

67 vgl. dazu vor allem die Sammelbände von Allardt/Littunen, *Cleavages, Ideologies, and Party Systems*, a. a. O. sowie Seymour M. Lipset/Stein Rokkan, *Party Systems and Voter Alignments*, New York 1967

68 Otto Stammer (Hrsg.), *Party Systems, Party Organization and the Politics of New Masses*, Vorwort von Lipset und Rokkan, a. a. O., S. IX

69 Rolf Ebbighausen, *Legitimationskrise der Parteiendemokratie*, a. a. O., S. 27

schung⁷⁰, wobei neben der kritischen Beobachtung der Parteiinstitutionen selbst in stärkerem Maße auch die Frage nach den soziopolitischen Rahmenbedingungen einer als notwendig erkannten Demokratisierung der Parteiorganisationen zum Gegenstand der Untersuchungen wurde. „Diese Vorstellungen gründeten im demokratischen Legitimitätsanspruch einer über die Wahlentscheidung hinausgehenden wirksamen politischen Partizipation des ‚Bürgers‘ in der Gegenwart, d. h. zumindest eines kontrollierenden inhaltlichen Einflusses der in den Parteien organisierten ‚Aktivbürgerschaft‘ auf die weitgehend in der nicht öffentlichen Sphäre des Staates agierenden Führungsspitzen der Parteien“⁷¹.

Auch und gerade für das zentrale Problem innerparteilicher Demokratie gilt freilich das Postulat, theoretische und empirische Forschung miteinander zu verbinden, um weder bei letztlich spekulativen Ergebnissen rein theoretischer Betrachtung stehenzubleiben noch unverbindliche und unvermittelte empirische Daten anzuhäufen, deren wissenschaftliche Relevanz ungeklärt bleibt. Wenn die Parteienforschung an dem Ziel festhalten will, „zu möglichst allgemeinen und nach festgelegten Regeln empirisch überprüfbareren Theorien über die Bedingungen der Innen- und Außenbeziehungen der politischen Parteien zu gelangen“⁷², dann muß sie sich einstweilen mit Theorien mittlerer Reichweite⁷³ zufriedengeben. „Dieses ‚mittlere‘ soll sich dabei sowohl auf die ‚Größe‘ des theoretischen Bezugsrahmens wie auf die des Objektbereichs erstrecken. Für die Parteien bedeutet das, daß man beim gegenwärtigen Stand weder versuchen sollte, Gesamtheorien über die Parteien z. B. als soziales System zu entwickeln, noch sich an Detaildaten, deren Relevanz nicht diskutiert ist, aufhalten sollte. Zu entwickeln wären dagegen spezielle,

70 diesen Zusammenhang betont Wolfgang Abendroth, Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie, in: Politische Vierteljahresschrift, 5. Jg., 1964, S. 307 ff; einen wichtigen Beitrag zu dieser Neuorientierung leistete Jürgen Jaber-mas mit seinem Buch Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962, und dem dort von ihm entwickelten Konzept der „organisationsinternen Öffentlichkeit“, bes. S. 264 ff

71 Rolf Ebbighausen, Legitimationskrise der Parteiendemokratie, a. a. O., S. 22

72 Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung, a. a. O., S. 10f

73 Robert K. Merton, Social Theory and Social Structure, 3. erweiterte Auflage, Clencoe 1957, S. 5; Mertons Postulat der „theories of middle range“ kann gerade im Bereich der modernen Parteienforschung als weitgehend unumstritten gelten.

74 Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung, a. a. O., S. 22

75 so begrenzt etwa Wolf-Dieter Narr seine vergleichende Darstellung von CDU und SPD auf nationaler Ebene auf eine Analyse des Verhältnisses ihrer programmatischen Aussagen zu ihrer politischen Praxis, wobei die zusätzliche Beschränkung auf Außen- und Wirtschaftspolitik dann allerdings doch für die Gewinnung eines Gesamtbildes problematisch erscheint: Wolf-Dieter Narr, CDU-SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966. Eine Reihe von Einzelstudien beschäftigt sich mit einzelnen Parteigruppierungen bzw. mit dem Verhältnis der Parteien zu bestimmten sozialen Gruppen und/oder deren Interessenverbänden. Siehe etwa Peter Egen, Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bamberg 1971; Ulrich Grasser, Die Mitbestimmungsdebatte in der CDU – eine exemplarische Analyse eines Gruppenkonflikts, unveröffentlichte Diplomarbeit an der FU Berlin 1970; Paul Akkermann, Die Jugendorganisationen der politischen Parteien, in: Gerhard Lehmbuch/Klaus von Beyme/Iring Fetscher (Hrsg), Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik, München 1971; Helmuth Pütz, Innerparteiliche Willensbildung. Empirische Untersuchung zum bildungspolitischen Willensbildungsprozeß in der CDU, Mainz 1974; verschiedene Einzelbeiträge zu Parteigruppierungen und Interessenstrukturen finden sich im Sammelband von Dittberner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a. a. O., dort auch zahlreiche Literaturhinweise

empirisch überprüfbarere Theorien über überschaubare und politisch relevante Objektbereiche, die sich auf funktionale ... wie institutionelle Probleme beziehen könnten“⁷⁴.

Eine solche Konzentration und Selbstbescheidung ist in der jüngeren Parteienliteratur in der Tat zunehmend festzustellen⁷⁵.

Diese Studie will einen Beitrag zu einer solchen begrenzten Fragestellung leisten. Die Problematik der innerparteilichen Demokratie soll am Beispiel einer lokalen Parteiorganisation dargestellt werden, wobei die konkrete organisatorische Verfassung im Mittelpunkt der Untersuchung partizipationsfördernder und -hemmender Strukturen stehen wird. Unter Berücksichtigung der politischen und sozialen Umweltbedingungen, die für die Tätigkeit politischer Parteien gesetzt sind, sowie der Leistungsdefizite des bestehenden Organisationskonzeptes der Parteien unter eben diesen Bedingungen soll schließlich der Versuch unternommen werden, alternative Organisationsstrukturen zu entwickeln und – soweit möglich – empirisch zu testen, die eine Verbesserung sowohl der Leistungsfähigkeit als auch des Demokratiepotentials politischer Parteien versprechen. Ein solcher Versuch ist möglich, da die Vermutung einer grundsätzlichen Unvereinbarkeit der Postulate der Demokratie mit den Erfordernissen der Organisation durchaus oberflächlich erscheint⁷⁶, er ist darüber hinaus notwendig, weil die Verbindung der Prinzipien der Organisation mit denen der Demokratie die unausweichliche Herausforderung einer jeden hochentwickelten Gesellschaft darstellt.

76 siehe dazu vor allem die Studie von Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen, 2. Auflage Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971

2. Demokratie in Organisationen

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Problemen und Chancen innerparteilicher bzw. innerorganisatorischer Demokratie steht noch immer unter dem Eindruck der inzwischen über sechs Jahrzehnte alten Untersuchungen von Robert Michels zur Soziologie des Parteiwesens und der von ihm dargestellten organisationstypischen Oligarchisierungstendenzen. Seine Fragestellung und seine Argumentation haben in ihrer fraglos einseitigen Orientierung auf die Problematik der Führung und ihrer Verkrustungsercheinungen die allgemeine Perspektive für die Betrachtung und Beurteilung innerverbandlicher Vorgänge nachhaltig bestimmt, wobei freilich einzuräumen ist, daß diese Fixierung auf einen ganz bestimmten theoretischen Ansatz den gesamten Verlauf der Diskussion nicht nur negativ beeinflusst hat. „Als positiv ist an dieser Fixierung auf Michels zu werten, daß durch sie das zentrale Problem in der normativen Demokratiediskussion der letzten Jahrzehnte, nämlich das Umschlagen der direkten in irgendeine Form von elitären Demokratiekonzeptionen, immer wieder ins Bewußtsein gehoben wird. Die negativen Konsequenzen dieser Fixierung liegen im Festhalten an theoretischen Konzeptionen und Fragestellungen, in deren Rahmen die ganze Problematik nicht mehr befriedigend untersucht werden kann, wenn man den Stand der Diskussion zur innerorganisatorischen Demokratie mit der Entwicklung in anderen Forschungsbereichen, so z. B. der Organisationstheorie, vergleicht“¹.

Für Robert Michels stellt sich die innerparteiliche bzw. innerverbandliche Demokratie im wesentlichen als Oligarchieproblem dar: Das Prinzip der Organisation muß als die *conditio sine qua non* der sozialen Kampfführung der Massen betrachtet werden. Die Bildung einer Organisation bedeutet aber bereits Tendenz zur Oligarchie. Jede Organisation führt notwendigerweise zu einer Zweiteilung in eine anführende Minorität und eine geführte Majorität. Aus verwaltungsmäßigen wie taktischen Gründen entsteht im Laufe der Zeit ein berufsmäßiges Führertum; „der Anfang der Bildung eines berufsmäßigen Führertums bedeutet den Anfang vom Ende der Demokratie ... Eine Masse, die ihre Souveränität delegiert, d. h. einzelnen wenigen Männern aus ihr überträgt, dankt als Souverän ab“². Die Kontrolle der Führer schrumpft nicht *de jure*, aber *de facto* auf die Vorstände der jeweils unteren Organisationsebenen zusammen. Auf diese Weise entsteht eine abgegrenzte, relativ geschlossene Hierarchie mit vielen Instanzen, und „die genaue Einhaltung des Instanzenweges wird zum Paragraph I des Katechismus der Parteipflichten“³.

Die oligarchischen Tendenzen innerhalb der Organisation werden durch die Übernahme parlamentarischer Mandate durch die politische Führung weiter verstärkt: diese Tätigkeit erhöht ihre Sachkompetenz und Überlegenheit und vergrößert so die ohnehin vorhandene Distanz zwischen Führung und Geführten. Die faktische Unverzichtbarkeit der Führer für ihre Partei oder Organisation nimmt auf diese Weise ständig zu. „In der Unentbehrlichkeit liegt der stärkste Rechtsanspruch der Führer“⁴.

1 Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie*, a. a. O., S. 12

2 Robert Michels, *Soziologie des Parteiwesens*, a. a. O., S. 130

3 ebda, S. 76

4 ebda, S. 82

Diese Gesetzmäßigkeiten der Organisation sieht Robert Michels ergänzt und verstärkt durch die Gesetzmäßigkeiten der Psychologie: dem natürlichen Machthunger der Führer steht das Führungsbedürfnis der Menge gegenüber. Damit aber reduziert sich das demokratische Prinzip der Partizipation auf das schlichte Recht der Masse, sich von Zeit zu Zeit die Herrscher selbst zu wählen, von denen sie in der Folgezeit uneingeschränkt regiert wird. „Das soziologische Grundgesetz, dem die politischen Parteien – das Wort Politik hier im weitesten Sinne genommen – bedingungslos unterworfen sind, mag, auf seine kürzeste Formel gebracht, etwa so lauten: die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden“⁵.

Die zentralen Thesen Michels' sind in den auf das Erscheinen seiner Untersuchung folgenden Jahren und Jahrzehnten heftig diskutiert, kritisiert, modifiziert, gelegentlich übernommen oder schlichtweg zur Kenntnis genommen worden⁶. Dabei wird zunehmend eine grundsätzliche Kritik gegen die logische Struktur seiner Argumentation gerichtet, die von der radikaldemokratischen Norm der Identität von Regierenden und Regierten ausgehe, zugleich aber die Selbstregierung der Massen wegen dauernder fachlicher Inkompetenz ausschließe, so daß eine Organisation und Delegation der politischen Entscheidungskompetenz, damit aber die Aufhebung der demokratischen Identität, unvermeidlich sei. „Vor dem Hintergrund der radikaldemokratischen Norm muß Organisation also partiell gleichbedeutend mit Oligarchie sein. So gesehen stellt Michels' ehernes Gesetz keine Hypothese dar, sondern definitionsbedingt eine Tautologie. Möchte Michels diesen Schluß vermeiden, müßte er seine radikaldemokratische Norm reduzieren, begrifflich eine eindeutige Unterscheidung zwischen Organisation und Oligarchie treffen und klare Kriterien dafür angeben, wie man eine oligarchische von einer nicht-oligarchischen, also demokratischen Organisation unterscheiden könne“⁷.

Diese theoretischen Mängel der Argumentationsstruktur ließen eine systematische Auseinandersetzung mit Michels' zentralen Thesen kaum zu, da eine empirische Falsifikation seines Oligarchie-Gesetzes aus logischen Gründen gar nicht möglich sei⁸. Die Diskussion des Problems innerorganisatorischer Demokratie setzt also eine breitere theoretische Basis voraus, die die Binnenstrukturen einer Organisation in den Zusammenhang ihrer Umweltbedingungen und Systemfunktionen stellt.

5 ebda, S. 370f

6 vgl. Georg Lukács, R. Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Rezension; in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, 1928; Lukács kritisiert vor allem die unhistorische Darstellung der nichtorganisierten Masse, deren „Inkompetenz“ nicht unabhängig vom Entwicklungsstand und den jeweiligen Machtverhältnissen einer Gesellschaft gesehen werden könne; an jüngeren Beiträgen zur Michels-Kritik siehe vor allem: John D. May, *Democracy, Organizations, Michels*, in: *American Political Science Review*, Nr. 59, 1965, S. 417–29; C. W. Cassinelli, *The Law of Oligarchy*, in: *American Political Science Review*, Nr. 47, 1953, S. 773–84; Gordon Hands, *Roberto Michels and the Study of Political Parties*, in: *British Journal of Political Science*, Nr. 1, 1971, S. 155–72; Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie*, a. a. O., S. 12f

7 Wolfgang Jäger, *Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation*, in: ders. (Hrsg.), *Partei und System*, a. a. O., S. 117

8 ebda

2.1. Parteien als Organisationen

Das Bemühen um einen umfassenden und verbindlichen Bezugsrahmen der Parteienforschung ist durch das Fehlen eigenständiger theoretischer Ansätze gekennzeichnet, die diesem Anspruch genügen könnten⁹; die Entwicklung einer allgemeinen Parteientheorie erscheint auf absehbare Zeit nicht realisierbar.

Als Ausgangspunkt ihrer eigenen theoretischen Bemühungen orientiert sich die Parteienforschung daher in zunehmendem Maße an „fremden“ Theorien sozialer Gruppierungen und Formationen, die nicht speziell für politische Parteien entwickelt wurden, gerade wegen ihres hohen Abstraktionsgrades aber auch für die Analyse konkreter Sozialphänomene wie politische Parteien geeignet erscheinen. Besonders häufig wird in diesem Zusammenhang die Organisationstheorie bzw. Organisationssoziologie herangezogen¹⁰. Diese bietet sich insofern an, als die Definition ihres Gegenstandes auch politische Parteien einschließt: „An organization is a social system that has an unequivocal identity, an exact roster of members, a program of activity, and procedures for replacing members“¹¹.

Die Verwendung organisationstheoretischer Fragestellungen und Erkenntnisse für die Parteienforschung ist inzwischen in einer Reihe von Arbeiten versucht und meist positiv beurteilt worden¹².

Dabei hat sich nicht nur die Möglichkeit der Übertragung organisationssoziologischer Phänomene auf die Parteien als fruchtbar erwiesen, sondern vor allem auch der Nachweis spezifischer Bedingungen, durch welche sich die politischen Parteien und ihre Strukturen von denen anderer Organisationen unterscheiden.

⁹ siehe dazu Hans-Otto Mühleisen, Theoriebildung und politische Parteien, Diss. phil. Freiburg 1970

¹⁰ ebda, bes. S. 194–197; zur Abgrenzung der Begriffe „Organisationstheorie“, „Organisationssoziologie“ und „Organisationsanalyse“ siehe Renate Mayntz/Rolf Ziegler, Soziologie der Organisation, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 2, Stuttgart 1969, S. 444

¹¹ Theodore Caplow, Principles of Organization, New York 1964, S. 1; vgl. auch die Definition von Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, 3. Auflage 1968, S. 36: „Gemeinsam ist allen Organisationen erstens, daß es sich um soziale Gebilde handelt, um gegliederte Ganze mit einem angebbaren Mitgliederkreis und interner Rollendifferenzierung. Gemeinsam ist ihnen zweitens, daß sie bewußt auf spezifische Zwecke und Ziele orientiert sind. Gemeinsam ist ihnen drittens, daß sie im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Zwecke oder Ziele zumindest der Intention nach rational gestaltet sind. In dem Maße, wie diese drei Definitionsmerkmale des Gebildecharakters, der spezifischen Zweckorientierung und des Organisiert-Seins erfüllt sind, kann man von einer Organisation sprechen“

¹² Lee F. Anderson, Organizational Theory and the Study of State and Local Parties, in: William J. Crotty (Hrsg.), Approaches to the Study of Party Organizations, Boston 1968, S. 375–403; Joseph A. Schlesinger, Political Party Organizations, in: James G. March (Hrsg.), Handbook of Organizations, Chicago 1965, S. 764–801; Austin Ranney/Willmoore Kendall, Democracy and the American Party System, New York 1956, bes. S. 199 und 236; La Palombara/Weiner, The Origin and Development of Political Parties, a. a. O., S. 5f; kritische Beurteilungen der Organisationstheorie für die Parteienforschung finden sich bei Herbert Kaufmann, Organization Theory and Political Theory, in: American Political Science Review, Nr. 58, 1964, S. 5 ff; Bernhard Hennessy, On the Study of Party Organization, und Samuel H. Barnes, Party Democracy and the Logic of Collective Action, beide in: Crotty (Hrsg.), Approaches to the Study of Party Organizations, a. a. O., S. 6 bzw. S. 106

1. Die Organisationstheorie unterscheidet in ihren Analysen der Effektivität von Organisationen zwischen einem „Zielmodell“ und einem „Systemmodell“ bzw. zwischen „zweckrationalen“ und „systemrationalen“ Strukturen¹³. Das erste Modell fragt nach den erklärten oder zugeschriebenen Zielen und Werten einer Organisation und untersucht, ob überhaupt, in welchem Ausmaß, mit welchen Nebeneffekten usw. diese Werte und Ziele von der Organisation realisiert werden. Die Differenz zwischen den Soll- und Ist-Werten markiert die Effektivität der Organisation. Für die Analyse politischer Parteien hat sich vor allem das Systemmodell als zweckmäßig erwiesen, das die Zieldefinition nicht als autonomen organisationsinternen Vorgang, sondern in ihrem Systembezug begreift. „Organisation wird hier als eine multifunktionale Einheit angesehen, die einen Teil ihrer Mittel auch für nongol functions verwenden muß. Dadurch kann auch das in jedem Zielmodell vorgegebene Paradox der Ineffizienz aufgelöst werden: gemäß dem Zielmodell müßte jede Organisation um so wirksamer sein, je mehr Mittel sie zur Zielverwirklichung einsetzt. Im Systemmodell kann hingegen gezeigt werden, daß eine Organisation viel effizienter ist, wenn sie gerade nicht alle ihre Mittel für das erklärte Organisationsziel einsetzt“¹⁴.

Eine solche differenzierte Analyse erweist sich gerade für so komplexe Organisationen wie politische Parteien als besonders angemessen. Dennoch gilt der Hinweis auf die Einseitigkeit beider Modelle auch für die an ihnen orientierte Parteienforschung: „Wird das rationale Modell wirklichkeitsfremd, weil es die Rationalität der Organisation überbetont und alles, was nicht den Anforderungen optimaler Zweckmäßigkeit genügt, als einen Mangel abstempelt, dann fällt das zweite Modell ins andere Extrem und vernachlässigt, daß Organisationen tatsächlich zielgerichtete soziale Systeme sind“¹⁵.

2. Politische Parteien sind in ihrer Zieldefinition nur schwer in allgemeine Organisationstypologien einzuordnen¹⁶. Ihre Multifunktionalität schließt nicht nur verschiedene Aufgaben und Ziele, sondern vor allem unterschiedliche Funktionstypen ein, die darüber hinaus in ihrer Intensität und Dauer durchaus variabel sind. Dies stellt enorme Anforderungen an die Organisationsstrukturen von Parteien, die dem Anspruch genügen sollen, „im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Zwecke oder Ziele zumindest der Intention nach rational gestaltet“¹⁷ zu sein. Die Multifunktionalität politischer Parteien erfordert differenzierte, den verschiedenartigen Aufgaben jeweils angemessene Strukturen; Effizienzverluste durch gegenseitige Behinderung erscheinen unter diesen Bedingungen fast zwangsläufig.

Schließlich lassen sich die Funktionen der Parteien weder als einmalig zu erreichende noch eindeutig als Dauerziele bestimmen. „Für die politischen Parteien ergibt sich in

¹³ vgl. Amitai Etzioni, Two Approaches to Organizational Analysis, in: Administrative Science Quarterly, 1960/61

¹⁴ Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 46

¹⁵ Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, a. a. O., S. 49

¹⁶ vgl. Niklas Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin 1964; Renate Mayntz, Soziologie der Organisation a. a. O., S. 58–80; Blau/Scott, Formal Organizations, A Comparative Approach, San Francisco 1962, S. 42

¹⁷ Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, a. a. O., S. 36, siehe dazu auch den Abschnitt „Ziel und Struktur“, ebda, S. 77–80

dieser Typologie eine besondere Stellung durch ihre Konkurrenzsituation. Das Primärziel der politischen Parteien in der westlichen Demokratie besteht darin, durch gute Wahlergebnisse einen möglichst großen Anteil an staatlicher Macht zur Beeinflussung der Entscheidungen des politischen Systems zu erringen. Die Möglichkeit zur Zielerreichung ist nun einerseits durch den Wahlakt auf einen Zeitpunkt begrenzt, wird aber andererseits durch die Iteration von Wahlen auch wieder in Frage gestellt¹⁸.

3. Die durch Wahlen aktualisierte Konkurrenzsituation setzt auch für die Führungs- und Autoritätsstrukturen politischer Parteien besondere Bedingungen. Auch hier bietet die Organisationstheorie wichtige Ansatzpunkte und Hypothesen für die parteiensoziologische Analyse. So konnte durch eine Reihe von Untersuchungen gezeigt werden, daß Führungspersonlichkeiten sich in der Tat deutlich von anderen Organisationsmitgliedern unterscheiden, allerdings weniger durch persönliche Eigenschaften und Qualifikationen, die häufig für typische Führungsmerkmale gehalten werden, wie rhetorische Begabung, Engagement und Intelligenz, als vielmehr durch ihre Stellung im organisationsinternen Kommunikationsprozeß, d. h. vor allem durch die Häufigkeit, mit der sie Informationen beziehen und vermitteln¹⁹. Diese Beobachtung stellt fraglos eine wichtige Hypothese dar für die Erklärung der Amtsdauer von Funktionsträgern bzw. der Schwierigkeiten, gewählte Parteiführer abzulösen, selbst wenn ihre Konkurrenten ihnen an persönlichen Führungsqualitäten offensichtlich überlegen sind.

Ein zweites organisationssoziologisches Phänomen ist gerade in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Führer scheinen in Krisenzeiten generell einen größeren Einfluß auf ihre Organisation und deren Mitglieder ausüben zu können als in Nichtkrisenzeiten²⁰. Betrachtet man nun Wahlen als Krisensituation für die an ihnen in Konkurrenz zu anderen beteiligten Parteien, so wird die zunehmende Zentralisierung der Willensbildung und die nahezu unangreifbare Position der jeweiligen Parteiführer in Vorwahlzeiten plausibel, keineswegs allerdings zugleich demokratisch legitimiert²¹. Bei der Analyse der Führungsstrukturen politischer Parteien ist schließlich zu berücksichtigen, daß diese Wahlen auf verschiedener Ebene und zu verschiedenen Zeiten durchzuführen haben, so daß die Krisensituation ein geradezu institutionalisierter Zustand von Parteien ist. Wenn sich die starke Stellung von Parteiführern aber wesentlich durch die von ihnen erwartete Krisenbewältigung bzw. die erfolgreich durchgeführten Wahlen erklärt, dann wäre umge-

18 Hans-Otto Mühleisen, *Organisationstheorie und Parteienforschung*, in: Wolfgang Jäger (Hrsg.), *Partei und System*, a. a. O., S. 65 f

19 siehe dazu vor allem Alex Bavelas, *Leadership: Man and Function*, in: *Administrative Science Quarterly*, Nr. 4, 1960, S. 492 ff; vgl. auch Moos/Koslin, *Prestige Suggestion and Political Leadership*, in: *Public Opinion Quarterly*, Nr. 16, 1952, S. 77-93; Warner W. Burke, *Leadership Behavior as a Function of the Leader, the Follower, and the Situation*, in: *Journal of Personality*, Nr. 33, 1965

20 Robert L. Hamblin, *Leadership and Crisis*, in: *Sociometry*, Nr. 21, 1958, S. 322

21 diese Rechtfertigung deutet Hans-Otto Mühleisen an, der „in Wahlzeiten im einzelnen zentralistischere Methoden . . . unter Berücksichtigung der Situation, der Disposition der Mitglieder und der Notwendigkeiten der Situation nicht unmittelbar als undemokratisch abqualifizieren“ will und diese Rechtfertigung stärkerer Zentralisierung der Entscheidungsprozesse ausdrücklich auch auf die Kandidatenaufstellung als Teil der Wahl bezieht: Hans-Otto Mühleisen, *Organisationstheorie und Parteienforschung*, a. a. O., S. 78 und Anmerkung 136

kehrt zu untersuchen, unter welchen Bedingungen es ihnen gelingt, trotz verllorener Wahl im Amt zu verbleiben²².

4. Die besonderen Probleme der Mitgliederschaft in Parteien, die sich sowohl in quantitativer Hinsicht als auch bezüglich ihrer Teilnahmeintensität an innerparteilichen Vorgängen ergeben, sind von der Parteienforschung häufig unter dem Aspekt der oligarchischen Machtstrukturen behandelt worden. Nur eine Veränderung der Autoritätsstrukturen der Parteien schien eine Vergrößerung ihrer Mitgliederzahlen und eine Erweiterung ihrer Partizipationschancen möglich zu machen, die wiederum in der Sicht der Parteien als „Legitimierungs- und Interessenkoordinierungsorgane“²³ für unverzichtbar gehalten wurde.

Die Ursachen für die geringe Zahl der Mitglieder und deren unbefriedigender politischer Teilnahme stellen sich unter Berücksichtigung organisationstheoretischer Überlegungen differenzierter dar, als von der Parteienforschung meist angenommen wurde²⁴. Insbesondere die Beobachtung unterschiedlicher Beitritts- und Leistungsmotivationen²⁵ hat deutlich gemacht, daß der Entschluß zum Beitritt in eine politische Partei durchaus nicht notwendigerweise die Motivation zur engagierten Teilnahme an innerparteilichen Vorgängen miteinschließen muß. Während der Beitritt auf einem einmaligen, aktuellen und kurzfristig realisierten Motiv beruhen kann, setzt die Leistungsmotivation eine dauernde, zumindest längerfristige Grundlage voraus, die darüber hinaus nicht nur mit der Selbstdarstellung und Propaganda einer Partei in Übereinstimmung gebracht werden muß, sondern vor allem mit den jeweils persönlichen Erfahrungen der innerparteilichen Wirklichkeit. In diesem Zusammenhang erweist sich der Eindruck, persönliche Ziele durch Teilnahme in einer Organisation fördern zu können, als wesentliche Voraussetzung der Leistungsmotivation²⁶.

Unter diesen Bedingungen erscheint eine Fortsetzung traditioneller Formen der Mitgliederwerbung nach außen wenig erfolgversprechend und nach innen eher motivationshemmend. Zum einen kann eine ungezielte, allein auf Maximierung der Mitgliederzahlen einer Partei ausgerichtete Werbung im günstigsten Fall die Repräsentanz der ohnehin vertretenen sozialen Gruppen verstärken, erreicht also keinesfalls das Ziel einer ausgewogenen Vertretung der verschiedenen Berufs- und Altersgruppen. Zum anderen muß eine ständige Erweiterung der Organisationsgröße die Motivation der alten und

22 dies ist die zweite von Hamblin empirisch getestete Hypothese, daß Mitglieder dazu neigen, ihre Führer durch neue zu ersetzen, wenn diese für die Krise keine Lösung gefunden haben, auch dann, wenn es gar keine Lösung gibt

23 Peter Haungs, *Innerparteiliche Demokratie im parlamentarischen Regierungssystem*, in: *Civitas*, Nr. 4, 1965, S. 51

24 vgl. dazu Richard Rose, *The Political Ideas of English Party Activists*, in: *American Political Science Review*, Nr. 56, 1962, S. 370 ff; Samuel H. Barnes, *Participation, Education, and Political Competence, Evidence from a Sample of Italian Socialists*, in: *American Political Science Review*, Nr. 60, 1966, S. 348-353; Robert R. Alford, *Sources of Political Involvement*, in: Otto Stammer (Hrsg.), *Party Systems*, a. a. O., S. 77-106; David Berry, *Party Membership and Social Participation*, in: *Political Studies*, Nr. 17, 1969, S. 196-207

25 Niklas Luhmann, *Funktionen und Folgen formaler Organisation*, Berlin 1964, S. 104

26 siehe dazu Sidney Verba, *Political Participation and Strategies of Influence: A Comparative Study*, in: *Acta Sociologica*, Nr. 6, 1962, S. 31 f; March/Simon, *Organizations*, New York 1958, S. 66 f

neuen Mitglieder zur Partizipation durchaus nicht unbedingt fördern, da die Verfolgung individueller Ziele mit wachsender Zahl von Interessenten zumindest subjektiv schwieriger erscheinen mag, zumal in der Regel trotz größerer Mitgliederzahlen nur eine begrenzte Anzahl wichtiger politischer Positionen verfügbar ist. Wenn die Teilnahmeanintensität der Mitglieder mit zunehmender Größe einer Partei zurückgeht²⁷, so erscheint das unter diesen Bedingungen geradezu zwangsläufig, ganz abgesehen davon, daß eine unkontrollierte Steigerung der Organisationsgröße über das notwendige Mindestmaß hinaus keineswegs immer ein Beitrag zur Steigerung ihrer Funktionsfähigkeit im Sinne der Realisierung spezifischer Zwecke und Ziele zu sein braucht. Man wird also in der Tat zustimmen müssen, „daß ein Großteil der Partizipationsprobleme, der in der Parteienliteratur unter dem Gesichtspunkt der Partizipation verhindernden Machtstrukturen etc. diskutiert wird, adäquater unter diesem besonderen Aspekt der formalen Organisation behandelt würde“²⁸.

5. Der entscheidende Faktor, der einer Anwendung organisationstheoretischer Kriterien auf politische Parteien wesentliche Grenzen setzt, ist das für westliche Parteiensysteme typische Postulat innerparteilicher Demokratie. „Nach der Organisationstheorie soll jede Organisation ihre Ziele mit den dafür geeignetsten Mitteln verfolgen, d. h. daß der Zweck die Struktur und Art der Aktivitäten bestimmt. Für die Partei besteht jedoch durch die oben angeführte Doppelrolle die Situation, daß sie einerseits in Konkurrenz mit anderen Parteien möglichst effektiv sein soll und andererseits durch die Forderung nach innerparteilicher Demokratie die Organisationsstruktur nicht allein nach Zweckmäßigkeit Gesichtspunkten planen kann“²⁹. Eine Organisationsanalyse politischer Parteien wird demnach nicht übersehen dürfen, daß diese bei der Verfolgung ihrer Ziele die möglicherweise zweckrationalsten Mittel gerade nicht anwenden können, während die demokratischen Prinzipien, nach denen sie verfahren sollen, ihre Funktionsfähigkeit im Sinne technischer Effizienz eher behindern als begünstigen. Diese spezifische Problematik politischer Parteien ist aufgrund ihrer Multifunktionalität auch nicht dadurch zu überwinden, daß die Verpflichtung zu innerparteilicher Demokratie nicht als Strukturprinzip, sondern als Zweck verstanden wird.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach der Mitgliederzahl politischer Parteien neu zu stellen, da nicht nur deren Folgen für die Funktionsfähigkeit einer Parteiorganisation zu untersuchen, sondern auch die Bedingungen zu berücksichtigen sind, die sie für demokratische Partizipationschancen setzt. Unstrittig ist, daß jede Organisation mit

27 dies war das Ergebnis einer systematischen Analyse aller Versammlungen von SPD, CDU und FDP in Berlin vom 20. Oktober bis zum 30. November 1966 durch das Institut für Politische Wissenschaft der FU Berlin. Die Mitgliederzahlen der Parteien pro Organisationseinheit betragen bei der SPD durchschnittlich 276, bei der CDU 110 und der FDP 40 Mitglieder, die Prozentsätze der an den Veranstaltungen teilnehmenden Mitglieder dagegen bei der SPD etwa 14, CDU etwa 25 und FDP etwa 40 Prozent. Während des Untersuchungszeitraums erschienen zu keiner SPD-Versammlung mehr als 35 Prozent der Mitglieder, bei CDU-Veranstaltungen selten mehr als 45 Prozent, in einem Fall allerdings über 75 Prozent: Nils Diederich, Party Member and Local Party Branch, Some Initial Findings of a Pre-Study on Membership Participation and Branch Meetings in Berlin Parties, in Otto Stammer (Hrsg.), Party Systems, a. a. O., S. 108

28 Hans-Otto Mühleisen, Organisationstheorie und Parteienforschung, a. a. O., S. 76

29 ebda, S. 66f

wachsender Mitgliedsgröße zu zunehmender Formalisierung und Bürokratisierung der innerorganisatorischen Beziehungen gezwungen ist. Diese Formalisierung hat sowohl für die Effektivität wie für das Demokratiepotezial von Parteien ambivalente Auswirkungen. Auf der einen Seite ist nicht zu übersehen, daß ohne ein Mindestmaß an Organisation, d. h. aber an formalisierten Strukturen, Erwartungen und Kontrollmechanismen, weder eine konsequente Verfolgung gemeinsamer Ziele noch eine Gewährleistung demokratischer Spielregeln sicherzustellen ist. Andererseits werden mit wachsender Größe einer Organisation die Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern in der Regel unpersönlicher, die Kommunikationsdichte nimmt ab, die Möglichkeit spontaner Aktionen und Initiativen wird geringer, zumindest aber immer weniger erfolgversprechend, die Teilnahmeanintensität geht stetig zurück³⁰; eine Reduzierung der Partizipationsbereitschaft hat aber immer eine eher entdemokratisierende Wirkung, so daß die Forderung nach größeren Parteien auch unter gesamtsystemischen Gesichtspunkten zumindest problematisiert werden muß.

2.2. Problemfelder innerorganisatorischer Demokratie

Das Verhältnis von Organisation und Demokratie wird am Beispiel politischer Parteien zum praktischen Problem. Dabei erweist sich die klassische These von Michels, daß Organisation die Demokratie verhindere, als geniale Vereinfachung, aber eben doch als Vereinfachung. An ihre Stelle mußte eine gründlichere Analyse treten, die die konkreten Problemfelder innerorganisatorischer Demokratie durch den Nachweis demokratiehemmender wie -fördernder Tendenzen aufzuzeigen und empirisch zu belegen in der Lage war.

2.2.1. Führungs- und Machtverhältnisse

Die Autoritätsstrukturen gelten noch immer und nicht zu Unrecht als zentrales Problem innerparteilicher Demokratie. Ob und in welchem Ausmaß demokratische Teilnahmeanchancen bestehen, wird durch die jeweiligen Führungs- und Machtverhältnisse wesentlich bestimmt. Von diesem grundsätzlichen Konsens abgesehen bleibt allerdings nach wie vor umstritten, was denn konkret als demokratisch anzusehen und zu qualifizieren ist. Der Gegensatz zwischen einem Demokratieverständnis, das in der Nachfolge Rousseaus diese als Identität von Regierenden und Regierten begreift, und einem anderen, vor allem im angelsächsischen Bereich entwickelten und von John Locke und dem Federalist als prominentesten Vertretern formulierten Demokratiebegriff, in dessen Mittelpunkt das Repräsentationsprinzip steht, ist in der wissenschaftlichen Diskussion bis heute präsent und unüberwunden. Der jeweilige normative Ausgangspunkt setzt aber zugleich verbindlich die Kriterien, an denen sich die Analyse innerparteilicher Demokratiepoteziale zu orientieren hat.

30 siehe dazu Bernhard P. Indik, Some Effects of Organization Size on Member Attitudes and Behavior, in: Human Relations, Nr. 16, 1963, S. 378-380

In seiner Darstellung notwendig oligarchischer Führungsstrukturen in Parteien und anderen komplexen Organisationen beruft sich Michels ausdrücklich auf Rousseau, „um mit Hilfe des Begriffs der *volonté générale*, die als souveränes Kollektiv durch niemanden als durch sie selbst repräsentiert sein könne, vorauszusetzen, daß jede Delegation oder Vertretung der Volkssouveränität, sei es in einer Parteiführung oder sei es in einem Parlament, die Demokratie ausschließe“³¹. Die Prämisse der Untersuchung nimmt das Ergebnis vorweg: jede Organisation, die die Identität von Führern und Geführten durch Delegation politischer Entscheidungskompetenz und Verantwortung aufhebt, verliert damit zugleich ihre demokratische Unschuld.

Andere Autoren lehnen daher das Identitätspostulat als Leerformel ab³². „Jede Form der politischen Wirklichkeit läuft, daran gemessen, Gefahr, als undemokratisch zu gelten. Der Sinn des Postulats muß auch dann bezweifelt werden, wenn sich seine Anhänger der Utopie des Zieles einer herrschaftsfreien Gesellschaft bewußt sind. Als idealtypisches Konzept mit Regulativfunktion ist das Identitätspostulat zu einfach, um theoretisch sinnvoll zu sein“³³. Ihm wird das parlamentarische Prinzip der Repräsentation gegenübergestellt, das realistischer und daher für die Analyse geeigneter sei, denn jede Organisation, auch die moderne Demokratie, bedürfe der Führung als eines Instrumentes ihrer Verwirklichung³⁴: „Nicht die Identität von Führern und Geführten ist entscheidend für den Grad an Demokratisierung, sondern die gleiche Chance des Aufstiegs in die politische Führung für jeden Parteibürger“³⁵. Die Konzentration der Parteien auf diese Funktion interner Führungsauslese erscheint letztlich – von dieser „realistischen“ Perspektive ausgehend – als Konsequenz „einer zunehmenden Rollendifferenzierung in der industriellen Gesellschaft, ... (die) geistige und materielle Bedürfnisse von spezialisierten Herstellern bedient“³⁶.

Wolfgang Jäger hat aufzeigen können, daß das radikaldemokratische Partizipationspostulat sich zwar im normativen Selbstverständnis von dem als elitär qualifizierten Repräsentativprinzip unterscheidet, in der Substanz aber nur graduell von diesem abweicht³⁷. So hält z. B. Gerhard Leibholz den Repräsentativgedanken mit der „inneren

Logik“³⁸ des modernen demokratischen Parteienstaates für nicht vereinbar, der „seinem Wesen wie seiner Form nach eine rationalisierte Erscheinungsform der plebiszitären Demokratie“³⁹ sei. Zugleich aber weist er darauf hin, daß auch die parteienstaatliche Demokratie unter dem ehernen Gesetz stehe, von einer politische Elite geführt werden zu müssen, sofern diese nur aus dem Volk selbst hervorgehe und durch dieses legitimiert werde⁴⁰. Eine solche Beschreibung plebiszitärer Entscheidungsprozesse aber enthält nahezu alle Kennzeichen desjenigen repräsentativen Demokratiebegriffs, dem sie doch eine Alternative entgegensetzen wollte. „Die Konturen gegenüber der Repräsentation lösen sich auf; denn als Legitimationsprinzip braucht sich das plebiszitäre nicht vom repräsentativen Prinzip zu unterscheiden“⁴¹.

Die Analyse der Machtstrukturen in politischen Parteien gerät angesichts dieser Kontroverse zwischen unterschiedlichen Demokratiebegriffen leicht in das Dilemma, entweder von einem theoretischen Ansatz auszugehen, der bewußt von den Sachzwängen und Gegebenheiten der Wirklichkeit absieht, mit seinem radikaldemokratischen Anspruch das Untersuchungsergebnis aber bereits vorwegnimmt, oder aber, um dies zu vermeiden, einen an den tatsächlichen Verhältnissen orientierten realistischeren Ansatz zu wählen, dessen Folge dann allzuleicht die vorschnelle Rechtfertigung reduzierter Partizipationsmöglichkeiten der einfachen Mitglieder ist. Unter diesen Umständen dürfte es sich als zweckmäßig erweisen, die innerparteilichen Führungs- und Machtverhältnisse an eher objektivierbaren Kriterien darzustellen, ohne sie gleich als demokratisch oder undemokratisch zu qualifizieren. Als solche Kriterien bieten sich an die Stellung im Kommunikationssystem, die Rolle im Willensbildungsprozeß, die mögliche Dominanz bei relevanten Entscheidungen, der Einfluß der Parteibürokratie als selbständige bzw. verselbständigte oder als abhängige Größe und schließlich der Kohäsionsgrad innerparteilicher Führungsgruppen, wobei neben den formalen auch informelle Autoritätsstrukturen zu berücksichtigen sind. Alle diese Faktoren bestimmen entscheidend das Ausmaß innerparteilicher Teilnahme- und Mitwirkungschancen und insofern auch ihr jeweiliges Demokratiepotential.

2.2.2. Umweltbedingungen und -einflüsse

Der Charakter der Parteien als Subsysteme einer umfassenden sozialen und politischen Ordnung macht sie in ihren Binnenstrukturen abhängig auch von äußeren Bedingungen und Einflüssen. Es ist daher nicht zu übersehen, daß die vorhandenen Tendenzen innerparteilicher Demokratisierung durch eine zunehmende „Außensteuerung“ der Parteien konterkariert und schließlich aufgehoben werden könnten. Wolfgang Abendroth sieht eine solche Gefahr vor allem durch den wachsenden Einfluß demokratisch nicht legitimer ökonomischer Interessenten auf die Parteien, der durch die organisatorische und

31 Werner Conze, Nachwort zur Neuausgabe von Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, a. a. O., S. 388

32 Dieses Postulat wird in seiner ideengeschichtlichen Verwurzelung grundsätzlich erörtert von Ernst Fraenkel, Strukturanalyse der modernen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 49/69, S. 3–27

33 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 118

34 siehe dazu Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 9; Werner Conze, Nachwort zur Neuausgabe von Michels' Soziologie des Parteiwesens, a. a. O., S. 393; Wilhelm Henning, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, aus der Reihe „Recht und Staat“, Tübingen 1957

35 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 121

36 Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg. 1965, S. 39

37 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, besonders der Abschnitt „Das radikaldemokratische Identitätspostulat und das Repräsentationsprinzip“, a. a. O., S. 118 ff

38 Gerhard Leibholz, Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert, 3. Auflage, Berlin 1966, S. 235

39 ebda, S. 226 f

40 ebda, S. 247 f

41 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 119

finanzielle Schwäche der Parteien zusätzlich begünstigt werde⁴². Neben der latenten Verfilzung von inner- und außerparteilichen Interessengruppen⁴³ geht eine weitere, tendenziell entdemokratisierende Wirkung auch von der „Inkongruenz von innerparteilichen Vorstellungen und vermuteten Wähleraktionen“⁴⁴ aus: „Dem Hauptinteresse einer Volkspartei, die Wahlen zu gewinnen, um dadurch in den Besitz der politischen Entscheidungsbefugnisse zu gelangen, kann die innerparteiliche Diskussion nur insoweit dienen, als sie die Partei nicht hindert, sich auf den vermuteten und in der Regel demoskopisch ermittelten Wählerwillen einzustellen“⁴⁵. In diesem Zusammenhang sieht Ulrich Lohmar die entscheidende Gefährdung innerparteilicher Demokratie, die Führer und Geführte in den Parteien in nahezu gleicher Weise treffe. Die Außensteuerung durch Meinungsforschung und moderne Kommunikationsmittel habe eine Entdemokratisierung der politischen Parteien von außen eingeleitet: „Das Zurücktreten der innerparteilichen Demokratie werden die Parteiführungen nicht zugeben, aber die Parteibürger gewöhnen sich trotzdem allmählich daran, daß der Wähler ihnen gegenüber bei den Entscheidungen der Parteiführung den Vorrang hat. Das zu tun fällt den Parteibürgern um so leichter, als sie den Wunsch ihrer Führung teilen, eine Mehrheit der Wähler zu gewinnen“⁴⁶.

Für die Beurteilung der Umwelteinflüsse auf die Binnenstrukturen politischer Parteien ist die bereits erwähnte Studie von Samuel Eldersveld von besonderer Relevanz, da diese die Parteien bewußt in ihrem System-Umwelt-Bezug untersucht. Die von ihm formulierten und in regionalem Maßstab empirisch belegten „vier theoretischen Konstrukte“ zeigen im Gegensatz zu den oben zitierten Autoren die Parteien in einer umweltbedingten Binnenstruktur, die weniger durch geringe Partizipationschancen und verkrustete Machtstrukturen als vielmehr durch eine gefährdete Handlungs- und Funktionsfähigkeit gekennzeichnet ist⁴⁷:

- 42 Wolfgang Abendroth, Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie, a. a. O., S. 316 f; siehe auch Hans See, Volkspartei im Klassenstaat, oder das Dilemma der innerparteilichen Demokratie, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 86 ff
- 43 eine entgegengesetzte Position vertritt Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, a. a. O., S. 35, indem er eine zunehmende gegenseitige Unabhängigkeit von Parteien und Interessenverbänden konstatiert, da beide bei einseitiger Festlegung auf jeweils nur einen bestimmten Partner unter ihren eigenen Mitgliedern das Entstehen von Interessenkollisionen und davon ausgehende Gefährdungen für den Bestand der eigenen Organisation befürchten müßten. Zur Funktion und Problematik von Interessenverbänden im politischen System siehe u. a. Klaus von Beyme, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969; Wolfgang Hirsch-Weber, Politik als Interessenkonflikt, Stuttgart 1969; Heinz-Josef Varain, Parteien und Verbände, Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945–1958, Köln und Opladen 1964; Rupert Breitling, Die Verbände in der Bundesrepublik, Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise, Meisenheim 1955
- 44 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 89
- 45 Kurt Sontheimer, Der demokratische Prozeß in den Parteien, in: Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Zeitgeschichte, Band 12, Parteien, Wahlrecht, Demokratie, S. 86
- 46 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 89 und 108; allgemeine Darstellungen der Demoskopie bieten u. a. Elisabeth Noelle-Neumann, Umfragen in der Massengesellschaft, 4. Auflage, Reinbek bei Hamburg 1968; Kurt Gayer, Das große Verhör, Fug und Unfug der Demoskopie, Gütersloh 1969; Gerhard Schmidtchen, Die befragte Nation, Frankfurt 1965; Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, a. a. O.
- 47 Samuel J. Eldersveld, Political Parties, a. a. O., S. 5–12

1. Der Charakter der Parteien als „clientele-oriented systems“ zwingt diese zu einer offenen, flexiblen und durchlässigen Struktur vor allem auf unterer Ebene mit weitgehender ideologischer Diversifikation; die Konsequenz dieser Struktur ist eine Beeinträchtigung der inneren Organisationsfähigkeit und der äußeren Handlungseffizienz.
2. Die Handlungsfähigkeit wird weiter reduziert durch die Möglichkeit und Häufigkeit innerparteilicher Konflikte, die durch die Konkurrenz verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen innerhalb der Parteien notwendigerweise entstehen.
3. Die innerparteiliche Machtstruktur ist nicht als Hierarchie oder Oligarchie, sondern als „Stratarchie“⁴⁸ zu kennzeichnen, deren wesentliche Merkmale eine pluralistische, quantitative Machtverteilung, weitgehende Autonomie der einzelnen Führungsschichten, nur partielle Kontrollmöglichkeiten und gänzlich Fehlen effektiver Sanktionsmittel gegenüber den Mitgliedern, von deren Unterstützung sie umgekehrt abhängen, sind.
4. Die soziale Zusammensetzung der einzelnen Parteieliten ist heterogen, ihr Kohäsionsgrad relativ gering, zumindest aber labil, ein geschlossenes Kommunikationssystem ist nicht vorhanden, wechselnde Koalitionen verschiedener Partei- bzw. Interessengruppierungen verändern die Personal- und Machtstrukturen. Die Stabilität der gesamten Organisation kann sich somit nicht auf eine geschlossene, in sich homogene Führung stützen, sondern hängt von dem Austausch und der internen Erneuerung konkurrierender Parteieliten ab.

Es ist sicherlich problematisch, diese an den Verhältnissen des amerikanischen Parteiensystems gewonnenen Erkenntnisse zu generalisieren und unbeschadet der jeweils unterschiedlichen Umweltbedingungen auf andere Systeme und Parteien zu übertragen⁴⁹. Sie machen aber zumindest deutlich, daß die Binnenstrukturen politischer Parteien sich im Umfeld soziopolitischer Faktoren konstituieren, so daß sowohl ihre Funktionsfähigkeit als auch ihr Demokratiepotential nur im gesamten Systemzusammenhang adäquat zu beurteilen sind.

2.2.3. Organisationsstrukturen

Untersuchungen zur Problematik der innerparteilichen Demokratie laufen leicht Gefahr, in allgemeinen und grundsätzlichen Betrachtungen zum Verhältnis von Organisation und Demokratie steckenzubleiben und dabei die durchaus unterschiedlichen Partizipationschancen verschiedener Organisationskonzepte und -strukturen zu unterschlagen, um dann auf der Basis der vorhandenen Strukturen die notwendige Dominanz der jeweiligen Parteieliten zu behaupten. Auf diesen für die an allgemeingültigen Erkenntnissen interessierte Parteienforschung wesentlichen Aspekt hat schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt Alexander Schiffrin hingewiesen. In seiner „sozialistischen Michels-Kri-

- 48 Eldersveld benutzt den Begriff der Stratarchie in Anlehnung an Harold Lasswell/Abraham Kaplan, Power and Society, New Haven 1950, S. 219–222
- 49 „So wertvoll und einzigartig Eldersvelts Studie für die empirische Parteienforschung ist, so wenig stellt sie eine Widerlegung von Michels dar. In der mangelnden Organisation des Untersuchungsobjekts, der amerikanischen Parteien, kündigt sich schon das Ergebnis an; denn nach Michels bedeutet geringe Organisation ein geringes Ausmaß an Oligarchie“ (Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 142, Anm. 41)

tik⁵⁰ vertritt er die These, das Hauptproblem der Parteien sei nicht das der Führung, sondern das ihrer Struktur. Die Grenzen und Krisen innerparteilicher Demokratie hängen weniger vom Verhalten der Führungsgruppen als vielmehr vom konkreten organisatorischen Aufbau der Partei sowie der bestehenden politischen Umstände ab. Die mangelnde Berücksichtigung dieser Faktoren durch Robert Michels lasse die Ergebnisse seiner Untersuchung zweifelhaft erscheinen und verbiete ihre beanspruchte Verallgemeinerung.

In einer jüngeren Untersuchung weist auch Manfred Hättich auf die Bedeutung der strukturellen Bedingungen hin: „Innerparteiliche Demokratie ist nicht nur ein Problem des guten Willens der Führungsgruppen und der Mitglieder. Es ist auch ein von den Funktionen der modernen Massenpartei bedingtes Strukturproblem“⁵¹. Es sei zu fragen, ob die Willensbildungsprozesse innerhalb der Parteien sich nicht sehr stark dem Konzept des demokratischen Zentralismus annäherten, der dadurch gekennzeichnet sei, daß zwar die Wahl der Funktionäre von unten nach oben erfolge, die materiellen Entscheidungen aber oben gefällt und lediglich als Direktiven an die unteren Instanzen vermittelt würden, ohne die Möglichkeit konkurrierender Willensbildung und effektiver Führungskontrolle einzuräumen⁵². In diesem Sinne definiert auch Otto Stammer einen Verband in dem Maße als demokratisch, „in dem er seine Mitglieder zur Teilnahme an der Willensbildung der Organisation beruft und befähigt, durch ausreichende Information von oben für eine flüssige Meinungsbildung in der Verbandshierarchie von unten nach oben sorgt und die Führung, d. h. die Führungsstäbe und die breite Gruppe der ‚Funktionäre‘, der Kontrolle der Mitgliedschaft mit dem Recht der Abberufung unterstellt“⁵³.

Leider wird die von Stammer zur Überprüfung dieses Postulates geforderte Analyse der Organisationswirklichkeit auch von den genannten Autoren kaum geleistet. Die Schwäche ihres strukturell orientierten Ansatzes liegt daher nicht in seiner Forschungsperspektive, sondern in der unkritisch affirmativen Haltung, die gegenüber den vorgefundenen Parteistrukturen eingenommen wird. So glaubt Alexander Schiffrin, durch bloße Verschiebung der Problematik von der Führung auf die Struktur der Parteien den Frontalangriff Michels' auf die aktuelle Verfaßtheit der Parteien, insbesondere der SPD, erfolgreich abgewehrt und das von ihm als allgemeines soziologisches Prinzip der Organisation formulierte „eherne Gesetz der Oligarchie“ als unzulässige Verallgemeinerung einer besonderen historischen Situation widerlegt zu haben. Die entscheidende Frage, ob die Organisation der Parteien in ihren jeweiligen konkreten Strukturen überhaupt oder nur in veränderter oder modifizierter Form zur Realisierung demokratischer Partizipa-

50 Alexander Schiffrin, Parteiapparat und Parteidemokratie, in: Die Gesellschaft, Internationale Revue für Sozialismus und Politik, hrsg. von Rudolf Hilferding, Berlin, 7. Jg. 1930

51 Manfred Hättich, Zur Typologie politischer Parteien, in: Gilbert Zieburg (Hrsg.), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt 1969, S. 403

52 ebda, S. 404

53 Otto Stammer, Politische Soziologie, in: Soziologie, hrsg. von Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, Düsseldorf 1955, zitiert nach Lenk/Neumann (Hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a. a. O., S. 289

tionsprozesse geeignet ist, wird von ihm und anderen Autoren nicht gestellt. Die theoretische und praktische Bedeutung einer solchen Fragestellung ist in einem neueren Forschungsansatz deutlich geworden, der im folgenden darzustellen ist.

2.2.4. Innerorganisatorischer Wettbewerb

Das Konzept des innerorganisatorischen Wettbewerbs wurde in einer amerikanischen Untersuchung über „Union Democracy“ aus dem Jahre 1956 gewonnen⁵⁴. Die Autoren Lipset, Trow und Coleman legen ihrer Analyse der internationalen Buchdruckergewerkschaft (ITU) eine neue Fragestellung zugrunde, welche die lange vorherrschende Fixierung auf das Oligarchieproblem sprengt. Ihnen geht es weniger um einen erneuten negativen Nachweis der Grenzen innerorganisatorischer Demokratie als um die positive Frage nach den soziologischen Bedingungen von Demokratie in Organisationen. Am Beispiel der untersuchten Druckergewerkschaft können die Autoren aufzeigen, daß das organisationsinterne Demokratiepotential unter bestimmten Bedingungen weit größer ist als bislang allgemein angenommen wurde. Zu diesen Konditionen gehört vor allem die Existenz eines innerverbandlichen Parteienwettbewerbs mit jeweils eigenen Führungspositionen und Kommunikationsstrukturen, wie sie am Beispiel der ITU beobachtet werden konnten. Die Analyse zeigt, daß Entstehung und Aufrechterhaltung dieses internen Parteiensystems im wesentlichen von vier Faktoren abhing: dem Netz persönlicher, teilweise in privaten Klubs organisierter persönlicher Kontakte der Gewerkschaftsmitglieder, das eine breite Rekrutierungsbasis für Führungspersonal der konkurrierenden Gruppen bot, der besonderen Arbeitssituation der Drucker und ihrer Gewerkschaften, der nicht satzungsmäßigen, aber zumindest informellen Legitimation der internen Opposition⁵⁵ und schließlich dem bestehenden Konfliktpotential. Dabei wurde deutlich, daß der Zusammenschluß ursprünglich relativ selbständiger regionaler und lokaler Gruppen zu einer umfassenden Organisation das Entstehen eines internen Parteiensystems begünstigt, während die Untergliederung eines bereits bestehenden Zentralverbandes die Bildung organisierter Oppositionsgruppen erschwert; die Aufrechterhaltung eines innerorganisatorischen Parteienwettbewerbs hängt wesentlich vom Fortbestehen interner Konflikte ab, wobei ideologische Richtungskämpfe in höherem Maße eine Oppositionshaltung stabilisieren als reine Interessengegensätze.

Der materielle Gewinn eines verbandsinternen Parteienwettbewerbs für das Demokratiepotential dieser Organisationen besteht nach Ansicht Lipsets und der anderen Autoren in der Neutralisierung oder zumindest Relativierung derjenigen Faktoren, denen sie eine starke Tendenz zur Oligarchiebildung zuschreiben:

54 Lipset/Trow/Coleman, Union Democracy, The Internal Politics of the International Typographical Union, Glencoe Illinois 1956

55 die Bedeutung dieses Faktors unterstreicht eine ähnlich angelegte Studie über die „Association of Engineering and Shipbuilding Draughtsmen“ von G. Wootton, der auch dort Ansätze eines internen Parteiensystems beobachtete, dessen volle Entwicklung aber an der geringen Toleranz gegenüber internen Oppositionsgruppen scheiterte: G. Wootton, Parties in union government; the AESD, in: Political Studies 1961

1. "Large-scale organizations give union officials a near monopoly of power", eine Tendenz, die hauptsächlich auf die bürokratische Struktur komplexer Organisationen, die Zentralisierung und Kontrollierung der Kommunikationsmittel und die Monopolisierung politischer Fähigkeiten zurückgeführt wird; 2. "The leaders want to stay in office", da mit den erworbenen Führungspositionen zugleich ein hohes soziales Prestige verbunden ist; 3. "The members do not participate in union politics", sie stehen den politischen und organisatorischen Anforderungen in der Regel mit Apathie gegenüber⁵⁶.

Durch Aufsplitterung einer komplexen und homogenen Organisation in zwei oder mehr rivalisierende Gruppen wird das Machtmonopol der Führungsgruppe gesprengt und durch ein System konkurrierender Führungsansprüche und Kommunikationskanäle ersetzt. Im Vergleich zum ursprünglichen Zustand entstehen damit mehr Führungspositionen und Partizipationsanreize, so daß ein größerer Teil der Organisationsmitglieder aktiviert wird. Ein solches Konkurrenzsystem zwingt zudem zur Aufrechterhaltung des Engagements, da ansonsten der Verlust erworbener Einflußmöglichkeiten und sozialer Prestigegewinne droht.

Als wesentliches Ergebnis dieser Analyse eines amerikanischen Interessenverbandes, dessen vorsichtige Übertragung auf die ähnliche Problematik innerhalb politischer Parteien aufgrund nachfolgender, an der Forschungsperspektive Lipsets orientierter Untersuchungen möglich erscheint⁵⁷, ist festzuhalten, daß „bei interner sozialer Differenzierung und internen ideologischen Konflikten ... ein organisationsinternes Parteiensystem die Chancen für angemessene Artikulierung und Aggregation der Mitgliederinteressen sowie die Beteiligung der Mitglieder an den organisationsrelevanten Entscheidungen beträchtlich steigern“⁵⁸ kann – allerdings bei Aufrechterhaltung der oligarchischen Strukturen in den einzelnen Gruppierungen oder Parteien.

Die Studie von Lipset hat eine intensive und kontroverse wissenschaftliche Diskussion ausgelöst und viele der nachfolgenden Untersuchungen beeinflusst. Unbestritten ist der Fortschritt seines Forschungsansatzes für die Analyse sozialer Organisationen, unterschiedlich beurteilt wird dagegen die Wirkung des von ihm dargestellten innerorganisatorischen Parteiensystems. Während Heino Kaack auf die in jüngster Zeit sich bildenden Richtungsgruppen innerhalb der Parteien in der Bundesrepublik verweist und diesen zumindest die Absicht bestätigt, durch bewußte Gruppenbildung einen innerparteilichen und gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozeß einzuleiten⁵⁹, schätzt Bodo Zeuner parteiinterne Fraktionierungen letztlich eher negativ ein. Zwar sei eine Steigerung der Teilnahme der Mitglieder an innerparteilichen Vorgängen und ein wachsender Einfluß gegenüber der Parteiführung nicht zu bestreiten, zugleich aber nehme die

56 Lipset/Trow/Coleman, *Union Democracy*, a. a. O., S. 9–11

57 vgl. etwa die Untersuchungen von Eldersveld, *Political Parties*, und Barnes, *Party Democracy*, a. a. O.; Barnes gewichtet die Faktoren allerdings etwas anders als Lipset, für ihn ist die Existenz vielfältiger, voneinander unabhängiger Kommunikationskanäle der entscheidende Ansatzpunkt innerparteilicher Demokratie

58 Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie*, a. a. O., S. 38

59 Heino Kaack, *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, a. a. O., S. 697

Diskussionsbereitschaft durch ideologische Fixierung der konkurrierenden Gruppen eher ab, taktische Erwägungen gewannen die Oberhand und personalpolitische Probleme und Interessen dominierten noch stärker als vorher die innerparteiliche Auseinandersetzung, die mögliche Spaltung der Partei werde schließlich zu einer konkreten Gefahr⁶⁰.

Neben praktischen Bedenken werden gegen das von Lipset selbst als „elitist theory of democracy“⁶¹ bezeichnete Konzept innerverbandlichen Parteienwettbewerbs aber auch grundsätzliche Einwände geltend gemacht. Die in Theorie und Praxis als ständige Herausforderung verstandene Behauptung von der notwendigen Oligarchisierung sozialer Organisationen wird durch den Nachweis einer Steigerung der innerorganisatorischen Demokratie durch Konkurrenz verschiedener organisationsinterner Parteien oder Gruppen, die in sich jeweils oligarchisch strukturiert sind, weder bestätigt noch widerlegt; die ganze Problematik wird gleichsam von der Front in die Etappe verlegt und damit einer unmittelbaren Auseinandersetzung einstweilen entzogen. Die vorgefundene Diskrepanz zwischen demokratischer Norm und sozialer Realität wird im Konzept des „democratic elitism“⁶² durch Reduzierung der Norm zu lösen bzw. zu modifizieren gesucht. Der Demokratiebegriff wird dabei auf die Möglichkeit einer ganz bestimmten Form der Führungsauslese, nämlich durch Konkurrenz verschiedener Führungsgruppen um allgemein, gleich, frei und geheim abgegebene Stimmen, verkürzt; das klassische demokratische Postulat nach direkter Mitwirkung möglichst vieler, wenn nicht aller Organisationsmitglieder bei allen relevanten Entscheidungen reduziert sich auf minimale Richtungsbeeinflussung durch periodische Stimmabgabe und Führungsauswahl unter vorgegebenen Alternativen. Dieser Verlust an normativer Substanz des Demokratiebegriffs rechtfertigt sich durch den Anspruch, „more realistic“⁶³ zu sein. „Diese bedeutungsvolle Reduzierung des Demokratiebegriffes auf ein ‚more realistic‘ Konzept wird jedoch nicht theoretisch, sondern allein empirisch und pragmatisch begründet“⁶⁴.

Die Frage nach den soziologischen Bedingungen organisationsinterner Demokratie ist folglich mit dem Nachweis der Voraussetzungen der Entstehung und Aufrechterhaltung eines innerverbandlichen Parteienwettbewerbs nicht hinreichend beantwortet, jedenfalls dann nicht, wenn das demokratische Postulat nach möglichst breiter und intensiver Partizipation möglichst vieler Organisationsmitglieder nicht grundsätzlich aufgegeben werden soll. Eine solch schwerwiegende substantielle Einschränkung des Demokratie-

60 Bodo Zeuner, *Innerparteiliche Demokratie*, Berlin 1969, S. 114 ff

61 S. M. Lipset, Einführung zur englischen Ausgabe von Robert Michels' *Soziologie des Parteiwettbewerbs*, New York 1962, S. 33

62 ein kritischer Literaturüberblick findet sich bei Peter Bachrach, *The Theory of Democratic Elitism*, Boston 1967; dt. Ausgabe Frankfurt/M. 1970; vgl. auch J. L. Walter, *A Critique of the Elitist Theory of Democracy*, in: *American Political Science Review* 1966, S. 285–295; Robert A. Dahl, *Further Reflections on 'the Elitist Theory' of Democracy*, ebda, S. 296–305; Otto Stammer, *Zum Elitenbegriff in der Demokratieforschung*, in: ders., *Politische Soziologie und Demokratieforschung*, *Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Soziologie und Politik*, Berlin 1965, S. 169–182

63 S. M. Lipset, Einführung zu Michels, a. a. O., S. 35

64 Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie*, a. a. O., S. 48

begriffs ist jedoch zumindest solange unvertretbar wie der Nachweis für die Unvermeidbarkeit dieser Reduzierung nicht theoretisch erbracht werden kann. Immerhin ist einzuräumen, daß die Herausforderung etablierter Partieliten durch konkurrierende Führungsgruppen ein wichtiger Ansatzpunkt organisationsinterner Demokratisierungsprozesse werden kann.

2.3. Problemverschiebungen

In seiner „Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen“, die sich um eine kritische Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Diskussion zum Verhältnis von Demokratie und Organisation bemüht und schließlich den Versuch der Neuformulierung eines Konzeptes innerorganisatorischer Demokratie unternimmt⁶⁵, hat Frieder Naschold aus der Fülle der von ihm bearbeiteten Literatur vier Thesen zusammengestellt, mit denen diese Problematik schon im Ansatz zu umgehen oder in ihrer Bedeutung zu relativieren versucht wird⁶⁶. Diese die eigentliche Fragestellung unterlaufenden Ansätze sollen in diesem Zusammenhang nur deshalb erwähnt werden, weil sie einen nicht unbeträchtlichen Teil der Diskussion kennzeichnen und zugleich den auffallenden Mangel an gründlichen Strukturanalysen dieser Problematik organisationsinterner Demokratie erklären helfen.

1. Es wird die These vertreten, es komme weniger auf innerorganisatorische Demokratie als vielmehr auf demokratische Strukturen im gesamten politischen System an, ein Zustand, der am besten durch eine Vielzahl oligarchisch strukturierter Organisationen erreicht werden könne⁶⁷. Die Nähe dieses Ansatzes zum Konzept des „democratic elitism“, der innerorganisatorische Demokratie ihrerseits durch Konkurrenz verschiedener, oligarchisch strukturierter Gruppen innerhalb der Organisation gewährleistet sieht, ist evident.
2. Innerorganisatorische Demokratie sei gar nicht erforderlich bei offenen Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft, die zudem noch der Konkurrenz ähnlich ausgerichteter Organisationen ausgesetzt seien; die Übereinstimmung von Organisationspolitik und Mitgliederinteressen werde durch das „voting by feet“ weitgehend erzwungen⁶⁸.
3. Die durch innere wie äußere Faktoren bedingte Verpflichtung jeder Organisation zur Effektivität bezüglich ihrer Ziele und Funktionen lasse das Postulat innerorganisatori-

⁶⁵ eine kritische Auseinandersetzung mit Nascholds Untersuchung unternimmt Dieter Oberndörfer, Demokratisierung von Organisationen? in: ders. (Hrsg.), Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung, Einführung und Kritik, Berlin 1971, S. 577–607; vgl. auch Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 119 und 124 ff

⁶⁶ Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 15 ff

⁶⁷ J. Plamenatz, Electoral Studies and Democratic Theory, in: Political Studies 1958; F. Neumann, Approaches to the Study of Political Power, in: Political Science Quarterly 1950; vgl. auch Robert T. McKenzie, Parties, Pressure Groups and the British Political Process, in: Richard Rose (Hrsg.), Studies in British Politics, New York 1966, S. 255–262

⁶⁸ V. L. Allen, Power in Trade Unions, London 1954, S. 10 ff; S. Barnes, Party Democracy, New Haven 1967, S. 226 f

scher Demokratie als eher hinderlich, zumindest aber als nicht erforderlich erscheinen, unter Umständen gefährde es sogar die Erreichung der gesetzten Ziele⁶⁹.

4. Die interne Struktur einer Organisation sei zwar ein wesentlicher Faktor für die Funktionsfähigkeit und das Demokratiepotential einer Organisation, die weit größere Gefährdung beider Aspekte müsse aber in den Umweltbedingungen gesehen werden⁷⁰.

Naschold zeigt den allen vier theseartig dargestellten Argumentationen gemeinsamen Versuch auf, „die Frage nach der internen Struktur von Organisationen entweder als belanglos auszuschließen oder doch zumindest in ihrer Bedeutung einzuschränken. Dabei mußten sich alle Hypothesen auf theoretisch problematische, empirisch weitgehend ungesicherte, wenn nicht gar unzutreffende Annahmen stützen und konnten somit keine Lösung der Frage bringen“⁷¹. Ein solcher Versuch ist überhaupt nur sinnvoll und erfolgversprechend auf der Basis eines Demokratieverständnisses, das sich mit der Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Führungsauswahl und nur indirekt und periodisch auch der Organisationspolitik begnügt. Will man dagegen auf das im traditionellen Demokratieverständnis implizierte Partizipationspostulat nicht verzichten, „dann greifen alle vier Hypothesen, ganz abgesehen von den obigen Einwänden, von vornherein zu kurz“⁷².

2.4. Problemstellung

Die Darstellung der verschiedenartigen theoretischen Ansätze zur Problematik der innerorganisatorischen Demokratie zeigt deutlich, wie sehr die Festlegung der Untersuchungsperspektive und ihrer Kriterien vom jeweiligen Demokratieverständnis abhängt. Insofern setzt die Formulierung der konkreten Problemstellung dieser Studie die vorherige Definition des eigenen Demokratiebegriffes voraus.

Ohne an dem Konzept der direkten Demokratie festhalten zu wollen oder zu können, deren Realisierung in der Tat an den Bedingungen einer modernen Gesellschaft scheitern müßte, soll doch mit der auch theoretisch notwendigen Einführung des Repräsentationsgedankens die klassische Idee der möglichst allgemeinen Partizipation der Bürger an der Politik nicht aufgegeben werden. „Das Partizipationspostulat, das, für sich allein genommen, keinen praktikablen Entwurf des politischen Systems tragen könnte, gewinnt ... eine eminente praktische Bedeutung als normativ unerläßliche Korrektur und Ergänzung der realistischeren Pluralismusmodelle“⁷³. Die Modifizierung des Konzeptes der direkten Demokratie durch die Repräsentativinstitutionen des modernen Verfassungsstaates soll daher in der Definition Peter Weber-Schäfers als „der Versuch gesehen werden, den einzelnen Bürger trotz der zahlenmäßig unüberschaubar gewordenen Gesellschaftsgröße unmittelbar an der Leitung der politischen Geschäfte der Gemeinschaft zu beteiligen“⁷⁴.

⁶⁹ C. Kerr, Unions and Union Leaders of their own choosing, New York 1967

⁷⁰ Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 8, 92 ff und 108

⁷¹ Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 16

⁷² ebda, S. 17

⁷³ Fritz Scharpf, Demokratie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz 1970, S. 74

⁷⁴ Peter Weber-Schäfer, „Sozial“ und „Rational“, Anmerkungen zur Demokratiediskussion, in: Der Staat, Heft 1, 1968, S. 26 f

Die Frage nach den soziologischen Bedingungen organisationsinterner Demokratie soll unter diesen Prämissen durch eine Analyse beantwortet werden, die die konkrete innere Struktur einer Organisation, hier einer politischen Partei, und ihre durch sie gesetzten Partizipationschancen zum Gegenstand der Untersuchung macht. Dabei soll insbesondere die theoretisch entwickelte Hypothese empirisch überprüft werden, ob und inwieweit die Leistungsfähigkeit nichtregionaler Organisationsstrukturen von derjenigen regionaler Einheiten abweicht⁷⁵, wobei unter nichtregionalen Strukturen alle diejenigen Organisationseinheiten verstanden werden, deren Bezugspunkt nicht die geographische Zuordnung, sondern die Orientierung an bestimmten sozialen Gruppen, Interessen oder konkreten politischen Problemen ist.

Eine solche Fragestellung, der diese Studie nachgehen will, wird sich nicht nur aus forschungspraktischen, sondern auch aus theoretischen Gründen vor allem auf die unterste Organisationsebene der Parteistruktur konzentrieren müssen, da sie die einzige, dem einfachen Mitglied unmittelbar zugängliche Verbindung mit einer politischen Partei darstellt. Wenn damit die allgemeine Problematik der Strukturdefekte innerparteilicher Demokratie durch die besondere Orientierung der Untersuchung auf die Probleme der unteren Organisationsebene scheinbar verkürzt wird, so findet dies seine Rechtfertigung in der entscheidenden Bedeutung gerade dieser Perspektive. Die mit höherer Organisationsstufe zunehmende Selektion der Parteipräsentanten, die in der Regel mit einer Steigerung zumindest der technisch-politischen Qualifikation verbunden ist, setzt jedem Versuch der Behinderung demokratischer Willensbildungsprozesse in übergeordneten Gremien der Parteien natürliche und wesentliche Grenzen⁷⁶. Insofern entscheidet sich die Möglichkeit innerparteilicher Demokratie an der Struktur der unteren Organisationsebenen und ihrer Eingliederung in die Gesamtpartei.

75 siehe dazu vor allem das 5. Kapitel Partizipation in Parteien; vgl. auch Norbert Lammert, Organisationsstrukturen und Funktionen politischer Parteien, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Heft 24, Bonn 1973, S. 52–58, besonders S. 56 ff

76 zu dieser Einschätzung kommt Eldersveld in seiner Studie Political Parties, a. a. O., S. 408 f

3. Parteien im Parteienstaat

Mit der Definition des Demokratiebegriffs ist ein Kriterium für die Beurteilung innerparteilicher Strukturen und Vorgänge gewonnen, ein anderes muß in dem konkreten, zum Teil verfassungsrechtlich fixierten Rahmen gesehen werden, der politischen Parteien und ihren Tätigkeiten gesetzt ist. Gerade die Vernachlässigung des institutionellen Kontextes läßt eine parteiensoziologische Analyse in ihren Ergebnissen leicht spekulativ erscheinen, da ihre Kriterien eben nicht innerhalb der Parteien selbst zu finden sind, „auch nicht aus allgemeinen Kategorien ‚der‘ Demokratie, sondern einzig aus der Verträglichkeit der jeweiligen Art und Weise innerparteilicher Willensbildung mit den institutionellen Erfordernissen der konkret gegebenen Staatsform“¹.

Dabei ist wegen der unvermeidlichen Spannung und Diskrepanz zwischen den Verfassungsnormen einer Staatsform und ihrer sozialen und politischen Wirklichkeit eine Berücksichtigung nicht nur des formal gesetzten Rechts, sondern vor allem auch der real bestehenden Verhältnisse notwendig.

3.1. Die formalen Voraussetzungen

Daß die jahrzehntelange und mit beträchtlichem Engagement geführte Diskussion über den rechtlichen Status politischer Parteien von Anfang an längst von der soziologischen Realität überholt war, ist wohl selbst den Protagonisten dieser Auseinandersetzung grundsätzlich klar gewesen. So hatte Heinrich von Treitschke schon 1871 eingeräumt, „das Parteilieben ist eine Notwendigkeit für freie Völker, das unentbehrliche Mittel, um aus dem Gewirr der Interessen, Leidenschaften, Meinungen einen Durchschnittswillen herauszubilden, den Einzelwillen Ordnung und Gliederung und dadurch Macht zu bringen, durch Stoß und Gegenstoß der also gescharten Kräfte dem Staate eine feste Richtung zu geben“². Dennoch war mehr als ein halbes Jahrhundert später noch umstritten, ob die politischen Parteien einen „extrakonstitutionellen Status“ im Sinne des Verfassungsrechts besaßen (so Heinrich Triepel), oder ob sie auch juristisch als die „staatsbildenden Kräfte des Gesellschaftslebens“ (so Richard Schmidt) betrachtet und behandelt werden mußten³.

Die Weimarer Verfassung hatte sich zugunsten der ersten Alternative entschieden und damit die faktisch wichtigsten Institutionen der politischen Willensbildung der unbeschränkten Vereinigungsfreiheit und weitgehend unkontrollierten Tätigkeit überlassen. Diese Ignorierung der Parteien in der Reichsverfassung⁴ hatte nach Ansicht eines ihrer schärfsten Kritiker, des Staatsrechtlers Gustav Radbruch, der zeitweilig auch als Reichs-

1 Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, a. a. O., S. 52

2 Heinrich von Treitschke, Parteien und Fractionen, in: Preußische Jahrbücher, hrsg. von Heinrich von Treitschke und Wilhelm Wehrenpfennig, 27. Band, Berlin 1871, zitiert nach Lenk/Neumann, Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a. a. O., S. 92

3 wichtige Beiträge dieser Diskussion sind abgedruckt in Lenk/Neumann, Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a. a. O., Beiträge von Schmidt und Triepel, S. 104–119 bzw. 122–131

4 die Weimarer Verfassung erwähnt politische Parteien nur in negativer Form: nach Art. 13 sind Beamte Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei

tagsabgeordneter und Justizminister tätig war, ihre Ursache „weniger in der Ideologie der Demokratie als in der überkommenen und auch im neuen Staat folgerichtig festgehaltenen Ideologie des Obrigkeitsstaates. Der Obrigkeitsstaat, dessen Regierung sich nicht auf die parteipolitische Mehrheit des Parlaments stützte, hatte zu seiner notwendigen Grundlage den ideologischen Glauben an die Möglichkeit eines Standpunktes über den Parteien: ‚Das Vaterland über der Partei‘. Die Überparteilichkeit der Regierung war geradezu die Legende, die Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“⁵.

Das Bonner Grundgesetz macht zum erstenmal in der deutschen Verfassungsgeschichte den Versuch, durch die ausdrückliche Berücksichtigung der politischen Parteien die Wirklichkeit mit dem geschriebenen Recht in Übereinstimmung zu bringen. Im ersten Absatz des Artikels 21 heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben“.

Die Relevanz dieses Artikels besteht weniger in einer juristischen Deskription der politischen Wirklichkeit – ein solcher Versuch war nicht beabsichtigt und müßte notwendigerweise unvollkommen bleiben – als in der grundsätzlichen Festlegung, daß „Art. 21 Abs. 1 GG die Parteien aus dem Bereich des Politisch-Soziologischen in den Rang einer verfassungsrechtlich Institution erhebt“⁶. Die von Hans Kelsen zum erstenmal nachdrücklich dargestellte Entwicklung der modernen Demokratie zum Parteienstaat⁷ ist damit im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich nachvollzogen worden, „von Bundes wegen ist der moderne demokratische Parteienstaat legalisiert; die Parteien sind in die Verfassung eingebaut“⁸. Der Abgeordnete Even konnte in seinem Bericht über den von den drei Fraktionen des Bundestages gemeinsam eingebrachten Entwurf eines Parteiengesetzes zu der durch das Grundgesetz geschaffenen rechtlichen Situation bündig feststellen: „Die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist kraft zwingenden Verfassungsrechts als Parteienstaat geformt“⁹.

Die parteienstaatliche Struktur des politischen Systems der Bundesrepublik hat die alte Kontroverse über die Dominanz repräsentativer oder plebiszitärer Elemente im modernen demokratischen Verfassungsstaat neu belebt und zugleich auf eine neue, durch politische Entwicklungen und rechtliche Bestimmungen veränderte Grundlage gestellt¹⁰.

5 Gustav Radbruch, Die politischen Parteien, a. a. O., S. 289

6 SRP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1952, BVerfGE 2, S. 73

7 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, a. a. O.,

8 G. Leibholz/H. J. Rinck, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar an Hand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Köln und Marienberg 1966, S. 275

9 Verhandlungen des deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Anlage zu den stenographischen Berichten Band 113 zu Drucksache V/1918, S. 2

10 siehe dazu u. a. Ernst Fraenkel, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: ders., Deutschland und die westlichen Demokratien, 4. Auflage, Stuttgart 1968, S. 81–119; wichtige Beiträge auch im Sammelband von Kurt Kluxen (Hrsg.), Parlamentarismus, Köln 1967, insbesondere von Gerhard Leibholz, Repräsentativer Parlamentarismus und parteienstaatliche Demokratie, S. 349–360; Ulrich Scheuner, Das repräsentative Prinzip in der modernen Demokratie, S. 361–373; Rolf Sternberger, Das angebliche Unrecht der Parteiregierung, S. 374–390;

Als einzige politische Gruppierung werden die Parteien im Grundgesetz im Zusammenhang mit der politischen Willensbildung genannt. Dabei schließt die rechtliche Garantie ihrer Mitwirkung einen Monopolanspruch aus, bindet die Parteien aber wegen ihrer besonderen Stellung im Gegensatz zu anderen sozialen Organisationen an demokratische Grundsätze bei der Gestaltung ihrer inneren Ordnung und an eine öffentliche Rechenschaftspflicht über die Herkunft ihrer finanziellen Mittel. Schließlich läßt das Grundgesetz ein Verbot politischer Parteien, deren Gründung jedermann frei steht, nur unter besonderen materiellen und formalen Bedingungen zu und unterstreicht auch auf diese Weise die privilegierte, durch besondere Rechte und Pflichten gekennzeichnete Stellung der Parteien im parlamentarisch-politischen System.

Die im Absatz 3 des Artikels 21 GG geforderten „näheren Regelungen“ sollten durch ein eigenes Parteiengesetz geschaffen werden, dessen Verabschiedung sich wegen verschiedener Schwierigkeiten, vor allem der besonderen Probleme der Parteienfinanzierung¹¹, bis 1967 verzögerte. Den entscheidenden Anstoß zur Konzipierung dieses Gesetzes gab ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Problematik staatlicher Parteienfinanzierung, das wegen seiner extensiven Interpretation des Artikels 21 GG und seiner die Regelungen des Parteiengesetzes präjudizierenden Bestimmung der Funktionen politischer Parteien im politischen System der Bundesrepublik ausführlicher zitiert werden soll.

„Die politischen Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes vornehmlich durch ihre Beteiligung an den Wahlen mit, die ohne Parteien nicht durchgeführt werden könnten. Sie sind darüber hinaus Zwischenglieder zwischen den einzelnen und dem Staat, Instrumente, durch die der Bürgerwille auch zwischen den Wahlen verwirklicht werden kann, ‚Sprachrohr‘ des Volkes. Sie stellen, sofern sie die Regierung stützen, die Verbindung zwischen Volk und politischer Führung her und erhalten sie aufrecht. Als Parteien der Minderheit bilden sie die politische Opposition und machen sie wirksam. Sie sind als Mittler beteiligt am Prozeß der öffentlichen Meinung. Sie sammeln die auf die politische Macht und ihre Ausübung gerichteten Meinungen, Interessen und Bestrebungen, gleichen sie in sich aus, formen sie und versuchen, ihnen auch im Bereich der staatlichen Willensbildung Geltung zu verschaffen. In der modernen Massendemokratie üben die politischen Parteien entscheidenden Einfluß auf die Besetzung der obersten Staatsämter aus. Sie beeinflussen die Bildung des Staatswillens, indem sie in das System der staatlichen Institutionen und Ämter hineinwirken, und zwar insbesondere durch Einflußnahme auf die Beschlüsse und Maßnahmen von Parlament und Regierung“¹².

11 vgl. dazu u. a. Ulrich Dübber, Parteienfinanzierung in Deutschland, Eine Untersuchung über das Problem der Rechenschaftslegung in einem künftigen Parteiengesetz, Köln und Opladen 1962; Eberhard Menzel, Staatliche Parteienfinanzierung und moderner Parteienstaat, in: Die öffentliche Verwaltung, 19. Jg., 1966, Heft 17/18; Heinz Laufer, Zur staatlichen Finanzierung der politischen Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, B 44/66, 1966; Friedrich Karl Fromme, Parteienfinanzierung und Bundesverfassungsgericht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/69, 1969

12 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur staatlichen Parteienfinanzierung vom 19. 7. 1966 BVerfGE 20, S. 101

Das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967 bringt die notwendige inhaltliche Ausfüllung der allgemeinen Bestimmungen des Artikels 21 GG; durch seine Begriffsdefinition setzt es Parteien von anderen politisch engagierten sozialen Gruppen ab, macht demokratische Binnenstrukturen durch Festlegung verbindlicher Rahmenbedingungen für ihre Gliederung und ihren organisatorischen Aufbau einschließlich ihrer Satzungen und Programme obligatorisch, bestimmt die Formen der Rechenschaftslegung ihrer Finanzverhältnisse und klärt schließlich das Verfahren und den Vollzug bei Parteiverboten¹³.

3.2. Die realen Verhältnisse

Die im zitierten Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorgenommene Umschreibung des Wirkungsbereichs politischer Parteien muß angesichts der parteienstaatlichen Wirklichkeit als pure Untertreibung der tatsächlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik erscheinen. In all den Zusammenhängen, in denen das Verfassungsgericht der rechtlichen Norm entsprechend von Einflußnahme, Beteiligung oder Einwirkung der Parteien spricht, ist in der politischen Realität ihre eindeutige Dominanz, wenn nicht gar Monopolstellung offensichtlich. Zwar haben die Parteien weder ein Privileg zur Aufstellung von Kandidaten für Volksvertretungen noch ein Monopol im Bereich der politischen Meinungs- und Willensbildung, nahezu alle relevanten sach- und personalpolitischen Entscheidungen werden de facto aber von ihnen getroffen. „Gewiß sind die Entscheidungen der staatlichen Organe der politischen Willensbildung formell Entscheidungen dieser Organe; der Sache nach sind sie, sicher in wechselndem, im ganzen aber nicht wegzuleugnendem Umfang vielfach Entscheidungen der diese Organe tragenden Parteien. Dieser durch Art. 21 I GG prinzipiell legitimierte Tatbestand mag durch Personalunionen zwischen Staatsämtern und Parteiämtern verdeckt werden; er wird dadurch nicht aufgehoben, weil grundsätzlich der staatliche politische Wille wirksam nur mit dem Rückhalt an einer Partei gebildet werden kann“¹⁴.

Im Mittelpunkt der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik steht naturgemäß der Bundestag, der als die zentrale politische Institution zugleich die Strukturen des gesamten westdeutschen Parteiensystems bestimmt. Über ihn – und fast ausschließlich über ihn – erfolgt die Führungsauslese nicht nur für Regierungsämter, sondern mittelbar auch für wichtige Parteifunktionen, die Selbstdarstellung der Parteien und schließlich auch in einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß die Aktivierung ihrer Mitglieder. Niemals zuvor in der deutschen Geschichte ist eine demokratische Institution so sehr zum Kristallisationspunkt der Politik geworden: kaum eine wesentliche politische Entscheidung kann an ihm und den dort dominierenden Parteien vorbei gefällt, kaum ein wichtiges staatliches Amt ohne sein direktes oder indirektes Plazet besetzt werden.

¹³ Zum Parteiengesetz siehe Ulrich Scheuner, Parteiengesetz und Verfassungsrecht, in: Die öffentliche Verwaltung, 1968, S. 88–94; Udo Bernbach, Einwände zum Parteiengesetz, in: Der Politologe, Nr. 23, 1967, S. 9–12; Walter Breithaupt, Das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967, in: Juristenzeitung, 1967, S. 561–564

¹⁴ Konrad Hesse, Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen Staat, in: Veröffentlichung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Heft 17, 1959, abgedruckt in Gilbert Zieburg (Hrsg.), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, a. a. O., S. 139f

Ohne daß die Verfassung dies vorschreibe, werden die entscheidenden politischen Positionen von den Parteien fast ausnahmslos über den Bundestag vergeben; Kanzler oder Minister kann in der Regel nur jemand werden, der Mitglied einer Regierungsfraktion des Parlaments ist. Die in der Weimarer Republik nicht seltene Forderung nach einem Kabinett von Fachleuten, die immerhin zur Bildung von zwei Regierungen unter Führung von Männern führte, die weder einer Partei noch dem Reichstag angehörten (Cuno und Luther), ist im politischen System und Klima der Bundesrepublik absolut undenkbar. „Wer politische Karriere machen will in der Bundesrepublik, muß es über die politischen Parteien und über den Bundestag tun“¹⁵. Alle Präsidenten dieses Staates gingen bisher aus dem Parlament hervor, vier von fünf Bundeskanzlern und fast sämtliche Bundesminister. Dem englischen Beispiel entsprechend wird auch in der Bundesrepublik ein Nichtparlamentarier zunehmend nur in der Übergangszeit bis zur nächsten Wahl als Minister oder gar Kanzler akzeptiert, danach wird seine Mitgliedschaft im Bundestag als nahezu selbstverständlich vorausgesetzt. Selbst die Besetzung der obersten Bundesgerichte einschließlich des Verfassungsgerichts erfolgt nicht nur über den Bundestag als verfassungsrechtlich zuständigem Organ, sondern zu einem immer größer werdenden Teil direkt aus den Reihen der Fraktionsmitglieder.

Die zentrale Stellung des Parlaments im politischen System der Bundesrepublik hat eine weitgehende „Parlamentarisierung der Parteien“¹⁶ zur Folge: der entscheidende Einfluß der Fraktionen auf die gesamte innerparteiliche Willensbildung ist nicht zu übersehen und im Verlauf der Entwicklung eher größer als kleiner geworden¹⁷. Dies gilt mit unterschiedlichen Akzenten für alle Parteien, wenngleich nicht auszuschließen ist, daß die personellen Konstellationen in den Führungsspitzen der beiden großen Parteien gerade in jüngster Zeit eine gegenläufige Tendenz einleiten könnten. Der deutliche Vorteil parlamentarischer gegenüber außerparlamentarischen Kräften im innerparteilichen Willensbildungsprozeß wird durch verfassungsrechtliche Bestimmungen begünstigt und stabilisiert. So können nicht die politischen Parteien, wohl aber ihre parlamentarischen Vertretungen im Bundestag Prozeßpartei beim Bundesverfassungsgericht im Falle eines Organstreits oder einer abstrakten Normenkontrolle sein. Auch die höchstinstanzliche Ablehnung einer staatlichen Parteienfinanzierung und die ersatzweise eingeführte Wahlkampfkostenerstattung sowie die verbesserte finanzielle Ausstattung der einzelnen Abgeordneten und der Fraktionen haben dazu beigetragen, die Führung der Parteien

¹⁵ Johannes Gross, Die Deutschen, Frankfurt/M. 1967, S. 129f

¹⁶ Helmut Köser, Innovationsprozesse in der SPD, Bericht über eine Fallstudie, Referat für die dritte Tagung der Arbeitsgruppe „Comparative Politics“ der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft, Dezember 1970, S. 10; vgl. auch Heinz Joseph Varain, Das Parlament im Parteienstaat, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 5, 1964, S. 339–348; und Mathias Schmitz, Die Funktion der Parteien im parlamentarischen Regierungssystem, in: W. Gagel (Hrsg.), Zur Rolle und Funktion der Parteien, Stuttgart 1967, S. 3–36

¹⁷ siehe dazu Gerhard Loewenberg, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969, S. 216–218; Loewenberg widerlegt gegenteilige Annahmen von Wolfgang Abendroth, Gerhard Leibholz und später auch Udo Bernbach: Abendroth, Das Problem der innerparteilichen und innerverbandlichen Demokratie in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 5, 1964, S. 308f; Leibholz, Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert, a. a. O., S. 228; Udo Bernbach, Probleme des Parteienstaates, Der Fall Littmann, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, 1970, S. 356

über ihre parlamentarischen Subsysteme zu organisieren. Die Problematik der Demokratisierung innerparteilicher Vorgänge wird durch die besondere Stellung der Fraktionen in diesem Prozeß fraglos noch komplexer, wobei sicherlich ambivalente Wirkungen für das parteiinterne Demokratiepotehtial in Rechnung gestellt werden müssen. Eine zusätzliche Bestätigung der ohnehin herausragenden Rolle parlamentarischer Fraktionen im innerparteilichen Willensbildungsprozeß, wie sie neuerdings vorgeschlagen wird¹⁸, könnte eine beschleunigte Angleichung an britische Verhältnisse zur Folge haben, die den Parteien die Grundfunktion der Auswahl und Unterstützung von Parlamentarier-teams zuweist, denen im übrigen sowohl die konkrete Zuweisung politischer Führungsfunktionen einschließlich der Rolle des Premierministers bzw. des Oppositionsführers als auch die Formulierung der praktischen Politik überlassen bleibt¹⁹. Die Reduzierung der innerparteilichen Demokratie auf eine wie immer organisierte und kontrollierte innerfraktionelle Willensbildung wäre die notwendige Konsequenz²⁰.

Ein wichtiges Kennzeichen des politischen Systems der Bundesrepublik ist die besondere Stabilität seines Parteiensystems. Die Bundesrepublik ist ein Parteienstaat nicht nur insofern, als sie Parteien rechtlich und faktisch alle relevanten Entscheidungen und Positionen überläßt, sie ist darüber hinaus auch überaus stabil bezüglich der konkret existierenden Parteien. Keine der zahlreichen Neugründungen hat dauerhaften Erfolg gehabt und mit jedem neuen Versuch wächst der Eindruck des Aussichtslosen und Irrationalen. Verantwortlich dafür ist nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie, das Wahlsystem und die umstrittene Fünf-Prozent-Klausel²¹, sondern vor allem der fehlende ideologische Raum, den eine neue Partei programmatisch füllen könnte. „Der Affekt gegen die Ideologien kommt dem Status quo der Parteien zugute und macht es dem Außenseiter fast unmöglich, sich unterscheidend darzustellen. Greift er eine der herrenlosen Ideologien auf, so begegnet ihm von vornherein Feindseligkeit oder Desinteresse der an Wohlstand und praktischem Erfolg interessierten Gesellschaft, verzichtet er auf Ideologie, so annonciert er sogleich seine Überflüssigkeit“²².

Wie sehr das bestehende Parteiensystem den Bedürfnissen oder Gewohnheiten der breiten Mehrheit dieser Gesellschaft entspricht, zeigt die Behandlung neuer, besonders extremer Parteien durch gesellschaftliche Gruppen oder Institutionen. Durch Verweigerung von Druckaufträgen für Plakate und Anzeigen oder durch Ablehnung von Saalvermietungen u. ä. wird Konkurrenz zu den etablierten Parteien unter dem Beifall oder sogar der Forderung einer breiten Öffentlichkeit schon im Ansatz verhindert oder zumindest erschwert. Die hohe Wahlbeteiligung ist ebenso stabil wie die Mehrheiten für

18 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 134 f

19 siehe dazu Robert T. McKenzie, British Political Parties, a. a. O.; und ders., Parties, Pressure Groups and the British Political Process, a. a. O., S. 257

20 für die wissenschaftliche Diskussion würde sie eine entsprechende Konzentration auf die Probleme der innerfraktionellen Demokratie bedeuten, die Jäger auch folgerichtig fordert

21 siehe dazu u. a. Ferdinand A. Hermens, Mehrheitswahlrecht oder Verhältniswahlrecht, Berlin/München 1949; Joachim Raschke, Wie wählen wir morgen? Verhältnis- oder Mehrheitswahl in der Bundesrepublik, Berlin 1967; auf die Bedeutung verschiedener sozialer Faktoren neben dem Wahlsystem für das Parteiensystem hat verwiesen Seymour M. Lipset, Parteiensysteme und Repräsentation sozialer Gruppen, a. a. O.

22 Johannes Gross, Die Deutschen, a. a. O., S. 134

die Systemparteien, und es gibt wenig Anzeichen dafür, daß ein „Ende des Parteienstaates“²³ gekommen oder auch nur nahe ist.

Es kann keinen ernsthaften Zweifel daran geben, daß unter den gegebenen realen Verhältnissen eine Einflußnahme auf politische Entscheidungen in der Bundesrepublik nur über die Parteien, und zwar über die bestehenden, im Bundestag vertretenen Parteien möglich ist. Die Vorstellung vom souveränen Wähler erweist sich zunehmend als Fiktion, „Der Wähler ist zum souveränen Statisten in der Politik geworden“²⁴.

Die offenkundige Dominanz der Parteien im politischen Prozeß läßt das jahrzehntelang unbestrittene freie Mandat des Abgeordneten inzwischen als Widerspruch zur gewollten Parteienstaatlichkeit erscheinen und in seiner Rechtfertigung in Zweifel ziehen²⁵. Es kennzeichnet die Entwicklung und die Tendenzen des modernen Parteienstaates, daß die wichtigste Funktion eines fortbestehenden, verfassungsrechtlich geschützten freien Mandats, das „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden“²⁶ ist, in der auch rechtlich durchsetzbaren Sicherung innerparteilicher Demokratie gesehen wird²⁷.

Unter diesen, die politische Wirklichkeit bestimmenden Verhältnissen muß das Problem der innerparteilichen Demokratie als zentrales Problem der Demokratie überhaupt gesehen werden. Es mußte um so akuter werden, je weiter der Bereich des vorformierten politischen Willens und damit die Reduktion politischer Handlungsalternativen durch die Parteien wurde²⁸. „Die Chance der Freiheit in einem nicht mehr infrage gestellten Gesellschaftssystem liegt in der Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie“²⁹. Man mag diese etwas apodiktische Aussage Ekkehart Krippendorfs für übertrieben und provozierend halten, der politischen Herausforderung, die sie formuliert, wird man sich nicht entziehen dürfen.

3.3. Aufgaben und Funktionen

Für die Analyse der Organisationswirklichkeit politischer Parteien ist entscheidend, welche konkreten Aufgaben und Funktionen die Parteien im jeweiligen politischen System zu erfüllen haben und welche Möglichkeiten oder Einschränkungen die vorgefundenen Organisationsstrukturen der Parteien für die Erfüllung dieser Funktionen bieten. „Es ist unmöglich, das Problem der innerparteilichen Demokratie sinnvoll zu diskutieren, ohne sich darauf explizit festzulegen, welche Funktionen die Parteien im politischen

23 Ekkehart Krippendorf, Das Ende des Parteienstaates, in: Der Monat, Heft 160, 1962

24 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 30

25 siehe dazu u. a. Gerhard Leibholz, Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958, bes. das Kapitel: der Strukturwandel der modernen Demokratie, S. 88–111; Christoph Müller, Das imperative und freie Mandat, Überlegungen zur Lehre von der Repräsentation des Volkes, Leiden 1966; Carl Otto Lenz, Ist die Freiheit des Abgeordneten veraltet und historisch überholt? Antwort auf Udo Bernbach, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, 1970, S. 478–481

26 Art. 38 I GG

27 so z. B. Otto Kirchheimer, Parteistruktur und Massendemokratie in Europa, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Nr. 79, 1953/54

28 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 111 f

29 Ekkehart Krippendorf, Das Ende des Parteienstaates, a. a. O., S. 70

System ausüben sollen. Die Entscheidung darüber setzt Akzente in der gewünschten Struktur der innerparteilichen Willensbildung³⁰.

Diese Akzente sind in der wissenschaftlichen Diskussion durchaus unterschiedlich gesetzt worden, wobei Entwicklungsstand und Rahmenbedingungen des politischen Systems sich in der Definition der Parteifunktionen deutlich niederschlugen³¹. Für das westdeutsche Parteiensystem ist diese strittige Frage insofern verbindlich geklärt, als das dem Auftrag des Grundgesetzes gemäß verabschiedete Gesetz über die politischen Parteien neben ihrer verfassungsrechtlichen Stellung auch die ihnen obliegenden Aufgaben regelt. Aus dem im § 1 Abs. 1 formulierten Bekenntnis zum modernen Parteienstaat, der verfassungsmäßigen Inkorporation der Parteien in das staatlich-demokratische System, werden im zweiten Absatz konsequent die dieser Stellung entsprechenden Aufgaben der Parteien gefolgt und festgelegt:

„(1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.

(2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Willensbildung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.

(3) Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder³².

Gegen diesen etwas summarischen Aufgabenkatalog läßt sich sicherlich der Einwand mangelnder Präzision und Systematik geltend machen. Dennoch ist er deutlich genug, um manche theoretischen Definitionen der Parteifunktionen als unzulässige Verkürzungen nachzuweisen. Besonders bemerkenswert erscheint die ausdrückliche Beziehung aller einzelnen Aufgabenbereiche auf die übergeordnete Funktion der Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes, der durch die exklusive Erwähnung im Art. 21 des Grundgesetzes eine natürliche Priorität eingeräumt ist. Damit ist allen Versuchen,

30 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 125; vgl. auch Manfred Hättich, Innerparteiliche Demokratie und politische Willensbildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 49/69, S. 28

31 siehe dazu Howard A. Scarrow, The Function of Political Parties, A Critique of the Literature and the Approach, in: Journal of Politics, Heft 29, 1967, S. 770–790; Gabriel A. Almond/Bingham G. Powell, Comparative Politics, A Developmental Approach, Boston/Toronto 1966, S. 73 ff.; Heinz Laufer, Die demokratische Ordnung, Eine Einführung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 2. Auflage 1970

32 Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967, § 1

die Aufgaben politischer Parteien auf ihre Funktion der Führungsauslese zu reduzieren³³, jede rechtliche und politische Basis entzogen. Daß solche Verkürzungen des Demokratiebegriffes mehr als fragwürdig sind, liegt auf der Hand. „Denn von Demokratie kann dann offenbar nicht mehr die Rede sein, wenn das Volk, von dem die Staatsgewalt ausgeht, auf die Befugnis beschränkt wird, ihm gegenüber völlig unabhängige ‚Repräsentanten‘ auszuwählen, denen es, sind sie einmal bestellt, in völliger Passivität die politische Willensbildung überläßt. Durch die Wahl würden dann nur noch deren zurückliegende Entscheidungen oder deren den Wählern unbekannte Pläne für ihr zukünftiges Verhalten ohne Anspruch auf wirkliche Mitwirkung des Volkes akklamiert“³⁴. Ein solcher reduzierter Demokratiebegriff ist durch die Aufforderung des Parteiengesetzes, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben zu fördern, explizit ausgeschlossen.

In seiner vergleichenden Studie politischer Parteien hat Sigmund Neumann vier Funktionsbereiche definiert, die im Rahmen eines demokratisch strukturierten staatlichen Systems von den Parteien zu erfüllen sind³⁵. Diese Definition hat den Vorzug, so weit gefaßt zu sein, daß sie als systematische Zusammenfassung der im Parteiengesetz formulierten Einzelaufgaben politischer Parteien verwendet werden kann.

1. Organisation des chaotischen öffentlichen Willens: Die Parteien sollen als Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppeninteressen die natürliche Distanz zwischen Individuum und Gemeinwesen überbrücken. Die Meinungsbildung innerhalb der Parteien soll zur Strukturierung und Artikulation der öffentlichen Meinung dienen.
2. Integration des einzelnen in die politische Gesamtheit: Die Parteien sollen sich dadurch von pressure groups unterscheiden, daß sie dem einzelnen und seinen Partikularinteressen ein Bild des Gemeinwesens als Ganzem aufzeigen, seine Wünsche den kollektiven Bedürfnissen anpassen und notfalls auch opfern.
3. Bindeglied zwischen Regierung und öffentlicher Meinung: Die Parteien stellen die wichtigsten Kommunikationskanäle zwischen Führern und Geführten dar. Die Ausübung der Kommunikationsfunktion soll die Parteien zu kontrollierenden Instanzen des Regierungssystems unter den Bedingungen einer repräsentativen Demokratie machen.
4. Demokratische Führungsauslese: Den Parteien fällt die Aufgabe zu, in demokratischen Auswahlverfahren und unter Berücksichtigung des Konkurrenzprinzips das politische Führungspersonal des Staates bereitzustellen.

Die Leistungsfähigkeit der Organisationsstrukturen der Parteien ist an diesen den Aufgabenkatalog des Parteiengesetzes umfassenden Funktionsbereichen zu überprüfen. Das organisatorische Konzept kann damit als leistungsfähig bezeichnet werden, wenn es die genannten Funktionen der Artikulation, der Integration, der Kommunikation und der Selektion hinreichend erfüllt oder zumindest erfüllen könnte.

33 so z. B. Heino Kaack, Geschichte und Struktur des westdeutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 15, 687; Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 121; Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, a. a. O., S. 39

34 Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz, Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfulingen 1966, S. 79

35 Sigmund Neumann, Toward a Comparative Study of Political Parties, in: ders. (Hrsg.), Modern Political Parties, Chicago 1956, S. 396 ff

4. Politik in Gemeinden

Die Konzentrierung der Fragestellung nach den Strukturproblemen der Parteien auf ihre untere Organisationsebene macht die Berücksichtigung der allgemeinen soziologischen Bedingungen dieses geographischen und politischen Bereichs notwendig. Die unterste selbständige Organisationsebene aller Parteien in der Bundesrepublik ist – unbeschadet der unterschiedlichen Bezeichnungen dieser Organisationsstufe – dem kommunalen Bereich, also der Gemeinde, zugeordnet. Diese soziale Größe „Gemeinde“ ist durch spezifische Bedingungen gekennzeichnet, die Forschungsgegenstand einer eigenständigen speziellen Soziologie geworden sind. In zahlreichen gemeindesoziologischen Untersuchungen wurden die Grunddaten, durch die sich die Gemeinde von anderen sozialen Einheiten wesentlich unterscheidet, ermittelt und dargestellt. Die Strukturprobleme der Parteien im kommunalen Bereich ergeben sich im wesentlichen durch die Schwierigkeit, die Organisation ihrer verschiedenartigen politischen Funktionen diesen besonderen Bedingungen anzupassen. Eine am Funktionskatalog politischer Parteien orientierte Analyse der Leistungsfähigkeit ihrer Organisationsstrukturen auf kommunaler Ebene muß daher von den Voraussetzungen ausgehen, die Politik in Gemeinden gesetzt sind.

4.1. Gemeindeerlebnis

Schon der Begriff „Gemeinde“ ist keineswegs unumstritten¹ im traditionellen Verständnis wird er als diejenige geographische, politische oder soziale Einheit definiert, innerhalb derer die Befriedigung elementarer Bedürfnisse des Menschen, sowohl materieller wie immaterieller Art, erwartet und ermöglicht wird². Der führende deutsche Gemeindesoziologe René König sieht die Gemeinde daher als „eine globale Gesellschaft vom Typus einer lokalen Einheit, die eine unbestimmte Mannigfaltigkeit von Funktionskreisen, sozialen Gruppen und anderen sozialen Erscheinungen in sich einbegreift, welche zahllose Formen sozialer Interaktionen und gemeinsamer Bindungen sowie Wertvorstellungen bedingen; außerdem hat sie neben zahlreichen Formen innerer Verbundenheiten, die sich in den erwähnten Teilen abspielen mögen, selbstverständlich auch ihre sehr handgreifliche institutionell-organisatorische Außenseite“³. Diese Vielzahl der Funktionskreise schließt eine „Totalität des Lebens“ ein und mache damit die Gemeinde zu einem „gesellschaftlichen Vollgebilde“, das neben der Familie und anderen verwandtschaftlichen Ordnungen „eine der bedeutsamsten sozialen Erscheinungen der vergesellschafteten Menschheit überhaupt“⁴ sei. Der Nachweis der überaus komplexen Strukturen dieser sozialen Einheit führt König zu der soziologischen Schlußfolgerung, „daß die Gemeinde eine Eigenexistenz besitzt, auch unabhängig von den gesamtgesellschaftlichen Gebilden höherer Ordnung, die an sich die komplexen Gesellschaften überragend bestimmen“⁵.

1 allein 94 verschiedene Definitionen des Gemeindebegriffs ermittelte George A. Hillery in seinem Beitrag „Definitions of Community: Areas of Agreement“, in: *Rural Sociology*, Vol. 20, 1955

2 vgl. etwa Norton E. Long, *The Local Community as an Ecology of Games*, in: *The American Journal of Sociology* 64, Nr. 3, November 1958

3 René König, *Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde*, Hamburg 1958, S. 28

4 René König, *Gemeinde*, in: *Soziologie*, hrsg. von R. König, Neuausgabe Frankfurt 1969, S. 81 f
5 ebda, S. 84

Im Zusammenhang mit der konkreten Fragestellung und Zielsetzung dieser Studie sind zwei Aspekte dieser gemeindesoziologischen Erkenntnisse von besonderer Relevanz: zum einen der funktionale Charakter der Gemeinde als Ort elementarer Bedürfnisbefriedigung und Funktionserfüllung, zum anderen die wesentliche theoretische Unterscheidung zwischen der Gemeinde als Verwaltungseinheit und der Gemeinde als soziale Dimension. Beide Aspekte sind trotz ihrer nachgewiesenen praktischen Unabhängigkeit eng miteinander verbunden: das für moderne, hochentwickelte Gesellschaften charakteristische Auseinanderfallen der politisch-administrativen und der sozialen Dimension ist die unmittelbare Folge einer veränderten Bedürfnis- und Funktionserfüllung im Bereich der Gemeinde.

„Die Erwartung des Menschen richtet sich auf eine im Grunde totale Erfüllung aller Funktionsbedürfnisse im Bereich seiner Gemeinde als Heimat. Diese Gemeinde enthielte danach eine Gesamtmatrix für seine Bedürfniserfüllungen“⁶. Der Begriff des Gemeindeerlebnisses soll in diesem Sinne als das Erlebnis von Funktionserfüllungen im Bereich der Gemeinde verstanden werden. Für den einzelnen Bürger bestimmt sich sein Gemeindeerlebnis also durch das Ausmaß an konkreten Funktionserfüllungen, das ihm seine Gemeinde bietet. Das Gemeindeerlebnis wird um so stärker sein, je vollständiger und intensiver das Erfüllungserlebnis in diesem Bereich ist, und umgekehrt um so schwächer, je lästiger und nachhaltiger ein Mangel an erwarteten Funktionserfüllungen empfunden wird. „Die total erlebte Gemeinde setzte voraus, daß die topographische Gemeindeeinheit – bestenfalls im Sinne des Heimatbegriffes um Nachbarbereiche erweitert – identisch ist mit der gesamten personalen Funktionsumwelt“⁷. Totales oder vollständiges Gemeindeerlebnis ist demnach nur möglich, wenn die Erwartungen eines bestimmten Bürgers nicht größer sind als die Funktionen, die seine Gemeinde bieten kann, zugleich aber auch nicht kleiner als die tatsächlich bereitgestellte Funktionsmatrix der Gemeinde.

Diese theoretisch formulierte Bedingung eines totalen Gemeindeerlebnisses ist in der Realität nicht einzulösen. Jede Gemeinde, die in der konkreten Wirklichkeit immer die je einzelne und nicht die allgemeine Gemeinde als soziologischer Typus ist, umfaßt sowohl Menschen und gesellschaftliche Gruppen als auch Institutionen und Einrichtungen, die den wiederum je einzelnen, konkreten Bürger nicht interessieren oder nicht betreffen und somit nicht Bestandteil seiner Funktionsumwelt werden, da er sie entweder nie erfährt oder auch gar nicht benötigt und sucht; umgekehrt kann auch eine extrem große und scheinbar universal ausgestattete Gemeinde (Großstadt, Weltstadt) kaum je die gesamte Skala der Einrichtungen und Funktionskreise zur Verfügung stellen, die je-

6 Gerhard Elschner, *Leitstudie über die Bedingungen und Probleme politischer Arbeit in der Großstadt*, in: *Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft*, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz und dem Wissenschaftlichen Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e. V., ergänzte und überarbeitete Neuauflage 1967/68, S. 17

7 ebda, S. 18

der einzelne ihrer Bürger zu seiner persönlichen Bedürfniserfüllung beansprucht⁸. Auch im Bereich der Gemeinde gilt, daß die Bedürfnisse in der Regel den Rahmen des Realisierbaren oder jedenfalls Verfügbaren sprengen.

Es ist also festzuhalten, daß die Gemeinde weder eine vollständige Matrix zur Bedürfniserfüllung des einzelnen Bürgers bieten noch der einzelne für seine individuell begrenzte Funktionsumwelt die ganze Gemeindematrix ausschöpfen kann. „Die Gemeinde bleibt partielle Matrix gegenüber der Erfüllung aller Funktionserfordernisse“⁹.

Die für die moderne Gesellschaft typische und durch die Medien der Massenkommunikation ständig vermittelte Differenzierung der Lebensformen, Wertvorstellungen und Ansprüche und die damit verbundene Auflösung einheitlicher, geschlossener Funktionsumwelten läßt die beiden Dimensionen des Gemeindebegriffes, die politische Verwaltungseinheit und die soziale Wirklichkeit, notwendigerweise und immer stärker auseinanderfallen. Die Parzellierung des Gemeindeerlebnisses ist unvermeidlich geworden. Gemeindliche Funktionserfüllung vollzieht sich immer häufiger an geographisch verschiedenen Orten, die theoretisch postulierte Gemeinde-„Einheit“ ist in der Realität kaum aufzufinden. Für den Bürger und seine Bedürfnisbefriedigung ist entscheidend, ob er die Möglichkeit hat, seine Ansprüche auf einen Arbeitsplatz, auf eine angemessene Wohnung, einen Bekannten- und Freundeskreis, Freizeitbeschäftigungen und kulturelle Einrichtungen überhaupt zu realisieren; wo diese Funktionserfüllung stattfindet, ist demgegenüber absolut zweitrangig. Wenn aber alle verschiedenartigen Bedürfnisse befriedigt werden sollen, ist die Inanspruchnahme verschiedener Gemeinschaften bzw. Einrichtungen in mehreren Orten geradezu zwangsläufig, zumal die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinde die räumliche Nähe zu ihren Institutionen durchaus nicht garantiert. Die Aufsplitterung der personalen Funktionserfüllung auf verschiedene, meist benachbarte Gemeinden nimmt somit zu und damit zugleich die Parzellierung des Gemeindeerlebnisses. Die Definition der Gemeinde als „eine mehr oder weniger große lokale und gesellschaftliche Einheit, in der Menschen zusammenwirken, um ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben *gemeinsam* zu fristen“¹⁰ verliert ihren Wirklichkeitsbezug durch offensichtlich zunehmenden Verlust dieser Gemeinsamkeit.

Unter diesen veränderten Bedingungen erscheint die traditionelle soziologische Bewertung der Gemeinde als eine der wesentlichen Sozialisationsformen der Gesellschaft immer fragwürdiger. Das aus dem Sozialisationsfeld der Familie herauswachsende Kind erlebt den Bereich der Gemeinde nur sektorial. „Und wenn der Heranwachsende und Erwachsene seine existentiellen Betroffenheiten erfährt und erst recht, wenn er über diese reflektiert, gerät er sofort weit über die Gemeinde hinaus in größere soziale Zusammen-

8 vgl. dazu die soziales empirische Studie: Die Großstadt, Problemprofil und Erlebnisumfeld, Ergebnisse einer demoskopischen Untersuchung in 18 Großstädten von Nordrhein-Westfalen, erarbeitet für das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen von der IRES-Marketing Gesellschaft für Markt-, Motiv- und Werbeforschung mbH, Düsseldorf 1973, bes. S. 37 ff

9 Gerhard Elschner, Leitstudie über die Bedingungen und Probleme politischer Arbeit in der Großstadt, a. a. O., S. 18

10 René König, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, a. a. O., S. 26

hänge“¹¹. Die Bedeutung der Gemeinde im Sozialisationsprozeß ist durch die Auflösung ihrer Einheit und Erlebbarkeit fraglos relativiert worden.

Die Auflösung des Gemeindebegriffs als soziale „Einheit“ gilt aber auch dann, wenn man als ihr konstituierendes Element nicht die Sozialisationsfunktion, sondern die Bereitstellung öffentlicher Güter versteht¹². Von einer erfolgreichen Internalisierung öffentlicher Güter einer Gemeinde könnte nur dann die Rede sein, wenn diese sowohl die Herstellung wie den Verbrauch solcher Güter innerhalb der eigenen Gemeindegrenzen lokalisieren und außerhalb dieser Gemeinde Wohnende von ihrer Nutzung verbindlich ausschließen könnte¹³. Eine solche, offensichtlich wirklichkeitsfremde Vorstellung entspräche heute nicht einmal den Intentionen einer auf kommunale Selbständigkeit bedachten Gemeinde selbst.

Es bedarf kaum einer näheren Erläuterung, daß die dargestellte Parzellierung des Gemeindeerlebnisses nahezu unabhängig von der jeweiligen Gemeindegröße auftritt. Die weitgehend nicht mehr vorhandene Kongruenz von Verwaltungseinheit und sozialer Umwelt ist weniger eine Frage der Größe als der Struktur der Gemeinden. Der überkommene, ehemals qualitative Gegensatz zwischen Stadt und Land reduziert sich angesichts des allgemeinen, die gesamte Gesellschaft umfassenden Urbanisierungsprozesses auf das quantitative Kriterium unterschiedlicher Einwohnerzahlen¹⁴. In der modernen, hochentwickelten und stark differenzierten Gesellschaft ist allen Gemeinden strukturell die zweifache Tendenz zur Parzellierung des Erlebnisses von Gemeinde gemeinsam, daß weder die Gemeinde dem einzelnen Bürger eine vollständige Funktionserfüllung bieten noch dieser umgekehrt die tatsächlich gebotene Funktionsmatrix voll ausnutzen kann, wengleich einzuräumen ist, daß je nach Größe und Ausstattung einer Gemeinde entweder die eine oder die andere Tendenz überwiegt.

Gemeinsam ist allen, in ihren konkreten Erscheinungsformen noch so verschiedenartigen Gemeinden damit auch das Problem der Integration. Die kommunale Praxis zeigt allgemein, „daß die Differenzierungen so übermächtig sind, daß schon in kleinen Gebilden eine anstandslos funktionierende Integration auf der Ebene des Alltags nicht gefunden werden kann“¹⁵. Um die Ermittlung möglicher Integrationsfaktoren hat sich die gemeindesoziologische Forschung besonders bemüht. Dabei wurde in zahlreichen Un-

11 Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung im föderativen Verfassungsstaat (BRD), erschienen in der Reihe „Untersuchungen und Beiträge zu Politik und Zeitgeschehen“, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., o. O., o. J., S. 40 f

12 vgl. die Diskussion der „District boundaries and the Incidence of Benefits“, in: Stephen C. Smith, Problems in the Use of the Public District for Ground Water Management. Land Economics, Bd 32, 1956, S. 259–269

13 vgl. Vincent Ostrom/Charles M. Tiebout und Robert Warren, Die politische Organisation in Stadregionen, in: Rolf-Richard Grauhan (Hrsg.), Großstadtpolitik, Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie, Gütersloh 1972, S. 105

14 diesen historischen Entwicklungs- und Wandlungsprozeß schildert Sigmar Gude, Der Bedeutungswandel der Stadt als politischer Einheit, in: Hermann Korte (Hrsg.), Zur Politisierung der Stadtplanung, Düsseldorf 1971

15 René König, Die soziale Struktur der Stadt, in: Soziologische Orientierungen, Köln 1965, auszugsweise abgedruckt in: Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 50

tersuchungen deutlich, „daß der räumliche Faktor an sich keineswegs notwendigerweise eine solche integrale Ganzheit schafft. Im Gegenteil, die Forschung scheint durchweg zu beweisen, daß der räumliche Faktor allein einzig unter außergewöhnlichen Verhältnissen integrierend wirkt, etwa bei Neusiedelungen. Hier wirkt er sich vielleicht darum so stark aus, weil einfach noch keine Gelegenheit gegeben war, andere Medien der sozialen Verbindung zu entdecken. Es zeigt sich jedenfalls regelmäßig, daß der Faktor Raum sehr bald durch andere wenigstens teilweise verdrängt zu werden pflegt, z. B. kulturelle Affinitäten“¹⁶. Aus diesem Grunde ist gerade in bezug auf kommunale Integration die Unterscheidung zwischen physischer Nähe oder Ferne und „funktionaler Distanz“¹⁷ gemacht worden. Eine sozialpsychologische Untersuchung bürgerschaftlicher Aktivitäten in Stuttgart hat gezeigt, daß die Verfolgung verschiedenartiger Interessen die Bürger einer Gemeinde voneinander trennt und zugleich mit gleichinteressierten Bürgern anderer Gemeinden verbindet. Will man die Verfolgung gemeinsamer örtlicher Interessen als horizontale und die spezieller Interessen über die Gemeindegrenze hinaus als vertikale Orientierung bezeichnen, so ist eine deutliche Dominanz der vertikalen vor der horizontalen Integration festzustellen¹⁸.

Diese Beobachtungen werden durch eine neuere Darstellung umfangreichen empirischen Datenmaterials zur Gemeinsoziologie eindrucksvoll bestätigt, die das politische Interesse an der Gemeinde im Vergleich zu anderen Institutionen und Ebenen der Politik zum Untersuchungsgegenstand hat¹⁹. Hier wird deutlich, daß gemeindliche Orientierung als Kenntnis- und Anteilnahme an sozialen Erscheinungen und Problemen auf kommunaler Ebene keineswegs die natürliche Folge lokaler Nachbarschaft oder allgemeinen politischen Engagements ist, sondern immer eng mit individuellen und konkreten Interessen zusammenhängt. Insofern unterscheidet sich die jeweils subjektive Beziehung zur Gemeinde als nächster politischer Institution durchaus nicht grundsätzlich von der Beziehung zu anderen, höheren und entfernteren politischen Instanzen. Die Gemeinde ist somit „nicht untere Ebene in einer Hierarchie politischer Orientierungen. Ausgangspunkt ist regelmäßig ein Interesse auf Grund einer wirtschaftlichen oder sonstigen sozialen Situation und nicht ‚die Gemeinde‘ oder ‚der Staat‘ als politische – aber zunächst nur abstrakte – Gemeinwesen“²⁰. Dies erklärt auch den engen Zusammenhang der politischen Orientierung mit sozialen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf, Ortsgröße der Wohngemeinde, Mitgliedschaft oder Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen, Informationsgewohnheiten und Kenntnissen; diese unmittelbar erfahrbaren, die konkreten Lebensverhältnisse bestimmenden Faktoren beeinflussen das politische Interesse und damit Ausprägung und Richtung lokaler und überlokaler Orientie-

16 René König, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, a. a. O., S. 113

17 siehe dazu Leon Festinger/Stanley Schachter und Kurt Back, Social Pressures in Informal Groups, New York 1950

18 Roland L. Warren, Eine sozialpsychologische Analyse der bürgerschaftlichen Tätigkeiten in Stuttgart, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie IX, Nr. 4, 1957, S. 619 ff

19 Peter Oel, Die Gemeinde im Blickfeld ihrer Bürger, Eine empirisch-soziologische Studie, erschienen in der Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V. Berlin, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972

20 ebda, S. 61 f

rung²¹. Die Bedeutung des Raumes bzw. der physischen Nähe für die soziale Interaktion und Integration ist offensichtlich weit weniger groß, als gemeinhin angenommen wird, und konkurrierenden Faktoren zumindest nicht überlegen.

So bleibt für die Analyse der an Leistungsfähigkeit interessierten Organisationsstrukturen politischer Parteien auf kommunaler Ebene resümierend festzuhalten, daß ein vermitteltes, allgemeingültiges und geschlossenes Gemeindeerlebnis in der Realität weder vorhanden noch möglich ist. Die konkret erlebte Stadt oder Gemeinde reduziert sich für den einzelnen Menschen notwendigerweise auf individuell verschiedene Teilbereiche, für die weniger räumliche als sachliche Kategorien konstitutiv sind.

4.2. Politikererlebnis

Wenn die These richtig ist, „daß politische Gebilde zumindest auch, wenn nicht primär funktional zu betrachten sind“, dann ist auch die Funktion des politischen Gebildes „Gemeinde“ zweifellos „nur ableitbar von der politischen Ordnung, oder genauer: vom politischen Ordnungsproblem“²². Die politische Funktion der Gemeinde ist demnach verbindlich nur zu bestimmen im Kontext der gesamtstaatlichen politischen Ordnung.

Von dieser grundsätzlichen Prämisse ausgehend erweist sich die landläufige Vorstellung der kommunalen Selbstverwaltung als der Abgrenzung eines nichtstaatlichen, weil selbstverwalteten Bereichs vom übrigen staatlichen Ordnungssystem als unzutreffend. Versteht man den Staat, wiederum in bewußt funktionalem Verständnis, als ein System von Herrschaftsinstitutionen zur verbindlichen Regelung der Ordnungsprobleme einer Gesellschaft, so kann an dem Herrschafts- und damit auch Staatscharakter des kommunalen Bereichs kein ernsthafter Zweifel bestehen. Zwar läßt sich ein politisches System plebiszitär oder repräsentativ, zentralistisch oder föderalistisch organisieren, doch gilt auch im letzteren Falle die allgemeine staatliche Herrschaftsfunktion für jede der vertikal geschichteten Systemebenen in gleicher Weise. Die politische Funktion der Gemeinde unterscheidet sich somit prinzipiell in keiner Weise von der des Bundes oder der Länder im föderativen Staatssystem der Bundesrepublik Deutschland, und dies gilt auch dann, wenn die jeweils subjektiven Vorstellungen von Politik sich auf den verschiedenen Ebenen politischen Handelns unterschiedlich artikulieren; „denn in Deutschland bilden die verschiedenen Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden auch rechtlich keine eindeutige Hierarchie, sondern sind jeweils *andere* Bereiche“²³, aber eben allesamt staatliche Bereiche.

Im Unterschied zu anderen, tatsächlich nichtstaatlichen sozialen Gebilden ist Teilhabe an der Gemeinde als Kooperations- und Integrationssystem weder freiwillig noch auf

21 ebda, S. 31; die besondere Bedeutung des Sozialfaktors Alter für den Bindungsgrad an eine Gemeinde weist die erwähnte Studie über nordrhein-westfälische Großstädte nach: Die Großstadt, Problemprofil und Erlebnisumfeld, a. a. O., S. 44–55

22 Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung, a. a. O., S. 13

23 Peter Oel, Die Gemeinde im Blickfeld ihrer Bürger, a. a. O., S. 19

bestimmte Zwecke begrenzt. Jeder einzelne Bürger ist ihren Herrschaftsakten ebenso zwangsläufig unterworfen wie denen des Gesamtstaates oder des Bundeslandes, und das mögliche Verlassen einer konkreten Gemeinde zugunsten einer anderen ist immer nur ein Wechsel, nie ein Verlassen des kommunalen Herrschaftsbereichs. „Die kommunalen Behörden erweisen sich, gleichgültig ob sie positivrechtlich in eigenem oder in abgeleitetem Recht handeln, als Bestandteil der allgemeinen Herrschaftsorganisation der Gesellschaft“²⁴.

Allein der Begriff der kommunalen Selbstverwaltung ist im Rahmen einer demokratischen Organisation staatlicher Herrschaft eher irreführend, zum einen, weil die Demokratie an sich die Selbstverwaltung einer Gesellschaft impliziert, zumindest in dem Sinne, daß verbindliche politische Entscheidungen nicht durch autoritative Setzung einer wie auch immer legitimierten Obrigkeit zustandekommen, zum anderen aber auch deshalb, weil der Vollzug politischer Willensbildung auch in der Gemeinde nicht plebisziär, sondern durch beauftragte und gewählte Organe, also repräsentativ erfolgt²⁵. Dies gerade kennzeichnet die Demokratie, daß „die Grundstruktur des Zustandekommens der verbindlichen Entscheidung bei allen sich aus der jeweiligen Ebene ergebenden Varianten im Prinzip dieselbe“²⁶ ist.

Die Gemeinden in der Bundesrepublik sind folglich integrierte Bestandteile eines föderativ geordneten Regierungssystems; Kommunalpolitik ist keine Politik eigener Art, sondern derjenige Teil umfassenden politischen Handelns, dessen Realisierung auf örtlicher Ebene angestrebt wird. Allerdings ist bemerkenswert, daß im Bewußtsein der Bevölkerung „Politik“ überwiegend auf Bundesebene angesiedelt wird, kommunale Angelegenheiten also als nicht politische betrachtet werden²⁷. Unbeschadet der Tatsache, daß dieser Einschätzung ganz offensichtlich ein falscher, zumindest aber verkürzter Politikbegriff zugrunde liegt, der mehr auf die Erhaltung eines bestehenden sozialen Systems und weniger auf das Vorhandensein und Wählen zwischen verschiedenen Handlungsalternativen abstellt²⁸, muß diese unterschiedliche Bewertung von Politik auf Gemeindeebene im Vergleich etwa zur Bundesebene doch sorgfältig registriert werden.

24 Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung, a. a. O., S. 17

25 das Kommunalverfassungsrecht in der Bundesrepublik kennt zwar auch Ansätze und Elemente direkter Demokratie, die im politischen Leben aber kaum praktische Bedeutung gewonnen haben; vgl. dazu Alfred Ardel, Erfahrungen mit Bürgerentscheid und Bürgerbegehren auf Grund von § 21 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, phil. diss., Heidelberg 1960

26 Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung, a. a. O., S. 18; nicht zu Unrecht wird daher gelegentlich vorgeschlagen, statt von kommunaler Selbstverwaltung von „bürgerschaftlicher Mitverwaltung“ zu sprechen: Otto Ziebill, Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 2. Auflage 1971, S. 81

27 siehe dazu Horst Kanitz, Darstellung und Analyse der Untersuchungsergebnisse sozialempirischer Studien zur Kommunalpolitik, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 44; die gleiche Feststellung trifft auch Peter Oel, a. a. O., S. 32 und 78; sehr bemerkenswert ist auch die uneinheitliche Stellung des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Fragenkomplex: in BVerfGE 2, S. 2 ff werden die kommunalen Entscheidungen als unpolitisch, weil verwaltungsmäßig bezeichnet, politische Willensbildung im eigentlichen Sinne vollziehe sich nur auf Landes- und Bundesebene; dagegen wird später im BVerfGE 7, S. 155 ff die Tätigkeit der Gemeindevertretungen als „echte politische Tätigkeit“ gewertet

Eine einheitliche Politikerfahrung ist durch die Parzellierung des Gemeindeerlebnisses ohnehin ausgeschlossen. Die kommunale Verwaltungseinheit ist nicht mehr deckungsgleich mit der konkret erlebten Politik, die in ihrem persönlichen Bezug entweder deutlich unter der Verwaltungsgrenze bleibt oder auch weit über sie hinausweist. Die allgemeine gesellschaftliche Differenzierung, die auch den Bereich der Gemeinde kennzeichnet, läßt eine in sich geschlossene und schlüssige Kommunalpolitik im Sinne der Realisierung eines vorgegebenen Gemeininteresses bzw. Gemeindeinteresses ebensowenig wie eine Bundespolitik als Vertretung angeblich allgemeingültiger, nationaler Interessen. Politik und politisches Handeln sind gerade unter modernen sozialen Bedingungen wieder auf die klassische aristotelische Definition der Regelung aller Lebensfragen einer Gemeinschaft zurückverwiesen. Ein solches undogmatisches Politikverständnis geht von der notwendigen Setzung von Prioritäten und verantwortlichen Entscheidungen aus, durch welche die Aufgaben und Probleme einer Gemeinschaft verbindlich geregelt werden, ohne dabei den Anspruch objektiver Interessen- und Bedürfnisbefriedigung erheben zu wollen. Auch in dieser Beziehung gleichen sich kommunalpolitische und gesamtstaatliche Strukturen immer mehr an.

Die Integration einer Gemeinde, die „im Bereich des Sozialen auf Grund seiner Vielschichtigkeit und Diversität der beteiligten Interessen nicht (oder nur selten) erreicht werden kann“²⁹, muß durch Politik und ihre verantwortlichen Entscheidungen erst hergestellt werden. Nur der Vollzug von Politik läßt die diffuse soziale Wirklichkeit Gemeinde zu einer geschlossenen politischen Einheit werden. Der soziologische Hinweis René Königs, „daß sich Integration nicht von selbst vollzieht, sondern daß sie als mehr oder weniger bewußter Akt aus der sozialen Dimension in eine andere projiziert werden muß“³⁰, bezeichnet zugleich eine der wesentlichen Funktionen moderner Kommunalpolitik. Dabei wird vor allem die Frage bedeutsam, woher sich die Inhalte einer solchen kommunalen Politik rekrutieren lassen, und wo die Parteien und andere soziale Organisationen, denen diese politische Aufgabe zufällt, in dem durch differenzierte Interessen und Bedürfnisse parzellierten Bereich der politischen Einheit Gemeinde ihre funktionsfähigen Handlungseinheiten zu suchen haben.

Die Beantwortung dieser sehr praxisorientierten Frage kann von den soziologischen Strukturen des Sozialgebildes Gemeinde nicht absehen. Die Parzellierung der Gemeinde als erlebter Wirklichkeit in mehr oder weniger miteinander verbundene Teilbereiche bedeutet zugleich den Verlust der Gemeinde als politisch verfügbarer Organisations- und Handlungseinheit. Politik und Gemeinde sind nur noch im theoretischen Verständnis

28 zur Kritik des herkömmlichen kommunalen Politikverständnisses siehe u. a. Rolf-Richard Grauhan, Der politische Willensbildungsprozeß in der Großstadt, in: ders. (Hrsg) Großstadtspolitik, a. a. O., S. 148 f; die Berechtigung dieser Kritik wird unterstrichen durch die Untersuchungsergebnisse zur Bewertung von Politik, die Peter Oel als empirische Befunde zusammengestellt hat: danach überwiegt in der Einschätzung der Bevölkerung eindeutig die Bewertung von Politik als Autorität, Schutz und Sicherheit, weniger als ein Viertel der Bevölkerung sieht Politik als Entscheidungshandeln vom Wähler beauftragter politischer Vertreter oder als Ausgleich von Interessen (Peter Oel, a. a. O., S. 114 ff)

29 René König, Grundformen der Gesellschaft, a. a. O., S. 124

30 ebda

eine definierte, aber eben unwirkliche Einheit, in der Realität ist diese Einheit keine vorgegebene, sondern eine zu leistende Größe.

Gerade dies ist die wesentliche, vielleicht wichtigste Aufgabe der politischen Parteien auf kommunaler Ebene: die vorgefundene Parzellierung der Gemeinde durch Koordination und Integration konkurrierender Einzel- und Gruppeninteressen zu überwinden und damit Gemeindegeneinschaft politisch möglich zu machen³¹. Diese Aufgabe kann eine Partei aber dann nicht leisten, wenn sie dem parzellierten Politikerlebnis mit einem einheitlichen, scheinbar geschlossenen Organisationsmodell, d. h. mit einer an kommunalen „Einheiten“ orientierten Organisation und Politik zu entsprechen sucht. „Wenn eine Partei nur eine einheitliche Leistung und eine einheitliche Politik darzubieten versucht, wird sie hoffnungslos zur Partei einer Minderheit werden, der diese Einheitlichkeit gerade eben noch entspricht. Den anderen hat sie dann nichts mehr zu sagen, denn sie leistet dann absolut nichts für die Reproduktion der Umwelten dieser anderen“³².

Je größer eine Stadt oder Gemeinde ist, desto größer ist in der Regel auch die Neigung der Partei, die als Handlungsebene zu große „Einheit“ der ganzen Gemeinde in eine Vielzahl kleiner und überschaubarer Teil-„Einheiten“ auf regionaler Basis aufzugliedern. Diese Regionalisierung der Parteiorganisation innerhalb einer Gemeinde, also unterhalb der kommunalen Selbstverwaltungseinheit, steht immer in der Gefahr, die tatsächlich bestehenden Strukturen zu verfehlen, also die durch Parzellierung des gemeindlichen Politikerlebnisses entstehenden Teilbereiche, die eben nicht räumlich, sondern sachlich, d. h. an konkreten Interessen und Problemen orientiert sind. Auch der naheliegende Bezug der Organisationsstruktur der Parteien auf Stadt- oder Ortsteile schafft keineswegs zwangsläufig politisch funktionsfähige Handlungseinheiten. „Der Großstädter gehört nicht mehr der Stadt an, sondern einem Stadtteil, aber auch diesem nicht vollständig, denn die Trennung von Arbeitsstätte und Wohnstätte, die in ganz verschiedenen Stadtvierteln liegen, verhindert die volle Identifikation des Großstädters mit einem Teilbezirk. Er findet seine Erholung womöglich noch in einem dritten Stadtteil; so gehört er zu mehreren Bezirken und zu keinem wirklich“³³. Diese Differenzierung der Lebensbereiche prägt und erzwingt ein parzelliertes kommunales Politikerlebnis, das die Gemeindegeneinschaft nur noch als Verwaltungseinheit erfahrbar macht; „so wird dem durchschnittlichen Großstädter die Gemeinde nur noch als seine Behörde bewußt, zu der er in einem Abhängigkeitsverhältnis steht“³⁴. Politikerlebnis als Herrschaftserfahrung: dies ist der kleinste gemeinsame Nenner in dem diffusen System parzellierter und in der Regel unvermittelter Erfahrungen von Politik in Gemeinden.

Die Integration der durch Interessen- und Bedürfnisdifferenzierung gekennzeichneten sozialen Wirklichkeit Gemeinde zu einer in sich geschlossenen politischen Einheit durch Politik bedeutet damit zugleich Integration durch Herrschaftsakte. Sind diese nicht legi-

31 vgl. Gerhard Elschner, Leitstudie über die Bedingungen und Probleme politischer Arbeit in der Großstadt, a. a. O., S. 26

32 ebda, S. 27

33 Elisabeth Pfeil, Politische und kirchliche Gemeinde in der Großstadt, auszugsweise abgedruckt in: Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 52

34 ebda

timiert und akzeptiert, so wäre eine solche Integration weder demokratisch noch auf die Dauer stabil. Der vielbeschworene Anspruch auf kommunale Selbstverwaltung ist letztlich nur einzulösen durch Partizipation der Bürger an dem durch Politik zu leistenden Integrationsprozeß in der Gemeinde. In diesem Zusammenhang ist nun zu berücksichtigen, was Roland Warren „vertikale Integration“ genannt hat: interessengebundene oder durch Interessen ausgelöste soziale Aktivität lenkt die Aufmerksamkeit von örtlichen Sozialbindungen eher ab³⁵, eine Beobachtung, die inzwischen auch anderweitig bestätigt wurde: „Eine sozialaktive Haltung bringt den Befragten in der Regel die Bundesebene näher, obwohl ihnen in der Gemeinde sicher eher Chancen für eine öffentlichkeitsbezogene Tätigkeit offenstünden“³⁶.

Da sich die Parzellierung der Gemeinde eben nicht räumlich, sondern im wesentlichen über Sachprobleme und Interessendivergenzen vollzieht, ist auch ihre politische Integration nicht durch Zusammenfassung regionaler Teileinheiten herzustellen. „Will man also die Demokratie dadurch von unten nach oben aufbauen, daß man die Partizipation der einzelnen an gesellschaftlichen Angelegenheiten dort fördert, wo die unmittelbare und anschauliche Betroffenheit und die Möglichkeit des personalen Kontaktes gegeben ist, dann kann man nicht auf die traditionellen kommunalen Einheiten rekrutieren, sondern muß auf die jeweils aktuellen, existentiell herausfordernden Sachprobleme zurückgehen“³⁷.

Die zentrale Frage, ob die politischen Parteien, die unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen allein eine echte politische Partizipationschance zu bieten scheinen, gerade auf unterer Ebene die strukturellen Voraussetzungen aufweisen, einen so definierten Partizipationsprozeß zu organisieren, ist unter Berücksichtigung dieser gemein-desoziologischen Daten zu beantworten.

4.3. Gemeindliche Interessenvertretung

Die Dominanz der Parteien im Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß auf allen politischen Ebenen ist oft beschrieben und fast ebenso häufig beklagt worden³⁸, in einer arbeitsteiligen, hochentwickelten und demokratisch organisierten Gesellschaft erscheint sie jedenfalls als geradezu zwangsläufig. Dies gilt für den Bereich der Gemeinde ebenso wie für die Bundes- und Landesebene. „Wie es Verwaltungsromantiker gibt, denen die ‚unpolitische‘ Verwaltung und der ‚unpolitische‘ Beamte als Ideal vorschwebt, so müssen andererseits manche Vertreter einer lebendigen demokratischen Selbstverwaltung einsehen, daß auch sie romantisch denken, wenn sie glauben, die bürgerschaftliche

35 Roland L. Warren, Eine sozialpsychologische Analyse der bürgerschaftlichen Tätigkeiten in Stuttgart, a. a. O.

36 Peter Oel, Die Gemeinde im Blickfeld ihrer Bürger, a. a. O., S. 172

37 Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung, a. a. O., S. 34

38 insbes. für die gemeindliche Willensbildung ist eingewandt worden, daß „ein ausgereifter Parteienstaat das Ende der kommunalen Selbstverwaltung bedeutet“: Arnold Köttgen, Die Krise d. kommunalen Selbstverwaltung, in: Kommunale Selbstverwaltung zwischen Krise u. Reform, Stuttgart 1968, S. 23 u. 35

Selbstverwaltung heute noch durch unmittelbare Heranziehung der einzelnen, nicht gruppenzugehörigen Bürger entscheidend stärken zu können³⁹. Politische Beteiligung als Artikulation und Verfolgung persönlicher Interessen verspricht nur organisiert, also in Gruppen, Erfolg.

Die monopolartige Stellung der Parteien ist in den letzten Jahren erstmals durch Bürgerinitiativen, Aktionskomitees und andere spontane Gruppierungen angegriffen und gelegentlich auch aufgebrochen worden, die sich vor allem im kommunalen Bereich als durchaus fähig erwiesen haben, politische Interessenvertretung in der Gemeinde außerhalb der etablierten Parteien zu organisieren und durchzusetzen⁴⁰. Ob diese Entwicklung bereits als „ein Zeichen für ein neues Demokratiebewußtsein“⁴¹ gewertet werden kann, ist abschließend sicherlich noch nicht zu beurteilen, zweifellos stellen diese Aktionsgruppen aber eine ernsthafte Herausforderung für die Verwaltungen wie für die politischen Parteien dar, „denn sie signalisieren nicht nur Unzufriedenheit mit einer Bürokratie, die den Bürger von der Planung weithin ausschließt, die ihm fremd und undurchsichtig erscheint; sie enthüllen auch Schwächen der Parteien“⁴². Diese mögen den Bürgerinitiativen noch immer an politischem Einfluß und Durchsetzungsvermögen überlegen sein, die Funktion der Artikulation konkreter Interessen und Bedürfnisse haben sie in nicht unbeträchtlichem Ausmaß bereits an solche sehr problembezogen und flexibel arbeitende Gruppierungen verloren. Es ist jedenfalls sehr bemerkenswert, daß in der inzwischen schon recht umfangreichen deutschen Literatur zum Problem verstärkter Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen die Parteien nur eine untergeordnete Rolle spielen⁴³.

Die Organisationsformen von Bürgerinitiativen sind ebenso unterschiedlich wie ihre Ziele, diese bestimmen wiederum entscheidend über Mitgliederzahl, politische Strategie

39 Otto Ziebill, Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, a. a. O., S. 91

40 einer Untersuchung des bayrischen Innenministeriums zufolge, die 380 Bürgerinitiativen mit etwa 230 000 Mitgliedern zum Gegenstand hatte, verfolgen über die Hälfte dieser Initiativgruppen Ziele auf kommunaler Ebene, nur bei acht Prozent der Gruppen ist der Bund der angesprochene und kompetente Adressat ihrer Initiativen, vgl. Westfälische Rundschau vom 20. 8. 1973, S. 2, Neue Lobby prangert Mißstände an

41 Dirk Schubert, Der ‚Untertan‘ wird unbequem, Sind Bürgerinitiativen ein Zeichen für ein neues Demokratiebewußtsein?, in: Deutsche Zeitung – Christ und Welt, Nr. 24 vom 16. 6. 1972, S. 6 (ausgezeichnet mit dem Theodor-Wolff-Preis 1972)

42 ebda

43 siehe dazu u. a. Bürgerinitiative, in: Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Nr. 97/98, Köln und Opladen 1968; Hans-Jürgen Benedict, Basisgruppen und Kommunalpolitik, in: H.-E. Bahr (Hrsg.), Politisierung des Alltags, Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens, Darmstadt/Neuwied 1972; Heinz Grossmann (Hrsg.), Bürgerinitiativen, Schritte zur Veränderung?, Frankfurt 1971; Claus Offe, Zum politischen Stellenwert von Bürgerinitiativen, in: Großstadtpolitik, a. a. O.; Jürgen Dittberner, Bürgerinitiative als partielles Partizipationsbegehren, Überlegungen aus Anlaß eines städtebaulichen Entscheidungsprozesses in Berlin-Wilmersdorf, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Nr. 2, 1973, S. 194–207; Roland Eckert, Politische Partizipation und Bürgerinitiative, in: Partizipation, Aspekte politischer Kultur, in: Offene Welt Nr. 101, Opladen 1970; Reiner Gronemeyer, Basisdemokratie oder Elitenherrschaft? Bürgerinitiativen im organisierten Alltag, in: Politisierung des Alltags, a. a. O.; Horst W. Müller, Die Bürgerbeiräte in den Großgemeinden der Bundesrepublik, Diss. Mainz 1970/71; Theo Schiller, Parteien und Bürgerinitiativen, in: Partizipation, a. a. O.

und das Verhältnis zu anderen politischen oder staatlichen Instanzen⁴⁴, so daß sie kaum in ein einheitliches organisationssoziologisches Schema zu bringen sind. Während schließlich die einen Autoren die Funktion solcher Aktionsgruppen in der Ergänzung, gelegentlich auch Korrektur der etablierten Parteien im Rahmen der ebenfalls etablierten politischen und sozialen Ordnung sehen⁴⁵, verstehen andere ihre eigentliche Aufgabe gerade umgekehrt im „Kampf gegen die politischen und institutionellen Lebens- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft im Spätkapitalismus“⁴⁶. Es versteht sich von selbst, daß diese beiden konträren Standortbestimmungen auch gegensätzliche politische Verhaltensstrategien zur Folge haben⁴⁷.

Im Zusammenhang dieser Untersuchung ist eine detaillierte Darstellung dieser Entwicklung weder möglich noch notwendig. Wichtig ist jedoch, daß durch die Vielzahl erfolgreich tätiger Bürgerinitiativen inzwischen als erwiesen gelten kann, daß gerade auf kommunaler Ebene organisierte Interessenvertretung auch neben und außerhalb der Parteien sehr effektiv betrieben werden kann, zumal die Parteien im Bereich der Gemeinde gewissen Handlungsgrenzen und Einschränkungen unterworfen sind und keineswegs alle die Rechte und Privilegien genießen, die ihnen etwa auf Bundesebene eingeräumt sind⁴⁸.

Die Parteien selbst, die in den vielfältigen Formen nicht parteilich organisierten politischen Engagements lange Zeit „etwas Unsolides, Querulantenhaftes, manchmal gar Umstürzlerisches“ gesehen hatten⁴⁹, ohne zu einer konstruktiven Auseinandersetzung bereit und in der Lage zu sein, finden sich inzwischen in einer gründlich veränderten Situation wieder, in der die Suche nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit, wenn nicht

44 so bedienen sich Bürgerinitiativen und pressure groups bekanntlich öffentlicher Verwaltungen zur Durchsetzung ihrer Ziele, „aber die Beeinflussung verläuft ebenso oft in umgekehrter Richtung; die öffentlichen Verwaltungen bedienen sich der pressure groups, und es gibt eine ganze Reihe von Fällen, bei denen diese nur deswegen überhaupt existieren“: Edward C. Banfield/James Q. Wilson, Stadtpolitik, in: Rolf-Richard Grauhan (Hrsg.), Großstadtpolitik, a. a. O., S. 92; vgl. auch Claus Offe, Zum politischen Stellenwert von Bürgerinitiativen, a. a. O., S. 245

45 so z. B. Otto Ziebill, Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, a. a. O., S. 85 und selbstverständlich fast alle schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen prominenter Parteivertreter

46 Heinz Grossmann (Hrsg.), Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung, Frankfurt 1971, Originaltitel: Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus

47 siehe dazu etwa Claus Offe, a. a. O., S. 246: „Die allgemeine Bedingung dafür, daß sich Bürgerinitiativen nicht zu belanglosen Hilfsorganen eines sowieso stattfindenden administrativen Anpassungs- und Reformprozesses umfunktionieren lassen und damit ihre politischen Intentionen preisgeben, besteht darin, daß sich solche Gruppen nicht an das Reglement halten, in dessen Grenzen die offizielle Reformpolitik verläuft. Das bedeutet konkret: die sachlichen, zeitlichen und sozialen Restriktionen, unter denen insbesondere die kommunale Verwaltung steht, müssen im Verlaufe von Bürgerinitiativen gesprengt werden“

48 siehe dazu die juristische Untersuchung von Gerd Lintz, Die politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, Baden-Baden 1973, bes. S. 81 f, S. 152–174; Lintz schlägt sogar weitere, vor allem wahlrechtliche Maßnahmen vor, um den Parteieinfluß auf Gemeindeebene weiter zu reduzieren: ebda, S. 149

49 Elmar Brok, Bürgerinitiativen – Teil eines strategischen Konzepts, in: Die Entscheidung, hrsg. vom Bundesvorstand der JUNGEN UNION DEUTSCHLANDS, 21. Jg., Nr. 2, Febr. 1973, S. 26

sogar Integration solcher Initiativen in die eigene politische Arbeit⁵⁰ zu einem Kernproblem kommunaler Parteiorganisation geworden ist. „Hier liegt eine große Chance und eine ebenso große Gefahr für die Parteien zugleich. Läuft diese neue Realität des Bürgerengagements an ihnen vorbei, verlieren sie ein Stück Konsens mit der Gesellschaft, die sich in Teilbereichen sogar gegen sie wendet . . . Parteiarbeit als Basisarbeit darf sich also nicht in geschlossenen Zirkeln abspielen, auf Mitglieder oder gar auf Vorstände beschränken. Sie muß sich für alle Bürger öffnen. Sie muß Bürgerinitiativen unterstützen, aufbauen, weiterführen . . . Die ganze Partei muß sich zur Mitarbeit öffnen“⁵¹.

Insbesondere die Jugendorganisationen und andere, sich selbst als fortschrittlich verstehenden Kräfte innerhalb der Parteien haben damit begonnen, kommunale Aktionsgruppen in die eigene politische Strategie bei der innerparteilichen Durchsetzung von Reformen einzubeziehen; „mit der Forderung einer Bürgerinitiative im Nacken sind beharrende Kräfte leichter zu Maßnahmen zu bewegen, weil sie dies als taktische Maßnahme im Kampf um die Macht ansehen“⁵². Sieht man von solchen taktischen Überlegungen ab, deren Bedeutung für innerparteiliche Willensbildungsprozesse durchaus nicht unterschätzt werden soll, bleibt freilich das wichtigere Problem ungelöst, wie es den Parteien nämlich gelingen könnte, selbst die Initiativfunktion zurückzugewinnen, die sie im Augenblick weitgehend an nicht parteigebundene spontane Bürgerinitiativen abgetreten oder verloren zu haben scheinen. Das rasche Aufgreifen anderweitig formulierter und organisierter Interessen durch die Parteien mag zwar „zum frühzeitigen Erkennen von Konflikten verhelfen“, ob es wirklich „einen weiteren Vertrauensschwund in sie selbst und den Parlamentarismus verhindern kann“⁵³, muß aber sicherlich gründlich bezweifelt werden.

Hier deutet sich bereits eine wesentliche Leistungsschwäche der Parteien an, die gerade auf kommunaler Ebene offensichtlich nicht oder jedenfalls nur unzureichend in der Lage sind, konkrete Interessen und Bedürfnisse der Bürger zu artikulieren und zu organisieren. Die Bedeutung einer politischen Partei im sozialen System einer Gemeinde bestimmt sich aber nahezu ausschließlich nach dem Ausmaß ihrer Leistungsfähigkeit in bezug auf ihre wesentliche politische Funktion der Artikulation und Integration parzellierter gemeindlicher Interessen; ohne die Erfüllung dieser Funktion sind Parteien „im strengen Sinne innerhalb der Gemeinde soziologisch nicht unbedingt wichtiger . . . als freie und spontane Assoziationen wie ein Klub oder ein Verein, ad usum gebildete Wohl-

50 die Möglichkeiten einer politischen Zusammenarbeit vor allem aus wahltaktischen Gründen untersucht unter differenzierter Analyse der verschiedenartigen Formen und Ziele von Bürgerinitiativen Oscar W. Gabriel, Prüfung der Effizienz des Einsatzes von Bürgerinitiativen im Kommunalwahlkampf, unveröff. Manuskript d. Inst. f. Kommunalwissenschaften d. Konrad-Adenauer-Stiftung, November 1973

51 Rüdiger Göb, Kommunalpolitik und Parteiorganisation, in: Kommunalpolitische Blätter, Organ der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands, 25. Jg., 15. 3. 1973, Nr 5/6, S. 142

52 Elmar Brok, Bürgerinitiativen – Teil eines strategischen Konzepts, a. a. O.; vgl. auch Wolfgang Roth (Hrsg), Kommunalpolitik für wen? Arbeitsprogramm der Jungsozialisten, Herausgegeben im Auftrag der Kommunalpolitischen Konferenz der Jungsozialisten, Frankfurt 1971, S. 23 f, S. 36

53 Elmar Brok, Bürgerinitiativen, a. a. O.

tätigkeitszirkel, Initiativkommittees oder Kränzchen, denen anzugehören für den Neubürger etwa von so großer Bedeutung sein kann, daß sich damit sein Einleben oder Nichteinleben entscheidet, oder auch informelle Gruppen, Cliques, Klüngel, die hinter den Kulissen oft einen unangreifbaren, darum aber unter Umständen um so nachhaltigeren und wirksamen Druck auf die Gemeindegeschäfte ausüben . . .“⁵⁴.

Eine solche Entwicklung aber, die an die Stelle oft schwerfälliger, wenig problembezogen arbeitender Parteiorganisationen spontane und wechselnde Gruppierungen mit konkret artikulierter, informell organisierter und unkontrolliert realisierter Interessenvertretung setzte, könnte weder für die Parteien noch für das politische System insgesamt ernsthaft als Lösung offensichtlicher Partizipationsprobleme in Betracht kommen: auf diese Weise würde das eine Übel durch ein anderes, vielleicht noch argeres ersetzt.

54 René König, Grundformen der Gesellschaft, a. a. O., S. 40

5. Partizipation in Parteien – Regionale und nichtregionale Organisationsstrukturen als Partizipationsfelder innerparteilicher Willensbildung

Das Gesetz über die politischen Parteien setzt auch für deren Organisationsstrukturen verbindliche Rahmenbedingungen; so ist im Abschnitt über ihre innere Ordnung die Gliederung der Parteien in Gebietsverbände festgelegt¹. Die Satzungen der Parteien, in denen Größe und Umfang der einzelnen Organisationsstufen konkret zu regeln sind, werden damit grundsätzlich auf das regionale Organisationsprinzip verpflichtet. Neben dieser allgemeinen Festlegung, daß die Parteien sich in Gebietsverbände gliedern, enthält das Gesetz darüber hinaus die bemerkenswerte Forderung, „die gebietliche Gliederung muß soweit ausgebaut sein, daß den einzelnen Mitgliedern eine angemessene Mitwirkung an der Willensbildung der Partei möglich ist“², eine vermeintliche Präzisierung, die allerdings offen läßt, ob und inwieweit eine regionale Strukturierung überhaupt die gewünschte „angemessene Mitwirkung“ an innerparteilichen Willensbildungsprozessen zuläßt.

Die Organisation aller Parteien in der Bundesrepublik entspricht grundsätzlich diesen gesetzlichen Mindestanforderungen, „die Gliederung der Parteien richtet sich in immer stärkerem Maße nach der Gliederung der staatlichen Verwaltung“³. CDU und FDP gliedern sich unterhalb der Bundesebene in Landes-, Kreis- und Ortsverbände, der organisatorische Aufbau der CSU, die wegen ihrer Beschränkung auf ein Bundesland organisatorisch den Charakter einer Landespartei hat, unterscheidet sich nur durch die zusätzliche Einführung von Bezirksverbänden von diesem Schema, während die SPD sich in Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine untergliedert. In allen Parteien bestehen neben diesen satzungsmäßigen Organisationsstufen zusätzliche mehr oder weniger kompetente Organisationseinheiten, so bei der SPD Kreis- und Landesverbände, in mehreren Landesverbänden der CDU Bezirks- oder Wahlkreisverbände⁴, wobei das politische Gewicht solcher Strukturen ihre in der Regel auf koordinierende Funktionen beschränkte Satzungscompetenz nicht selten übersteigt. Dabei weisen allerdings nominell gleiche Organisationsstufen der Parteien häufig sehr unterschiedliche Strukturen auf; allein die Größe der Ortsvereine innerhalb der SPD schwankt zwischen 10 und mehreren tausend Mitgliedern⁵.

Die vorwiegend regionale Erfassung und Aktivierung der Mitglieder ist das allen Parteien in der Bundesrepublik gemeinsame Organisationsprinzip. Alle Mitglieder der bei-

1 Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967, § 7 Abs. 1

2 ebda

3 Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 372

4 das Statut der CDU regelt die Gliederung wie folgt: „Organisationsstufen der CDU sind: a) Die Bundespartei, b) die Landesverbände, c) die Kreisverbände, d) die Ortsverbände. Wo es zweckmäßig erscheint, können mehrere Kreisverbände zu Wahlkreis- oder zu Bezirksverbänden, mehrere Ortsverbände zu Amtsverbänden oder ähnlich gearteten Verbänden zusammengefaßt werden“; Statut der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, in: CDU Dokumentation, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn, 1969, S. 92

5 Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 470

den großen Parteien sind in einem von mehreren Tausend Ortsverbänden⁶ organisiert und nahezu ausschließlich über diese mit höheren Parteigremien verbunden und für sie wählbar.

Zwar verfügen alle Parteien neben den regionalen Organisationsstrukturen noch über ein unterschiedliches System von Vereinigungen, Arbeitsgemeinschaften, Fachausschüssen, Beiräten und Kommissionen, doch sind diese eher gruppen- oder problemorientierten Gliederungen nicht institutionell in die Gesamtpartei integriert. Entweder sind sie, wie die Vereinigungen in der CDU, organisatorisch selbständig, mit der Willensbildung der Partei damit aber nur mittelbar verbunden, oder aber sie sind unselbständige Organisationen ohne eigene Satzung und Recht auf eigene Verlautbarungen, wie die Arbeitsgemeinschaften und Ausschüsse der SPD, deren Vorsitzende entweder direkt von den jeweiligen Parteiführungen ernannt oder zumindest nachträglich von diesen bestätigt werden müssen⁷, wengleich nicht zu übersehen ist, daß einzelne Arbeitsgemeinschaften inzwischen gewichtige innerparteiliche Machtfaktoren geworden sind und sich insofern von sonstigen Parteiausschüssen und -kommissionen deutlich abgesetzt haben. „Der Einfluß dieser Gremien auf den verschiedenen Ebenen der Partei kann nicht sehr hoch bemessen werden; die Ausschüsse tagen unregelmäßig, den Vorsitz führt jeweils ein Mitglied des regionalen bzw. des Bundesvorstandes der Partei, Beschlüsse oder Empfehlungen werden nicht veröffentlicht“⁸.

Funktion und Aufgaben solcher Vereinigungen oder Ausschüsse sind in den Satzungen der Parteien meist gar nicht oder nur sehr ungenau definiert. So heißt es etwa im Statut der CDU: „Die Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen (Junge Generation, Frauen, Arbeitnehmer, Kommunalpolitik, Mittelstand, Wirtschaft, Vertriebene und Flüchtlinge) zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren“. Es ist bemerkenswert, daß schon im nächsten Absatz dieses Paragraphen das Regionalprinzip zum Zuge kommt: „Ihr organisatorischer Aufbau entspricht dem der Partei“⁹.

Die mangelnde Kompetenz und Durchsetzungskraft solcher Ausschüsse oder Arbeitsgemeinschaften ergibt sich vor allem aus dem Umstand, daß sie zur Verwirklichung ihrer eigenen Beschlüsse Parteigremien befassen müssen, in denen sie selbst direkt nicht vertreten und somit auf die Unterstützung von Delegierten der jeweiligen Gebietsverbände

6 in der Literatur finden sich unterschiedliche und widersprüchliche Zahlenangaben über die Ortsverbände der beiden großen Parteien. So gliedert sich die SPD nach Angaben Ulrich Lohmars aus dem Jahre 1968 in etwa 8000 Ortsverbände, während die CDU und CSU über ungefähr 6500 Ortsverbände verfügen sollen (Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 38). Demgegenüber nennt Kaack für die SPD Ende 1967, also etwa zum gleichen Zeitpunkt, 8830 Ortsvereine; allein die CDU – ohne die CSU – soll bereits 1964 insgesamt 10076 Ortsverbände gehabt haben (Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 489). Es ist kaum anzunehmen, daß sich diese Zahl innerhalb von nur vier Jahren halbiert haben könnte. Überhaupt keine Angaben macht Helmuth Pütz, Die CDU, Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1971, der für Kreis-, Bezirks- und Landesverbände genaue Zahlen nennt.

7 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands § 10, Abs. 1

8 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 58

9 Statut der CDU, § 39, a. a. O., S. 97

angewiesen sind. Die Vertretung sachlicher Probleme oder Interessen, die sich in gruppen-spezifischen oder problemorientierten Arbeitsgemeinschaften der verschiedensten Art artikulieren, ist nur über den Umweg der Delegation durch regionale Organisationsstrukturen möglich.

Die Dominanz des Regionalprinzips im gesamten Organisationsgefüge der Parteien im Sinne ihrer exklusiven Einbindung in den innerparteilichen Willensbildungsprozeß ist offenkundig. Ob sie berechtigt und den gegebenen soziologischen Bedingungen angemessen ist, erscheint dagegen durchaus fragwürdig.

5.1. Die innerparteiliche Organisationsstruktur auf kommunaler Ebene

Die Leistungsfähigkeit einer Parteiorganisation entscheidet sich im wesentlichen auf unterer, also kommunaler Ebene. Die kommunale Parteiorganisation ist die unmittelbare Nahtstelle zwischen den Parteien und einer breiteren Öffentlichkeit, sie ist vor allem aber das einzige verfügbare innerparteiliche Partizipationsfeld der großen Mehrheit ihrer Mitglieder. Dies allein rechtfertigt das ihr geltende besondere Interesse und die konkrete Problemstellung dieser Studie¹⁰.

Ihre Ergebnisse stützen sich auf Untersuchungen und Beobachtungen, die in dem Zeitraum zwischen Ende März 1973 und Ende März 1974 im CDU-Kreisverband Bochum durchgeführt wurden¹¹.

5.1.1. Gliederung der Parteiorganisation (Ortsverbände – Vereinigungen – Arbeitskreise/Kommissionen/Ausschüsse)

Dem Statut der Bundespartei entsprechend gliedert sich der untersuchte Kreisverband in 21 Ortsverbände, die mit unterschiedlicher regionaler Ausdehnung und ungleichen Mitgliederzahlen über das Stadtgebiet verteilt sind. Daneben bestehen an nichtregionalen Organisationsstrukturen im Untersuchungszeitraum vier Vereinigungen mit zwei relativ selbständigen Unterorganisationen für bestimmte Zielgruppen¹², neun Kommissionen und sieben Arbeitskreise sowie zwei organisatorisch selbständige, der CDU politisch nahestehende Gruppierungen¹³, insgesamt also 24 Organisationseinheiten. Dabei handelt es sich im einzelnen um folgende Organisationen:

¹⁰ vgl. dazu 2.4. Problemstellung, bes. S. 68 f

¹¹ als Untersuchungszeitraum war die Zeit zwischen zwei Parteitag dieses Kreisverbandes vorgesehen, die ein Jahr auseinanderliegen sollten. Dies mußte insofern modifiziert werden, als der ursprünglich für März/April 1974 anstehende ordentliche Parteitag dieses Jahres aus verschiedenen parteiinternen Gründen, vor allem wegen der Terminierung eines Sonderparteitages, auf das Jahresende verschoben wurde, eine Verlängerung des Untersuchungszeitraums bis dahin aus theoretischen und praktischen Gründen aber wenig zweckmäßig erschien. Der Zeitraum der Untersuchung blieb daher auf ein Jahr befristet, ihr Abschluß wurde also auf Ende März 1974 terminiert. Der im Januar stattgefundenen Sonderparteitag konnte so noch erfaßt werden (Zur Verschiebung dieses Sonderparteitages siehe die Dokumente 4.2., 5.10. und 6.5.)

¹² Schüler-Union und Junge Arbeitnehmerschaft sind zwei im Rahmen der Jungen Union bzw. der Sozialausschüsse für bestimmte Zielgruppen entstandene, organisatorisch mit ihnen eng verbundene, aber relativ selbständig arbeitende Organisationen mit eigenen Vorständen

¹³ der Evangelische Arbeitskreis und der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) haben nicht den Status einer Vereinigung der Partei, sind aber auch nicht den übrigen Arbeitskreisen und Kommissionen vergleichbar, die den jeweiligen Parteivorständen unmittelbar unterstehen. Beide Organisationen sind selbständige Verbände im politischen Umkreis der CDU (siehe dazu: Aufbau und Struktur der CDU, in: CDU Dokumentation, a. a. O., S. 33)

Vereinigungen

Junge Union (JU)

Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)

Frauenvereinigung

Wirtschaftsausschuß

Untergliederungen

Schüler-Union (SU)

Junge Arbeitnehmerschaft (JA)

Kommissionen

Finanzen

Mitgliederwerbung

Wahlen¹⁴

Informationsdienst

Organisation

Öffentlichkeitsarbeit

Antragskommission

Fraktionsassistenten¹⁵

ad-hoc-Kommission¹⁶

Arbeitskreise

Familie/Jugend

Gesundheit

Kultur

Nahverkehr

Schulen

Sport

Vermögensbildung

Das Organisationsraster des Kreisverbandes wird schließlich vervollständigt durch eine Reihe von Untergliederungen der verschiedenen regionalen und nichtregionalen Organisationsstrukturen:

14 Arbeitskreise in Ortsverbänden

3 Betriebsgruppen der Sozialausschüsse

8 Ortsverbände der Jungen Union

1 Arbeitskreis der Jungen Union

3 Arbeitskreise der Frauenvereinigung

1 Basisgruppe der Schüler-Union

¹⁴ die nach den Bundestagswahlen 1972 eingesetzte Kommission „Wahlanalyse“ wurde 1973 in eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Kommunal- und Landtagswahlen 1975 umgewandelt.

¹⁵ auf Beschluß des Kreisparteitages am 26.1.1974 eingerichtete Kommission, die Möglichkeiten überprüfen soll, jedem Stadtverordneten einen Assistenten aus der Partei zur Entlastung zuzuordnen (Antrag Nr. 8 zum ordentlichen Parteitag 1973, Dokumentation 4.1.)

¹⁶ vom Kreisvorstand gebildete kleine Arbeitsgruppe führender Parteimitglieder, die finanzielle und technische Bedingungen und Möglichkeiten einer Erweiterung der Kreisgeschäftsstelle klären soll.

Damit ergibt sich eine zumindest in quantitativer Hinsicht bemerkenswerte Aufgliederung des Kreisverbandes in nicht weniger als 75 mehr oder weniger selbständige Organisationseinheiten. Dagegen sind Gliederungen der Partei im Sinne der Satzung ausschließlich die Ortsverbände, die in den Entscheidungsgremien des Kreisverbandes – Parteitag und Parteiausschuß – durch von ihnen gewählte Delegierte unmittelbar vertreten sind¹⁷. Als selbständige Organisationen unterliegen die Vereinigungen nicht wie die Ortsverbände der „Überwachung und Förderung ihrer Arbeit“ durch den Kreisvorstand¹⁸, sind auf der anderen Seite aber auch nicht direkt in den Organen der Partei präsent, wenn man von der Stimmberechtigung der jeweiligen Vorsitzenden der Vereinigungen im Parteiausschuß absieht¹⁹. Weder politisch noch organisatorisch selbständig sind die Kommissionen, Fachausschüsse und Arbeitskreise, die unmittelbar dem Parteivorstand zugeordnet sind, von ihm gebildet und aufgelöst werden und auch in ihren Beschlüssen und Vorstandswahlen der Bestätigung durch den Parteivorstand bedürfen²⁰. Über eigene Vorstände verfügen die Ortsverbände und die Vereinigungen einschließlich ihrer Untergliederungen, während die Vorsitzenden der Arbeitskreise und Kommissionen auf Kreis- und Ortsebene in der Regel durch die jeweiligen Vorstände bestimmt werden.

5.1.2. Funktionen und Bedeutung der Parteiorgane (Parteitag, Parteiausschuß, Parteivorstand)

Der Kompetenzverteilung übergeordneter Organisationsstufen entsprechend legt die Satzung als Organe des Kreisverbandes den Kreisparteitag, den Kreisparteiausschuß und den Kreisvorstand fest; das ursprünglich ebenfalls als Organ aufgeführte Kreisparteigericht wurde durch Beschluß des Parteitages in seinem Status korrigiert und als selbständige Institution definiert²¹.

1. Kreisparteitag

Der Kreisparteitag ist das höchste politische Organ des Kreisverbandes. Er wird durch den Kreisvorstand mindestens einmal im Jahr, darüber hinaus auf Antrag des Kreisparteiausschusses oder eines Drittels der dem Kreisverband angehörenden Ortsverbände unter Angabe der jeweiligen Tagesordnung einberufen.

Im Kreisverband B. ist der Parteitag – wie in den meisten anderen vergleichbaren Verbänden – nicht als allgemeine Mitgliederversammlung, sondern als Delegiertenversammlung konstituiert, der neben den Mitgliedern des Kreisvorstandes Delegierte der

17 Satzung des Kreisverbandes, §§ 22–27, 16.3, 17.3; siehe Dokumentation: 1. Satzung des Kreisverbandes

18 Satzung des Kreisverbandes §§ 14.5 und 18.3

19 Satzung des Kreisverbandes § 17.1 c); zu Kreisparteitagen müssen die Vorsitzenden der Vereinigungen lediglich wie auch die Vorsitzenden der Arbeitskreise und Kommissionen sowie die Mitglieder der CDU-Bundes-, Landes- und Ratsfraktionen eingeladen werden (§ 16.5)

20 Satzung des Kreisverbandes, § 19

21 Satzung des Kreisverbandes, § 15. Zur Ausgliederung des Kreisparteigerichts aus der Liste der Organe des Kreisverbandes siehe den Satzungsänderungsantrag A 4, Dokumentation 4.1.

Ortsverbände stimmberechtigt angehören, die je angefangene 20 Mitglieder einen Vertreter entsenden²².

Eine systematische Zusammenfassung der satzungsmäßigen Aufgaben läßt im wesentlichen drei Funktionen des Parteitages deutlich werden:

1. Beschlußfassung über die Politik des Kreisverbandes; Entgegennahme des Geschäfts- und Finanzberichtes sowie Entlastung des Vorstandes²³;
2. Beschlußfassung über die Satzung und die Finanzordnung des Kreisverbandes²⁴;
3. Wahl der Mitglieder des Kreisvorstandes, der Delegierten für übergeordnete Parteinstanzen, der Mitglieder für besondere Vertreterversammlungen zur Aufstellung von Kandidaten der Partei für Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen, der Mitglieder des Parteigerichts sowie der Rechnungsprüfer²⁵.

Im Untersuchungszeitraum haben zwei Kreisparteitage stattgefunden, ein ordentlicher Parteitag mit Neuwahlen des Vorstandes sowie ein außerordentlicher Parteitag, der neben der abschließenden Behandlung zurückgestellter Anträge insbesondere der sachlichen Vorbereitung des im November 1973 stattfindenden Bundesparteitages dienen sollte. Die Tagesordnung beider Parteitage war also durchaus geeignet, den satzungsmäßigen Funktionen dieses obersten Entscheidungsorgans des Kreisverbandes in jeder Beziehung gerecht zu werden.

Die bislang vorliegende Literatur über die innerparteiliche Funktion von Parteitagen befaßt sich fast ausschließlich mit den Bundeskongressen der Parteien²⁶. Die als „gesichertes Ergebnis“ dieser Analysen formulierte Einschätzung Jürgen Dittberners, „daß die Parteitage der großen Parteien in der Bundesrepublik charakterisiert sind durch ein politisches Übergewicht der Parteiführungen gegenüber den Delegierten aus den Organisationsgliederungen“²⁷, wird durch die Beobachtungen auf kommunaler Ebene im wesentlichen durchaus bestätigt.

Sämtliche sechs vom Kreisvorstand durch eine von ihm eingesetzte und in ihren Ergebnissen durch ihn bestätigte Kommission eingebrachten Satzungsänderungsanträge wurden vom Kreisparteitag gebilligt, vier davon einstimmig, dagegen nur zwei von vier weiteren Anträgen einer Vereinigung bzw. eines Ortsverbandes²⁸. Dies ist um so bemerkenswerter, als einer der Vorstandsanträge den Delegierten des Parteitages das ihnen bis dahin zugebilligte unmittelbare Antragsrecht nahm und grundsätzlich an ein Gremium

22 Satzung des Kreisverbandes, § 16.1–4

23 Satzung des Kreisverbandes, § 17.6 a) und c)

24 Satzung des Kreisverbandes, § 17.6 b) und e)

25 Satzung des Kreisverbandes, § 17.6 d), f), g), h), i), k)

26 Jürgen Dittberner, Funktionen westdeutscher Parteitage, in: Otto Stammer (Hrsg.), Parteiensysteme, Parteiorganisationen und die neuen politischen Bewegungen, Berlin 1968, S. 119 ff; ders., Die Rolle der Parteitage im Prozeß der innerparteilichen Willensbildung, in: Politische Vierteljahresschrift, 11. Jg. 1970, H. 2/3, S. 236–268; Wolfgang Steiner, SPD-Parteitage 1964 und 1966, Analyse und Vergleich, Meisenheim am Glan 1970; Hans Schuster, Die Heerschau der Parteien, Theorie und Praxis der Parteitage, in: Politische Studien 1957, Heft 88/89

27 Jürgen Dittberner, Die Parteitage von CDU und SPD, in: Dittberner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a. a. O., S. 83

28 siehe Dokumentation 4.1., Satzungsänderungsanträge A 1–4 und B 1 und 2

der Partei oder ein Quorum band²⁹, so daß jeder einzelne Delegierte, der diesem Antrag zustimmte, einen Teil seiner Kontroll- und Initiativrechte freiwillig abtrat.

Auch bei den Wahlen zum Kreisvorstand konnte sich der amtierende Vorstand letztlich fast vollständig durchsetzen, wengleich festgestellt werden muß, daß seine Vorstellungen und Vorschläge nicht unangefochten waren. Drei der fünf Positionen im geschäftsführenden Kreisvorstand (beide Stellvertreter sowie der stellv. Schatzmeister) und vier der acht Beisitzer wurden in Kampfabstimmungen gewählt³⁰, wobei der Parteitag gegen den Willen der Mehrheit des amtierenden Vorstandes eine Einzelwahl aller Vorstandsmitglieder durchsetzte³¹. Für die insgesamt 13 durch Wahlen zu besetzenden Vorstandsämter³² standen in den verschiedenen Wahlgängen 21 Kandidaten zur Abstimmung. Dennoch wurden schließlich nur zwei Mitglieder des Kreisvorstandes in ihren Ämtern nicht bestätigt, zwei weitere hatten sich nicht wieder zur Wahl gestellt.

Wahlen von Delegierten zu übergeordneten Parteigremien oder für die Vertreterversammlungen zur Aufstellung von Kommunal-, Landtags- und Bundestagskandidaten haben im Untersuchungszeitraum nicht stattgefunden. Eine im Herbst 1974 vorgenommene Benennung von 60 Delegierten zur Aufstellung der Landtagskandidaten unterstreicht dagegen erneut die Dominanz des Vorstandes auch bei der Wahrnehmung der Personalkompetenz des Parteitages. Eine vom Vorstand vorgelegte 60er Liste, die zunächst alle 15 Vorstandsmitglieder berücksichtigte und die verbleibenden 45 Sitze auf die Ortsverbände verteilte, wurde vom Kreisparteitag ohne Einwände oder Gegenvorschläge gebilligt.

Kann man dem Kreisparteitag – wenn auch bei weitreichender Präjudizierung seiner Entscheidungen durch den Parteivorstand – eine zumindest formale Wahrnehmung seiner Satzungs- und Personalkompetenz noch bestätigen, so muß für die erstrangige politische Entscheidungsfunktion seine völlige Abstinenz konstatiert werden. Der vom Vorsitzenden vorgetragene Rechenschaftsbericht und der Finanzbericht des Schatzmeisters wurden mit ganzen sieben Wortmeldungen bedacht, der umfangreiche, den Delegierten schriftlich vorliegende Geschäftsbericht³³ überhaupt nicht diskutiert; Beschlüsse wurden weder zum einen noch zum anderen Bericht gefaßt. Eine Durchsicht der zu den beiden Parteitagen eingegangenen Sachanträge zeigt eine Vielzahl organisatorischer, verfahrensmäßiger und finanztechnischer Vorschläge, die das Verfahren für die Aufstellung von Kandidaten der Partei zu Parlamenten, die Aufgabenverteilung im Kreisvorstand, das ungenügende Bildungsangebot der Partei, die Unterstützung von Mandatsträgern,

29 Satzungsänderungsantrag A 3

30 ohne Gegenkandidaten gewählt wurden der Bundestagsabgeordnete und der Landtagsabgeordnete sowie die Vorsitzenden der Sozialausschüsse und der Jungen Union

31 der von der Jungen Union zunächst mit diesem Antrag nach § 29.3 der Satzung verbundene Antrag auf Funktionsaufteilung im Kreisvorstand, der jedem Vorstandsmitglied eine vom Parteitag klar definierte Aufgabe zuweisen sollte, wurde aus Zeitgründen nicht behandelt und somit nicht zur verbindlichen Geschäftsgrundlage der anschließenden Wahlgänge gemacht; siehe Sachantrag Nr. 4, Dokumentation 4.1

32 der Vorsitzende der Ratsfraktion und der Kreisgeschäftsführer gehören nach § 18.1 der Satzung dem Vorstand kraft Amtes an.

33 siehe Dokumentation 2.

Terminierung und Vorbereitung von Parteitag bis hin zu Beitragsfragen zum Gegenstand haben³⁴, aber nicht einen einzigen, der eine „Beschlussfassung über die Politik des Kreisverbandes“ im Sinne der Satzung ermöglichen oder auch nur beabsichtigen würde.

Die Wahrnehmung seiner politischen Führungsfunktion hätte der eigentliche Zweck eines außerordentlichen Parteitages sein sollen, der zur inhaltlichen Vorbereitung des Bundesparteitages im Herbst 1973 stattfinden sollte³⁵ und allein aufgrund seines Gegenstandes eine Bestätigung der Entscheidungskompetenz des Parteitages in politischen Grundsatzfragen hätte werden können. Dieser Sonderparteitag wurde auf mehrheitlichen Beschluß des Kreisvorstandes kurzfristig auf Januar 1974 vertagt³⁶, womit ihm seine eigentliche Geschäftsgrundlage entzogen und ein ganzer Kreisverband aus einem innerparteilichen Willensbildungsprozeß ausgeschieden war, der nach den öffentlichen Erklärungen der Parteispitze seit Monaten „intensiv und auf allen Ebenen“³⁷ stattfinden sollte. Gegen diesen Beschluß des Kreisvorstandes gab es vereinzelt, aber intensiven innerparteilichen Protest durch die Junge Union und einen Ortsverband³⁸, der sich schließlich als gegenstandslos, zumindest aber als irrelevant herausstellte, wenn man die Beteiligung an zwei öffentlichen Veranstaltungen nüchtern bewertet, zu denen die Junge Union, die Sozialausschüsse und zwei Ortsverbände als Ersatz für den abgesagten Sonderparteitag eingeladen hatten. Zu diesen beiden Veranstaltungen, in denen die Themen des Bundesparteitages (Mitbestimmung, Vermögensbildung, Bodenrecht, Berufliche Bildung) von Mitgliedern der entsprechenden Fachkommissionen des Landesverbandes dargestellt wurden, erschienen von nahezu tausend eingeladenen Mitgliedern 35 bzw. 25, eine Zahl also, die etwa derjenigen der Vorstandsmitglieder der eingeladenen Organisationen entspricht. Nur der Vollständigkeit wegen soll noch hinzugefügt werden, daß weder die satzungsmäßige Möglichkeit einer Einberufung des Kreisparteitages durch Beschluß des Parteiausschusses oder durch Antrag eines Drittels der Ortsver-

34 sämtliche zu den Parteitagen vorgelegten Anträge sind in der Dokumentation unter 4.1 und 4.3 abgedruckt

35 siehe Sachantrag Nr. 9 zum Kreisparteitag 1973

36 siehe dazu das Rundschreiben des Kreisgeschäftsführers, Dokumentation 4.2

37 Helmut Kohl zu den Beschlüssen des Bundesvorstandes, in: Union in Deutschland, Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Nr. 39/1973, S. 1. Dort führt der Bundesvorsitzende zum innerparteilichen Diskussionsprozeß weiter aus: „Eine offene und kontroverse Diskussion ersetzt nicht die Geschlossenheit des Handelns, sie ist vielmehr deren Voraussetzung. Nur wenn jeder in der Partei davon überzeugt ist, daß auch seine Argumente berücksichtigt sind, vermag er sich mit den Beschlüssen der Partei zu identifizieren. In der gleichen Weise hat die Parteiführung nur dann ein Recht – dann allerdings auch die Pflicht –, von allen Mitgliedern die Solidarität zu Beschlüssen der Partei einzufordern, wenn sie sich zuvor bemüht hat, in einem breit angelegten innerparteilichen Willensbildungsprozeß alle Argumente zu berücksichtigen und in die Politik der Partei einfließen zu lassen . . .“ (ebda, S. 2). In späteren Aktionsvorschlägen zur Publizierung der Ergebnisse des Bundesparteitages wird den Kreisverbänden die Durchführung von Pressekonferenzen mit der regionalen Presse nahegelegt: „Erläutern Sie, wie sich die Beschlüsse Ihres Kreisverbandes in Hamburg niedergeschlagen haben. Machen Sie deutlich, daß die Programmdiskussion in Ihrem Verband keine politische Trockenübung gewesen ist, sondern Ihre Vorschläge auf dem Parteitag zur Diskussion gestanden haben und sich ggf. auch durchsetzen konnten“ (Union in Deutschland, Nr. 47/1973, S. 11)

38 siehe Dokumentation Nr. 5.10. und 6.5.

bände in Anspruch genommen noch dieser Vorgang zum Gegenstand einer Generaldebatte beim nachfolgenden Parteitag gemacht wurde. Der Kreisparteitag zog in bestem Einvernehmen die routinierte Behandlung von Satzungs-, Organisations- und Finanzfragen einer fälligen innerparteilichen Auseinandersetzung vor.

Die in den Analysen von Parteitag festgestellt Dominanz der Vorstände sowohl bei Anträgen wie bei Wortmeldungen³⁹, trifft für den untersuchten Kreisverband nur mit Einschränkungen zu. Von insgesamt 37 Anträgen zu beiden Kreisparteitagen stellte der Vorstand nur sechs, die freilich sämtlich gebilligt wurden, von 38 Rednern mit 103 Wortmeldungen beim ersten und 25 Rednern mit 133 Wortmeldungen beim zweiten Parteitag (bei etwa 120 Delegierten) entfielen auf sieben bzw. neun Vorstandsmitglieder 28 bzw. 60 Beiträge. Angesichts der dargestellten politischen Selbstentmündigung des Parteitages können solche Zahlenspiele allerdings kaum noch überraschen: ein in seiner politischen Führungsrolle derart unangefochtener Vorstand kann auf die optische Demonstration seiner Stärke fraglos verzichten.

2. Kreisparteiausschuß

Das dem Kreisparteitag nachgeordnete Organ ist der Kreisparteiausschuß, dem die Satzung folgende Zuständigkeiten zuweist:

- „1. die Beratung und Beschlußfassung aller Angelegenheiten des Kreisverbandes von politischer und organisatorischer Bedeutung, für deren Entscheidung der Kreisparteitag nicht zuständig ist,
2. die Überwachung der Durchführung der Beschlüsse des Kreisparteitages,
3. die Benennung von Vertretern des Kreisverbandes als Mitglieder der Landesfachausschüsse, falls kein Ausschuß auf Kreisebene besteht.“⁴⁰

Dieses Gremium ist nach dem Vorbild der Bundes- und Landesparteiausschüsse konstruiert, die – in der Interpretation des Parteiengesetzes – „nach der Satzung umfassende Zuständigkeiten für die Beratung oder Entscheidung politischer und organisatorischer Fragen der Partei besitzen“⁴¹. Ihm gehören die Mitglieder des Vorstandes, die Vorsitzenden der Vereinigungen und die von den Ortsverbänden für je angefangene 50 Mitglieder gewählten Vertreter stimmberechtigt, die Vorsitzenden der Fachausschüsse und die Mitglieder des Parteigerichts mit beratender Stimme an⁴².

Eine zutreffende Beurteilung der Funktionsfähigkeit und des politischen Gewichtes dieses Organs ist bei nur einer Sitzung während des Untersuchungszeitraumes problematisch, immerhin spricht allein der Umstand, daß die Anzahl der Sitzungen nicht einmal den satzungsmäßigen Mindestanforderungen genügt, schon für sich⁴³. Eine weitere Sit-

39 Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 528; Jürgen Dittberner, Funktionen westdeutscher Parteitage, a. a. O., S. 122 und 127

40 Satzung des Kreisverbandes, § 17.6

41 Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967, § 12.1

42 Satzung des Kreisverbandes, § 17.1–4

43 Satzung des Kreisverbandes, § 17.5; die Erfassung nur einer Parteiausschußsitzung ergibt sich nicht etwa durch die besondere Festlegung des Untersuchungszeitraums, da auch vor März 1973 keine weitere Sitzung stattgefunden hat

zung noch vor dem außerordentlichen Parteitag war vom Kreisparteiausschuß selbst zwar beschlossen, vom Kreisvorstand später aber nicht einberufen worden, ohne daß irgendeine Gliederung innerhalb des Kreisverbandes nachdrücklich darauf bestanden oder das notwendige Drittel der Ortsverbände bzw. der Mitglieder des Parteiausschusses seine Durchführung erzwungen hätte. Es versteht sich fast von selbst, daß ein Organ, das auf die Durchführung seiner eigenen Beschlüsse verzichtet, kaum in der Lage sein kann, die Realisierung von Parteitagsbeschlüssen zu überwachen, wie die Satzung befiehlt. Auch die weitere Satzungsfunktion, Vertreter des Kreisverbandes für Landesfachausschüsse zu benennen, wurde vom Kreisparteiausschuß zumindest in dem erfaßten Zeitraum nicht wahrgenommen⁴⁴.

Dennoch scheint der Parteiausschuß ein durchaus funktionsfähiges Gremium zu sein, das seine satzungsmäßigen Aufgaben unter der Bedingung regelmäßiger Sitzungen voll ausfüllen könnte, wie die eine beobachtete Sitzung belegt. Ihre Tagesordnung sah neben der Beratung der Ergebnisse einer Kommission des Kreisverbandes für die Analyse der Bundestagswahlergebnisse die Diskussion und Verabschiedung eines vom Kreisparteitag überwiesenen Antrages vor, der die Errichtung von Bezirksausschüssen gemäß Paragraph 13 der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen zum Gegenstand hatte⁴⁵. Die Beratung dieses Antrages war von einer kleinen Expertengruppe inhaltlich vorbereitet worden, deren Bericht zur Grundlage einer intensiven und leidenschaftlichen, vor allem aber sachverständigen Diskussion wurde, an der keineswegs nur die exponierten Befürworter und Gegner eines solchen Vorschlages beteiligt waren. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Kreisparteiausschuß spontan die aktuellen Ereignisse und ihre politischen Implikationen diskutiert, die durch den Rücktritt des damaligen Bundespartei-vorsitzenden vom Amt des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion ausgelöst worden waren. An der langen Debatte dieser beiden genannten Themenkomplexe waren von 42 anwesenden Delegierten nicht weniger als 25, also mehr als die Hälfte, mit 69 Wortmeldungen beteiligt⁴⁶, so daß der große Zeitaufwand schließlich die vorgesehene Befassung mit der erarbeiteten Wahlanalyse nicht mehr gestattete; dies sollte daher nach einem fast einstimmigen Beschluß des Parteiausschusses der erste Tagesordnungspunkt einer weiteren Sitzung sein, die dann nicht einberufen wurde.

Die durch die überschaubare Größe und personelle Besetzung des Kreisparteiausschusses durchaus gegebene Sachkompetenz und Funktionstüchtigkeit dieses Organs steht in auffallendem Gegensatz zu seinem geringen politischen Gewicht, das in den vergangenen Jahren einem anderen, informellen, jedenfalls satzungsmäßig nicht verankerten Gremium zugewachsen ist: der „Ortsvorsitzendenkonferenz“. Zu diesen Sitzungen werden dem letzten Geschäftsbericht des Kreisverbandes zufolge die Vorsitzenden, stellv. Vorsitzenden und Kassierer der Ortsverbände eingeladen; „Hauptaufgabe dieser

44 die Benennung von Vertretern des Kreisverbandes für überregionale Parteigremien erfolgt mit Ausnahme der Delegierten für Parteiorgane meist auf informellem Wege, also weder durch den Kreisvorstand noch durch den Kreisparteiausschuß, sondern unmittelbar über den Kreisvorsitzenden oder den Kreisgeschäftsführer

45 siehe Sachantrag Nr. 1 zum Kreisparteitag 1973, Dokumentation 4.1.

46 davon 9 Vorstandsmitglieder mit zusammen 32 Wortmeldungen

Konferenzen ist es, Informationen direkt weiterzugeben, die anstehende Arbeit des Kreisvorstandes zu diskutieren und Anregungen entgegenzunehmen⁴⁷. Im Mittelpunkt der einen, im Untersuchungszeitraum durchgeführten wie auch früheren Sitzungen stehen in der Regel organisatorische Probleme im weitesten Sinne, also etwa die Durchführung von Mitgliederaktionen, Beitrags- und Finanzfragen, die organisatorische Vorbereitung zentraler Veranstaltungen, Verteilung von Werbematerial u. ä. Die Konstruktion dieser Konferenzen als nicht satzungsmäßiger, also auch nicht entscheidungsfähiger Versammlungen macht dieses Gremium darüber hinaus zu einem wichtigen politischen Instrument des Kreisvorsitzenden, der sich so die Rückendeckung der Ortsverbände für umstrittene Entscheidungen im Kreisvorstand einholen oder aber auch umgekehrt bei innerparteilich nur schwer durchsetzbaren Projekten die Ortsverbände mit verbindlichen Kreisvorstandsbeschlüssen konfrontieren kann. Die politische Gewichtsverschiebung vom Kreisparteiausschuß zur Konferenz der Ortsvorsitzenden wird an der Zahl der Sitzungen ebenso deutlich wie am Wahlverfahren der Ortsverbände: mehr als die Hälfte der Ortsverbände wählen keine eigens zu diesem Zweck bestellte Parteiausschußdelegierte, sondern benennen ihre Parteitagdelegierten zugleich auch für den Kreisparteiausschuß. Im Zeitraum von 1970 bis 1972 fanden 13 Ortsvorsitzendenkonferenzen, aber nur drei Parteiausschußsitzungen statt⁴⁸. Es vervollständigt den dargestellten Eindruck des geringen praktischen Gewichts des Kreisparteiausschusses, daß der Antrag eines Ortsverbandes, die Mindestzahl seiner Sitzungen von zwei auf vier zu erhöhen⁴⁹, vom Kreisparteitag mit großer Mehrheit verworfen wurde.

3. Kreisvorstand

Die Analyse der praktischen Leistungsfähigkeit und des faktischen politischen Gewichts von Kreisparteitag und -parteiausschuß als kompetenten Entscheidungsorganen erweist den Kreisvorstand als die zentrale Schaltstelle des nur rudimentär entwickelten innerparteilichen Willensbildungsprozesses. Die Feststellung einer Parteimonographie, „die Vorstände der Partei bestimmen keineswegs die Richtlinien der CDU-Politik, sondern die Parteimitglieder und ihre Delegierten, wenn auch, entsprechend der repräsentativen Form der innerparteilichen Demokratie, die rechenschaftspflichtigen und gewählten Vorstände für ihre begrenzte Amtszeit politische Handlungsvollmacht haben, die sie benutzen müssen, um die CDU im politischen Tagesgeschehen handlungsfähig zu halten“⁵⁰, trifft bestenfalls als Formalanalyse ihrer Satzungs Kompetenzen, keineswegs aber als empirisch gesicherte Bestandsaufnahme ihres politischen Einflusses zu, der eindeutig über die bloße Geschäftsführungs- und Leitungsfunktion⁵¹ hinausreicht. Die satzungsmäßige Bindung „an die Beschlüsse des Kreisparteitages und des Kreisparteiaus-

47 Geschäftsbericht des Kreisverbandes für die Jahre 1970–1972, Dokumentation 2.

48 ebda; bis zum Abschluß dieser Untersuchung haben weitere drei Ortsvorsitzendenkonferenzen und zwei Parteiausschußsitzungen stattgefunden

49 Satzungsänderungsantrag D zum Kreisparteitag 1973, Dokumentation 4.1.

50 Helmuth Pütz, Die Christlich Demokratische Union, a. a. O., S. 63 f

51 siehe dazu § 11.3 des Parteiengesetzes und § 18.3 der Satzung des Kreisverbandes

schusses“⁵² fällt dem Parteivorstand um so leichter, als diese in der Regel von ihm selbst programmiert oder notfalls auch nachträglich durch ihn zu korrigieren sind, wie am Beispiel von Kreisparteitags- und -ausschußbeschlüssen gezeigt werden konnte. Die „Überwachung“ und „Förderung“ der Arbeit „aller Ortsverbände und Stützpunkte sowie der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung“⁵³ ist ohnehin seine durch die Satzung verbürgte Aufgabe.

Dem Vorstand des untersuchten Kreisverbandes gehören 13 gewählte Mitglieder sowie der Kreisgeschäftsführer und der Vorsitzende der Ratsfraktion mit Stimmrecht an; „zur Durchführung der Beschlüsse des Kreisvorstandes und zur Erledigung der dringlichen Geschäfte wird ein geschäftsführender Vorstand gebildet“⁵⁴, dem der Vorsitzende, seine beiden Stellvertreter, der Schatzmeister und sein Stellvertreter sowie der Kreisgeschäftsführer angehören. Ein Antrag der Jungen Union, den in Einzelwahlen zu bestimmenden Vorstandsmitgliedern durch den Parteitag vorweg verbindlich bestimmte Aufgaben zuzuweisen⁵⁵, um damit deren konkrete Verantwortlichkeit und Kontrolle zu ermöglichen, fand weder die Zustimmung der Delegierten noch die des amtierenden Vorstands. Die grundsätzliche Problematik einer nachträglichen Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstandes, die von einer völlig veränderten Ausgangslage aus erfolgen muß, da dort nicht Personen für definierte Funktionen, sondern Funktionen für bereits gewählte Personen zu finden sind, wird in der nachfolgenden Aufstellung deutlich, die vom Parteivorstand selbst nach teilweise heftigen Auseinandersetzungen vorgenommen wurde:

Geschäftsführender Vorstand

Vorsitzender:	Sonderaufgaben, Pressearbeit ⁵⁶
stellv. Vorsitzender:	Ortsverbände
stellv. Vorsitzender:	Vereinigungen
Schatzmeister:	Finanzwesen
stellv. Schatzmeister:	Beitragswesen
Kreisgeschäftsführer:	Organisation

Erweiterter Vorstand

Fraktionsvorsitzender:	Kommunalpolitik
Beisitzer 1 (MdB):	Bundespolitik
Beisitzer 2 (MdL):	Landespolitik
Beisitzer 3 (CDA-Vors.):	Betriebsgruppenarbeit
Besitzer 4 (JU-Vors.):	Junge Generation, Wahlanalyse
Besitzer 5:	Informationsdienst
Beisitzer 6:	Gesundheit, Soziales, Umwelt
Beisitzer 7:	Mitgliederwerbung und -betreuung
Beisitzer 8:	Hochschulpolitik

52 ebda

53 Satzung des Kreisverbandes, § 18.3

54 Satzung des Kreisverbandes, § 18.1 und 5

55 siehe dazu den Sachantrag Nr. 4 zum Kreisparteitag 1973, Dokumentation 4.1.

56 der hartnäckige und grundsätzliche Widerstand insbesondere des Landtagsabgeordneten gegen die Übernahme der Pressearbeit durch den Kreisvorsitzenden führte später zur Vergabe dieser Funktion an die stellvertretende Kreisvorsitzende

Eine solche Aufgabenverteilung läßt nicht nur jede durchgehende Systematik vermissen, sie vergibt darüber hinaus eine Reihe von Funktionen an Personen, die genau diese Aufgabe aufgrund anderer Parteifunktionen ohnehin wahrzunehmen haben, ein Effekt gegenseitiger Rücksichtnahme, der unter den geschilderten Bedingungen geradezu zwangsläufig auftritt.

Während des einjährigen Untersuchungszeitraums haben neun Vorstandssitzungen stattgefunden, also etwa eine pro Monat, wenn man von den Ferienmonaten absieht. Dabei standen fast ausschließlich solche Tagesordnungspunkte zur Debatte, die durch die Satzungsfunktion der Geschäftsführung des Kreisverbandes bedingt sind: Jahresplanung, Aufgabenverteilung, Mitgliederwerbe- und Beitragsaktionen, Etatberatungen, Terminierung und Vorbereitung von Kreisveranstaltungen und Sitzungen der Parteiorgane, Wahlvorbereitungen, Befassung mit besonders gewichtigen Vorhaben oder Vorgängen in der Ratsfraktion, Berichte aus überregionalen Parteigremien, Behandlung von Anträgen oder Vorschlägen einzelner Ortsverbände oder Vereinigungen. Insgesamt sind die Sitzungen des Kreisvorstandes durch eine mit viel Engagement aller Beteiligten begleitete, letztlich aber doch routinierte Abwicklung organisatorischer Probleme und durch das völlige Fehlen jeder sachpolitischen Auseinandersetzung gekennzeichnet, die angesichts des politischen Gewichts dieses Gremiums zunächst überraschen muß, auf der anderen Seite aber bei einer streng an der Satzung orientierten Beurteilung auch nicht seine Aufgabe ist. Diese scheinbare Paradoxie verdeutlicht zugleich die ganze Problematik einer den innerparteilichen Willensbildungsprozeß dominierenden Parteiführung: in einer Parteiorganisation, deren notwendige Initiativen und Innovationen im wesentlichen von ihrer Führung ausgehen, begründet der formal durchaus begründete Verzicht dieser Führung auf sachpolitische Auseinandersetzungen die Tendenz zu einer im wesentlichen mit sich selbst beschäftigten Bürokratie, die Partei wird zu einer „Verwaltung für politische Prozesse, die nicht stattfinden“⁵⁷.

Der zentralen Stellung des Parteivorstandes im innerparteilichen Kommunikations- und Entscheidungsprozeß entsprechen sowohl die hohe Präsenzquote der Mitglieder bei seinen Sitzungen als auch die auffallend lange durchschnittliche Amtsdauer. Der Kreisgeschäftsführer gehört diesem Gremium 27 Jahre, also seit seinem Bestehen, an, der Schatzmeister 24 Jahre, der Vorsitzende 18 Jahre, der Landtags- und der Bundestagsabgeordnete 20 bzw. 11 Jahre, die beiden stellv. Vorsitzenden 13 bzw. 4 Jahre, der Fraktionsvorsitzende und ein weiteres Vorstandsmitglied 6 Jahre, drei Beisitzer 4 und die vier erst bei den letzten Wahlen benannten Vorstandsmitglieder 1 Jahr; damit beträgt die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft in diesem Führungsgremium fast zehn Jahre. Eine solche weitgehende Stabilität der Führungsstrukturen, die im legitimen Interesse ambitionierter Parteimitglieder an der Sicherung ihrer politischen Einflußchancen durch Besetzung der strategischen Positionen begründet ist, muß unter den dargestellten

57 Stellungnahme des Kreisvorsitzenden der Jungen Union in einer Pressekonferenz zur Verschiebung des Sonderparteitages des Kreisverbandes, in: Westfälische Rundschau, Lokalausgabe Bochum, vom 10.10.1973 („Krach um die Verlegung des CDU-Kreisparteitages: Die Junge Union erhebt Vorwürfe, Innerparteiliche Demokratie fehlt“)

Bedingungen die Innovationsfähigkeit der gesamten Partei auf ein Minimum reduzieren: „Innerparteiliche Positionssicherung bedingt ständige Anwesenheit auf den verschiedenen Parteiebenen, ein ständiges Arrangement mit potentiellen Verbündeten zur Abwehr möglicher oder tatsächlicher Konkurrenten. Für eine innerparteiliche Auseinandersetzung um grundsätzliche gesellschaftspolitische Problemlösungen bleibt wenig Zeit“⁵⁸.

5.1.3. Mitglieder- und Führungsstrukturen

Der Kreisverband B. hatte am 31. März 1973, zu Beginn des Untersuchungszeitraums also, 1825 in der zentralen Mitgliederkartei der Bundespartei erfaßte Mitglieder⁵⁹. Bei 70 000 CDU-Wählern im Kreisverband⁶⁰ entfallen damit auf je 38 Wähler der Partei ein Mitglied. Das Mitglieder-Wähler-Verhältnis liegt damit in diesem Kreisverband noch über dem durchschnittlichen Wert von 1:35⁶¹, während der konkurrierende Kreisverband der SPD mit etwa 16 Wählern pro Mitglied⁶² eine günstigere Relation als seine Partei im Durchschnitt aufweist⁶³.

Die Altersstruktur des Kreisverbandes zeigt die für alle Parteien in der Bundesrepublik charakteristische Überrepräsentanz der mittleren Altersgruppen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung⁶⁴; ungewöhnlich ausgeprägt ist dagegen die starke Überalterung dieses Kreisverbandes, dessen Mitglieder zu mehr als der Hälfte über 60 Jahre alt sind⁶⁵:

58 Herbert Kühr, Probleme innerparteilicher Demokratie in der CDU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 34–35/74, S. 11; vgl. auch Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 90

59 die monatlichen Auszüge aus der zentralen Mitgliederkartei sind mit jeweiligen Stand vom 31. 3. 1973 und 1974 in der Dokumentation unter 3.1. Mitgliederstruktur des Kreisverbandes abgedruckt

60 bezogen auf den Querschnitt von Erst- und Zweitstimmen bei den letzten dem Untersuchungszeitraum vorangegangenen Wahlen, in diesem Fall den Bundestagswahlen vom 19. 1. 1972; Zahlenangaben im Statistischen Jahrbuch der Stadt Bochum, 20. Jahrgang 1973 (Berichtsjahr 1972), hrsg. vom Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Bochum, 1973, S. 201

61 Jürgen Dittberner, Entwicklungstendenzen des Parteiensystems in der Bundesrepublik, in: Dittberner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a. a. O., S. 477

62 der SPD-Kreisverband B. hatte zum gleichen Zeitpunkt etwa 9000 Mitglieder (Westfälische Rundschau, Lokalausgabe Bochum, vom 20. 2. 1974, „SPD-Kreisverband zog ein Fazit der letzten drei Jahre: Mitgliederzahl stieg stetig“) bei etwa 150 000 Wählern am Tage der letzten Bundestagswahl (Statistisches Jahrbuch der Stadt Bochum, a. a. O., S. 201)

63 nach Angaben Dittberners, a. a. O., entfallen auf ein SPD-Mitglied durchschnittlich 20 Wähler

64 siehe dazu Nils Diederich, Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD, in: Dittberner/Ebbighausen, a. a. O., S. 42 f

65 Helmuth Pütz, Die Christlich Demokratische Union, a. a. O., S. 43, gibt den Anteil der über 60 Jahre alten Mitglieder mit 27 Prozent an, der mit den Zahlenangaben von Diederich, a. a. O., S. 43, etwa übereinstimmt

	Mitgliederstruktur	Bevölkerungsstruktur ⁶⁶
1900 u. früher geb.	14,13	6,55
1901–1910	18,08	11,53
1911–1920	18,41	10,77
1921–1930	19,28	14,35
1931–1940	16,33	14,30
1941 u. später geb.	13,04	42,50
ohne Angaben	0,71	

Besonders ungünstig ist auch die konfessionelle Struktur, in der der Anteil der Katholiken trotz überwiegend protestantischer Bevölkerung im Kreisverband⁶⁷ mit 83 Prozent noch deutlich über dem durchschnittlichen Wert der Gesamtpartei liegt⁶⁸. Ein umgekehrtes Verhältnis gilt für die Verteilung der Geschlechter innerhalb der Mitgliedschaft: der Anteil weiblicher Mitglieder ist mit über 28 Prozent ungewöhnlich hoch⁶⁹, ebenso derjenige der Hausfrauen⁷⁰ bei der Aufschlüsselung der Beschäftigungsverhältnisse, die im übrigen mit Ausnahme der unterdurchschnittlichen Repräsentanz von Selbständigen der Verteilung innerhalb der gesamten Parteimitgliedschaft fast genau entspricht⁷¹:

Selbständige	15,67
Arbeiter	14,19
Angestellte	26,03
Beamte	11,89
Rentner	7,50
Hausfrauen	18,63
in Ausbildung	5,69
Helfer in Familienbetreuung	0,10
ohne Angaben	0,27

Insgesamt bestätigt die Aufschlüsselung der Mitgliederstrukturen dieses Kreisverbandes den allgemeinen Befund Diederichs: „Politische Aktivität verteilt sich nicht gleichmäßig über die Gesamtbevölkerung, über alle sozialen Schichten. Obwohl die Politik in

66 Zahlenangaben nach dem statistischen Jahrbuch der Stadt Bochum 1973, a. a. O., S. 24–26

67 ebda, S. 20: 50,3 Prozent Protestanten und 38,2 Prozent Katholiken

68 nach Pütz, a. a. O., 72 Prozent, nach Diederich, a. a. O., S. 45, sogar nur 67 Prozent; vgl. auch die Tabelle zur Mitgliederstruktur der CDU am Beispiel einiger Großstädte und angrenzender Landkreise bei Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 491

69 Pütz nennt ein Verhältnis von männlichen zu weiblichen Parteimitgliedern von 85:15, a. a. O., Diederich von 89:11, a. a. O., S. 42

70 nach Angaben von Diederich, a. a. O., S. 41, sind nur 6 Prozent der Mitglieder Hausfrauen, Pütz, a. a. O., S. 44, gibt 7 Prozent an

71 zu den folgenden Daten vgl. die entsprechenden Angaben bei Pütz, a. a. O., S. 43 ff, und Diederich, a. a. O., S. 41; vgl. auch F. U. Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, Juni 1973

Deutschland nicht ein Privileg der Reichen ist, kann doch gesagt werden, daß die Mitgliederbasis der politischen Parteien eine Verzerrung in Richtung auf die höheren Schichten hat⁷².

Die Mitgliederbewegung weist für den Untersuchungszeitraum 162 Beitritte⁷³ und 9 Überweisungen von Kreisverbänden als Zugänge gegenüber 106 Abgängen aus, von denen der größte Teil auf Umzüge (45) und Todesfälle (37) entfällt. Die 24 in diesem Jahreszeitraum registrierten Parteiaustritte erfolgten in der Regel ohne Begründung, so daß die Ursachen für den Austritt ebensowenig eindeutig bestimmbar sind wie die Motivationen für einen Beitritt⁷⁴. Die einzigen begründeten Austrittsschreiben geben einmal den politischen Kurs der Gesamtpartei, im anderen Fall persönliche Enttäuschungen über Auseinandersetzungen in einem Ortsverband an⁷⁵.

Die Führungsstruktur des Kreisverbandes läßt sich formal am ehesten durch die Anzahl und Art der politischen Führungsfunktionen in den verschiedenen Gliederungen und Gruppierungen der Parteiorganisation definieren, wenn unter Zugehörigkeit zur politischen Führung die Chance effektiver und organisierter Einflußnahme auf innerparteiliche Personal- und Sachentscheidungen verstanden werden soll. Die Mitgliedschaft in Parteitag und Parteiausschuß als satzungsmäßigen Entscheidungsorganen konstituiert unter den dargestellten Bedingungen durchaus nicht unbedingt eine solche Chance. Zur politischen Führungsgruppe im weitesten Sinne können zunächst die Vorsitzenden der Ortsverbände und der Vereinigungen, die Vorsitzenden der Arbeitskreise und Kommissionen des Kreisverbandes sowie vielleicht noch die der Untergliederungen der Vereinigungen und der im politischen Umfeld der Partei tätigen selbständigen Organisationen gerechnet werden, insgesamt also 45 Funktionsträger⁷⁶, denen zweifellos noch die Mitglieder des Kreisvorstandes und des Vorstandes der Ratsfraktion sowie die Mandatsträger der Partei in Bundes- und Landesparlamenten hinzugezählt werden müssen. Damit ergibt sich im Kreisverband B. ein Kreis von insgesamt 66 Funktionsträgern mit Führungsaufgaben verschiedener Art, denen aufgrund dieser Position eine zumindest partielle politische Einflußchance einzuräumen ist.

Das potentielle Gewicht dieser Funktionen wird an dem Interesse deutlich, mehrere von ihnen zu besetzen, um auf diese Weise den politischen Einfluß zu vergrößern. Tatsächlich werden die 66 Führungspositionen von nur 38 Personen wahrgenommen, ein Kon-

72 Nils Diederich, a. a. O., S. 42

73 diese Zahl kann für den Zeitraum eines Jahres als durchschnittlich gelten, wie die Angaben des Geschäftsberichtes des Kreisverbandes für die Jahre 1970–1972 belegen (Dokumentation 2.). Da die Registrierung der Mitglieder durch die Kreisgeschäftsstelle und die Erfassung durch die Zentralkartei der Bundeskartei zeitlich etwas auseinanderfallen, ergeben sich Differenzen im jeweils geführten Mitgliederbestand

74 die von Diederich, a. a. O., S. 47 f, dargestellte Bedeutung der direkten Werbung wird durch Erfahrungen im Kreisverband B. außerhalb des Untersuchungszeitraumes bestätigt: eine in den Monaten März bis Juni 1974 durchgeführte Werbeaktion nach dem sog. „Kontakter-Modell“ (siehe dazu Leitfaden für die Mitgliederwerbung, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1972) führte zu einer deutlichen Steigerung der Mitgliederzahlen. Zur Problematik solcher undifferenzierter, vor allem quantitativ orientierter Werbeaktionen siehe S. 43 ff dieser Studie

75 beide Austrittsschreiben sind unter 5.13. und 6.2. in der Dokumentation abgedruckt

76 vgl. 5.1.1. Gliederung der Organisation, S. 123

zentrationsgrad, der bei Ausklammerung der Ortsverbände, deren Vorsitze naturgemäß nicht durch Personalunion kombiniert werden können, noch stärker sichtbar wird: die 45 verbleibenden Ämter werden durch 24 Personen besetzt, von denen wiederum sieben zugleich Ortsverbandsvorsitzende sind. Die dominierende Stellung des Kreisvorstandes wird auch in diesem Zusammenhang deutlich: seine 15 Mitglieder vereinigen mehr als die Hälfte (37) aller genannten Führungsfunktionen auf sich.

Die Analyse der Sozialstruktur dieser Führungsgruppe bestätigt die „generelle Behauptung“ Diederichs, „daß jeweils auf der nächsthöheren Stufe politischer Aktivität die unteren Kategorien der Sozialstruktur konsequent herausgefiltert werden: Der Anteil von Arbeitern und von Frauen – den sozialökonomisch gesehen am ehesten unterprivilegierten Kategorien – wird um so kleiner, je näher der Grad der politischen Einbeziehung den wichtigen Entscheidungspositionen kommt“⁷⁷.

Sozialstruktur im	Kreisvorstand	Vereinigungen	Ortsverbände
Selbständige	3	–	4
Arbeiter	1	1	2
Angestellte	4	1	12
Beamte	4	–	2
Rentner	–	–	–
Hausfrauen	2	1	–
in Ausbildung	1	1	1
Helfer in Fam.-betreuung	–	–	–
insgesamt	15	4	21

Sozialstruktur im	Fraktionsvorstand	Arbeitskreise	Kommissionen	Sonstige
Selbständige	–	2	1	–
Arbeiter	–	–	–	–
Angestellte	3	4	4	2
Beamte	2	1	2	–
Rentner	–	–	–	–
Hausfrauen	–	–	2	–
in Ausbildung	–	–	–	2
Helfer in Fam.-betreuung	–	–	–	–
insgesamt	5	7	9	4

„Die politische Willensbildung in den Parteien der Bundesrepublik ist also personell, soziostrukturell und gruppenmäßig begrenzt. Hier sind vor allem Angehörige der Mit-

⁷⁷ Nils Diederich, Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD, a. a. O., S. 42

telschicht, die sich für die Berufsrolle des Politikers entschieden haben, erfolgreich“⁷⁸. Diese die Führungsstrukturen der Parteien und Parlamente auf nationaler Ebene betreffende Feststellung trifft auch auf kommunaler Ebene schon weitgehend zu. Der Vergleich der Sozialstrukturen auf beiden Ebenen zeigt deutlich, daß der soziale Selektionsprozeß von der lokalen Parteiorganisation bereits weitgehend abgeschlossen wird:

Sozialstruktur der Führungsgruppen (in Prozent)	in der Bundesrepublik ⁸⁰	
	im Kreisverband B. ⁷⁹	in der Bundesrepublik ⁸⁰
Selbständige	13,2	21,2
Arbeiter	5,3	1,6
Angestellte	44,7	43,1
Beamte	21,0	26,0
Rentner	–	(keine Angaben)
Hausfrauen	5,3	(keine Angaben)
in Ausbildung	10,5	(keine Angaben)
Helfer in Fam.-Betr.	–	–

Die ernüchternden empirischen Befunde über die formalen Willensbildungs- und Führungsstrukturen politischer Parteien machen die Bemühungen der modernen Parteienforschung verständlich, nachzuweisen, „wie gering unser Wissen über die innerparteiliche Willensbildung ist und daß das Urteil über die innerparteiliche Demokratie bisher um so positiver ausfiel, je tiefer man in die informelle Struktur eindrang“⁸¹. Dies ist insofern sicher richtig, als eine solche Analyse in der Regel nachweist, daß auch und gerade die dominierenden Gremien selten homogene Gruppierungen sind, daß vielmehr gerade dort die miteinander konkurrierenden Auffassungen und Personen unmittelbar aufeinander treffen und sich somit in ihren jeweiligen Ambitionen mindestens ebenso sehr kontrollieren wie stützen. Dies konnte auch im untersuchten Kreisverband beobachtet werden, dessen Vorstand seine dominierende Stellung innerhalb der Parteiorganisation im wesentlichen dem Umstand verdanken dürfte, daß er die wichtigsten Gruppierungen durch deren führende Funktionsträger in sich integriert und dadurch eine Vorabklärung möglicher innerparteilicher Konflikte in kleinem Kreis und unter weitgehendem Ausschluß auch der Parteiöffentlichkeit ermöglicht, wenn nicht erzwingt⁸². Dennoch kann gerade ein solcher informeller, „tendenziell demokratisierend wirkender Gruppenpluralismus in sein Gegenteil umschlagen, wenn er dazu beiträgt, Entscheidungen aus den Parteitag heraus in die Führungsgremien zu verlagern, wo sie dann eher auf dem Wege

⁷⁸ Jürgen Dittberner, Entwicklungstendenzen des Parteiensystems, a. a. O., S. 479

⁷⁹ Prozentangaben auf der Basis der genannten 38 Personen, welche die 66 bezeichneten Führungspositionen besetzen

⁸⁰ Angaben nach Dietrich Herzog, Karrieren und politische Professionalisierung bei CDU/CSU, SPD und FDP, in: Dittberner/Ébbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a. a. O., S. 127

⁸¹ Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 123

⁸² dem Kreisvorstand gehören beide Abgeordnete, der Vorsitzende der Ratsfraktion, vier von fünf Mitgliedern des Fraktionsvorstandes, drei von vier Vereinigungsvorsitzenden und vier Ortsvorsitzende an

des Kompromisses als der Mehrheitsentscheidung gelöst werden⁸³. Eine informelle Entscheidungsstruktur, deren Reduzierung bis auf ein Triumvirat von drei Personen mit jeweils strategischen Positionen, ohne deren gegenseitige Kontaktaufnahme und Vorklärung eine gewichtige, insbesondere personalpolitische Entscheidung dem gesamten Kreisvorstand kaum vorgelegt wird, im Kreisverband B. beobachtet werden konnte⁸⁴, wirkt nicht schon dann demokratisierend, wenn diese Führungselite nicht homogen ist, sondern zumindest partiell rivalisiert. Die fehlende Transparenz und Zugänglichkeit eines solchen Entscheidungsprozesses ist durch Konkurrenz der wenigen an ihm Beteiligten nicht zu kompensieren.

Die auf der Bundesebene nachgewiesene „Karrierisierung und Professionalisierung“ der politischen Führungsstrukturen⁸⁵ beginnt jedenfalls tendenziell schon im kommunalen Bereich. „Was immer die Formen und Gründe der politischen carrièrisation und Professionalisierung sind – ihre Konsequenzen für die Offenhaltung eines demokratisch kontrollierten Selektionsprozesses sind wahrscheinlich eher negativ zu sehen“⁸⁶.

5.2. Die Leistungsfähigkeit regionaler Organisationsstrukturen

Die privilegierte Stellung der regionalen Organisationsstrukturen im innerparteilichen Willensbildungsprozeß auf allen politischen Ebenen legt die Frage nahe, ob diese ihnen zugemessene Bedeutung durch ihre besondere Leistungsfähigkeit gerechtfertigt ist. Dabei müssen als angemessene Kriterien einer Beurteilung diejenigen Aufgaben und Funktionen gelten, die den Parteien im jeweiligen politischen System zugewiesen sind. Ein solcher Aufgabenkatalog ist im Parteiengesetz für die in seinem Geltungsbereich tätigen politischen Parteien formuliert und an früherer Stelle in der Systematik Sigmund Neumanns in die Funktionsbereiche der Artikulation, der Integration, der Kommunikation und der Selektion zusammengefaßt worden⁸⁷.

Die an diesen Kriterien orientierte Untersuchung der Leistungsfähigkeit regionaler Organisationsstrukturen der Parteien auf kommunaler Ebene zeigt eine Reihe von Defekten auf, die eine nur quantitative Analyse ihrer Aktivitäten eher verschleiern als aufdecken würde.

Der Kreisverband B. ist regional in 21 Ortsverbände untergliedert, die in ihren jeweiligen Mitgliederzahlen wie in ihrer räumlichen Ausdehnung nicht unerhebliche Differen-

83 Oscar W. Gabriel, Innerparteiliche Demokratie, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 82; vgl. auch Bodo Zeuner, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 95

84 diesem Führungstrio gehören der Kreisvorsitzende, der Vorsitzende der Ratsfraktion sowie der Landtagsabgeordnete an, der wegen seiner Mitgliedschaft im Landesvorstand und Präsidium seiner Partei vor allem für überregionale Kontakte unentbehrlich ist; von diesem informellen, in seinen Vereinbarungen unverbindlichen Gremium wurden z. B. die wesentlichen personalpolitischen Weichenstellungen für Kommunal- und Landtagswahlen mehr als ein halbes Jahr früher als eine erste Debatte im Vorstand zum gleichen Thema vorgenommen

85 Dietrich Herzog, Karrieren und politische Professionalisierung bei CDU/CSU, SPD und FDP, a. a. O., S. 109–131

86 ebda, S. 131

87 siehe dazu S. 85–89

zen aufweisen. Zunächst ist bemerkenswert, daß die regionale Abgrenzung der einzelnen Ortsverbände voneinander nicht durchgängig derjenigen der statistischen Stadtbezirke entspricht⁸⁸, obwohl die Anzahl beider Organisationseinheiten mit 21 bzw. 22 fast genau übereinstimmt. Einzelne Ortsverbände sind kleiner, andere wesentlich größer als die von ihnen politisch zu organisierenden Stadtbezirke. Dies ist insofern von praktischer Bedeutung, als etwa die Einteilung von Wahlkreisen und die detaillierte Aufschlüsselung ihrer jeweiligen Ergebnisse naturgemäß an den statistischen Bezirken orientiert ist, wodurch eine gezielte und systematische Arbeit in den mit ihnen nicht übereinstimmenden Ortsverbänden nicht unwesentlich erschwert wird. Der Umstand, daß von den befragten Vorsitzenden nicht einmal die Hälfte die Grenzen ihrer Ortsverbände exakt definieren konnte, bestätigt die angedeutete Problematik. Die Mitgliederzahlen der Ortsverbände bewegen sich zwischen 30 und 160, die durchschnittliche Mitgliederstärke ist etwa 90⁸⁹. Von allen Ortsverbänden wurden im Untersuchungszeitraum zusammen etwa 160 Mitgliederversammlungen und öffentliche Veranstaltungen durchgeführt⁹⁰, an denen im Durchschnitt etwa 20 Personen teilgenommen haben. Bezogen auf die jeweilige Mitgliederzahl der einzelnen Verbände ergibt sich eine durchschnittliche Beteiligungsquote von rund 26 Prozent, die damit an anderer Stelle ermittelte empirische Daten bestätigt⁹¹ und gegenüber verschiedenen anderen, in der Literatur tradierten Vermutungen⁹² bekräftigt: dies gilt auch für die verschiedentlich beobachtete Tatsache, „daß der Anteil der aktiven Mitglieder entscheidend von der Größe der Organisationseinheit abhängt“⁹³, in kleinen Verbänden also relativ höher ist als in den mitgliederstarken⁹⁴.

5.2.1. Artikulationsfunktion

Die Artikulation der jeweils aktuellen Gruppen- und Einzelinteressen als ständige Aufgabe der Parteien ergibt sich zwingend aus ihrer politischen Willensbildungsfunktion⁹⁵.

Zur Wahrnehmung dieser Funktion erscheinen die Ortsverbände von ihrer sozialen Struktur wie von ihrer politischen Aktivität her besonders wenig geeignet, die ihnen nur selten erlauben, zur „Organisation des chaotischen öffentlichen Willens durch Artiku-

88 zur Einteilung der statistischen Bezirke der Stadt siehe die entsprechende Übersichtskarte, hrsg. vom Amt für Statistik und Stadtforschung, Abteilung Erhebungen und Wahlen, Stand August 1973, in: Bochum-Planung, Bd. 1, hrsg. von der Stadt Bochum, 1974

89 die Zahlen beziehen sich jeweils auf den Mitgliederstand vom 31.3.1973

90 darüber hinaus haben insgesamt die gleiche Anzahl an Sitzungen von Vorständen und Arbeitskreisen in den Ortsverbänden stattgefunden

91 eine Untersuchung des Berliner Instituts für politische Wissenschaft ermittelte eine Beteiligungsquote bei Mitgliederversammlungen der CDU von etwa 25 Prozent (Nils Diederich, Party Member and Local Party Branch, a. a. O., S. 108)

92 So gibt Heino Kaack einen für Städte „normalen Anteil“ von 15 bis 20 Prozent an (Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 471), während Armin Meyer „die tatsächliche Anwesenheit auf Parteiversammlungen“ mit 40 Prozent aller Mitglieder fraglos zu hoch ansetzt (Armin Meyer, Parteiaktivitäten und Einstellungen von CDU- und SPD-Mitgliedern, in: Dittberner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a. a. O., S. 61)

93 Heino Kaack, a. a. O., S. 471

94 vgl. dazu die zitierte Untersuchung von Nils Diederich, a. a. O.

95 vgl. Jürgen Dittberner, Die Parteitage von CDU und SPD, a. a. O., S. 82

lierung und Strukturierung öffentlicher Interessen⁹⁶ im Rahmen innerparteilicher Meinungs- und Willensbildungsprozesse beizutragen.

Die soziologische Struktur der Ortsverbände als regionale Zusammenschlüsse verschiedenartiger sozialer Schichten und Interessen, die von den Repräsentanten der Parteien gerne als Ausweis ihrer politischen Leistungsfähigkeit ausgegeben wird, verhindert weitgehend die geforderte Interessenartikulation, die „als vollbewußte Willenskonstante zielgerichteten Handelns eindeutig und erkennbar motiviert“⁹⁷ sein sollte; eben diese Eindeutigkeit aber ist unter den dargestellten gemeinsoziologischen Bedingungen durch regionale Organisierung von Interessen nicht herzustellen, sofern es sich nicht gerade um solche handelt, die in der Tat die Region als Ganzes betreffen. Die naheliegende Konsequenz dieser Konstellation ist eine verstärkte Bemühung der Ortsverbände um ortsspezifische Probleme, die in der zunehmenden Einrichtung kommunalpolitischer Arbeitskreise auf Ortsverbandsebene deutlich zum Ausdruck kommt. Auch dabei ist allerdings nicht zu übersehen, daß eine solche, auf „große Politik“ bewußt verzichtende kommunalpolitische Perspektive wiederum nur das Interesse weniger Mitglieder findet, deren Grad an Identifizierung mit diesem Ortsteil ausreicht, um eine Mitarbeit als notwendig oder zumindest lohnend zu empfinden⁹⁸. Jedenfalls ist diese in der Regel wenig spektakuläre kommunalpolitische Arbeit, die sich in Anträgen, Anfragen oder Vorschlägen an städtische Dienststellen oder an die eigene Ratsfraktion äußern könnte, die einzige von Ortsverbänden zu leistende Tätigkeit, die den Begriff der Artikulation von Interessen auf sie anwendbar machen würde⁹⁹.

Die praktische Tätigkeit der beobachteten Ortsverbände bestätigt nachdrücklich die Möglichkeiten und Grenzen regional organisierter Interessenvertretung. Mit Ausnahme kommunalpolitischer Initiativen – und selbst diese wurden von vielen Verbänden nur selten oder gar nicht ergriffen¹⁰⁰ – sind die Ortsverbände zur Beteiligung an einem innerparteilichen Willensbildungsprozeß von unten nach oben, der *ihre* jeweilige Meinung formulieren und als Stellungnahme, Anregung oder Antrag an die nächsthöheren Parteigremien weiterleiten würde, kaum in der Lage. Dies gilt selbst für solche Probleme, die die Gesamtpartei (von oben nach unten!) mit Priorität versehen und ihren Gliederungen zur Diskussion und Kommentierung empfohlen hat. Das Beispiel der Vorbereitung des Hamburger Bundesparteitages der CDU im Herbst 73, dessen Sachthemen mit großem publizistischen Aufwand inner- und außerparteilich angekündigt und vorgestellt worden waren, zeigt, daß nur eine Minderheit aller Ortsverbände, in diesem Falle 5, an dieser Diskussion, zumindest durch entsprechende Veranstaltungen, beteiligt war, von denen schließlich ein einziger seine Beratungsergebnisse in Form einer EntschlieÙung for-

96 Siegmund Neumann, *Toward a Comparative Study of Political Parties*, a. a. O., S. 396

97 Lothar Döhn, *Politik und Interesse, Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei*, Meisenheim am Glan 1970, S. 330

98 in den neun kommunalpolitischen Arbeitskreisen der Ortsverbände arbeiten selten mehr als je 10 Personen mit

99 siehe dazu etwa die zahlreichen Beispiele kommunalpolitischer Initiativen, die von entsprechenden Arbeitskreisen in zwei Ortsverbänden des Kreisverbandes ergriffen wurden: Dokumentation 5.5. und 5.11.

100 im Untersuchungszeitraum wurden 13, also fast zwei Drittel aller Ortsverbände, in diesem Sinne überhaupt nicht tätig

muliert und weitergeleitet hat¹⁰¹. Dieser politischen Abstinenz kontrastiert auf eindrucksvolle Weise die Vielzahl von Veranstaltungen, die von den Ortsverbänden später zum Thema „Die CDU nach Hamburg“ durchgeführt wurde.

Das weitgehende Ausbleiben eigener Beiträge der Ortsverbände im innerparteilichen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß gilt für die nächsthöhere Ebene der Parteiorganisation nahezu ebenso wie für die Bundes- und Landesebene. Die überwiegende Mehrheit der Ortsverbände hat im Untersuchungszeitraum keinerlei Anträge an Kreisparteitag, Parteiausschuß oder Vorstand gerichtet; den Kreisparteitagen, die sich fast ausschließlich aus Delegierten der Ortsverbände konstituieren, lagen insgesamt 37 Anträge vor, von denen die Ortsverbände selbst nicht ganz ein Drittel gestellt hatten. Diese 12 Anträge wiederum verteilen sich auf nur fünf Ortsverbände.

Es ist dieser Mangel an eigentlich politischer Aktivität, der schon in früheren Untersuchungen festgestellt¹⁰² und dennoch nicht behoben wurde oder werden konnte. Die übliche Auflistung regelmäßig durchgeführter Veranstaltungen in den Rechenschaftsberichten der Ortsverbandsvorstände muß fraglos eher als eine Bestätigung denn als eine Widerlegung dieser Beobachtung gelten, denn diese Versammlungen sind von ihrer Zusammensetzung wie von ihrer Absicht her zur Artikulation von Interessen und zur Strukturierung der öffentlichen Meinung nicht in der Lage. „Wenn die Parteien dennoch erhebliche Mittel und die Politiker sehr viel Zeit in diese Veranstaltungen investieren, so spricht das mehr für das organisatorische Beharrungsvermögen der Parteien als für die Qualität dieser Veranstaltungen“¹⁰³.

Wo immer sich öffentliche Meinung artikulieren mag, in den Versammlungen der Ortsverbände sicherlich am allerwenigsten. Politische Meinungs- und Willensbildung in einem halbwegs anspruchsvollen Sinn findet dort, wenn überhaupt, nur selten statt. Die Ortsverbände als unterste Organisationsstrukturen der Parteien mögen zu einer Rezipierung von Interessen in der Lage sein, zu ihrer Artikulation und Organisation sicherlich nicht.

5.2.2. Integrationsfunktion

Die überaus komplexe Sozial- und Interessenstruktur der Mitgliedschaft politischer Parteien erklärt zum einen deren unbefriedigende Wahrnehmung der Artikulationsfunktion, zum anderen die Überlegenheit der im Vergleich zu ihnen homogenen Interessengruppen und -verbände bei der Erfüllung dieser Aufgabe¹⁰⁴. Im Rahmen einer funk-

101 siehe Dokumentation 5.4.

102 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt*, a. a. O., S. 96; Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie*, a. a. O., S. 39

103 Lohmar, a. a. O., S. 43

104 siehe dazu u. a.: Otto Stammer, *Interessenverbände und Parteien*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1957, S. 587–605; Otwin Massing, *Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses*, in: Gisela Kress/Dieter Senghaas (Hrsg.), *Politikwissenschaft, Eine Einführung in ihre Probleme*, Frankfurt/M. 1969, S. 324–367; Wolfgang Hirsch-Weber, *Politik als Interessenkonflikt*, Stuttgart 1969; Klaus von Beyme, *Interessengruppen in der Demokratie*, München 1969; Bradbury Seasholes, *Voting, Interest Groups and Parties*, (Einführung und Reader), Glanview/Illinois 1966

tionalen Systemtheorie ist diese Übernahme der Interessenartikulation durch spezialisierte Organisationen gelegentlich als politisch und organisatorisch sinnvolle Arbeitsteilung zwischen ihnen und den Parteien gerechtfertigt worden, denen vor allem in den westlichen politischen Systemen die eigentliche Funktion der Aggregation bzw. Integration dieser von jenen formulierten Interessen zufalle¹⁰⁵.

Eine solche, scheinbar systemrationale Arbeitsteilung ist nicht ganz unproblematisch, da sie die Parteien leicht als „Zwischenstationen oder Zuträger des Verbandsinteresses zu den Regierungsinstitutionen“¹⁰⁶ erscheinen läßt, jedenfalls dann, wenn sie in diesem Entscheidungsprozeß nicht mehr als die Vermittlung von Einzelinteressen zu leisten imstande sind. Integration von Interessen aber bedeutet, Partikularinteressen einem komplexen Bild des politischen Ganzen einzuordnen, zum Ausgleich zu bringen und dadurch einzelne und Gruppen in das Gemeinwesen zu „integrieren“¹⁰⁷.

Wenn den Parteien genau diese Aufgabe zufällt, dann ist zunächst die Frage zu beantworten, woher sie ein solches komplexes Gesamtbild überhaupt gewinnen können. Dabei müssen für die Bildung des Parteiwillens, durch den dieses integrierte politische Konzept zu entwickeln ist, dieselben demokratischen Prinzipien gelten wie für die Bildung des staatlichen Gesamtwillens auch, den sie zu formen beanspruchen; wenn es also zutrifft, daß „die Demokratie als Parteienstaat den Gemeinschaftswillen nur als Resultante der Parteiwillen entstehen lassen will“ und daher „auf die Fiktion eines überparteilichen ‚organischen‘ Gesamtwillens verzichten“¹⁰⁸ kann und muß, dann ist auch der Parteiwillen selbst in einem demokratisch strukturierten politischen System nur als Resultante innerparteilicher Willensbildung zu legitimieren. An einem solchen Willensbildungsprozeß müßten alle in der Partei auf den verschiedenen Ebenen vertretenen oder zumindest vorhandenen Interessen mit gleichen Chancen und Rechten beteiligt sein, bevor in einer demokratischen Entscheidung der für alle Mitglieder verbindliche Parteiwille bestimmt wird.

Ein so definierter Willensbildungsprozeß aber findet zumindest auf unteren Ebenen der Parteiorganisation, in den Ortsverbänden, nicht statt. Was als Parteiwillen proklamiert und von den jeweiligen Führungspersonlichkeiten gern als Ausgleich der unterschiedlichen Interessen innerhalb der Partei ausgegeben wird, ist in der Regel nichts anderes als die Meinung kleiner, meist informeller Kreise auf mindestens mittlerer Ebene der Parteihierarchie. Die wenigen wirklich politischen Impulse, die in den Ortsverbänden registriert werden konnten, gingen fast ausnahmslos auf Initiativen des Vorsitzenden oder anderer Vorstandsmitglieder zurück, die anschließend meistens, aber durchaus nicht immer, der Mitgliederversammlung zur formellen Bestätigung vorgelegt wurden¹⁰⁹.

105 Gabriel A. Almond/Bingham G. Powell, *Comparative Politics, A Developmental Approach*, Boston/Toronto 1966, S. 73ff und 99

106 Helmut Köser, *Parteien und Verbände in westlichen Demokratien*, in: Wolfgang Jäger (Hrsg.), *Partei und System*, a. a. O., S. 158

107 Sigmund Neumann, *Toward a Comparative Study of Political Parties*, a. a. O., S. 367

108 Hans Kelsen, *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, a. a. O., S. 23

109 in einem Fall erfuhren die Mitglieder eines Ortsverbandes von „ihrem“ Antrag an die Bundesfraktion, die vermögenswirksamen Leistungen zu verdoppeln, erst fast ein Jahr später im Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden

Dies bestätigt die frühe Beobachtung von Renate Mayntz, „soweit in den Ortsgruppen eine Willensbildung stattfindet, geschieht das hauptsächlich im Vorstand ... Die Willensbildung in den Ortsgruppen, kann man zusammenfassend sagen, bezieht die Mitglieder ohne Ämter, selbst wenn sie regelmäßig zu den Besuchern der Mitgliederversammlungen gehören, nur ganz am Rande mit ein“¹¹⁰. Damit aber beginnt schon auf der unteren Ebene der Parteiorganisation genau derjenige Oligarchisierungsprozeß, der gerade unter den Bedingungen der Parteidemokratie um jeden Preis verhindert werden müßte, da er sich dahin fortsetzen könnte, „daß die zahlenmäßig kleinen innerparteilich-oligarchischen Führungsgruppen mit Hilfe des Parteiapparates und der Parteibürokratie ihren Willen dem Willen der Parteibürger entgegensetzen und ihn den letzteren und schließlich dem ganzen Volke auferlegen“¹¹¹. Dabei muß unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit und Partizipationschancen bestimmter Parteistrukturen festgehalten werden, daß dieser Oligarchisierungsprozeß weniger auf die Ambitionen und Attitüden der amtierenden Vorstände als vielmehr auf die Lethargie der Mitglieder zurückzuführen ist. Die Auskunft eines Ortsverbandsvorsitzenden, „die Mitglieder wollen nicht diskutieren, sondern vernünftig geführt werden“, mag autoritär oder zynisch erscheinen, durch die Beobachtungen wird sie jedenfalls durchaus bestätigt.

Unterscheidet man von der politischen eine soziale Integration, so kann den Ortsverbänden in dieser Beziehung eine sinnvolle und wichtige Funktion nicht streitig gemacht werden. Durch die Regelmäßigkeit ihrer Veranstaltungen bieten sie den Mitgliedern die Möglichkeit persönlicher Kontakte und darüber hinaus nicht selten den Neubürgern Unterstützung und erste Adressaten in ihren Eingewöhnungsproblemen und Kontaktbemühungen¹¹². Diese soziale Funktion der Ortsverbände sollte nicht unterschätzt werden; vielleicht rechtfertigt sie allein schon ihre Existenz. Frühere Untersuchungen haben deutlich gezeigt, daß auch unter den Mitgliedern politischer Parteien mehr als ein Drittel nach eigenen Angaben politisch nicht interessiert ist und in den Parteien folglich „nicht nur politische, sondern auch zum Teil ‚nur‘ allgemein gesellschaftliche Organisationen“¹¹³ sieht. Die Geselligkeit einer Veranstaltung gehört zur Erwartungshaltung und Motivation für den Besuch einer Parteiversammlung bei großen Teilen der Mitgliederschaft¹¹⁴; in allen beobachteten Ortsverbänden sind die Versammlungen Treffen von im wesentlichen immer denselben Personen¹¹⁵, von denen ein beträchtlicher Teil, wenn nicht die Mehrheit, mehr aus persönlicher Verbundenheit mit anderen Parteifreunden zu diesen Sitzungen erscheint als aus Interesse an ihrem jeweiligen politischen Gegenstand.

110 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt*, a. a. O., S. 102 und 105

111 Gerhard Leibholz, *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, a. a. O., S. 123 f

112 vgl. dazu den Neubürgerbrief eines Ortsverbandes, Dokumentation S. 12

113 Peter Oel, *Die Gemeinde im Blickfeld ihrer Bürger*, a. a. O., S. 51; Oel gibt den Anteil der politisch interessierten Parteimitglieder mit 64 Prozent an

114 siehe dazu Armin Meyer, *Parteiaktivitäten und Einstellungen von CDU- und SPD-Mitgliedern*, a. a. O., S. 62

115 siehe dazu das Rundschreiben eines Ortsverbandes und den Geschäftsbericht eines anderen, Dokumentation 5.1. und 5.8.

Solche eher „entpolitisierten Arten der Gemeinschaftsbildung“¹¹⁶ dokumentieren eine soziale Integrationsfunktion der Ortsverbände gegenüber ihren Mitgliedern und nahestehenden Bürgern. Versteht man dagegen die Integrationsfunktion der Parteien als ihre Aufgabe, die Partikularinteressen der Bürger den allgemeinen Erfordernissen einer Gemeinde oder einer anderen Verwaltungseinheit zuzuordnen und durch Verpflichtung auf ein gemeinsames, demokratisch entwickeltes Konzept deren politische Integration herzustellen, so sind die Leistungsschwächen der Parteiorganisation auf unterer Ebene unübersehbar.

5.2.3. Kommunikationsfunktion

Nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes sollen die Parteien „für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen“¹¹⁷, eine Forderung, die für den kommunalen Bereich nicht weniger gilt als für die Landes- oder Bundesebene. „Die Funktion des Bindegliedes zwischen Volk und Staatsorganen ist praktisch ein Monopol der Parteien, das sie infolge ihrer Eigenschaft, gleichzeitig ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil des politischen Systems sowie ein Gestaltungsfaktor des gesellschaftlichen Bereichs zu sein, besitzen“¹¹⁸.

Diese den Parteien vorbehaltene unmittelbare Verbindung zwischen staatlichen Organen und der breiten Öffentlichkeit legt ihnen die Aufgabe auf, einen ständigen Kommunikationsprozeß zu organisieren, der Informationen aus politischen Entscheidungsinstanzen in die verschiedenen Parteigremien vermittelt und zugleich deren Anliegen, Vorschläge oder Anträge für die politischen Führungsorgane verfügbar macht.

Die dargestellten Bedingungen der unteren Organisationsebene haben deutlich gemacht, daß die Parteien diese Funktion bestenfalls in der einen Richtung von oben nach unten ausüben, ein umgekehrter Informations- oder auch nur Diskussionsprozeß aber kaum stattfindet. Die regionale Erfassung der Mitglieder in Ortsverbänden läßt einen organisierten Kommunikationsprozeß innerhalb der Parteien, der ihre verschiedenen Organisationsebenen informationsmäßig miteinander verbinden könnte, nicht zu. „Die Parteispitze erhält von der Basis so gut wie keine Informationen, der Informationsfluß funktioniert nur von oben nach unten – und zwar unzulänglich. Von unten nach oben gibt es nahezu keinen Informations- und Kommunikationsstrang“¹¹⁹.

Die angedeuteten Unzulänglichkeiten auch innerhalb des eher passiven Informationsprozesses von der Spitze der Parteiorganisation zu ihrer Basis werden durch die Beobachtungen im Kreisverband B. offenkundig. In mehr als zwei Dritteln aller Ortsverbände werden zentrale Informationsmittel der Bundes- oder Landespartei überhaupt nicht oder bestenfalls innerhalb des Vorstandes weitergereicht und benutzt, Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen der Ortsverbände sind in vielen Fällen so unregelmäßig, daß von einer ständigen Information der Mitglieder über die Vielzahl politi-

scher Probleme und Entscheidungen keine Rede sein kann. „Gleichgültig, in welcher Richtung man sich den Willensbildungsprozeß denkt, sein Hauptkennzeichen ist, daß er nur fragmentisch existiert“¹²⁰. Die weitgehende Ausklammerung der breiten Mitgliedschaft aus dem ohnehin als unbefriedigend empfundenen innerparteilichen Willensbildungsprozeß ist eine von beiden großen Parteien in der Bundesrepublik immer wieder festgestellte und beklagte Tatsache¹²¹, die damit zugleich dokumentiert, daß die Parteien in ihrer augenblicklichen organisatorischen Struktur eben nicht die Kommunikationskanäle im Sinne ihrer gesetzlich geforderten Funktion sind. „Die Mitgliedschaft der Parteien ist nur in unzureichendem Grade als Mittler zwischen Führung und Bevölkerung anzusprechen. Sie hat weder in der innerparteilichen Willensbildung noch in der Meinungsbildung nach außen Bedeutung erlangen können“¹²².

Es kennzeichnet die ernstesten Strukturprobleme der Parteien, daß im Zusammenhang mit den ihnen auferlegten und nur partiell erfüllten Funktionen zunehmend auf „die Bedeutung der Umfrageforschung als demokratisches Gegengewicht gegen oligarchische Sondergruppen“ mit der Begründung verwiesen wird, „daß ein ständiger Kommunikationsprozeß von der Bevölkerung und Parteimitgliedern zur Parteiführung auf Grund struktureller Schwierigkeiten nur schwer zu realisieren ist“¹²³. Wie untauglich ein solcher Versuch sein muß, fehlende Kommunikationsprozesse durch verstärkten Einsatz der Meinungsforschung zu kompensieren, hat die bisherige Erfahrung deutlich gezeigt¹²⁴. Nach den Beobachtungen Ulrich Lohmars hat gerade die Meinungsforschung „mit ihren Ergebnissen und Ratschlägen eine Entdemokratisierung der Parteien von außen eingeleitet, die sich nicht nur auf die Wähler, die Mitglieder und Funktionäre, sondern auch auf die Parteiführung bezieht. Die Führungsgruppen haben sich in eine freiwillige Abhängigkeit begeben zu den Ergebnissen der Umfragen, und das unfreiwillige Angewiesensein auf die modernen Kommunikationsmittel tut ein übriges. Die Außensteuerung der politischen Parteien droht sie nicht nur in ihrer Zielsetzung, sondern auch in ihrem Wesen zu entfremden“¹²⁵.

Die Analyse der Leistungsfähigkeit von Ortsverbänden als Kommunikationskanälen zeigt insgesamt ein ambivalentes Bild. Die festgestellten Defizite vor allem im Bereich der Meinungsbildung, die auf der unteren Ebene erfolgen und nach oben vermittelt werden sollte, lassen leicht übersehen, daß der umgekehrte Informationsprozeß durch die Ortsverbände durchaus organisiert werden kann und in einigen Fällen bereits stattfin-

116 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 39

117 Gesetz über die politischen Parteien, § 1 Abs. 2

118 Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 371

119 Rüdiger Göb, Kommunalpolitik und Parteiorganisation, a. a. O., S. 143

120 Heino Kaack, a. a. O., S. 693

121 so z. B. Helmut Kohl für die CDU: „Die aktuelle Willensbildung der Partei ist heute weitgehend auf die Führungsgremien und die Fraktionen verengt“ (H. Kohl, Zwischen Ideologie und Pragmatismus, Aspekte und Ansichten zu Grundfragen der Politik, Bonn 1973, S. 101) und Klaus Schütz für die SPD: „Die politische Willensbildung in der SPD entwickelt sich von oben nach unten“ (K. Schütz, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 244)

122 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 43

123 Albert Baumhauer, Problemanalyse, in: Material zur Situation der christlich-demokratischen Bewegung in Westeuropa, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz 1968, S. 14

124 siehe dazu Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, a. a. O.

125 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 108

det. Jedenfalls sind die Ortsverbände die einzigen Organisationsstrukturen innerhalb der Partei, durch die sämtliche Mitglieder organisatorisch erfaßt und damit an ein parteiinternes Informationssystem anzuschließen sind. Von ihrem organisatorischen Zugschnitt her sind daher die Ortsverbände als regionale Gliederungen aller Mitglieder als Informationsstrukturen der Partei am ehesten geeignet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Motivation, in einem politischen Diskussions- und Informationszusammenhang zu stehen, als Grund für die Mitgliedschaft in einer Partei nur sehr schwach ausgeprägt ist¹²⁶. Dies mag die nach wie vor geringe Partizipation der Mitglieder an den Veranstaltungen erklären¹²⁷, es kennzeichnet darüber hinaus das eigentliche Dilemma regional organisierter Parteistrukturen: sie sind auf Grund ihrer Struktur zur Erfüllung derjenigen Funktionen, die sie wahrnehmen sollen und wollen, kaum in der Lage, andererseits aber prädestiniert für ein besonderes Angebot an politischer Information, für das bei den eigenen Mitgliedern nur eine geringe Nachfrage besteht.

5.2.4. Selektionsfunktion

Die Bilanz wird unerfreulich. Die untere, regional gegliederte Organisationsebene der Parteien erweist sich nicht oder nur teilweise in der Lage, ihre Funktionen der Artikulation, der Integration und der Kommunikation hinreichend zu erfüllen. Dieses Ergebnis deckt sich mit früheren empirischen Befunden, die Ulrich Lohmar zu der Folgerung veranlaßt hatten, die Führungsauslese innerhalb der Parteien sei die „einzig verbliebene Chance, partiell eine demokratische Willensbildung von unten nach oben zu vollziehen“¹²⁸. Mit dieser außerordentlich kritischen Einschätzung der innerparteilichen Partizipationschancen vor allem in der SPD befindet er sich in Übereinstimmung mit den Beobachtungen von Renate Mayntz in einem Berliner Kreisverband der CDU: „Die Willensbildung geht fast ausschließlich innerhalb der Hierarchie der Amtsträger vor sich; dabei spielen die informellen Beziehungen eine besonders wichtige Rolle. Wer persönlich an politischer Mitbestimmung interessiert ist, bewirbt sich deshalb in der Regel um ein Amt“¹²⁹.

Wird damit politische Mitbestimmung und innerparteiliche Demokratie schon auf den sehr viel engeren Begriff der Führungsauslese – fraglos unzulässigerweise¹³⁰ – reduziert, so muß die Feststellung um so schwerer wiegen, daß selbst dieses Minimum auf der unter-

126 Nach Angaben von Armin Meyer entfallen nur 10 Prozent aller Nennungen von befragten Parteimitgliedern auf die besseren Möglichkeiten politischer Information und Diskussion als Motivation für einen Parteibeitritt gegenüber 42 Prozent, die eine politische Partei stärken und ihre Ziele unterstützen wollen, und 44 Prozent, die eine Verpflichtung zur Einflußnahme auf die Politik in einer Demokratie als Motivation angeben (A. Meyer, Parteiaktivitäten und Einstellungen von CDU- und SPD-Mitgliedern, a. a. O., S. 67f)

127 im untersuchten Kreisverband nahmen an den Versammlungen der Ortsverbände zwischen 5 und 50 Prozent der ihnen angehörenden Mitglieder teil, die durchschnittliche Beteiligungsquote aller Ortsverbände betrug 26 Prozent. Die geringsten Beteiligungsquoten waren in innenstädtischen oder ihnen benachbarten Ortsverbänden festzustellen, während die außerhalb des Stadtkerns gelegenen Ortsverbände in der Regel eine höhere Beteiligung aufwiesen

128 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 118

129 Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, a. a. O., S. 154

130 vgl. dazu den Abschnitt 3.3. Aufgaben und Funktionen, bes. S. 87

ren Parteiebene kaum realisiert werden kann. Dieselben Autoren, die von der Führungsauswahl als der einzig verbliebenen Chance auch nur partieller Mitbestimmung reden, müssen einräumen, daß jedenfalls auf der Ebene der Ortsverbände wenig Interesse an der Übernahme von Vorstandsämtern besteht. „Die Alternative einer Wahl zwischen mehreren Personen stellt sich in einer solchen Situation gar nicht. Häufig geht es nicht darum, wer als Kandidat gewählt wird, sondern wie man eine ausreichende Zahl von Bewerbern findet“¹³¹. Renate Mayntz stellt bündig fest: „Die Selektion von Vorstandsmitgliedern gewinnt dadurch Züge der Koalition“¹³².

Die Untersuchungen im Kreisverband B. ergeben ein weniger einheitliches Ergebnis als die zitierten früheren Befunde, die weder durchgängig bestätigt noch widerlegt werden konnten. Im angegebenen Untersuchungszeitraum fanden in mehr als der Hälfte der Ortsverbände Neuwahlen der Vorstände statt. Dabei wurde der amtierende Ortsverbandsvorsitzende in acht Fällen wiedergewählt, dreimal wegen Verzichts auf eine erneute Kandidatur ein anderer Vorsitzender bestimmt und nur einmal der bisherige Vorsitzende trotz Kandidatur mit denkbar knappstem Ergebnis nicht wiedergewählt. Allerdings ist bemerkenswert, daß fast in jedem zweiten Ortsverband ein Gegenkandidat zum bisherigen oder bereits designierten Vorsitzenden auftrat und bei den übrigen Wahlgängen zu anderen Vorstandsämtern mehrere Bewerber eher die Regel als die Ausnahme waren¹³³. Dabei deutete sich eine Tendenz zu wirklichen Selektionsvorgängen in Ortsverbänden mit relativ hohem Anteil an Mitgliedern aus der bezeichneten Mittelschicht von Angestellten und Beamten an, deren höhere Bereitschaft zur Übernahme von Führungspositionen und weit überproportionale Vertretung in der politischen Führungsgruppe des Kreisverbandes an früherer Stelle bereits dargestellt wurde¹³⁴. Die mit Abstand engagierteste Diskussion um Organisation und Führung eines Ortsverbandes fand in demjenigen statt, der auch die weitaus höchste Quote an Beamten und Angestellten mit akademischer Ausbildung aufweist. Hier wurde durch den entsprechenden Antrag einer kleinen oppositionellen Gruppe innerhalb des Ortsverbandes die traditionell hierarchische Gliederung des Ortsverbandsvorstandes zugunsten einer gleichberechtigten Führungsgruppe korrigiert und schließlich die Wahl ihres Sprechers in dieses Führungsgremium durchgesetzt¹³⁵.

Hier wie in den meisten anderen Fällen bestätigte sich allerdings die Beobachtung Ulrich Lohmars, daß Machtkämpfe meist auf derselben Ebene stattfinden, so daß Abwahlen von Vorstandsmitgliedern zumeist auf Initiativen von deren Kollegen zurückgehen¹³⁶. Dabei fällt insgesamt auf, daß bei den Wahlen auf Ortsverbandsebene solche Kriterien fast gar keine Rolle spielen, die für den Auswahlprozeß von Parlamentskandidaten oder auch bereits von Kreisvorstandsmitgliedern immer wieder relevant werden: Alter, sozia-

131 Heino Kaack, a. a. O., S. 474

132 Renate Mayntz, a. a. O., S. 143

133 in weniger als einem Viertel aller Ortsverbände wurden sämtliche Vorstandsämter ohne Gegenkandidaten besetzt

134 vgl. den Abschnitt 5.1.3. Mitglieder- und Führungsstrukturen

135 siehe den entsprechenden Antrag in der Dokumentation unter 5.9.

136 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 85

ler Status, Konfession, Gruppen- oder Verbandszugehörigkeit¹³⁷. Allenfalls die Dauer der Zugehörigkeit zur Partei und zum jeweiligen Ortsverband können eine gewisse Präferenz für einen Kandidaten begründen, der seinen Anspruch auf Übernahme oder Bestätigung eines Vorstandsamtes im wesentlichen durch regelmäßigen Besuch der Veranstaltungen und aktiven Einsatz im letzten Wahlkampf erhärten kann. Sind diese Erwartungen erfüllt, kann der Bewerber fast sicher mit seiner Wahl oder Bestätigung rechnen. Die durchschnittliche Amtsdauer der Ortsverbandsvorsitzenden betrug im untersuchten Kreisverband sieben Jahre.

Den dargestellten Ansätzen effektiver Selektionsprozesse auf lokaler Parteiebene stehen gegensätzliche Bedingungen in anderen Ortsverbänden gegenüber, die einem faktischen Kooptationssystem entsprechen. In diesen Fällen, die im gesamten Kreisverband allerdings nur eine Minderheit darstellen, war eine Besetzung der Vorstandsämter überhaupt nur durch direkte Aufforderung bereits amtierender Vorstandsmitglieder, meist des Vorsitzenden, möglich, da die Anzahl möglicher Interessenten teilweise erheblich geringer war als die zu vergebenden Positionen. Diese nach wie vor geringe Bereitschaft zur Übernahme von Führungspositionen¹³⁸ ermöglichte bei Wiedergründung eines Ortsverbandes sogar die Wahl eines Vorsitzenden, der selbst erst kurz zuvor in die Partei eingetreten war. Die Lethargie nicht nur der breiten Mitgliederschaft, sondern gelegentlich auch amtierender Vorstände ist mitunter außergewöhnlich. So veranlaßte der spektakuläre Austritt eines Stadtverordneten und Ortsverbandsvorsitzenden aus der Partei¹³⁹ seine übrigen Vorstandskollegen weder zur Einberufung einer Sitzung des Vorstandes noch aller Mitglieder des Ortsverbandes, um die entstandene Situation gemeinsam zu diskutieren und zumindest einen kommissarischen Vorsitzenden zu benennen, bis schließlich nach mehr als einem halben Jahr totaler politischer Abstinenz des gesamten Ortsverbandes die Neuwahl eines Vorstandes zustande kam, nachdem der Kreisverband durch seinen Vorsitzenden die Initiative ergriffen hatte.

Es ist zweifellos richtig, „daß eine innerparteiliche Demokratisierung vor allem bei den innerparteilichen Wahlen ansetzen muß“¹⁴⁰, ob diese aber wirklich „als die Aktivität betrachtet werden (dürfen), zu der die Parteimitglieder noch am leichtesten mobilisiert werden können“¹⁴¹, ist keineswegs sicher. Die Hauptversammlungen der Ortsverbände, bei denen Vorstandswahlen angekündigt waren, wiesen im Durchschnitt durchaus keine höhere Beteiligung der Mitglieder auf als bei sonstigen Veranstaltungen. In einem

137 siehe dazu Bodo Zeuner, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965, Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese, Den Haag 1970; eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich bei Zeuner, Wahlen ohne Auswahl, Die Kandidatenaufstellung zum Bundestag, in: W. Steffani (Hrsg.), Parlamentarismus ohne Transparenz, Opladen 1971, S. 165–190; Rudolf Zorn, Autorität und Verantwortung in der Demokratie, Würzburg 1960, S. 44 f.; Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, S. 595–662

138 siehe dazu Armin Meyer, Parteiaktivitäten und Einstellungen von CDU- und SPD-Mitgliedern, a. a. O., S. 64

139 siehe dazu das Austrittsschreiben in der Dokumentation unter 6.2.

140 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 137

141 ebda; vgl. auch Samuel H. Barnes, Party Democracy and the Logic of Collective Action, in: W. J. Crotty (Hrsg.), Approaches to the Study of Party Organization, a. a. O., S. 124

Ortsverband konnte ein Vorstand überhaupt erst in der dritten aufeinanderfolgenden Generalversammlung gewählt werden, nachdem bei den ersten beiden Versammlungen weniger Mitglieder erschienen als Ämter zu besetzen waren.

Wenn Heino Kaack die Rekrutierung der Führungselite als *die* Hauptfunktion der Parteien in der Bundesrepublik bezeichnet, „weil in diesem Punkt die Erfüllung der Funktion – quantitativ, nicht unbedingt qualitativ – eindeutig gegeben ist, während sie hinsichtlich der programmatischen Alternativen nicht einmal quantitativ angenommen werden kann“¹⁴², so muß der ganzen Wahrheit wegen ergänzt werden, daß auf der untersten Ebene der Parteiorganisation nicht einmal das „eindeutig“ ist.

5.3. Der Beitrag nichtregionaler Organisationsstrukturen

„Es gehört wohl zu den hervorstechendsten Merkmalen der politischen Kultur in Deutschland, daß Geschlossenheit und Einigkeit einer Partei höher bewertet werden als Meinungspluralismus und öffentliche Auseinandersetzung. Einer solchen Disposition liegen ein ausgeprägtes Harmoniebedürfnis zugrunde und die Vorstellung, daß die Geschlossenheit einer Partei den politischen output steigern, während ein offenkundiger Pluralismus die Leistungsfähigkeit mindere.“¹⁴³

Die Analyse der Leistungsschwäche der Ortsverbände als regionale Gliederungen der Partei hat deutlich gezeigt, daß eben diese Vorstellung auf einem ebenso nachhaltigen wie grundlegenden Irrtum beruht. Gerade die von diesen Organisationsstrukturen gelegentlich bis an die Grenze politischer Apathie demonstrierte Einigkeit und Geschlossenheit des Verbandes hat jenen durchaus vorhandenen Pluralismus verschiedener Meinungen und Interessen nicht offenkundig machen können, der allein zum Ausgangspunkt lebendiger und demokratischer innerparteilicher Willensbildung hätte werden können. Auf der anderen Seite erwiesen sich gerade diejenigen Ortsverbände als relativ funktionsfähig im Sinne der ihnen gestellten Aufgaben, die darum bemüht waren, den innerverbandlichen Pluralismus nicht zu überspielen und unvermeidliche Interessenkonflikte in Sach- und Personalfragen mit dem Mut zur Kontroverse auszutragen.

Dieser notwendige innerparteiliche Pluralismus wird durch die Einbeziehung von Strukturen in das Organisationsgefüge der Parteien hergestellt und sichtbar gemacht, die nicht an regionalen „Einheiten“, sondern an konkreten Interessen, Gruppen oder Problemen orientiert und entsprechend organisiert sind. Als solche prinzipiell nichtregionalen Strukturen können die Vereinigungen bzw. Arbeitsgemeinschaften in den beiden großen Parteien, darüber hinaus die Arbeitskreise, Kommissionen und Fachausschüsse gelten.

Sieht man von den ebenfalls eher problemorientierten, in der Regel kommunalpolitisch tätigen Arbeitskreisen innerhalb einzelner Ortsverbände ab, auf deren Bedeutung bereits hingewiesen wurde¹⁴⁴, so verfügt der untersuchte Kreisverband über insgesamt 24

142 Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 687

143 Herbert Kühr, Probleme innerparteilicher Demokratie in der CDU, a. a. O., S. 13

144 siehe S. 76 dieser Untersuchung

solcher gruppen- oder problemorientierter Organisationsstrukturen¹⁴⁵. In dem genannten Jahreszeitraum wurden von den verschiedenen Gruppierungen und Kommissionen zusammen mehr als 200 Versammlungen, Sitzungen oder öffentliche Veranstaltungen durchgeführt¹⁴⁶. Die Teilnehmerzahlen waren dabei derart unterschiedlich, daß eine Durchschnittszahl nur irreführen könnte. Auch für die nichtregionalen Organisationsstrukturen gilt, daß eine nur quantitative Angabe über die Anzahl ihrer Mitglieder, die Häufigkeit der Versammlungen und die Zahl der Anträge an Parteigremien oder Gemeindebehörden noch kein zuverlässiges Bild ihrer politischen Leistungsfähigkeit darstellt, zumal die sehr stark differierenden Verhältnisse in den einzelnen Gruppierungen eine generelle Beurteilung ohnehin nicht zulassen.

5.3.1. Die Vereinigungen

Von den im Organisationsstatut der CDU genannten sieben Vereinigungen¹⁴⁷ bestehen im Kreisverband B. nur vier: Wirtschaftsausschuß, Frauenvereinigung, Sozialausschüsse und Junge Union. Eine Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge hat im Kreisverband nur vorübergehend als eigenständige Organisation existiert, während die Mittelstandsvereinigung nach früher zeitweiliger Selbständigkeit inzwischen mit dem Wirtschaftsausschuß zusammenarbeitet. Ebenfalls nicht vorhanden ist eine eigenständige kommunalpolitische Vereinigung, als deren Mitglieder im untersuchten Kreisverband die Mitglieder der Ratsfraktion gelten, die dieser Vereinigung nach den Bestimmungen der Satzung bei ihrer Wahl in den Stadtrat beitreten müssen¹⁴⁸; Vorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung des Kreisverbandes ist demnach der Vorsitzende der Ratsfraktion. Diese formale Konstituierung mag für den Informationsfluß der auf Landes- und Bundesebene organisierten Vereinigung in den Kreisverband, speziell in die Ratsfraktion, von Belang sein, für die innerparteiliche Organisation und Willensbildung ist sie völlig irrelevant¹⁴⁹.

Unter den vier im Kreisverband B. existierenden Vereinigungen nimmt der *Wirtschaftsausschuß* in mehrfacher Hinsicht eine Sonderstellung ein. Dies ist zum einen in seiner organisatorischen Anbindung an den Wirtschaftsrat begründet, der als eingetragener Verein eine formell von der CDU unabhängige Institution ist, zum anderen aber in seiner fusionsähnlichen Zusammenarbeit mit der Mittelstandsvereinigung, die der vom CDU-Bundesausschuß 1970 beschlossenen, auf Bundesebene aber gleichwohl noch nicht verwirklichten Gründung einer Wirtschaftsvereinigung als Dachorganisation von Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung bereits weitgehend entspricht¹⁵⁰. Organisato-

145 vgl. S. 58/59 dieser Untersuchung

146 darin sind nicht eingeschlossen die insgesamt etwa 50 Vorstandssitzungen der verschiedenen Gremien

147 Statut der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, § 38, a. a. O., S. 97

148 Satzung des Kreisverbandes, § 28.1, Dokumentation 1.

149 dies wird im Geschäftsbericht des Kreisverbandes, Dokumentation 2., deutlich, in dem nur über die Tätigkeit von vier Vereinigungen sowie der Ratsfraktion berichtet wird; selbst im Bericht der Ratsfraktion findet sich kein einziger Hinweis auf die kommunalpolitische Vereinigung

150 siehe dazu Jürgen Dittberner, Der Wirtschaftsrat der CDU e. V., in: Dittberner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a. a. O., S. 209 f

risch ist diese Gruppierung nicht in Kreisverbänden, sondern in Sektionen gegliedert, die einen größeren regionalen Zuschnitt haben. Die politische Tätigkeit des Wirtschaftsausschusses erschöpft sich weitgehend in der regelmäßigen Durchführung von Veranstaltungen zu wirtschaftspolitischen Themen, zu denen neben den wenigen ordentlichen Mitgliedern¹⁵¹ – im Kreisverband B. verfügt der Wirtschaftsausschuß nur über 20 ordentliche Mitglieder, denen weitere 25 Mitglieder der Mittelstandsvereinigung hinzugezählt werden müssen – eine große Anzahl von Sympathisanten aus dem Bereich der Wirtschaft eingeladen werden. Im Untersuchungszeitraum haben vier solcher Veranstaltungen mit durchschnittlich etwa 50 Teilnehmern stattgefunden. Die Referenten für diese auf Öffentlichkeitswirkung mehr als auf innerverbandliche Meinungsbildung angelegten Veranstaltungen werden in der Regel durch die Bundesgeschäftsstelle des Wirtschaftsrates vermittelt, die umgekehrt einen Bericht über Verlauf und Ergebnisse vom jeweiligen Sektionsvorsitzenden erhält. Anträge oder Anregungen an Gremien und Organe des Kreisverbandes sind vom Wirtschaftsausschuß nicht gestellt worden, der seine politische Funktion ohnehin fast ausschließlich auf die Bundesebene bezieht: „Der Wirtschaftsausschuß sieht sich als eine Einrichtung, die dazu dienen soll, bestimmte Auffassungen in Wirtschaftsfragen durchzudiskutieren und aufgrund dieser Diskussion den zuständigen Bundestagsabgeordneten Anregungen für ihre Arbeit und zu Initiativen im Bundestag zu geben“¹⁵².

Eine Beeinflussung oder auch nur Beteiligung an sach- oder personalpolitischen Entscheidungen des Kreisverbandes von seiten des Wirtschaftsausschusses konnte nicht beobachtet werden. Dies gilt auch für die seine Interessen fraglos besonders betreffenden Sachthemen des Hamburger Bundesparteitages (Mitbestimmung, Vermögensbildung, Berufliche Bildung, Bodenrecht), an deren innerparteilicher Diskussion auf unterer Organisationsebene er durch eigene Beiträge nicht beteiligt war oder sein wollte.

Im Unterschied zu den anderen Vereinigungen ist die Mitgliedschaft in der *Frauenvereinigung* an die in der CDU gebunden: „Die Mitgliedschaft in der Landesvereinigung der Frauen wird mit der Mitgliedschaft in der CDU erworben. Es sei denn, daß das weibliche Mitglied ausdrücklich erklärt, nicht Mitglied der Landesvereinigung der Frauen werden zu wollen“¹⁵³. Aufgrund dieser Satzungsbestimmung des Landesverbandes, die auch für die auf eine eigene Satzung verzichtende Kreisfrauenvereinigung Gültigkeit hat, entspricht deren Mitgliederzahl dem Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft des Kreisverbandes, der mit über 500 oder nahezu 30 Prozent ungewöhnlich hoch ist¹⁵⁴. Der praktische Nachteil einer solchen durch generelle Vereinigungszugehörigkeit qua Parteimitgliedschaft bedingten nominell hohen Mitgliederzahl besteht in den damit verbundenen hohen Organisationskosten bei gleichzeitiger Verschleierung des sehr viel kleineren aktiven Mitarbeiterstammes. Dieser aktive Kern um-

151 die Satzung des Wirtschaftsrates unterscheidet im § 3 zwischen ordentlichen Mitgliedern, korrespondierenden Mitgliedern und Ehrenmitgliedern (Satzung des Wirtschaftsrates der CDU e. V., Stand 26. Februar 1971, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle Bonn 1974)

152 Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, in: Geschäftsbericht des Kreisverbandes, Dokumentation 2.

153 Satzung der Landesfrauenvereinigung der CDU Westfalen/Lippe, § 2

154 vgl. den Abschnitt 5.1.3. Mitglieder- und Führungsstrukturen, S. 143

faßt kaum mehr als 20 bis 30 Damen, der für besondere Anlässe aktivierbare Personenkreis dürfte der Beteiligungsquote der Jahreshauptversammlung entsprechend bei etwa 10 Prozent der Gesamtmitgliedschaft liegen¹⁵⁵.

Die Tätigkeit der Frauenvereinigung hob sich im Untersuchungszeitraum durch regelmäßig durchgeführte Veranstaltungen, Anträge, Anregungen an andere Parteiinstanzen und recht intensive Pressearbeit¹⁵⁶ deutlich von den meisten anderen regionalen und nichtregionalen Parteigliederungen ab. Dabei lag das Schwergewicht ihrer Tätigkeit¹⁵⁷ in der Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren zur „politische(n) Bildung und Schulung der Frauen zur Vorbereitung und Unterstützung der Parteiarbeit“¹⁵⁸. Neben solchen, den traditionellen Mitgliederversammlungen der Ortsverbände im wesentlichen entsprechenden Informationsveranstaltungen wurde eine Reihe sozialpolitischer Aktionen durchgeführt, mit denen der Versuch unternommen wurde, die übliche theoretische Beschäftigung mit politischen Problemen durch praktische Hilfsmaßnahmen und Erfahrungen zu ergänzen¹⁵⁹. Derselben Zielsetzung dient auch ein eigens eingerichteter Arbeitskreis für Seniorenbürger, der weniger aus Mitgliedern dieser Altersgruppe bestehen als vielmehr ihnen Kontaktmöglichkeiten und Hilfestellungen bieten soll. Dagegen konnten zwei weitere geplante Arbeitskreise für junge Mütter und berufstätige Frauen wegen mangelnder Zahl an Mitarbeitern und Interessenten nicht eingerichtet werden.

Der relativ geringen Zahl aktiver Mitarbeiter in der gesamten Organisation entspricht auch in diesem Falle eine starke Stellung des Vorstandes, von dem nahezu alle Initiativen und Anregungen ausgehen, Aktionen durchgeführt und Willensäußerungen für die Vereinigung als Ganzes formuliert und gelegentlich auch gleich verabschiedet werden¹⁶⁰. Eine effektive Beteiligung am innerverbandlichen Willensbildungsprozeß ist unter diesen Bedingungen kaum ohne Mitgliedschaft im Vorstand möglich. Die Dominanz dieses Gremiums innerhalb der Frauenvereinigung mag auch den ansonsten keineswegs selbstverständlichen Umstand erklären, daß bis auf die Wahl der Vorsitzenden, die zugleich

155 dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß zu dieser Jahreshauptversammlung ein Teil der Mitglieder zur Vermeidung hoher Portokosten, dennoch natürlich unzulässigerweise, gar nicht eingeladen worden war. Da von dieser eigenwilligen Einsparungsmaßnahme des Vorstandes im wesentlichen solche Mitglieder betroffen waren, die dieser ohnehin für inaktiv hielt, kann davon ausgegangen werden, daß eine erheblich höhere Beteiligungsquote damit nicht verhindert wurde

156 siehe dazu den Abschnitt 5.4.

157 vgl. dazu den Tätigkeitsbericht und das Arbeitsprogramm der Frauenvereinigung, Dokumentation, 6.7. und 6.8.

158 Satzung der Landesfrauenvereinigung der CDU Westfalen/Lippe, § 3

159 im Untersuchungszeitraum wurden neun solcher Aktionen durchgeführt, so z. B. Hilfsaktionen für kinderreiche Familien und Obdachlose, Vermittlung von Jugendlichen in Arbeitsstellen, Weihnachtskonzerte in Altersheimen, Besuche in Kindererholungszentren am Stadtrand

160 von fünf Anträgen im Untersuchungszeitraum richteten sich drei in kommunalpolitischen Anliegen an die Ratsfraktion, eine an die Bundestagsfraktion zur beabsichtigten Reform des § 218 StGB und eine weitere an den Bundesverband der Frauenvereinigung zum Entwurf eines Grundsatzprogramms

stellvertretende Parteivorsitzende ist, in allen anderen Wahlgängen mehrere Kandidatinnen zur Verfügung standen¹⁶¹.

Die mitgliederstärksten der im Kreisverband bestehenden Vereinigungen sind die *Sozialausschüsse* der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), die unterhalb der Kreisebene in drei Betriebsgruppen organisiert sind. In der Arbeit dieser Betriebsgruppen, an deren regelmäßigen Veranstaltungen zu betriebsbezogenen oder allgemeinen gesellschaftspolitischen Problemen meist auffallend viele Mitglieder und sympathisierende Berufskollegen teilnehmen, sieht die Vereinigung selbst den wichtigsten Schwerpunkt ihrer Tätigkeit¹⁶². Nimmt man die regelmäßige Teilnahme an diesen Veranstaltungen als Minimalkriterium aktiver Mitarbeit an, so beträgt der Anteil an der Gesamtmitgliedschaft von mehr als 700 Personen dennoch auch hier kaum mehr als 15 Prozent: die Beteiligungsquote an der Jahreshauptversammlung des Kreissozialausschusses, die einen neuen Vorstand zu wählen hatte, lag sogar unter 10 Prozent.

Es ist besonders bemerkenswert, daß die für die gesamte Kreispartei dargestellte – im übrigen für alle großen Parteien in der Bundesrepublik nachgewiesene – Überrepräsentanz der Angestellten und Beamten selbst in der Mitgliederstruktur dieser sich selbst als Arbeitnehmerorganisation verstehenden Vereinigung nachzuweisen ist: gegenüber 42 Prozent Arbeitern stellen die Angestellten (45 Prozent) und Beamte (4 Prozent) fast die Hälfte der gesamten Mitgliedschaft¹⁶³. Der mit 86 Prozent hohe Anteil an Mitgliedern, die zugleich der CDU angehören¹⁶⁴, schafft für die innerparteiliche Durchsetzung der eigenen Anliegen und Interessen günstigere Voraussetzungen, als häufig angenommen wird¹⁶⁵. Immerhin stellen die Sozialausschüsse acht von 21 Ortsverbandsvorsitzenden und sieben von fünfzehn Mitgliedern des Kreisvorstandes, darunter vier von sechs Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes. Wenn das tatsächliche politische Gewicht dieser Vereinigung innerhalb der Partei dennoch deutlich geringer ist, als ihre zahlenmäßigen Vertretung auch in den Führungsgremien des Kreisverbandes erwarten ließe, so muß dies auf den weitgehenden Verzicht sowohl der Mitglieder als auch des Vorstandes der Sozialausschüsse zurückgeführt werden, eigene Anliegen und Interessen als Anträge in die zuständigen Parteigremien einzubringen und dort gegebenenfalls auch kontrovers zu diskutieren und auszutragen¹⁶⁶. Die eigenmächtige Verschiebung eines

161 zum politischen Engagement von Frauen und den Frauenorganisationen der Parteien siehe die Untersuchungen von Gabriele Bremme, Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen 1956; und Mechthild Fülles, Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969

162 siehe dazu den Geschäftsbericht in den Tagungsunterlagen zur Hauptversammlung der CDA-Sozialausschüsse, Abschnitt 4. Betriebsgruppenarbeit, Dokumentation 6.3.

163 ebda, Abschnitt 3. Mitgliederbewegung, e) Berufsstruktur

164 ebda, f) CDU-Mitgliedschaft

165 vgl. etwa Rolf Ebbighausen/Wilhelm Kaltenborn, Arbeiterinteressen in der CDU?, Zur Rolle der Sozialausschüsse, in: Dittberner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a. a. O., S. 172–199

166 so haben Schreiben der CDA an den Bundeskanzler, der einer anderen Partei angehört, oder auch an den Bundesvorstand der CDU sicherlich einen gewissen publizistischen Reiz, sind aber fraglos von geringerer praktischer Relevanz als etwa Anträge an solche Parteigremien, an deren Entscheidungen man selbst durch eigene Delegierte beteiligt ist. Auch die den Kreisparteitagen vorgelegten Anträge wurden schließlich, als sie zur Abstimmung gestellt werden sollten, als bloße Empfehlungen an den Parteivorstand interpretiert und somit einer verbindlichen Beschlussfassung entzogen

von den Sozialausschüssen gemeinsam mit der Jungen Union beantragten Sonderparteitages zur Beratung der Sachthemen der nachfolgenden Landes- und Bundesparteitage¹⁶⁷ durch den Kreisvorstand wurde von der CDA letztlich widerspruchlos zur Kenntnis genommen, obwohl sie für sämtliche Beschlußvorlagen des Bundesparteitages bereits Abänderungsanträge vorbereitet hatte.

Die Organisationsstruktur der *Jungen Union* (JU) entspricht in verkleinertem Maßstab derjenigen des CDU-Kreisverbandes: sie ist unterhalb der Kreisebene in acht Ortsverbände gegliedert, Entscheidungsorgane sind die Kreisversammlung als allgemeine Mitgliederversammlung, der dem Parteiausschuß entsprechende Kreisausschuß und der Kreisvorstand¹⁶⁸. Diese organisatorische Nachbildung allgemeiner Parteistrukturen findet in der politischen Tätigkeit dieser Vereinigung ihre Bestätigung, die ebenfalls weniger durch jugendspezifische Initiativen¹⁶⁹ als durch eine mehr oder weniger intensive Beschäftigung mit aktuellen und grundsätzlichen politischen Fragen gekennzeichnet ist, die nicht zuletzt durch das breite Alters- und damit Interessenspektrum von 14- bis 35jährigen bedingt ist. „Das bedeutet, daß die JU schon unter dem Gesichtspunkt der Altersstruktur keine gruppenkohärenten Kristallisationspunkte herauszubilden vermag... Insofern ist eine Vereinigung der Parteijugend eine widersprüchliche Konstruktion. Im Gegensatz zu den Vereinigungen der CDU kann diese keine gruppenspezifischen Partikularinteressen, die für die Jugend in ihrer Gesamtheit repräsentativ wären, entwickeln und in der Partei durchsetzen“¹⁷⁰.

Insgesamt ist in der Mitgliederstruktur dieser Vereinigung eine deutliche Verjüngung eingetreten: weit über die Hälfte ihrer Mitglieder ist weniger als 23 Jahre alt¹⁷¹, während bis zum Ende der sechziger Jahre die älteren Jahrgänge dominiert hatten¹⁷². Auch die Sozialstruktur der Jungen Union des Kreisverbandes weist bemerkenswerte Unterschiede zu derjenigen der Gesamtpartei auf; dies gilt für den höheren Anteil an Arbeitern und Lehrlingen (21 Prozent), die wesentlich günstigere Proportion von Katholiken und Protestanten (41:33 Prozent) und selbst für den Anteil weiblicher Mitglieder, der mit über 34 Prozent noch höher ist als der schon ungewöhnliche Wert der Kreispartei¹⁷³.

167 Sachantrag Nr. 5 zum Kreisparteitag 1973, Dokumentation 4.1.

168 Satzung des Kreisverbandes B. der Jungen Union Deutschlands, § 14–21

169 obwohl natürlich auch solche zu registrieren sind, z. B. die Vorlage eines Konzeptes für die Errichtung und Verwaltung eines städtischen Jugendzentrums oder der Antrag an den Parteitag zur künftigen Handhabung der Lehrmittelfreiheit (Sachanträge Nr. 7 und 8 zum Sonderparteitag 1974, Dokumentation 4.3.)

170 Ulrich Grasser, Die CDU und die Junge Union, in: Dittberner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a. a. O., S. 329

171 siehe dazu den Anhang zum Geschäftsbericht des Kreisvorstandes der Jungen Union, Dokumentation 6.4.

172 vgl. Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 533

173 siehe den Anhang zum Geschäftsbericht, Dokumentation 6.4.; während die Zahlenangaben für die Alters- und Berufsstruktur mit denen des Bundesverbandes der Jungen Union übereinstimmen, ist der Anteil weiblicher Mitglieder noch um mehr als 10 Prozent höher als im gesamten Verband (vgl. JU-Statistisches, in: Die Entscheidung, 22. Jg. Nr. 1, 1974, S. 13); die entsprechenden Zahlen für den CDU-Kreisverband siehe im Abschnitt 5.1.3. Mitglieder- und Führungsstrukturen

Die starke Verjüngung der Mitgliederschaft politischer Jugendorganisationen entspricht auf der einen Seite der empirischen Erfahrung, „daß etwa zwei Drittel der 14/15jährigen sich nicht mehr als völlig offen bezeichnen, sondern eine gewisse Richtungspräferenz vorgenommen“ haben¹⁷⁴. Andererseits ist damit die Mehrheit der gesamten Mitgliederschaft durch einen Personenkreis gekennzeichnet, für den nach verschiedenen in der Bundesrepublik durchgeführten Untersuchungen „ein niedriges politisches Informationsniveau, geringes Interesse und nur eine oberflächliche demokratische Einstellung typisch“ ist¹⁷⁵, ein Verhaltensmuster, das wiederum auf viele ältere Mitglieder motivationshemmend wirkt¹⁷⁶.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit in den Ortsverbänden der Jungen Union ist unter diesen Bedingungen notwendigerweise durch mindestens monatliche Informations- und Bildungsveranstaltungen bestimmt, bei denen im übrigen deutlich zu beobachten ist, daß ein großer Teil der Mitglieder nicht wegen, sondern trotz der behandelten politischen Probleme an diesen Veranstaltungen teilnimmt. Die Wahrnehmung einer sozialen Integrationsfunktion¹⁷⁷ geht auch hier – ähnlich wie in den Ortsverbänden der Partei – der politischen Artikulationsfunktion voraus. Auch die Beteiligungsquote an den Veranstaltungen stimmt mit derjenigen der CDU-Ortsverbände (etwa 25 Prozent) fast exakt überein¹⁷⁸.

Demgegenüber vollzieht sich die innerverbandliche Willensbildung in stärker formalisierten Bahnen, als dies in der Gesamtpartei und den meisten ihrer anderen Untergliederungen beobachtet werden konnte. Zentrales Entscheidungsgremium für alle politischen Initiativen, Stellungnahmen und Anträge der Jungen Union ist der von Delegierten der Ortsverbände besetzte Kreisausschuß, der im Untersuchungszeitraum sechsmal zusammengetreten ist¹⁷⁹. Diese formale Verlagerung der politischen Entscheidungskompetenz vom Vorstand auf ein breiteres Willensbildungsgremium kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch hier Entscheidungen gegen die erklärte Auffassung des Vorstandes nur sehr selten durchzusetzen waren.

Die innerparteiliche Rolle der Jungen Union in der Kreispartei ist etwa im Sinne der den Jugendorganisationen generell zugeschriebenen Funktion als „Initiator politischer In-

174 Peter Menacher, Jugendliche und Parteien, Ein Beitrag zur politischen Bildung unter besonderer Berücksichtigung der Kenntnisse und Stellungnahmen der Schüler beim Abschluß der Hauptschule, 2. Auflage, München 1972, S. 103

175 ebd., S. 44; vgl. auch die dort referierten Untersuchungsergebnisse von Sigulla, Herkommer, Traeger, Jaide, Blücher und Lenné (S. 40–44) sowie die neueren Studien von Ulrich Lohmar, Politik in der Hauptschule, Gütersloh 1970, und Walter Jaide, Jugend und Demokratie, München 1970

176 siehe dazu das Austrittsschreiben eines JU-Mitgliedes, Dokumentation 6.6.

177 diesem Zweck dienen sog. politische Stammtische, Wochenendseminare, Studienfahrten oder auch Tanzfeste

178 ähnliche Beteiligungsquoten nennt auch Dierk-Eckhard Becker, Die Liquidation der innerparteilichen Demokratie (Das Beispiel Junge Union Hamburg), in: Dierk-Eckhard Becker/Elmar Wiesendahl, Ohne Programm nach Bonn oder Die Union als Kanzlerwahl-Verein, Hamburg 1972, S. 20

179 außerdem haben im selben Jahreszeitraum zwei Kreisversammlungen, zwei öffentliche Mitgliederversammlungen und drei Konferenzen der Ortsverbandsvorstände stattgefunden

novation auf der Basis einer hohen Korrelation zwischen programmatischer Experimentierfreudigkeit und geringer, sich aus Führungsfunktionen ergebender Mobilitätsbehinderung¹⁸⁰ zu kennzeichnen. Jedenfalls begründet ihr politisches Auftreten keineswegs den Verdacht der „Konformität“¹⁸¹, und gerade die Parteiführung würde sie sicherlich nicht als „eine dem Partei-Establishment loyal verpflichtete Nachwuchsorganisation“¹⁸² empfinden, die, wenn schon der Partei, so doch ganz sicher nicht ihrem Establishment verpflichtet erscheint. Die von der Jungen Union dem Kreisparteitag vorgelegten Satzungsänderungs- und Sachanträge verfolgen fast ausnahmslos das Ziel, die Allzuständigkeit und Dominanz des Parteivorstandes zu brechen und breitere Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen¹⁸³. Wenn überhaupt innerhalb des untersuchten Kreisverbandes Ansätze einer innerverbandlichen Opposition im Sinne der dargestellten Bedingungen¹⁸⁴ ermittelt und angegeben werden sollen, so müßten sie fraglos im Umkreis dieser Vereinigung gefunden werden¹⁸⁵. Ob die Tätigkeit in der Jungen Union die oft behauptete „Funktion des Sprungbrettes für eine Parteikarriere“¹⁸⁶ hat, ist abschließend nicht zu beurteilen. Der Umstand, daß fünf CDU-Ortsverbandsvorsitzende und sechs Kreisvorstandsmitglieder, darunter der Kreisvorsitzende und zwei weitere Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes, ihre politische Karriere in der JU begonnen haben, spricht zunächst für eine solche These. Dennoch sollte ihre Bedeutung als Karriereinstrument nicht überschätzt werden¹⁸⁷, solange die aktive Mitarbeit und Profilierung in irgendeiner Gliederung der Partei für den politischen Aufstieg noch immer wichtiger ist als die bloße Zugehörigkeit zu einer scheinbar besonders einflußreichen oder wichtigen.

Die innerhalb der Jungen Union und der Sozialausschüsse in jüngerer Zeit gegründeten Suborganisationen *Schüler-Union* und *Junge Arbeitnehmerschaft* haben anderslautenden Erfolgsmeldungen in den Geschäftsberichten zum Trotz¹⁸⁸ sich im Untersuchungszeitraum noch nicht vollständig konsolidieren können. Außer der Wahl von Vorständen und Delegierten für übergeordnete Gremien des jeweiligen Verbandes sowie der Durchführung einiger weniger Veranstaltungen, die in der Regel eher schlecht besucht waren

180 Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 544; zu einer ähnlichen Einschätzung kommt Bodo Zeuner, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 109

181 Ulrich Grasser, Die CDU und die Junge Union, a. a. O., S. 332

182 ebda, S. 334

183 siehe dazu die Satzungsanträge C0 – C2 und die Sachanträge Nr. 3, 4 und 5, die das Verfahren für die Aufstellung von Parlamentskandidaten der Partei, die Funktionsaufteilung im Kreisvorstand und die Einberufung eines Sonderparteitages zum Gegenstand haben (Dokumentation 4.1.)

184 siehe dazu den Abschnitt 2.2.4. Innerorganisatorischer Wettbewerb, S. 59–65

185 als Beispiel heftiger innerparteilicher Kritik siehe die Protestschreiben des kommunalpolitischen Arbeitskreises der JU und CDU eines Ortsverbandes (Dokumentation 5.6.) und des Kreisverbandes der JU zur Verschiebung des Sonderparteitages (Dokumentation 6.5.). Auch die vom Kreisverband und einem weiteren Ortsverband mit einer Auflage von 10000 bzw. 5000 Exemplaren herausgegebenen Zeitungen haben immer wieder als Foren innerparteilicher Auseinandersetzung gedient

186 Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 541

187 So Dietrich Herzog, Karrieren und politische Professionalisierung bei CDU/CSU und FDP, a. a. O., S. 116

188 siehe die Geschäftsberichte der Sozialausschüsse und der Jungen Union, Dokumentation 6.3. und 6.4.

und nur gelegentlich zu Stellungnahmen oder Erklärungen zu besonders diese Gruppen interessierenden Problemen geführt haben, konnten beide Gruppen weder innerparteilich noch öffentlichkeitswirksam besonders hervortreten. Insbesondere das Ziel der politischen Organisierung ihrer sozialen Zielgruppen blieb in diesem Kreisverband unerreicht. Dabei erwies sich die als Chance verstandene organisatorische Selbständigkeit beider Gruppierungen eher als Handikap, da ihre führenden Vertreter aufgrund ihres Alters oder ihrer beruflichen bzw. schulischen Belastung zum Aufbau einer eigenständigen politischen Organisation kaum in der Lage waren.

5.3.2. Die Arbeitskreise und Kommissionen

Im Gegensatz zu den Vereinigungen sind die Arbeitskreise und Kommissionen des Kreisverbandes mit Ausnahme des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) und des Evangelischen Arbeitskreises keine selbständigen Organisationen, sondern unterstützende Gremien für den Parteivorstand. Während jene das Antragsrecht für Parteitag und Parteiausschuß besitzen, bedürfen die Arbeitskreise und Kommissionen für ihre Konstituierung wie vor allem für ihre Beschlüsse der Zustimmung durch den Parteivorstand¹⁸⁹.

Im untersuchten Kreisverband bestanden während des Untersuchungszeitraums – zumindest formal – neun Kommissionen, die mit parteiorganisatorischen Problemen befaßt waren, und sieben Arbeitskreise zu wichtigen politischen Fachbereichen. Die Organisation und Arbeitsweise dieser Strukturen, vor allem aber ihre spärlichen Ergebnisse, müssen insgesamt als unbefriedigend bezeichnet werden. Vier der Kommissionen und zwei Arbeitskreise haben im Untersuchungszeitraum überhaupt nicht getagt, darunter zwei Kommissionen, die der Kreisvorstand vor den Bundestagswahlen 1972 gebildet (Organisation und Öffentlichkeitsarbeit) und danach wieder aufzulösen oder mit neuen Aufgaben zu versehen unterlassen hatte. Die diesbezügliche Kritik eines Parteitagsdelegierten wurde von einem der beiden Kommissionsvorsitzenden damit beantwortet, daß er inzwischen nicht in den Kreisvorstand wiedergewählt und damit zugleich seiner Verpflichtung für diese Aufgabe entbunden worden sei. Diese vereinfachende Erklärung ist insofern nicht ganz unbegründet, als in der Tat mit nur drei Ausnahmen alle Arbeitskreise und Kommissionen von Mitgliedern des Kreisvorstandes verantwortlich geleitet werden. Diese Konstruktion ermöglicht es, unerwünschte oder auch nicht realisierbare Initiativen innerhalb des Vorstandes zunächst einmal durch Bildung einer Kommission zu vertagen, ohne sie förmlich ablehnen zu müssen¹⁹⁰, und in ihren Folgen

189 Satzung des Kreisverbandes, § 19, Dokumentation 1.

190 dies trifft für die Kommission zur Erarbeitung eines Informationsdienstes des Kreisverbandes zu, die nach mehrmaligem Antrag im Vorstand unter Leitung des Antragstellers gebildet wurde, ohne daß bei den folgenden Etatberatungen entsprechende Finanzmittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurden

möglicherweise nicht absehbare Vorhaben außerhalb des Vorstandes in seine Entscheidungskompetenz zurückzuholen¹⁹¹.

Eine befriedigende Erledigung der ihnen gesetzten Aufgaben kann lediglich vier Kommissionen¹⁹² bestätigt werden: der Antragskommission, die alle den beiden Kreisparteitagen vorgelegten Anträge zu sichten, zu systematisieren und mit einem Votum zu versehen hatte; der Kommission für Mitgliederwerbung, durch die eine gezielte Werbeaktion vorbereitet und unter Einbeziehung von Mitarbeitern aus verschiedenen Ortsverbänden und Vereinigungen mit Erfolg durchgeführt wurde; der sog. ad-hoc-Kommission, die eine mögliche Erweiterung oder Veränderung der Geschäftsstelle unter baulichen und finanziellen Gesichtspunkten überprüfen sollte; und schließlich der Wahlanalyse-Kommission, die später in eine Wahlkommission zur Vorbereitung der Landtags- und Kommunalwahlen 1975 umgewandelt wurde.

Die eigentliche Problematik der Konstruktion dieser Gremien wird an der letztgenannten Kommission besonders deutlich, die eine Analyse des Wahlergebnisses der Bundestagswahl im Kreisverband B. vorzunehmen hatte, aufgrund ihrer Untersuchungen dann zu Ergebnissen kam, die nicht nur organisatorische, sondern vor allem auch politische Konsequenzen nahelegten, für die sie schließlich keinen Adressaten fand¹⁹³. Bericht und Ergebnisse dieser Kommission waren mehrmals Tagesordnungspunkt von Kreisparteitagen¹⁹⁴ und Parteiausschußsitzungen, wurden jeweils vertagt, den Delegierten am Ende schriftlich zugestellt, zu keinem Zeitpunkt aber diskutiert oder gar verabschiedet. Für die Mitglieder dieser Kommission mag ihre Arbeit interessant und aufschlußreich gewesen sein, für die politische Arbeit des Kreisverbandes blieben ihre Ergebnisse ohne jede Relevanz.

Von allen Arbeitskreisen und Kommissionen verfügt nur ein einziger über einen gewählten Vorstand nach den Bestimmungen der Satzung¹⁹⁵, alle anderen werden nach dem Gutdünken des vom Vorstand eingesetzten Beauftragten einberufen oder auch nicht einberufen: je zwei Arbeitskreise haben im Untersuchungszeitraum überhaupt nicht oder nur ein einziges Mal getagt, lediglich die Arbeitskreise für Sport, Kultur und Schulen können unter Berücksichtigung ihrer Arbeitsweise, der Anzahl ihrer Mitarbeiter und

191 dies könnte innerhalb des Untersuchungszeitraumes allenfalls für den Arbeitskreis Vermögensbildung gelten, der im Vorfeld der Parteitage im Herbst 1973 die verschiedenen Vorstellungen einzelner Gruppen innerhalb des Kreisverbandes aufgreifen und möglicherweise zu einem gemeinsamen Antrag integrieren sollte. Dieser Arbeitskreis kam wegen mangelnder Beteiligung über eine konstituierende Sitzung aber nicht hinaus (siehe dazu das Rundschreiben des Kreisgeschäftsführers, Dokumentation 4.2., und das Schreiben der Jungen Union, Dokumentation 6.5.)

192 Die Finanzkommission ist ebenfalls ein vor längerer Zeit, damals für einen konkreten Anlaß gebildetes, aber nicht wieder aufgelöstes Gremium, das im Untersuchungszeitraum nur einmal vor Einbringung des Jahresetats im Kreisvorstand zusammentrat

193 siehe den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Wahlanalyse, bes. den letzten Abschnitt „Folgerungen aus dem Wahlergebnis“, Dokumentation 6.9.

194 vgl. die Tagesordnung der beiden Kreisparteitage, Dokumentation 4.1. und 4.3.

195 Die Satzung des Kreisverbandes, § 19.3, schreibt für die Fachausschüsse und Arbeitskreise des Kreisverbandes die Wahl von Vorständen vor, die einer Bestätigung durch den Kreisvorstand bedürfen

ihrer Arbeitsergebnisse als halbwegs funktionsfähig bezeichnet werden¹⁹⁶. Nur in diesen drei Arbeitsgruppen gelang es auch wenigstens ansatzweise, parteilich ungebundene Fachleute zur Mitarbeit zu motivieren. Eine Arbeitsweise besonderer Art entwickelte ein Arbeitskreis für Jugend- und Familienfragen, der weder über einen festen Mitarbeiterkreis verfügt noch zu irgendeiner Sitzung zusammentrat, gleichwohl aber mehr Pressemeldungen produzierte als alle anderen vergleichbaren Gremien¹⁹⁷; die „Willensbildung“ in diesem „Arbeitskreis“ vollzieht sich durch informelle Kontaktaufnahme seines „Vorsitzenden“ mit von ihm für jeweils kompetent gehaltenen Parteifreunden oder auch anderen Sachverständigen, deren Ergebnis dann als Pressemeldung publiziert wird.

Die Funktion der Beratung für den Kreisverband oder auch nur den Vorstand erfüllen die Arbeitskreise in ihrer jetzigen Struktur eindeutig nicht. Die frühen Ergebnisse von Renate Mayntz werden durch die Beobachtung im Kreisverband B. vollauf bestätigt: „Besondere gutachtliche Äußerungen erwartet der Kreisvorstand nicht. Ausschußvorsitzende werden vom Kreisvorstand kaum jemals zum Bericht über ihre Tätigkeit aufgefordert. Ebenso selten geschieht es, daß ein Ausschuß dem Kreisvorstand etwas Bestimmtes vorschlägt“¹⁹⁸.

Durchaus günstigere Verhältnisse sind für den Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) und mit Einschränkungen auch für den im Untersuchungszeitraum wieder gegründeten Evangelischen Arbeitskreis festzustellen, die als selbständige Organisationen im politischen Umfeld der Partei mit dieser aber nur so locker verbunden sind, daß eine Beeinflussung innerparteilicher Willensbildungsprozesse zumindest auf der unteren Organisationsebene nicht erfolgen konnte und wohl auch nicht erfolgen sollte.

Die Analyse der Leistungsfähigkeit nichtregionaler Organisationsstrukturen in Form von Vereinigungen, Arbeitskreisen, Kommissionen und ähnlichen Gruppierungen zeigt für diese ähnlich gravierende Mängel auf, wie sie für die Ortsverbände als Regionalstrukturen festgestellt werden mußten. Dabei erweist sich auch in diesem Fall die organisatorische Verfassung als das eigentliche Problem: die Chance der Artikulation bestimmter Interessen und Probleme, die sich durch organisatorische Erfassung entsprechender Gruppierungen und Problemfelder bietet und auch bieten muß, „weil die Region nicht ausschließlicher Kristallisationspunkt politischer Meinungsbildung ist“¹⁹⁹, wird zugleich durch die Zuordnung solcher interessen- und problemorientierter Strukturen auf die jeweiligen Parteivorstände wieder vertan, die die Funktion der Integration konkurrierender Auffassungen und Anliegen, also die eigentliche Willensbildungsfunktion, weder leisten können noch dürfen, wenn die Parteien insgesamt nicht dem Oligarchisierungsprozeß verfallen wollen, den sie längst überwunden zu haben glauben.

Wenn es richtig ist, daß eine Tendenz zur Demokratisierung innerparteilicher Prozesse vor allem durch eine Erhöhung des „Konfliktaustragungspotentials in den Parteien“

196 diese drei Arbeitskreise tagen etwa vierteljährlich mit durchschnittlich 15 (Sport und Kultur) bzw. 40 (Schulen) Teilnehmern; ihre Beratungsergebnisse sind meist ohne Einschaltung von Parteigremien einschließlich des Vorstandes direkt an die Ratsfraktion oder die parlamentarischen Ausschüsse weitergegeben worden

197 vgl. die Pressedokumentation im Abschnitt 5.4.

198 Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, a. a. O., S. 109

199 Norbert Blüm, Reaktion oder Reform, Wohin geht die CDU? Hamburg 1972, S. 16

und durch die Existenz „effektiver innerparteilicher Gruppenbildung“²⁰⁰ erzielt werden kann und muß, weil Politik überhaupt nur in realen sozialen Gruppen, ihren Problemen und Interessen konkret wird, dann müssen die diesen Gruppen und Problemen entsprechenden Parteistrukturen, „die heute nur als ungeliebte Konzessionen existieren, ... die eigentlichen Träger der Artikulation politischer Meinung für ihre jeweiligen Bereiche werden“²⁰¹. Diese Funktion aber können sie innerparteilich wie nach außen in die Bevölkerung hinein nur dann glaubwürdig und effektiv wahrnehmen, wenn sie tatsächlich neben den Regionalstrukturen ein „zusätzlicher Weg der Mitbestimmung von unten“ und damit zugleich auch ein „zweiter innerparteilicher Aufstiegsweg“²⁰² werden. Diese Bedingung trifft unter den gegebenen Verhältnissen allenfalls für die Vereinigungen zu, die sich auch von allen Parteistrukturen noch am ehesten zur Ausfüllung der Artikulationsfunktion fähig erwiesen haben.

Nur die politische und organisatorische Eigenständigkeit nichtregionaler Parteistrukturen²⁰³ und ihre unmittelbare Anbindung an die zentralen Entscheidungsorgane der Gesamtpartei könnte dieser gerade auf der unteren Organisationsebene zur Attraktivität auch gegenüber denjenigen parteipolitisch nicht oder noch nicht gebundenen Bürgern verhelfen, denen die Mitarbeit in Ortsverbänden unergiebig und die in Arbeitskreisen oder Kommissionen aufgrund der dargestellten Bedingungen irrelevant erscheinen muß. „Die stärkere Beteiligung der parteipolitisch nicht gebundenen oder ausdrücklich an der Parteiarbeit nicht interessierter Bürger ist nur über sachbezogene oder projektorientierte Arbeit, die das eigene unmittelbare Interesse tangiert, möglich“²⁰⁴.

Eine solche Verbreiterung innerparteilicher Partizipationschancen erscheint angesichts der deutlichen Defekte sowohl der regionalen wie der nichtregionalen Parteistrukturen nur möglich durch eine Organisationsreform, die die „erheblichen Gleichgewichtsstörungen“ des „theoretisch beanspruchten Interessenpluralismus“²⁰⁵ innerhalb der Partei zu korrigieren in der Lage ist.

5.4. Die Öffentlichkeitswirkung der kommunalen Parteiorganisation

Die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Organisationsstrukturen innerhalb der Parteiorganisation muß neben den Beiträgen, die sie für den innerparteilichen Willensbildungsprozeß zu leisten imstande sind, auch von ihrer Öffentlichkeitswirkung her beur-

200 Bodo Zeuner, Wahlen ohne Auswahl, a. a. O., S. 186 ff

201 Gerhard Elschnor, Einführende Studie zur politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 38

202 Bodo Zeuner, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 94 f

203 die fehlende Eigenständigkeit der nichtregionalen Strukturen mit Ausnahme der Vereinigungen, die sich entweder über eigene Beiträge (Wirtschaftsausschuß und Sozialausschüsse) oder durch Mittel aus Landesjugendplänen bzw. Bildungswerken (Junge Union und Frauenvereinigung) weitgehend finanzieren, wird auch in ihrer Finanzausstattung deutlich: während im untersuchten Kreisverband den Ortsverbänden in den Jahren 1973 und 1974 ein Beitragsanteil von 5 000 bzw. 9 000 DM zukam, beliefen sich die Aufwendungen für sämtliche Fachauschüsse und Arbeitskreise im gleichen Zeitraum auf ganze 100 DM (siehe Finanzen des Kreisverbandes, Dokumentation 3.2.)

204 Bernhard Gebauer, Rolle und Funktion kommunalpolitischer Opposition und die Marginalfunktion der Vereinigungen, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit, a. a. O., S. 114

205 Herbert Kürh, Probleme innerparteilicher Demokratie in der CDU, a. a. O., S. 7

teilt werden, insofern als die Partei als Ganzes letztlich eine „Kampforganisation“ ist, „die innerhalb einer politischen Gebietskörperschaft (Staat, Gemeinde usw.) mittels der Übernahme von Stellen im Herrschaftsapparat so viel Macht besitzt oder zu erwerben sucht, daß sie ihre ideellen oder (bzw.: und) materiellen Ziele verwirklichen kann“²⁰⁶.

Die Öffentlichkeitswirkung einer Partei vollzieht sich durch eine Vielzahl formeller und informeller Kommunikationsprozesse, deren Verlauf und Ergebnisse nur schwer erfassbar sind. Das für die kommunale Partei bedeutendste Medium der Information und Selbstdarstellung ist trotz ihrer eigenen publizistischen Mittel nach wie vor die Regionalzeitung oder Standortpresse, deren regelmäßiges Erscheinen in einem eingegrenzten Verbreitungsgebiet am ehesten eine ständige und intensive Information aller an kommunalpolitischen Ereignissen und Problemen interessierten Bevölkerungskreise ermöglicht²⁰⁷. Die ständige Präsenz in der Lokalpresse wird daher von den Parteien selbst nicht zu Unrecht als wesentlicher Bestandteil ihrer Öffentlichkeitsarbeit verstanden, deren Ergebnisse zwar auch in diesem Fall qualitativ kaum bestimmbar, jedenfalls aber quantifizierbar sind.

Eine solche statistische Auswertung aller Pressemeldungen über den Kreisverband B. während des gesamten Untersuchungszeitraums ermöglicht eine auf ihre jeweilige Außenwirkung bezogene Ergänzung der Funktionsanalyse verschiedener Parteigremien und -strukturen. Zu diesem Zweck wurden sämtliche, den Kreisverband und seine Suborganisationen betreffenden Meldungen in den drei Tageszeitungen, die mit eigenem Lokalteil in seinem Einzugsgebiet erscheinen²⁰⁸, in dem angegebenen Jahreszeitraum erfaßt und den verschiedenen Gremien und Gliederungen der Kreispartei zugeordnet²⁰⁹.

Im Untersuchungszeitraum sind in den drei Tageszeitungen insgesamt 1310 Pressehinweise der verschiedensten Art²¹⁰ erschienen; damit war der CDU-Kreisverband – auch unter Berücksichtigung der Doppelzählungen – durchschnittlich mindestens einmal täg-

206 Ossip K. Flechtheim, Parteien, in: Ernst Fraenkel/Dietrich Bracher, Staat und Politik, Neuausgabe Frankfurt 1964, S. 243 f

207 siehe dazu etwa Horst Kanitz, Darstellung und Analyse der Untersuchungsergebnisse sozial-empirischer Studien zur Kommunalpolitik, hrsg. vom Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., o. O., S. 6–13; Peter Oel, Die Gemeinde im Blickfeld ihrer Bürger, a. a. O., S. 23–27; zur Reichweite der Massenmedien im Wahlkampf siehe Klaus Liepelt/Alexander Mitscherlich, Thesen zur Wählerfluktuation, Frankfurt 1969, S. 111

208 dabei handelt es sich um die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), die Ruhr-Nachrichten (RN) und die Westfälische Rundschau (WR); nicht berücksichtigt wurden besondere Stadtteilbeilagen, die von der WAZ und der WR in regelmäßigen Abständen für einzelne Stadtteile herausgegeben werden

209 alle Pressehinweise sind in dieser Zusammenstellung grundsätzlich derjenigen Parteigliederung zugerechnet worden, die in dem jeweiligen Artikel angegeben wurde, auch dann, wenn diese Angabe irrtümlich erfolgte: für die Öffentlichkeitswirkung ist die Meldung als solche relevant, nicht ihre Richtigkeit. Solche Pressemeldungen, in denen mehrere Parteigremien oder -gliederungen zusammen angesprochen oder als Veranstalter genannt werden, sind allen diesen Gremien je einzeln zugeordnet worden. Die sich dadurch gelegentlich ergebenden Doppelzählungen sind unvermeidbar, wenn der beabsichtigte Vergleich der Pressewirksamkeit verschiedener Organisationsstrukturen untereinander nicht verzerrt werden soll

210 bei der Erfassung der Presseinformationen wurde unterschieden zwischen Terminhinweisen (311), Notizen (221), einspaltigen Meldungen (291), zweisepaltigen Meldungen (270), längeren Berichten (95), kurzen Bildnotizen (68) und großen Bildberichten (54).

lich in jeder Zeitung vertreten²¹¹. Die Verteilung auf die verschiedenen Organisationsstrukturen und Gremien des Kreisverbandes unterstreicht die Bedeutung der nichtregionalen Parteistrukturen, auf die mehr als 35 Prozent aller Presseinformationen entfallen und damit mehr als auf alle Ortsverbände zusammen. Im einzelnen ergibt sich folgende Verteilung:

Kreisverband	147	Regionalstrukturen	448
Mandatsträger	231	Nichtregionalstrukturen	484

Die Aufschlüsselung dieser Gesamtzahlen der Pressemeldungen auf die verschiedenen in ihnen jeweils erfaßten Verbände und Personen führt zu aufschlußreichen Ergebnissen, die ihre bereits dargestellte innerparteiliche Bedeutung weitgehend bestätigen.

Von den 147 den Kreisverband insgesamt betreffenden Meldungen entfallen 39, also mehr als ein Viertel, auf den Kreisvorsitzenden, auf die Entscheidungsorgane des Kreisverbandes (Parteitag, Parteiausschuß und Parteivorstand) dagegen insgesamt weniger als ein Fünftel (26). Die dominierende publizistische Wirkung des Parteivorstandes wird durch weitere 23 Nennungen in Berichten der Ortsverbände, 7 namentliche Erwähnungen in Pressemeldungen von Vereinigungen und 20 Nennungen in Artikeln über die Ratsfraktion unterstrichen²¹².

Zu den Mandatsträgern des Kreisverbandes sind alle ihm angehörenden Stadtverordneten sowie der Landtags- und der Bundestagsabgeordnete zu zählen. Unter Berücksichtigung ihrer verschiedenen Aufgabenbereiche kann es nicht überraschen, daß sich die überwiegende Mehrheit der auf diese Gruppe entfallenden 231 Pressemeldungen auf die Fraktion und ihre Mitglieder²¹³ und nur etwa 15 Prozent auf den Bundes- und Landtagsabgeordneten beziehen. Dennoch muß es angesichts der Wahlkreisverpflichtungen von Abgeordneten als ungewöhnlich gelten, wenn ein Bundestagsabgeordneter im Laufe eines ganzen Jahres nicht häufiger als sechsmal, also zweimal pro Zeitung, in seiner Lokalpresse vertreten ist²¹⁴. In gleicher Weise bemerkenswert ist auch, daß drei von zwanzig Ratsmitgliedern der Partei kein einziges Mal erwähnt worden sind; auf die anderen Mitglieder der Fraktion entfallen zusammen 70, auf den Fraktionsvorsitzenden 25 Mel-

211 in der WAZ mit 394, der WR mit 420 und den RN mit 496 Meldungen

212 zum Vergleich: auf den Fraktionsvorsitzenden entfallen nur knapp 10 Prozent aller Berichte über Mandatsträger der Partei; neben 25 Meldungen über ihn stehen 70 Meldungen über 17 weitere Fraktionsmitglieder, während außer den 39 Pressenotizen über den Kreisvorsitzenden nur drei Meldungen über weitere Mitglieder des Kreisvorstandes zu finden sind (bezogen immer auf die im Presseartikel genannte politische Funktion der jeweils erwähnten Person)

213 darin sind enthalten 9 Meldungen über eine überregionale Tagung der kommunalpolitischen Vereinigung, die im Kreisverband B. durchgeführt wurde

214 demgegenüber wurde über den Landtagsabgeordneten ebenso häufig berichtet (26 mal) wie über den Fraktionsvorsitzenden. Während über den Landtagsabgeordneten darüber hinaus in weiteren 13 Ortsverbands- und 11 Vereinigungsberichten die Rede ist, wird der Bundestagsabgeordnete nur noch dreimal, also einmal pro Zeitung, in Vereinigungsberichten erwähnt

215 die größte Öffentlichkeitswirkung eines einzelnen Vorganges innerhalb der Partei erzielte der Austritt eines Mitgliedes der Ratsfraktion aus der Partei, der zugleich Vorsitzender eines Ortsverbandes und stellv. Vorsitzender der Sozialausschüsse war. Dieses naturgemäß pressewirksame Ereignis fand seinen Niederschlag in acht lokalen Pressemeldungen, dazu drei weiteren, die sich mit Vorgängen innerhalb des SPD-Kreisverbandes wegen seines geplanten Übertrittes beschäftigten, drei Leserbriefen und schließlich sogar zwei Notizen im überregionalen Teil der beiden Zeitungen

dungen, womit sich für die Ratsfraktion insgesamt eine ausgewogenere, d. h. weniger kopflastige Berichterstattung ergibt als für den Kreisverband²¹⁵.

Auch die für die regionalen und nichtregionalen Strukturen des Kreisverbandes pauschal angegebenen Zahlen bedürfen zu ihrer Gewichtung einer stärkeren Differenzierung. Dies gilt sowohl für die Ortsverbände, deren Berichterstattung in der Presse bei durchschnittlich etwa 20 Meldungen zwischen 3 und 90 Berichten pro Ortsverband während des ganzen Jahres differiert, als auch für die nichtregionalen Strukturen, bei denen das dargestellte Gefälle im Leistungsvermögen von Vereinigungen auf der einen und Arbeitskreisen und Kommissionen auf der anderen Seite auch in ihrer jeweiligen Öffentlichkeitswirkung sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Die insgesamt auf diese Gruppierungen entfallenden 484 Meldungen verteilen sich auf

Junge Union ²¹⁶	319	Sozialausschüsse ²¹⁷	47
Frauenvereinigung	75	Wirtschaftsausschuß ²¹⁸	22

Von sämtlichen Meldungen über nichtregionale Organisationsstrukturen innerhalb des Kreisverbandes entfallen also allein zwei Drittel auf die Junge Union und mehr als 95 Prozent auf die vier Vereinigungen, während die insgesamt 21 Meldungen über alle anderen Fachgruppen oder Kommissionen von wiederum nur drei Arbeitskreisen erbracht wurden²¹⁹.

Die Verteilung der Presseberichterstattung über die Ortsverbände weist ebenfalls deutliche Verzerrungen auf, wenn diese auch nicht so kraß sind wie bei den nichtregionalen Strukturen; immerhin entfallen auch hier etwa 40 Prozent aller Meldungen auf nur zwei Ortsverbände. Bemerkenswert ist auch, daß mehr als ein Fünftel aller Berichte der Ortsverbände sich auf die Aktivitäten kommunalpolitischer Arbeitskreise beziehen, obwohl nur sechs Ortsverbände im Untersuchungszeitraum über solche aktiven Arbeitskreise verfügten²²⁰. Dies bestätigt die an anderer Stelle genannte Beobachtung, daß sich die Leistungsfähigkeit regionaler Strukturen auf unterer Organisationsebene vor allem durch die Artikulation kommunalpolitischer Probleme und Interessen beweist²²¹.

Zählt man diese kommunalpolitischen Arbeitskreise als eher problemorientierte Strukturen innerhalb ihres abgegrenzten geographischen Bereichs den übrigen nichtregionalen Organisationen hinzu, so entfallen auf alle gruppen- oder problemorientierten Parteistrukturen fast die Hälfte aller Presseinformationen des Kreisverbandes.

216 darunter sechs Meldungen über die Schüler-Union

217 darunter drei Meldungen über die Junge Arbeitnehmerschaft und weitere 15 über die Bundestagung der CDA, die 1973 im Kreisverband B. stattfand

218 darunter acht Meldungen über die Mittelstandsvereinigung

219 vom Arbeitskreis Jugend und Familie (11), Kultur (6) und vom Evangelischen Arbeitskreis (4); nicht erfaßt sind Meldungen über den RCDS

220 die insgesamt 97 Meldungen über Initiativen kommunalpolitischer Arbeitskreise von Ortsverbänden entfallen wiederum zu mehr als 80 Prozent auf die zwei bereits angeführten Ortsverbände. Es ist sicher nicht zufällig, daß diese beiden kommunalpolitisch besonders aktiven Ortsverbände auch in ihrer Öffentlichkeitsarbeit eine im Vergleich zu anderen besonders große Wirkung erzielen konnten

221 vgl. S. 156 f

Insgesamt deuten diese Daten darauf hin, daß parteiinterne Leistungsfähigkeit und externe Wirkung der verschiedenartigen Organisationsstrukturen weitgehend voneinander abhängig sind. Keine der im innerparteilichen Willensbildungsprozeß wenig oder gar nicht beteiligten Parteigliederungen konnte ihre mangelnde politische Funktionsfähigkeit durch große Öffentlichkeitswirkung kompensieren. Auch für die Parteien scheint der Grundsatz zu gelten, daß sich mit wenig Aufwand nur selten große Wirkungen erzielen lassen.

5.5. Reformansätze innerparteilicher Organisationsstrukturen

Die politischen Funktionsdefizite der Parteien in ihrer gegenwärtigen Struktur sind weder für den analysierenden Wissenschaftler noch für den praktizierenden Politiker zu übersehen und haben inzwischen auf beiden Seiten Überlegungen zu einer Reformierung der Parteistrukturen eingeleitet²²². Dabei mögen für die einen eher normative und für die anderen vor allem politisch-strategische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, gemeinsam ist allen Reformüberlegungen der mit durchaus unterschiedlichen Mitteln verfolgte Versuch, durch Ausweitung innerparteilicher Partizipationschancen der Mitglieder bei programmatischen und personellen Entscheidungen der Parteien deren politische Funktionsfähigkeit entscheidend zu verbessern, ein Versuch, der letztlich nicht nur im Interesse der Parteien selbst, sondern des ganzen politischen Systems von Bedeutung ist.

5.5.1. Partizipation und Interesse

Der „aktive Bürger“ ist nach wie vor die schwächste Stelle in der Theorie und Praxis der Demokratie wie der Parteien. Dieses Problem ist ebenso unbestritten wie ungelöst, und auch die mit Eifer betriebene Ausweitung der Mitgliederzahlen politischer Parteien und Verbände geht an seinem eigentlichen Kern, der Ermöglichung bzw. Erweiterung politischer Partizipation, vorbei: „Formelle Mitgliedschaft in einer Partei bedeutet nicht ständige politische Aktivität. Vielmehr scheint die Entscheidung, Parteimitglied zu werden, sehr häufig ein individuelles Ereignis zu sein, das durch allerlei Zufälle der Biographie des Individuums gesteuert wird, das aber kaum etwas mit aktiver Teilnahme am politischen Entscheidungsprozeß zu tun hat. Politische Teilnahme und Aktivität bedeuten ein Minimum an Einsicht des Individuums in den politischen Entscheidungsprozeß. Politische Teilnahme wird also um so intensiver sein, je intensiver das Gefühl bei Mitgliedern vorhanden ist, daß man wenigstens einen gewissen Einfluß auf politische Entscheidungen ausüben kann“²²³.

222 siehe dazu u. a. Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 134–139; Heino Kaack, Die Basis der Parteien, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2. Jg. 1971, Opladen, S. 23–38; Wolfgang Falke, Funktionale Parteiorganisation, Bonn 1973; als Beispiele für Reformüberlegungen innerhalb der Parteien seien hier nur genannt Herbert Wehner/Bruno Friedrich/Alfred Nau, Parteiorganisation, Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1969; und Rüdiger Göb, Gedanken zur Basisarbeit der CDU, in: Sonde, Neue Christlich Demokratische Politik, hrsg. von Manfred Hättich u. a., Bonn, 5. Jg. 1972, Nr. 1/2, S. 16–23. Einen präktischen Versuch der Reform politischer Arbeit auf unterer Ebene stellt das Modell „Kreisverbandsarbeit“ der CDU-Bundesgeschäftsstelle dar, das in der Dokumentation (7.) abgedruckt ist

223 Niels Diederich, Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD, a. a. O., S. 55

Diese Bedingung ist in der gegenwärtigen organisatorischen Verfassung der Parteien nur in sehr geringem Maße gegeben. Die augenblickliche, im Parteiengesetz sogar rechtlich fixierte Praxis der vornehmlich regionalen Organisation politischer Teilnahme in den Parteien erweist sich immer mehr als unzureichend; die Ortsgruppe ist entgegen überkommenen Auffassungen eben nicht mehr das adäquate Organisationsprinzip der modernen Massenpartei²²⁴, ihre lange Tradition, die wesentliche soziologische Veränderungen unberücksichtigt gelassen hat, spricht eher gegen als für sie. Das in der Organisationsstruktur der Parteien dominierende Regionalprinzip berücksichtigt zu wenig die konkreten Interessen des Bürgers an der Politik und überschätzt die Bedeutung der örtlichen Bezugseinheit. Politik wird erlebt – vom Staatsbürger wie vom Parteimitglied – in konkreten Sachproblemen und weniger in den oft zufälligen regionalen Bereichen. Durch die durchgängige Fixierung der Parteistrukturen auf solche regionalen „Einheiten“ wird die notwendige Konfrontation der Parteien mit den parzellierten Interessen an der Politik erschwert, wenn nicht verhindert, „weil die Parteien als regionale Vereine mit der Fiktion der Einheit des politischen Interesses und Erlebnisses und der eben solchen Fiktionen einer Einheit des regionalen Gebietes, für welches die Parteieinheit gültig sein soll, sich selbst im Wege stehen“²²⁵.

Die kaum vermeidbare Konsequenz dieses Zustandes ist eine relativ geringe Attraktivität der Parteien für ihre eigenen Mitglieder, die zwar – möglicherweise aufgrund politischer Richtungspräferenzen – zum Beitritt motiviert, nicht aber für die aktive politische Mitarbeit gewonnen werden können²²⁶, die in hohem Maße davon abhängt, ob ihnen die subjektive Chance zur Vertretung persönlicher Interessen und zur Lösung unmittelbarer Probleme geboten wird²²⁷. Eine im wesentlichen regional orientierte Parteistruktur kann diese beanspruchte Chance der effektiven Interessenvertretung und Problemlösung durch ihre weitgehende Nivellierung gerade dieser Interessenbezüge kaum bieten und provoziert insofern zur innerparteilichen Abstinenz. „Nobody likes to feel that he is wasting his time, and that feeling may be induced by contributing to a campaign which never looks as if it has a chance“²²⁸. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß Politik und Parteien zunehmend in ein Konkurrenzverhältnis mit anderen Angeboten an Freizeit- und Konsumgütern geraten und attraktiv genug sein müssen, um überhaupt eine ausreichende Nachfrage nach Politik bei den Wählern wachhalten zu können²²⁹.

224 Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 45

225 Gerhard Elschner, Einführende Studie zur politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 38

226 zur Unterscheidung zwischen Beitritts- und Leistungsmotivation siehe Niklas Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, a. a. O., S. 104

227 zur Struktur der Partizipationsanreize siehe Mancur Olson Jr, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968; Lester W. Milbrath, Political Participation, How and why do people get involved in politics?, Chicago 1965; David Barry, Party Membership and Social Participation, in: Political Studies, Nr. 17, 1969, S. 196–207

228 Brian M. Barry, Sociologists, Economists and Democracy, London 1970, S. 30

229 David Riesman, Die einsame Masse, Reinbek bei Hamburg 1958, S. 182; Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962, S. 237; René König, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, a. a. O., S. 40. Dieses Problem wird schon bei der Terminierung politischer Veranstaltungen evident, die wichtigen gesellschaftlichen Ereignisse einschließlich der Fernsehübertragungen von Fußballspielen sorgfältig ausweichen müssen

Die bestehenden Organisationsstrukturen der Parteien sind – gemessen an diesen Kriterien – kaum attraktiv. Sie finden ihre Rechtfertigung primär in organisationslogischen Gesichtspunkten: sie stimmen in der Regel, wenn auch nicht immer, mit den kommunalen und regionalen Verwaltungseinheiten überein, sie entsprechen mehr oder weniger genau der Einteilung der Wahlkreise, sie sind recht gut überschaubar und insgesamt gut zu managen, oder zutreffender: zu verwalten. Einer kritischen Überprüfung ihrer Leistungsfähigkeit für die Funktionen, die politische Parteien in der modernen Demokratie zu erfüllen haben, können sie kaum standhalten und bestätigen insofern die These von Robert Michels, daß Organisationen dazu tendieren, von einem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck zu werden: „Als oberstes Gesetz der Partei bildet sich die Tendenz, alles fernzuhalten, was in die Speichen ihres Räderwerkes eingreifen und ihre äußere Form, die Organisation, bedrohen könnte“²³⁰.

Will man im Sinne der Organisationssoziologie ein Organisationsmodell dann als rational bezeichnen, „wenn man in der Organisation in erster Linie ein Instrument, ein Mittel zum Zweck sieht und sich für die Voraussetzungen einer optimalen Zielverwirklichung interessiert“²³¹, dann hat das gegenwärtige Organisationskonzept der Parteien den Verdacht der Irrationalität gegen sich, selbst wenn man einzuräumen bereit ist, „daß Organisationen immer multifunktionale Strukturen sind, die ihre Mittel für die verschiedensten Zwecke, z. B. Beschaffung weiterer Mittel, Aufrechterhaltung bestehender Strukturen, einsetzen müssen und sie nicht allein zur Maximierung einer Zielfunktion verwenden können“²³².

Jeder Versuch, dem Nachweis der Strukturdefekte der bestehenden Parteiorganisation ein Alternativkonzept entgegenzusetzen, muß von den Bedingungen ausgehen, die eine moderne, hochdifferenzierte Gesellschaft für Politik und politische Arbeit setzt.

Eine dieser Bedingungen ist die Pluralität der sozialen Beziehungen, der Verlust der Einheitlichkeit. Dies gilt nicht nur für die Gesellschaft als Ganzes, sondern ebenso für den Bereich der Stadt oder Gemeinde, der unmittelbaren Nahtstelle zwischen Politik und Öffentlichkeit, zwischen Parteien und Bürgern. Jede Stadt und jede Gemeinde hat ihre je eigenen soziologischen Verhältnisse, und schon von daher ist nicht einzusehen, wie ein einheitliches Organisationskonzept der Parteien den gänzlich verschiedenen Bedingungen der einzelnen Gemeinden entsprechen soll, zumal der politische Begriff und Bereich der Gemeinde mit seiner soziologischen Dimension keineswegs deckungsgleich ist²³³.

Es kann also grundsätzlich kein allgemeingültiges Modell, kein Patentrezept für Parteiarbeit schlechthin geben, weder für ihre praktische politische Arbeit noch für ihre organisatorische Struktur. Der Erfolg einer Partei hängt gerade im kommunalen Bereich weniger von dem Maß ihrer Übereinstimmung mit einem allgemeinen Schema ab als von der Analyse der konkreten Bedingungen und Verhältnisse der jeweiligen politischen Be-

zugseinheit und ihrer Umsetzung in adäquate Organisationsstrukturen und gezielte politische Arbeit²³⁴.

Eine im wesentlichen regionale Strukturierung der Parteiorganisation impliziert die Einheitlichkeit der Erfahrung von Politik in den jeweiligen, der Organisationsstruktur zugrunde gelegten regionalen „Einheiten“. Da eine moderne, differenzierte Gesellschaft sich aber gerade durch die Divergenz von politischen Verwaltungsgrenzen und sozialen Umwelten auszeichnet, wird die generell unterstellte Identifikation des Bürgers mit seiner Gemeinde oder gar nur seinem Stadtteil zur Ausnahme und keineswegs zur Regel. Die eingangs gestellte Frage nach der Rechtfertigung nicht der Existenz, wohl aber der Dominanz des Regionalprinzips im gesamten Organisationsgefüge der Parteien muß für die untere Organisationsebene eindeutig negativ beantwortet werden. Die in der Praxis aller Parteien in der Bundesrepublik geradezu selbstverständliche Strukturierung des kommunalpolitischen Bereichs nach dem traditionellen, scheinbar bewährten Ortsgruppenprinzip ist weder theoretisch noch empirisch gerechtfertigt.

Es gibt kein einheitliches Politikerlebnis. Politik wird erfahren in konkreten Sachproblemen, die immer häufiger von regionalen Bezügen unabhängig sind. Während die unmittelbaren Interessen und Probleme des einzelnen Bürgers für ihn von wesentlicher, elementarer Bedeutung sind, hat seine regionale Einordnung häufig eher zufällige Ursachen und damit zugleich eine sekundäre Gewichtigkeit; für ihn sind zwar die Orte, nicht aber seine Interessen und Probleme austauschbar. Bewohner der gleichen Gemeinde, des gleichen Stadtteils oder Wohnbezirks haben durchaus unterschiedliche und gelegentlich sogar gegensätzliche Bedürfnisse und Ansprüche. Insofern organisieren sich die Parteien durch ihr schematisch verfolgtes Ortsgruppenprinzip an den soziologischen Realitäten und den politischen Bedürfnissen vorbei. Sie stellen sich schon auf unterster Ebene als eine Art Dachverband konkurrierender Bedürfnisstrukturen dar und verhindern so die notwendige Konfrontation mit den parzellierten Interessen an der Politik.

Aus diesem grundsätzlichen Gesichtspunkt verspricht auch die in letzter Zeit häufiger vorgeschlagene Stärkung der Ortsverbände keine wesentliche Verbesserung ihrer Funktionsfähigkeit, zumal dann nicht, wenn darunter lediglich „die Verlagerung vieler Aufgaben vom Kreisverband auf die unterste Organisationsebene, den Ortsverband“²³⁵ verstanden wird, der bislang zur befriedigenden Erledigung seiner eigenen Aufgaben kaum in der Lage war und gerade deshalb Anlaß zu Reformüberlegungen gegeben hatte. Auch die Forderung, die Ortsverbände sollten „in Zukunft in der Partei die kleinste organisatorische Einheit mit eigener Aufgabenstellung und eigener Verantwortung sein“²³⁶, erkennt das eigentliche Strukturproblem regionaler Parteigliederungen, die trotz gleicher Organisationsbezeichnung oft völlig unterschiedliche Bedingungen vorfinden. Der Ortsverband in einem städtischen Kreisverband hat eine andere politische Funktion als

230 Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens, a. a. O., S. 348

231 Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, a. a. O., S. 49

232 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 46

233 René König, Gemeinde, in: Soziologie, hrsg. von René König, a. a. O., S. 81 ff; vgl. auch den Abschnitt 4.1. Gemeindeerlebnis, S. 90–100

234 Insofern bleibt der von der CDU durchgeführte „Modellversuch“ (Dokumentation 7.) auf halbem Wege stehen, der zwar ausdrücklich von „verschieden strukturierten Kreisverbänden“ ausgeht, für diese aber dennoch ein gemeinsames „Grundmodell“ vorschlägt

235 Modellversuch Kreisverbandsarbeit, Dokumentation 7, S. 199

236 Helmuth Pütz/Peter Radunski/Wulf Schönbohm/Uwe Rainer Simon, 18 Thesen zur Reorganisation der CDU, in: Sonde, Neue Christlich Demokratische Politik, 6. Jg. 1973, Nr. 3/4, S. 19

der in einer kleineren, aber selbständigen Gemeinde, der in diesem Falle tatsächlich die ganze Breite parteipolitischer Funktionen leisten und daher fraglos auch organisatorisch selbständig sein muß. Dieses Strukturproblem ist aber nicht durch generelle Verschiebung der untersten Ebene organisatorischer Selbständigkeit nach unten oder oben zu lösen, sondern erfordert eine differenzierte Behandlung.

Zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit politischer Parteien sollte das regionale Organisationsprinzip ergänzt werden durch ein zweites gleichgewichtiges, aber weniger schematisches Prinzip: durch ein flexibles, den konkreten Bedingungen der jeweiligen politischen Bezugsebene, d. h. der jeweiligen Stadt oder Gemeinde, entsprechendes System von sozialen Gruppierungen, Arbeitskreisen, Projektgruppen, Ausschüssen u. ä.²³⁷; diese alternative Organisationsstruktur müßte geeignet sein, die unterschiedlichen Zugänge zur Politik aufzugreifen und in einem ständigen, auf Artikulation und Kommunikation der beteiligten Gruppen aufbauenden Integrationsprozeß zu einem einheitlichen politischen Konzept zu entwickeln. Dieses Konzept selbst ist also keineswegs vorgegeben.

Die parzellierten, spezifischen Interessen des Bürgers an der Politik müssen da aufgegriffen werden, wo sie tatsächlich entstehen, und das bedeutet: die ständigen und spontanen Gruppierungen der Bevölkerung müssen als die wichtigsten Träger der politischen Meinungs- und Willensbildung akzeptiert werden. Dabei dürfte es sich für die Parteien als zweckmäßig erweisen, die Mitarbeit in solchen Arbeitskreisen und Ausschüssen auch denjenigen zu ermöglichen und selber anzubieten, die aus den verschiedensten Gründen die formelle Mitgliedschaft in einer Partei ablehnen; oft sind gerade diese besonders qualifizierte und sachkundige Bürger, auf deren Urteilsvermögen und Sachverstand die Parteien kaum verzichten können.

Dieser Vorschlag einer Ergänzung der weitgehend regional gegliederten Parteiorganisation durch gruppen- und problemorientierte Strukturen beruht auf der theoretisch und empirisch begründeten Erwartung, daß mit der organisatorischen Einbeziehung konkret vorhandener Interessen und Probleme in den innerparteilichen Entscheidungsprozeß nicht nur die politischen Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder gefördert, sondern zugleich das Ausmaß an innerparteilicher Demokratie wesentlich vergrößert werden könnte. „Man kann wohl annehmen, daß die innerparteiliche Demokratie zumindest der Möglichkeit nach gefördert wird, wenn die Parteien sich mehr dem politischen Zweckverband annähern. In der reinen Gesinnungsgruppe sind die Mitglieder eher geneigt, der Geschlossenheit und der Treue zur Gemeinschaft so den Vorzug zu geben,

237 Die Forderung nach organisatorischer Adäquanz für die jeweils verschiedenartigen soziologischen Bedingungen verbietet die Schematisierung dieses zweiten Organisationsprinzips. Insofern ist die Frage, „ob die gegenwärtig in der CDU vorhandenen Vereinigungen den gesellschaftlichen Interessenpluralismus widerspiegeln“, völlig berechtigt; sie kennzeichnet eine bislang vorhandene Schematisierung auch im Bereich der nichtregionalen Organisationsstrukturen, die freilich durch die geforderte Gründung einer neuen „Vereinigung zur politischen Mobilisierung der neuen Mittelschicht in der Dienstleistungsgesellschaft“ eher stabilisiert als aufgelöst würde (Herbert Kühn, Probleme innerparteilicher Demokratie in der CDU, a. a. O., S. 7 und 16; und Pütz/Radunski/Schönbohm/Simon, 18 Thesen zur Reorganisation der CDU, a. a. O., S. 29)

daß sie sich des Kontrollrechts begeben. Und je mehr die prinzipielle Gesinnung der eigentliche Grund der Mitgliedschaft ist, desto weniger wird diese Mitgliedschaft von Fall zu Fall überprüft und am tatsächlichen Verhalten der Partei orientiert“²³⁸. Darüber hinaus läßt eine gute strukturelle Aufgliederung einer Organisation und die damit verbundene Verteilung der Verantwortung auf verschiedene Ausschüsse, Arbeitskreise u. ä. im allgemeinen eine Steigerung des Demokratisierungspotentials dieser Organisation erwarten²³⁹.

5.5.2. Demokratie und Effizienz

Die vorgeschlagene Ergänzung der eher starren regionalen Organisationsstrukturen der Parteien durch ein flexibles System differenzierter, problemorientierter Strukturen zielt ab auf eine Steigerung der innerparteilichen Demokratie bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer Funktionsfähigkeit. Ein völliger Verzicht auf regionale Strukturen ist allein wegen des Umfangs und der Bedeutung der politisch zu organisierenden Verwaltungsbereiche weder möglich noch zweckmäßig. „Eine sinnvolle Demokratisierungstheorie oligarchischer Organisationen kann nicht auf den Abbau der bestehenden organisationsimmanenten Rationalität und Komplexität zielen, sondern muß deren Erweiterung und Ausdehnung anstreben“²⁴⁰.

Die von Frieder Naschold abstrakt postulierte Ausdehnung der Rationalität und Komplexität von Organisationen ist in bezug auf politische Parteien konkret auch auf die Frage nach der Lebensdauer ihrer Organisationsstrukturen anzuwenden. Es bleibt unerfindlich, wie die Parteien dem schnellen Wandel gerade der politischen Probleme und Bedürfnisse ausgerechnet mit einer Struktur beikommen wollen, die ihrerseits auf Permanenz angelegt ist, ohne die Komplexität der von ihr zu organisierenden Probleme auch nur annähernd auffangen zu können. Das Bemühen der Parteien um möglichst rationale Organisation erfordert daher die zunehmende Einbeziehung auch solcher Strukturen in den innerparteilichen Willensbildungsprozeß, die einen bestimmten Zweck nur über begrenzte Zeit verfolgen wollen. Diese Notwendigkeit wird auch von den Praktikern der Parteiarbeit nicht mehr geleugnet²⁴¹.

Natürlich ist eine Differenzierung der Parteiorganisation nach Interessen- und Aufgabenbereichen mit spezifischen Problemen verbunden: „Jede arbeitsteilige Differenzierung, die ja auch immer eine rang- und machtmäßige Differenzierung ist, hat zur Folge, daß die Elemente in verschiedene Richtungen streben“²⁴². Es stellt sich somit das Problem einer möglichen Institutionalisierung innerparteilicher Fraktionsbildung durch Akzeptierung interessen- und problemorientierter Gruppierungen. Die Zweckmäßig-

238 Manfred Hättich, Zur Typologie politischer Parteien, in: Gilbert Zieburg (Hrsg), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, a. a. O., S. 404 f

239 vgl. Otto Stammer, Demokratisierung der Organisation, in: Lenk/Neumann (Hrsg), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a. a. O., S. 292

240 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 10

241 siehe dazu den Aufsatz des damaligen Bundesgeschäftsführers der CDU, Rüdiger Göb, mit dem bemerkenswerten Titel „Vom Auftrag der Partei zur Lösung ihrer Strukturprobleme“, in: Sonde, 4. Jg. 1971, Nr. 3, S. 23

242 Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, a. a. O., S. 47

keit einer solchen Entwicklung ist wiederum unter den beiden Aspekten des Demokratiepotentials auf der einen und der Effizienz der Organisation auf der anderen Seite zu beurteilen. Was den ersten Aspekt betrifft, so kann kaum ein Zweifel daran bestehen, „wer eine Demokratisierung der Gesamtorganisation will, muß ‚Fraktionsbildung‘ wollen, wenn das Bekenntnis zu demokratischen Strukturen sich nicht zur reinen Außendarstellung verkehren soll“²⁴³. Dies würde prinzipiell selbst dann gelten, wenn dadurch die Schlagkraft und Geschlossenheit der Partei beeinträchtigt würde, was noch zu überprüfen ist. „Die innerparteiliche Ordnung einer Partei läßt sich geradezu durch das Spannungsverhältnis zwischen politisch notwendiger Einigkeit und innerparteilicher Diskussionsfreiheit charakterisieren“²⁴⁴.

Zur Frage der Effizienz einer so strukturierten Organisation kann wohl grundsätzlich von der Annahme ausgegangen werden, „daß ein System um so effektivere Entscheidungen treffen kann, je komplexer seine innere Struktur ist, d. h., je vielgestaltiger seine informationell verknüpfte Subsystembildung ist“²⁴⁵. Die entscheidende Voraussetzung dafür ist allerdings die Ausrichtung aller Subsysteme am Organisationsziel und ihre institutionell gesicherte Verbundenheit durch ein entsprechend dichtes Kommunikationssystem.

Von diesen beiden Prämissen erscheint vor allem die erste gefährdet, da die Vertretung spezifischer Interessen die Ausrichtung aller Gruppierungen am gemeinsamen Organisationsziel der Partei verhindern könnte. Eine solche oberflächliche Betrachtung übersieht aber den wesentlichen integrationsfördernden Umstand, „daß der einzelne Bürger selbst von seiner sozialen Situation her interessenmäßig mehrfach tangiert ist. Während die Mitgliedschaft in einem Interessenverband eines seiner Interessen pointierend hervorhebt, macht die politische Partei seinen komplexen Interessenzusammenhang deutlicher“²⁴⁶. Allein die ständig wechselnde Interessenstruktur der Mitglieder und ihre unterschiedliche Betroffenheit von jeweils relevanten politischen Problemen fördert den Wechsel parteiinterner Koalitionen und verhindert zugleich die völlige Verkrustung und Isolierung der einzelnen Gruppierungen. Schließlich darf in der Gewinnung der staatlichen Macht ein allen gemeinsames primäres Organisationsziel vermutet werden, das die Partei als Ganzes zur Öffnung gegenüber der gesamten Gesellschaft bzw. Wählerschaft zwingt und die Vertretung von Sonderinteressen weitgehend ausschließt. Die Aufgabe, eine geschlossene, über Gruppeninteressen hinausgreifende politische Gesamtkonzeption zu entwickeln, stellt sich zwingend für jede erfolgsorientierte Partei. „Wenn die Partei eine Organisation ist, die weder Schutz für eine gesellschaftliche Position bietet, noch als ein Ankerplatz für intellektuelle Anliegen gilt und kein Bild für die Gestaltung der Zukunft besitzt, wenn sie statt dessen eine Maschine für kurzfristige und nur von Fall zu Fall auftauchende politische Alternativen wird, dann setzt sie sich den Risiken aus,

243 Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie*, a. a. O., S. 91

244 Kurt Lenk/Franz Neumann, *Einleitung zur Theorie und Soziologie der politischen Parteien*, a. a. O., S. LVI

245 Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie*, a. a. O., S. 65

246 Manfred Hättich, *Zur Typologie politischer Parteien*, a. a. O., S. 392

denen sich alle Hersteller von Verbrauchsgütern gegenübersehen: die Konkurrenz bringt fast den gleichen Artikel heraus – in noch besserer Verpackung“²⁴⁷.

Daß die Vertretung von Individual- oder Gruppeninteressen durch Bildung entsprechender parteiinterner Gruppierungen wesentlich verstärkt und gefördert wird, ist weder bestreitbar noch unerwünscht. Ebenso unbestreitbar ist aber auch der Vorteil, den eine Gruppenbildung für die letztlich notwendige Verpflichtung aller Parteimitglieder auf ein gemeinsames Konzept für die politische Auseinandersetzung bietet: „Aus der Sicht der Organisation sichert der Konformitätsdruck der Gruppe die Einhaltung einer einmal gefaßten Gruppenentscheidung durch das individuelle Organisationsmitglied. Die Loyalität zur Kleingruppe kann so unter bestimmten Bedingungen zur Unterstützung des Organisationszieles eingesetzt werden, statt es zu unterminieren“²⁴⁸. Die erste der beiden Voraussetzungen zur Funktionsfähigkeit und Effizienz eines solchen komplexen Systems verschieden strukturierter Subsysteme, die gemeinsame Ausrichtung aller Gruppierungen am Organisationsziel, erscheint demnach durchaus realisierbar. Die zweite genannte Bedingung, ihre institutionell gesicherte Verbindung untereinander durch ein verdichtetes Kommunikationssystem, hängt ab von der gewählten Form der Zusammenfassung dieser Gruppierungen und ihrer Initiativen sowie der verbindlichen Regelung der Entscheidungskompetenzen.

5.5.3. Konfliktregelung und Kompetenzverteilung

Die Zusammenfassung und Bündelung der verschiedenen, zum Teil sicher gegensätzlichen Vorstellungen und Aktivitäten der einzelnen Parteigremien auf unterer Ebene muß und sollte zweckmäßigerweise erst auf der Organisationsstufe erfolgen, die als reale kommunale Verwaltungseinheit zur Erarbeitung einer politischen Gesamtkonzeption und damit zur Leistung aller Parteifunktionen tatsächlich zwingt. Dies ist die selbstverwaltete Stadt oder Gemeinde. Erst auf dieser Ebene sollte sich die Partei als Dachorganisation verschiedenartiger Untergliederungen organisieren, mit dem Ziel, die von den einzelnen Gruppierungen ausgehenden Impulse aufzugreifen, zu koordinieren bzw. zu integrieren und durch politische Entscheidungen in eine verbindliche Gesamtkonzeption umzusetzen, die den auf diese Weise artikulierten Interessen und Wertzielen der jeweiligen Bevölkerung in hohem Maße entspricht.

Unterste sinnvolle Organisationsebene der Partei im Sinne einer allgemein zuständigen Dachorganisation mit politischer und organisatorischer Selbständigkeit ist daher die der jeweiligen kommunalen Selbstverwaltungseinheit (Stadt, Gemeinde) entsprechende Parteigliederung, in der Regel also der Kreisverband bzw. Unterbezirksverband und nur für den Bereich kleiner, aber selbständiger Gemeinden der Ortsverband²⁴⁹. Die Einwände gegen den Kreis als unterste koordinierende Organisationsebene wegen ihres im

247 Otto Kirchheimer, *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, a. a. O., S. 36

248 Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie*, a. a. O., S. 91

249 dies gilt grundsätzlich auch für Städte wie Berlin, Hamburg und Bremen, die sich als Stadtstaaten zur Zeit in Form von Landesverbänden mit entsprechenden Untergliederungen organisieren

Durchschnitt begrenzten geographischen Umfangs²⁵⁰ sind allein deshalb wenig überzeugend, weil sie an Stelle der Struktur die Größe der Bezugseinheit zum Kriterium der Organisation erheben. Unterhalb der genannten Koordinationsebene sind regional orientierte Substrukturen weiterhin notwendig und nützlich, sofern ihre auf bestimmte Funktionen begrenzte Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird.

Die mit der Weiterentwicklung der bestehenden Organisationsstrukturen angestrebte Verbreiterung und Intensivierung der innerparteilichen Willensbildung von unten nach oben erfordert, wenn sie nicht bloße Dekoration bleiben soll, zwingend auch eine Neu- festsetzung der Entscheidungskompetenzen sowie der Formen innerparteilicher Konfliktregelung. „Weniger eine bürokratische Verhärtung in der Partei als vielmehr die fehlende Institutionalisierung der politischen Mitentscheidung der unteren Einheiten läßt die Mitglieder in ihrer Passivität verharren“²⁵¹. Mit dem Ziel einer Partizipations- streuung unvereinbar ist die nahezu unangefochtene Praxis, alle wichtigen Angelegenheiten der Partei durch eine kleine Gruppe führender Parteifunktionäre entscheiden zu lassen, selbst wenn es sich dabei um ordnungsgemäß gewählte Vorstände handelt. Ein solches Vorgehen begünstigt eine innerparteiliche Konfliktregelung, die weniger an dem für repräsentativdemokratische Strukturen adäquaten Konkurrenzmodell politischer Willensbildung als vielmehr am Konkordanzmodell orientiert ist: Entscheidungen in Personal- und Sachfragen resultieren häufiger aus einem informellen „Einvernehmen“ der wichtigsten Gruppenvertreter als aus einem offenen innerparteilichen Wettbewerb konkurrierender Gruppen²⁵². Eine solche Konfliktregelung durch Einvernehmen aber „bedeutet in der Regel Oktroyierung eines Entscheides oberer Funktionärseliten auf untere Funktionärseliten unter Ausschluß der lokalen Parteibasis... Das Konkurrenzmodell findet in der Regel erst dann seine Anwendung, wenn durch den Prozeß des Aushandelns eine alle Beteiligten einigermaßen befriedigende Konfliktlösung nicht mehr möglich ist“²⁵³.

Die Forderung nach demokratischer Konfliktregelung auch im innerparteilichen Willensbildungsprozeß setzt eine weitgehende Transparenz und die Beteiligung der jeweiligen Konfliktparteien voraus. Diese Bedingung ist durch einvernehmliche Entscheidungen im Parteivorstand nicht einzulösen. Daher sind in Anlehnung an die Bestimmungen des Parteiengesetzes²⁵⁴ die satzungsmäßig zuständigen Organe für die Beratung und Entscheidung aller wichtigen politischen und organisatorischen Angelegenheiten der Partei nicht deren jeweiligen Vorstände, sondern die allgemeinen Parteiausschüsse, die im Interesse größerer Transparenz und Partizipation als Voraussetzung demokratischer

250 Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie*, a. a. O., S. 91

251 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt*, a. a. O., S. 153

252 siehe dazu Paul Kevenhörster, *Demokratiekonzeptionen und Demokratisierungsbestrebungen*, in: *Grenzen der Demokratie? Probleme und Konsequenzen der Demokratisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, hrsg. von Ludwig Erhard/Kurt Brüss/Bernhard Hagemeyer, Düsseldorf/Wien 1973, S. 66; Gerhard Lehmbuch, *Konkordanzdemokratie im internationalen System*, in: *Die anachronistische Souveränität, Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift*, 1969, S. 285–313

253 Herbert Kühr, *Probleme innerparteilicher Demokratie in der CDU*, a. a. O., S. 8f

254 Gesetz über die politischen Parteien, § 12, Abs. 1

innerparteilicher Konfliktregelung aktiviert und in ihre Rechte eingesetzt werden müssen.

Im Bereich eines Kreisverbandes ist demnach der Kreisparteiausschuß in der Zeit zwischen den Parteitag als wichtigstes Entscheidungsorgan der Partei zu betrachten, dessen Beschlüsse für alle Gremien und Untergliederungen in gleicher Weise verbindlich sind. Dies setzt allerdings die Einbeziehung nicht nur der Mitglieder des Parteivorstandes und der Delegierten der Ortsverbände, sondern auch von Vertretern der nichtregionalen Organisationsstrukturen voraus, denen zumindest der gegenwärtige Status der Vereinigungen eingeräumt werden müßte, die durch ihren jeweiligen Vorsitzenden mit Antrags- und Stimmrecht im Parteiausschuß vertreten sind²⁵⁵. Erst eine solche korrigierte Zusammensetzung schafft diesem Parteiorgan die Möglichkeit einer regelmäßigen und umfassenden Kommunikation zwischen allen in der Partei vorhandenen Gruppierungen und Interessen und stellt zugleich die demokratische Legitimierung der Entscheidung des für alle verbindlichen Parteiwillens dar²⁵⁶.

Zu dieser politischen Entscheidungskompetenz ist der Parteivorstand weder beauftragt noch in der Lage. Seine Führungsfunktion besteht in der Organisation und Koordinierung des vielfältigen innerparteilichen Meinungsbildungsprozesses, nicht aber in seiner Präjudizierung. Dabei setzt sich auch innerhalb der Partei immer mehr die Erkenntnis durch, daß der Vorstand diese Aufgaben nur dann bewältigen kann, „wenn er die bisherige vereinsmäßige Gliederung zugunsten einer funktionsorientierten Aufgabenverteilung im Vorstand aufgibt. Dies bedeutet, daß jedem Vorstandsmitglied ein bestimmter Aufgabenbereich verantwortlich zugewiesen wird“²⁵⁷. Eine solche Aufgabenverteilung regelt die Kompetenzen, klärt die Verantwortlichkeiten und rationalisiert die Wahlentscheidungen. Sie leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Funktionsfähigkeit bei gleichzeitiger Ausweitung innerparteilicher Demokratie.

255 langfristig ist natürlich sowohl die Zahl der Vertreter von Untergliederungen als auch ihre Rekrutierung neu zu regeln; so ist grundsätzlich nicht einzusehen, warum zwar die regionalen Verbände mit von ihnen selbst bestimmten Delegierten entsprechend ihrer Mitgliederzahl im Parteiausschuß vertreten sind, die nichtregionalen Gliederungen dagegen nicht einmal ihren einzigen Vertreter souverän bestimmen können. Zur Bedeutung und Zusammensetzung der Parteiausschüsse siehe auch Oscar W. Gabriel, *Innerparteiliche Demokratie*, a. a. O., S. 88

256 ist die unterste selbständige Organisationsebene der Partei auf Grund der Gemeindegröße ein Ortsverband, so kann die Funktion des Parteiausschusses in der Regel von einer allgemeinen Mitgliederversammlung wahrgenommen werden

257 Modellversuch Kreisverbandsarbeit der CDU (Dokumentation 7., S. 201 f), in diesem Konzept wird ein Modell der Aufgabenverteilung dargestellt, das jedes Vorstandsmitglied für einen bestimmten Bereich verantwortlich, rechenschafts- und berichtspflichtig macht, zugleich aber je nach Notwendigkeit die Bildung entsprechender Arbeits- und Projektgruppen anregt, deren Mitarbeiter vom jeweiligen Vorstandsmitglied berufen werden sollen. Ähnliche Überlegungen und Vorschläge wurden auch innerhalb des untersuchten Kreisverbandes gemacht: siehe dazu den Antrag Nr. 4 zum ordentlichen Kreisparteitag (Dokumentation 4.1.) und das Rundschreiben zur Organisation der Arbeit in einem Ortsverband (Dokumentation 5.9.)

5.5.4. Partizipationschancen eines regional- und problemorientierten Organisationsmodells

Das vorgeschlagene Modell einer dezentral-kooperativ aufgebauten Parteiorganisation, deren Strukturen sich neben den regionalen Bezügen auch an konkreten Problemen und Interessen orientieren sollen, entspricht in seiner theoretischen Konstruktion weitgehend den Forderungen, die von Sozialwissenschaftlern und Systemtheoretikern an demokratisierte und zugleich leistungs- und entscheidungsfähige Organisationen gestellt werden, nämlich strukturiert zu sein „nicht als Pyramide, sondern als ein Geflecht ineinander verwobener Systeme, die ihrerseits eine möglichst große Autonomie genießen, aber trotzdem informationell miteinander verbunden sind. Auf diese Weise wird nicht nur die Leistungsfähigkeit einer Organisation erhöht, sondern es werden auch Partizipationschancen gestreut, Verantwortung und Entscheidungskompetenzen delegiert sowie das Wissen und die Wertvorstellungen der Organisationsmitglieder umfassender berücksichtigt“²⁵⁸.

Eine kritische Überprüfung dieses Organisationsmodells an dem gleichen Funktionskatalog, der die beträchtlichen Mängel und Leistungsschwächen der bestehenden Strukturen deutlich gemacht hatte, erscheint zwingend, muß aber notwendigerweise hypothetisch bleiben, da praktische Erfahrungen mit dem skizzierten Modell kaum vorliegen, wenn man von den wenigen Ansätzen integrierter nichtregionaler Strukturen in Form der Vereinigungen in der CDU absieht. Gegenüber dem aktuellen Zustand sind jedenfalls einige Verbesserungen zu erwarten, die geeignet erscheinen, die politischen Parteien in ihren Funktionen leistungsfähiger zu machen.

5.5.4.1. Artikulationsfunktion

Die Aufgabe der Artikulation und Strukturierung der öffentlichen Meinung, die von den Ortsverbänden als regionalen Gliederungen in der Regel nur bezüglich allgemeiner kommunalpolitischer Interessen ihres Einzugsgebietes wahrgenommen werden kann, soll auf Arbeitskreise und Ausschüsse übertragen werden, die deshalb eine bessere Voraussetzung für die Erfüllung dieser Funktion bieten, weil ihre personelle Zusammensetzung und sachliche Arbeit sich durch ein gemeinsames konkretes Interesse oder Problem bestimmt, das sowohl grundsätzlich – angelehnt etwa an soziale Gruppierungen der Bevölkerung nach dem Muster der Vereinigungen – als auch spontan oder aktuell sein kann. Die sachbezogene oder projektorientierte Arbeit dieser Gremien kann sich äußern in Anträgen, Beschlußvorlagen, Resolutionen u. ä. an den Kreisverband (bzw. den Ortsverband in kleinen selbständigen Gemeinden) als Koordinations- und Integrationsebene, dessen Parteiausschuß (bzw. Mitgliederversammlung) als Adressat dieser Initiativen dazu aufgerufen und in der Lage ist, die auf diese Weise artikulierte Meinung konkurrierender Parteigruppierungen in verbindliche Entscheidungen umzusetzen.

²⁵⁸ Warnfried Dettling, *Demokratisierung – Anfang oder Ende der Demokratie?*, in: Eichholzbrief, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz, 3/71, S. 12 f

Neben der möglichen Verbesserung innerparteilicher Willensbildung ist auch eine günstigere Position in der Konkurrenz zu anderen politischen, in der Regel aber nicht parteilich organisierten Gruppen und Verbänden zu erwarten. Die Parteien haben ihre Funktion der Artikulation konkreter Interessen und Bedürfnisse in den letzten Jahren trotz oder gerade wegen der verstärkten Politisierung größerer Bevölkerungskreise immer mehr an Bürgerinitiativen und Aktionskomitees verloren, die den Parteien an Beweglichkeit und Problembewußtsein nicht selten weit überlegen waren, ohne freilich deren politische Kompetenz und Verantwortung übernehmen zu können oder zu wollen²⁵⁹. Durch offenere und flexiblere Organisationsstrukturen gewännen die Parteien vielleicht die Chance, solche Initiativen aufzufangen, in den eigenen politischen Willensbildungsprozeß zu integrieren und schließlich auch in Wahlerfolge umzusetzen.

5.5.4.2. Integrationsfunktion

Die Integration des einzelnen Wählers oder Parteimitgliedes in das Gemeinwesen durch Zuordnung seiner Partikularinteressen auf ein komplexes Gesamtinteresse würde unter den dargestellten Voraussetzungen wesentlich gefördert. Das Postulat der Bildung des Parteiwillens durch konkurrierende innerparteiliche Willensbildung könnte sehr viel eher und gründlicher erfüllt werden als bisher, da die Zusammenfassung der verschiedenartigen, teilweise sicher unvereinbaren Anregungen und Anträge der einzelnen Parteigliederungen die Partei als Ganzes zu dem innerparteilichen Interessenausgleich zwingen würde, der bislang meist nur behauptet wird. Zudem könnte durch die bewußt interessenbezogene Parteimitgliedschaft der falsche, aber gerade in Parteikreisen scheinbar unüberwindliche Antagonismus von Partikularinteressen und Allgemeininteresse abgebaut werden²⁶⁰, die beide nicht unabhängig voneinander denkbar und realisierbar sind.

Wenn es richtig ist, daß gesellschaftliche Interessen nur selten durch das Ergebnis allgemeiner Wahlen ermittelt und berücksichtigt werden können, sondern wesentlich von dem relativen Einfluß interessierter Gruppen auf die jeweils relevanten politischen Subsysteme abhängig sind²⁶¹, dann ist zum einen eine Rückbindung der aktiven Öffentlichkeit von Partei- und Verbandsmitgliedern an die passive Öffentlichkeit der breiten Wählerschaft unverzichtbar²⁶², der Wille einer Partei muß also ebenso wie der eines Verbandes als Teil, nicht als Ganzes des politischen Willensbildungsprozesses behandelt wer-

²⁵⁹ vgl. dazu den Abschnitt 4.3. *Gemeindliche Interessenvertretung*, S. 51–55

²⁶⁰ so schreibt Emil-Peter Müller in seinem kritischen Beitrag über die Rolle der Vereinigungen in der CDU: „Es wäre unsinnig anzunehmen, daß Parteipolitik ohne Interessenpolitik betrieben werden könnte. Es ist aber nicht notwendig, daß sich die Interessenvertretung dermaßen institutionalisiert, daß Entscheidungsgremien der Partei lediglich ein Abbild der Kräfteverhältnisse verschiedener Interessengruppierungen darstellen . . . Worum es für die CDU geht, ist der Versuch einer Stärkung ihrer Basis zuungunsten ihrer berechtigten heterogenen Interessengruppen“ (E. P. Müller, *Wahlverein oder Partei*, in: *Die Entscheidung*, 21. Jg., Nr. 8, 1973, S. 32 f)

²⁶¹ Fritz Scharpf, *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*, a. a. O., S. 47

²⁶² ebda, S. 91; zum Begriff der aktiven und passiven Öffentlichkeit siehe Ralf Dahrendorf, *Aktive und passive Öffentlichkeit*, in: *Merkur* Nr. 21, 1967, S. 1109–1122

den²⁶³; auf der anderen Seite muß aber unbedingt eine transparente Beteiligung der aktiven, interessierten Gruppen am innerparteilichen und innerverbandlichen Entscheidungsprozeß sichergestellt werden, die nicht auf informelle Weise erfolgen darf. Die gleichberechtigte Einbeziehung interessen- und problemorientierter Organisationsstrukturen in die Willensbildung der Parteien trägt somit zur Integration ihrer Mitglieder und Wähler und zur Demokratisierung ihrer Entscheidungsprozesse bei.

5.5.4.3. Kommunikationsfunktion

Da die Ortsverbände der anspruchsvollen Aufgabe, Bindeglied zwischen Partei und Öffentlichkeit, zwischen Führung und Geführten zu sein, nicht voll gerecht werden, diese Funktion vielmehr nur einseitig als Ausläufer eines Informationssystems von oben nach unten erfüllen können, würde mit der Etablierung nichtregionaler, projekt- und problembezogener Organisationsstrukturen ein Gegengewicht geschaffen, das in der entgegengesetzten Richtung wirken soll und kann. Erst die Verbindung beider Organisationsprinzipien verspricht einen inner- und außerparteilichen Kommunikationsprozeß im Sinne dieser politischen Funktion.

Fraglos kann und wird es Initiativverzerrungen auch innerhalb der Gruppen und in ihrem Verhältnis zueinander geben, die aber wegen der relativ homogenen Zusammensetzung und der für jedermann deutlichen Interessenidentität in ihrem Ausmaß und ihrer Richtung weitgehend transparent sein würden. Daß im übrigen Ungleichgewichte in den Einflußmöglichkeiten der unvermeidliche Preis jeder Organisation unterschiedlich veranlagter Personen sind, ist spätestens seit den diesbezüglichen Untersuchungen von Robert Michels unbestritten; vielleicht sind sie nicht einmal gänzlich unerwünscht. „Die Vorstellung, daß Politik ein Raum sei, in dem herrschaftsfrei kommuniziert wird, in dem das Argument und sonst nichts zählt, ist eine Utopie und nicht einmal eine sinnvolle. Politische Willensbildung käme nie voran, sie würde in einem endlosen Palaver steckenbleiben, wenn in ihr alle Argumente einzig auf ihre rationale Stichhaltigkeit geprüft würden“²⁶⁴. Diese ein wenig großzügig wirkende Argumentation Wilhelm Hennis' findet in der Analyse von Kommunikationsprozessen durchaus seine rationale Bestätigung:

263 aus diesem Gesichtswinkel sieht Wolfgang Jäger in den parlamentarischen Fraktionen der Parteien das entscheidende Demokratisierungspotential: „Sie bilden den Schnittpunkt zwischen der innerparteilichen und der gesamtstaatlichen Demokratie, da sie die Partizipation des Parteibürgers mit der Partizipation des Wählers verbinden“ (W. Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 134); aus dem gleichen Grund verbietet sich die Einführung des imperativen Mandats als scheinbarer Demokratisierungsstrategie von selbst, da sie die doppelte Abhängigkeit des Abgeordneten von Partei- und Wählerschaft einseitig reduzieren und damit die Entscheidungskompetenz letztlich einem kleinen Teil aktiver Bürger überlassen würde. Zur Problematik des imperativen Mandats siehe u. a. Manfred Härtich, Innerparteiliche Demokratie und politische Willensbildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/69, S. 28–38; Christoph Müller, Das imperative und freie Mandat, Überlegungen zur Lehre von der Repräsentation des Volkes, Leiden 1966; Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 90ff; Udo Bernbach, Probleme des Parteienstaates, Der Fall Littmann, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Nr. 1, 1970, S. 359f; Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 125–129

264 Wilhelm Hennis, An den Plänen gescheitert, in: Deutsche Zeitung, Christ und Welt, Nr. 5 vom 4.2. 1972, S. 5

„Hierarchie, nicht im Sinne eines Befehlsmodells, sondern im Sinne der schrittweisen und strukturierten Problemvereinfachung, ist ein notwendiger Bestandteil fast aller Kommunikationsformen“²⁶⁵.

Wenn dieses Maß an notwendiger Hierarchie im Sinne eines strukturierten Kommunikationsprozesses in der politischen Praxis häufig in eine Dominanz der Führungsgruppen umgeschlagen ist, so muß dies in der Regel auf deren Kontrolle über die innerparteiliche Kommunikation zurückgeführt werden²⁶⁶. Eine Bindung der Parteimitglieder an das offizielle Kommunikationsnetz der Partei und damit meist an ihre Führungsgruppen ist daher vor allem durch eine Vielfalt autonomer Kommunikationskanäle zu verhindern²⁶⁷, die unter den dargestellten Bedingungen am ehesten durch selbständige, interessen- und problemorientierte Substrukturen aufzubauen sind.

Erst wenn auf diese Weise echte Kommunikationskanäle zwischen der so strukturierten und artikulierten öffentlichen Meinung und der politischen Führung geschaffen sind, können die Parteien als echte Bindeglieder im politischen System betrachtet werden. Dann könnten sie das werden, was bisher weitgehend bloßes Postulat geblieben ist, nämlich „das Sprachrohr, dessen sich das mündige Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können“²⁶⁸.

5.5.4.4. Selektionsfunktion

Die Gefahr der Verkrustung der Führungsauslese auf unterer Parteiebene zu einem modifizierten Kooptationssystem infolge mangelnden Interesses der Parteimitglieder erscheint unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Organisationsreformen durchaus geringer als bisher, da mit der Verfolgung konkreter Sachprobleme und Interessen eine verstärkte Motivation der unmittelbar betroffenen und beteiligten Parteimitglieder an sachlicher Partizipation und persönlicher Vertretung erarbeiteter Vorschläge und Anträge in den jeweils höheren Parteigremien vermutet werden darf. Zudem stehen durch die Einrichtung verschiedener Arbeitskreise, Projektgruppen u. ä. einige weitere Führungspositionen zur Verfügung, deren Bedeutung für die Aktivierung neuer und alter Mitglieder nicht zu unterschätzen ist. „Eine dezentralisierte Organisation der Parteiarbeit könnte aber nicht nur mehr soziale Rollen für qualifizierten Nachwuchs zur Verfügung stellen; sie würde auch das Kandidatenreservoir fachlich an der Lösung bestimmter Problemfelder geschulter Mitglieder erweitern und so der innerparteilichen Demokratie durch Belebung des Wettbewerbs dienen“²⁶⁹.

Einen ähnlichen Effekt verspricht auch die Aufgabenverteilung im Vorstand und die Kompetenzregelung zwischen diesem und dem Parteiausschuß bzw. der Mitgliederver-

265 Frieder Naschold Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 30

266 vgl. Henry Valen/Daniel Katz, Political Parties in Norway, a. a. O., S. 94f

267 Samuel S. Barnes, Party Democracy, a. a. O., S. 196ff

268 Gerhard Leibholz, Der Parteienstaat des Bonner Grundgesetzes, in: Recht, Staat und Wirtschaft, Bd. 3, 1951, S. 104

269 Horst Joachim Koch, Theoretische und praktische Probleme der politischen Arbeit, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 49

sammlung. Die Vergabe klarer Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Vorstand sprengt das traditionelle System der „Erbhöfe“, die von Vertretern wichtiger Parteilupgruppierungen ohne spezifische Qualifikation allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit besetzt werden konnten, und zwingt Kandidaten wie Parteilupgruppierungen, ihre legitimen Ansprüche durch Qualifikations- und Leistungsnachweise zu erhärten²⁷⁰. Auch diese Form der Demokratisierung von Parteilupstrukturen läßt zugleich eine wesentliche Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit erwarten, zumal dann, wenn die besonderen Aufgaben dieses Führungsorgans konkret definiert sind.

Im Interesse der Partei, wenn schon nicht ihrer führenden Repräsentanten, sollte daher die Kompetenzregelung zwischen dem Vorstand als Koordinations- und Führungsgremium und dem Parteilupauschuß bzw. der Mitgliederversammlung als politischem Entscheidungsorgan möglichst konsequent durchgehalten werden. Die Beschneidung der Kompetenz der Vorstände auf ihre eigentlichen satzungsmäßigen Funktionen und die gleichzeitige Verbreiterung der politischen Entscheidungsebene schafft zusätzliche Partizipationschancen und -anreize, die zur Demokratisierung wie zur Funktionsverbesserung der Parteiluporganisation beitragen könnten.

5.5.5. Politisierung der Parteien

Das vorgeschlagene Modell einer Parteiluporganisationsreform auf unterer Ebene impliziert letztlich eine starke Politisierung der Parteien, deren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse durch den institutionellen Zwang zur Konfrontation und zum Ausgleich von bestehenden Interessen durch demokratische Konfliktregelung politischer werden sollen und müssen, um zu verhindern, daß „aus der Tugend der Konfliktselminierung ... die Not der Demokratie ohne Alternativen“²⁷¹ entsteht.

Die vorgeschlagenen Strukturveränderungen in der Organisation der Parteien lassen im theoretischen Vergleich günstigere Voraussetzungen für die befriedigende Erfüllung ihrer Funktionen im politischen System erwarten als im gegenwärtigen Zustand. Natürlich ist damit noch nicht der Beweis für die praktische Überlegenheit dieser Strukturen erbracht, der letztlich nur empirisch zu führen wäre. Immerhin geben die vorhandenen Ansätze problemorientierter Strukturen genügend Anlaß zu dem Versuch ihrer Weiterentwicklung. Je eher und je vollständiger einer Partei die organisatorische Erfassung der komplexen Öffentlichkeit gelingt, desto größer wird ihre Funktionsfähigkeit und damit zugleich der Kompetenzvorsprung gegenüber ihren politischen Konkurrenten.

„Leider haben die politischen Parteien wenig oder nichts getan, um sich selbst für eine aktive Mitarbeit der Staatsbürger attraktiv zu machen. Sie haben nicht selten aus der Not eine Tugend gemacht und die Exklusivität, in der über Ämter und Mandate entschieden

²⁷⁰ um dies sicherzustellen, ist von Pütz/Radunski u. a. vorgeschlagen worden, es müßten „präzise Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten vor der Parteilupmitgliedschaft so klar umrissen sein, daß die Arbeit der Vorstandsmitglieder auf den Parteiluptagen auf Grund kurzer Rechenschaftsberichte in mündlicher oder schriftlicher Form kontrolliert werden können“ (Pütz/Radunski/Schönbohm/Simon, 18 Thesen zur Reorganisation der CDU, a. a. O., S. 21)

²⁷¹ Werner Conze, Nachwort zur Neuausgabe von Robert Michels' Soziologie des Parteilupwesens, a. a. O., S. 405

wurde, nicht so sehr für ein Übel als vielmehr für eine bequeme Art der Parteilupdemokratie gehalten“²⁷². Diese heimliche Übereinstimmung mit nach außen laut beklagten Zuständen hat die öffentlichkeitswirksamen Forderungen und Vorschläge einer Parteilupreform noch immer weit zahlreicher gelassen als deren praktische Versuche. Die Schwierigkeiten, auf die eine Umstrukturierung der Parteiluporganisation immer wieder gestoßen sind, zeigen nur allzu deutlich, daß die Bereitschaft zu einer konsequenten Organisationsreform in allen Parteien nach wie vor kaum vorhanden ist.

Organisationen reformieren sich nicht von selbst. Innovationen sind eine Aufgabe der Führung, die ihr Leistungsvermögen und ihre Führungskompetenz durch die Fähigkeit zur Lösung der innerparteilichen Strukturprobleme noch überzeugender nachweisen könnte als durch ihr Engagement in Fragen der sogenannten „großen Politik“. „Oft ist es allerdings lediglich das Beharrungsvermögen der Funktionäre, welches Veränderungen, die nach rationalen Gesichtspunkten zur Verbesserung der Organisationsstruktur notwendig wären, weitgehend ausschließt oder wenigstens fortgesetzt aufschiebt... Liebgewordene Positionen, deren man sicher ist, werden von den wenigsten Politikern zugunsten einer nicht exakt vorauskalkulierbaren Neuregelung aufgegeben“²⁷³. Es ist daher wenig realistisch, eine Parteilupreform gerade von jenen Führungsgruppen zu erwarten, die ihre Positionen den bestehenden Organisationsstrukturen und Entscheidungsverfahren verdanken. Der geforderte Stil politischer Willensbildung und politischer Führung, der durch „bewußt tolerierte und geförderte Austragung innerparteilicher Richtungsdifferenzen“²⁷⁴ gekennzeichnet sein sollte, ist in der Tat „nicht durch rationale Argumentation, sondern im wesentlichen nur über ständigen Gegendruck unterer Parteiluporganisationen, informeller Gruppen und einzelner Mitglieder des Vorstandes erreichbar“²⁷⁵.

Zweck dieser Studie sollte es sein, die konkrete organisatorische Verfassung der Parteien zum Gegenstand kritischer Analyse zu machen und die natürlichen Grenzen aufzuzeigen, auf die die Postulate innerparteilicher Demokratie in dem gegebenen organisatorischen Rahmen immer wieder stoßen. Diese Strukturdefekte sind, gemessen an den Funktionen der Parteien im politischen System einer Demokratie, größer, als ihre formale Übereinstimmung mit den allgemeinen Anforderungen der Verfassung oder auch des konkreteren Parteilupgesetzes zunächst vermuten läßt.

Natürlich ist es wenig sinnvoll, Demokratisierungsstrategien für soziale Organisationen, insbesondere für politische Parteien, zu entwickeln, ohne die Konsequenzen erweiterter innerparteilicher Partizipation für das Gesamtsystem zu berücksichtigen²⁷⁶. Aber gerade dieses politische System, „die Konkurrenzdemokratie, kann nur funktionieren,

²⁷² Ernst Benda, Reform der Parteien und Parlamente, in: Lothar Kraft/Gerhard Reddemann (Hrsg), Mit der Union in die Zukunft, Grundlagen-Kritik-Aufgaben-Vorschläge-Perspektiven, Bonn 1969, S. 98 f

²⁷³ Heino Kaack, Geschichte und Struktur des westdeutschen Parteilupsystems, a. a. O., S. 499 f

²⁷⁴ Wolfgang Abendroth, Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957, in: ders., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied/Berlin 1967, S. 78

²⁷⁵ Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 93

²⁷⁶ ebda, S. 81; Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 126

wenn der Wähler zwischen echten Alternativen wählen kann. Dies kann er paradoxerweise nur, wenn die Parteipolitiker nicht nur wählerorientiert, sondern auch parteimitgliederorientiert sind“²⁷⁷.

Dieses Ziel erscheint nur erreichbar und die festgestellten Schwächen nur korrigierbar durch eine massive Politisierung der Parteien, die ohne diese dezidiert politische Perspektive und Mentalität ihren Zweck zu sehr verfehlen, um für ein demokratisches System, dessen Kern sie bilden, tolerierbar zu sein: „Da in der modernen Massendemokratie die Parteien die Vermittlungsorganisationen zwischen Staat und Gesellschaft sind, führt die Entpolitisierung der Parteien zur Entdemokratisierung der Gesellschaft“²⁷⁸.

Dies ist die eigentliche Herausforderung.

DOKUMENTATION

277 Wolfgang Jäger, a. a. O., S. 138

278 Kurt Lenk/Franz Neumann, Einleitung zu Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a. a. O., S. LXXV

Einführende Erläuterungen zur Dokumentation

Der nachfolgende dokumentarische Anhang soll über die zusammenfassende Darstellung des Textes hinaus, die sich auf kurze Zitate beschränken mußte, einen Teil der ihr zugrunde liegenden Materialien im Original zugänglich machen und damit eine Ergänzung, Bestätigung, ggf. auch Korrektur der aufgezeigten Ergebnisse ermöglichen.

Eine im Umfang nicht unbegrenzte Dokumentation kann notwendigerweise nur einen Bruchteil der gesamten im Untersuchungszeitraum erfaßten Materialien wiedergeben, so daß einige Hinweise zu den Auswahlkriterien angebracht sind. Im Mittelpunkt dieser Sammlung stehen dem Untersuchungsgegenstand entsprechend Dokumente der Ortsverbände und der Vereinigungen bzw. Arbeitskreise, denen naturgemäß eine Priorität eingeräumt wurde. Dabei sollten regionale und nicht-regionale Organisationsstrukturen in ausgewogenem Verhältnis zueinander und durch jeweils möglichst viele verschiedene Organisationseinheiten sowie durch vergleichbare Dokumente berücksichtigt werden, ohne dabei den unzutreffenden Eindruck gleichmäßiger und gleichgewichtiger Aktivitäten aller Ortsverbände und Vereinigungen bzw. Arbeitskreise entstehen zu lassen. Wenn also einzelne Gruppierungen besonders stark und häufig vertreten sind, so entspricht dies durchaus der Verteilung innerhalb des gesamten Materials. Dies gilt auch und vor allem für die hier überhaupt nicht erfaßten und nicht erfaßbaren innerparteilichen Gruppierungen.

Um ein zuverlässiges Gesamtbild gewinnen und die einzelnen Organisationen in ihrer Aktivität und Leistungsfähigkeit kritisch beurteilen zu können, mußten darüber hinaus alle für die Struktur und Arbeitsweise des Kreisverbandes insgesamt relevanten Daten wiedergegeben werden: Satzung, Mitgliederstruktur, Finanzen und offizieller Geschäftsbericht. In diesem Zusammenhang lag auch die vollständige Wiedergabe sämtlicher Anträge zu den Parteitagungen nahe, insofern als dieses höchste Entscheidungsorgan des Kreisverbandes den natürlichen Mittelpunkt und wichtigsten Adressaten aller innerparteilichen Aktivitäten darstellt.

Das abschließend abgedruckte Konzept einer Arbeitsgruppe der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Reform der Kreisverbandsarbeit soll schließlich eine Orientierung über parteioffizielle Reformbemühungen traditioneller Organisationsstrukturen geben.

Alle Dokumente sind – sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt – ungekürzt und unkorrigiert in der jeweils jüngsten verfügbaren Fassung wiedergegeben; dies gilt auch für Unterstreichungen bzw. Sperrungen im Text. Namen sind dagegen in der Regel, mit Ausnahme überregional bekannter Politiker und Mandatsträger, durch deren politische Funktionen ersetzt. Zur Unterscheidung der Ortsverbände sind deren Anfangsbuchstaben verwendet worden, auf Ortsteil- und Straßennamen wurde ganz verzichtet.

1. SATZUNG

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Landesverband Westfalen-Lippe, Kreisverband B.¹

A. Gebiet, Name und Sitz des Kreisverbandes

§ 1

Die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands im Gebiet der Stadt B. bilden den Kreisverband B. innerhalb des Landesverbandes Westfalen-Lippe der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Er will das öffentliche Leben aus christlicher Verantwortung auf der Grundlage der persönlichen Freiheit demokratisch gestalten.

¹ Die Satzung wird hier in der geänderten Fassung vom 17. 4. 1971 wiedergegeben, dem Stand also, auf den sich die Abänderungsanträge der Kreisparteitage vom März 1973 und Januar 1974 beziehen (Anm. d. Verf.).

Der Kreisverband ist die unterste selbständige organisatorische Einheit der CDU mit Satzung und selbständiger Kassenführung gemäß der Satzung des Landesverbandes.

§ 2

Der Kreisverband führt den Namen Christlich-Demokratische Union Deutschland (CDU), Landesverband Westfalen-Lippe, Kreisverband B.; seine Ortsverbände zusätzlich ihre entsprechenden Namen.

§ 3

Der Kreisverband ist ein eingetragener Verein; sein Sitz ist B.

B. Mitgliedschaft

§ 4

Mitglied der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands kann jeder Deutsche werden, der ihre Ziele zu fördern bereit ist, der das 16. Lebensjahr vollendet hat und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt. Die Mitgliedschaft in einer anderen Partei schließt die Mitgliedschaft in der CDU aus.

§ 5

Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag. Der Aufnahmeantrag muß schriftlich gestellt werden. Über die Aufnahme entscheidet der Kreisverband nach Anhörung des Ortsvorsitzenden.

Hat der Antragsteller keinen Wohnsitz, sondern nur seinen Arbeitsplatz im Kreisverband, so ist vor seiner Aufnahme der für seinen Wohnsitz zuständige Kreisverband zu hören.

Bei Ablehnung der Aufnahme ist der Antragsteller schriftlich zu benachrichtigen. Er ist darauf hinzuweisen, daß gegen die Ablehnung Einspruch binnen eines Monats durch eingeschriebenen Brief bei der Geschäftsstelle des Kreisverbandes eingelegt werden kann, über den der Landesverband endgültig entscheidet.

§ 6

Jedes Mitglied hat das Recht, an Veranstaltungen, Wahlen und Abstimmungen im Rahmen der Satzung teilzunehmen.

Nur Mitglieder können in Parteigremien gewählt und als Kandidaten für parlamentarische Vertretungen aufgestellt werden.

§ 7

Jedes Mitglied hat Beiträge zu entrichten. Näheres regelt die Beitrags- und Finanzordnung.

Die Rechte eines Mitglieds ruhen, wenn es länger als sechs Monate mit seinen Beitragszahlungen schuldhaft in Verzug ist.

§ 8

Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, durch Austritt oder durch Ausschluß.

§ 9

Der Austritt ist dem Kreisverband schriftlich zu erklären. Er wird mit dem Zugang beim Kreisverband wirksam. Der Mitgliedsausweis ist spätestens bis zu diesem Zeitpunkt abzugeben.

Alle Veränderungen in der Mitgliedschaft sind unverzüglich der zentralen Mitgliederkartei und dem zuständigen Ortsverband zu melden.

§ 10

Durch den Kreisvorstand können gegenüber Mitgliedern nach deren vorheriger Anhörung Ordnungsmaßnahmen getroffen werden. Über den Ausschluß eines Mitgliedes entscheidet auf Antrag des Parteivorstandes ausschließlich das Parteigericht.

In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Kreisvorstand dem Mitglied die Ausübung seiner Rechte bis zur Entscheidung des Parteigerichtes untersagen.

Die Zuständigkeit des Landesvorstandes und des Bundesvorstandes werden hierbei nicht berührt. Ordnungsmaßnahmen sind:

1. Verwarnung
2. Verweis
3. Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern auf Zeit
4. Enthebung von Parteiämtern
5. Ausschluß aus der Partei durch das zuständige Parteigericht

Für die Mitglieder des Landesvorstandes ist nur der Landesvorstand oder der Bundesvorstand zuständig.

Alle Ordnungsmaßnahmen sind schriftlich zu begründen.

Das Verfahren vor den Parteigerichten richtet sich nach der Parteigerichtsordnung.

§ 11

Voraussetzung für den Ausschluß eines Mitgliedes ist die Feststellung seines parteischädigenden Verhaltens oder der beharrlichen Mißachtung seiner satzungsgemäßen Pflichten.

§ 12

Parteischädigend verhält sich insbesondere, wer

1. zugleich einer anderen politischen Partei angehört,
2. in Versammlungen, Rundfunksendungen, Fernsehsendungen oder Presseorganen politischer Gegner gegen die Politik der CDU Stellung nimmt,
3. als Kandidat der Christlich-Demokratischen Union in eine Vertretungskörperschaft gewählt ist und der Christlich-Demokratischen Fraktion nicht beitrifft oder aus ihr ausscheidet,
4. vertrauliche Parteivorgänge veröffentlicht oder an politische Gegner weitergibt,
5. Vermögen, das der Partei gehört oder zur Verfügung steht, veruntreut.

§ 13

Seinen Pflichten als Mitglied kommt insbesondere beharrlich nicht nach, wer über einen längeren Zeitraum trotz Zahlungsfähigkeit und schriftlicher Mahnung den Mitgliedsbeitrag nicht entrichtet.

C. Aufgaben

§ 14

Der Kreisverband hat die Aufgabe:

1. das Gedankengut der CDU zu verbreiten und für die Ziele der CDU zu werben,

2. die Mitglieder über alle wichtigen politischen Fragen zu unterrichten und sie zur Teilnahme an der praktischen politischen Arbeit anzuregen,
3. die politische Willensbildung in allen Organen der CDU und im öffentlichen Leben zu fördern,
4. die Belange der CDU in seinem Bereich zu vertreten,
5. die Arbeit der Ortsverbände und der Stützpunkte zu fördern; der Kreisverband kann sich jederzeit über alle Angelegenheiten der Ortsverbände und der Stützpunkte unterrichten,
6. die Beschlüsse und die Richtlinien der überörtlichen Parteiorgane durchzuführen.

D. Organe

§ 15

Organe des Kreisverbandes sind:

- a) der Kreisparteitag (Vertreterversammlung gemäß Vorschriften des Parteiengesetzes),
- b) der Kreisparteiausschuß,
- c) der Kreisvorstand,
- d) das Kreisparteigericht.

- a) Kreisparteitag

§ 16

1. Der Kreisparteitag ist das höchste politische Organ des Kreisverbandes. Er tritt mindestens einmal im Jahr zusammen und wird durch den Kreisvorstand einberufen.

Der Kreisvorstand muß den Parteitag unverzüglich einberufen, wenn der Kreisparteiausschuß oder ein Drittel der dem Kreisverband angehörenden Ortsverbände es schriftlich unter Angabe der gewünschten Tagesordnungspunkte verlangen.

2. Dem Kreisparteitag gehören an:

- a) die von den Ortsverbänden gewählten Delegierten,
- b) die Mitglieder des Kreisvorstandes.

3. Die Ortsverbände entsenden auf je angefangene 20 Mitglieder einen Delegierten. Maßgebend ist die aufgrund der Beitragszahlung an den Kreisverband nachgewiesene Mitgliederzahl.

4. Der Anteil der nach Abs. 2. b) nicht gewählten Mitglieder darf ein Fünftel der Gesamtzahl der Mitglieder des Kreisparteitages nicht übersteigen.

5. Die CDU-Mitglieder des Bundestages, des Landtages, der Stadtverordnetenfraktion sowie die Vorsitzenden der Vereinigungen und Ausschüsse sind zum Kreisparteitag einzuladen.

Im Einzelfall kann der Kreisvorstand weitere Gäste einladen.

6. Aufgaben des Kreisparteitages sind:

- a) Beschlußfassung über die Politik des Kreisverbandes,
- b) Beschlußfassung über die Satzung des Kreisverbandes,
- c) Entgegennahme des Geschäfts- und Finanzberichtes sowie Entlastung des Kreisvorstandes – mindestens alle 2 Jahre –,
- d) Wahl des Kreisvorsitzenden, seiner beiden Stellvertreter, des Schatzmeisters und seines Stellvertreters und der 8 Beisitzer,
- e) Beschlußfassung über die Finanzordnung,
- f) Wahl von 3 Rechnungsprüfern, die dem Vorstand nicht angehören dürfen, auf die Dauer von 2 Jahren,

- g) Wahl der Delegierten für die übergeordneten Parteiinstanzen,
- h) Wahl der Mitglieder für die Vertreterversammlung zur Aufstellung der Kandidaten zum Bundestag und Landtag nach dem jeweils geltenden Wahlrecht und den hierzu erforderlichen Beschlüssen des Landesverbandes,
- i) Wahl der 60 Mitglieder für eine Vertreterversammlung, die nach dem jeweils geltenden Wahlrecht die Aufstellung der Kandidaten für die Kommunalwahl (Stadtverordnetenversammlung) vornimmt,
- k) Wahl des Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder des Kreisparteigerichtes und deren Stellvertreter.

b) Kreisparteiausschuß

§ 17

1. Dem Kreisparteiausschuß gehören stimmberechtigt an:
 - a) die von den Ortsverbänden gewählten Vertreter,
 - b) die Mitglieder des Kreisvorstandes,
 - c) die Vorsitzenden der Vereinigungen (gem. § 27 dieser Satzung).
2. Die Vorsitzenden der Fachausschüsse und die Mitglieder des Kreisparteigerichtes sind befugt, an den Sitzungen des Kreisparteiausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen.
3. Die Ortsverbände entsenden auf je 50 angefangene Mitglieder einen Vertreter.
4. Der Anteil der nicht gewählten Mitglieder (Abs. 1. b) und c)) darf ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder des Kreisparteiausschusses nicht übersteigen.
5. Der Kreisparteiausschuß wird durch den Kreisvorstand – mindestens zweimal im Jahr – einberufen.
Er muß spätestens innerhalb von 30 Tagen einberufen werden, wenn wenigstens ein Drittel der dem Kreisverband angehörenden Ortsverbände oder ein Drittel der Mitglieder des Kreisparteiausschusses es schriftlich unter Angabe der gewünschten Tagesordnungspunkte verlangen.
6. Der Kreisparteiausschuß ist zuständig für:
 - a) die Beratung und Beschlußfassung aller Angelegenheiten des Kreisverbandes von politischer und organisatorischer Bedeutung, für deren Entscheidung der Kreisparteitag nicht zuständig ist,
 - b) die Überwachung der Durchführung der Beschlüsse des Kreisparteitages,
 - c) die Benennung von Vertretern des Kreisverbandes als Mitglieder der Landesfachausschüsse, falls kein Ausschuß auf Kreisebene besteht.

c) Kreisvorstand

§ 18

1. Der Kreisvorstand besteht aus dem Kreisvorsitzenden, seinen beiden Stellvertretern, dem Schatzmeister, seinem Stellvertreter und weiteren 8 Mitgliedern.
Kraft Amtes gehören dem Kreisvorstand an:
der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung B. und der Kreisgeschäftsführer.
2. Die Mitglieder des Kreisvorstandes können sich nicht vertreten lassen.
3. Der Kreisvorstand führt die Geschäfte des Kreisverbandes. Er ist an die Beschlüsse des Kreisparteitages und des Kreisparteiausschusses gebunden. Er stellt den Haushaltsvorschlag auf und be-

richtet vierteljährlich dem Landesverband über alle für die Parteiarbeit wesentlichen Vorgänge, insbesondere über die Mitgliederbewegung. Er überwacht und fördert die Arbeit aller Ortsverbände und Stützpunkte sowie der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

4. Der Kreisvorstand wählt im Einvernehmen mit dem Landesvorstand den Kreisgeschäftsführer. Die Wahl ist durch den Landesvorstand zu bestätigen.
5. Zur Durchführung der Beschlüsse des Kreisvorstandes und zur Erledigung der dringlichen Geschäfte wird ein *geschäftsführender Vorstand* gebildet. Ihm gehören an
 - der Kreisvorsitzende,
 - seine beiden Stellvertreter,
 - der Schatzmeister,
 - sein Stellvertreter,
 - der Kreisgeschäftsführer.

6. Der Kreisvorsitzende, der an den Veranstaltungen aller Gliederungen teilnehmen kann, hat das Recht, jederzeit das Wort zu ergreifen. Er kann ein Vorstandsmitglied mit seiner Vertretung beauftragen.

7. Der Kreisvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter und ein weiteres Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes sind Vorstand im Sinne des § 26 BGB.

§ 19

1. Der Kreisvorstand kann zu seiner Unterstützung und zur Aktivierung der Parteiarbeit *Fachausschüsse und Arbeitskreise* auf Kreisebene bilden. Er kann diese jederzeit auflösen.
2. Ihre Beschlüsse müssen durch den Kreisvorstand gebilligt werden.
3. Die Fachausschüsse und Arbeitskreise wählen ihren Vorstand. Die Wahl bedarf der Bestätigung des Kreisvorstandes.

d) Kreisparteigericht

§ 20

1. Das Kreisparteigericht besteht aus dem Vorsitzenden und 2 Beisitzern. Außerdem sind ein Stellvertreter des Vorsitzenden und 3 stellvertretende Beisitzer zu wählen. Der Vorsitzende und sein Vertreter sollen die Befähigung zum Richteramt besitzen. Mitglieder und Stellvertreter dürfen nicht Mitglieder eines Parteivorstandes sein oder in einem Dienstverhältnis zu der Partei stehen oder von ihr regelmäßig Einkünfte beziehen; sie dürfen auch nicht Mitglieder oder Stellvertreter eines anderen Parteigerichtes sein. Sie sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.
2. Die Zuständigkeit des Kreisparteigerichtes und das Verfahren ergeben sich aus der Parteigerichtsordnung.

E. Auflösung

§ 21

1. Der Kreisverband kann durch Beschluß des Kreisparteitages aufgelöst werden. Hat der Kreisparteitag die Auflösung beschlossen, so führt der Kreisvorstand eine Urabstimmung der Mitglieder herbei.
2. Der Kreisvorstand bestimmt den Tag und die Zeit der Abstimmung sowie die einheitliche Form der Stimmzettel.
3. Der Stimmzettel muß den Wortlaut des Beschlusses des Kreisparteitages enthalten und so ausgestaltet sein, daß das Mitglied mit „Ja“ oder „Nein“ abstimmen kann. Darüber hinaus darf der

Stimmzettel keine weiteren Angaben enthalten. Stimmzettel sind nur gültig, wenn sie mit „Ja“ oder „Nein“ gekennzeichnet sind. Die Abstimmung ist geheim.

4. Die Urabstimmung erfolgt in besonders einberufenen Versammlungen der Mitglieder der Ortsverbände, zu denen alle stimmberechtigten Mitglieder 14 Tage vorher schriftlich unter Übersendung des Wortlautes des Beschlusses des Kreisparteitages einzuladen sind. Der Vorsitzende des Ortsverbandes und zwei durch die Versammlung der Mitglieder gewählte Personen bilden den Vorstand für die Urabstimmung im Gebiet des jeweiligen Ortsverbandes. Über den Vorgang der Abstimmung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von den Mitgliedern des Vorstandes der Urabstimmung nach Durchführung der Abstimmung zu unterzeichnen ist. Nach Abschluß des Abstimmungsvorganges ist dieses Protokoll zusammen mit den Stimmzetteln dem Kreisvorstand zu übersenden.

5. Ist in einer Versammlung der Mitglieder die Abstimmung nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden, so kann der Kreisvorstand eine Wiederholung der Abstimmung beschließen.

6. Der Beschluß des Kreisparteitages ist bestätigt, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Kreisverbandes sich für die Auflösung des Kreisverbandes aussprechen.

7. Das Vermögen und die Akten gehen im Falle einer Auflösung an den Landesverband.

F. Gliederung des Kreisverbandes

Ortsverband

§ 22

Der Ortsverband ist die Organisation der CDU in den Stadtteilen. Er kann einen oder mehrere Stadtteile umfassen.

Gründung und Abgrenzung der Ortsverbände sind Aufgabe des Kreisvorstandes.

Die Gründung von Ortsverbänden kann nur erfolgen, wenn mindestens sieben Mitglieder vorhanden sind. Weniger als sieben Mitglieder bilden einen Stützpunkt, dessen Betreuung dem Kreisverband oder einem Ortsverband übertragen wird.

Alle organisatorischen und politischen Maßnahmen des Ortsverbandes müssen im Einvernehmen mit dem Kreisverband erfolgen.

§ 23

Der Ortsverband hat die Aufgabe:

1. das Gedankengut der CDU zu verbreiten und für die Ziele der CDU und die Mitgliedschaft in der CDU zu werben,
2. die Mitglieder über alle wichtigen politischen Fragen zu unterrichten und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik anzuregen,
3. die politische Willensbildung in allen Organisationen der CDU und im öffentlichen Leben zu fördern,
4. die Beschlüsse und Richtlinien der überörtlichen Parteiorgane durchzuführen.

§ 24

Organe des Ortsverbandes sind:

- a) die Hauptversammlung als Mitgliederversammlung,
- b) der Ortsvorstand.

§ 25

1. Die Hauptversammlung hat mindestens in jedem 2. Kalenderjahr stattzufinden. Die Einladung erfolgt schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und einer Frist von 7 Tagen. Das Datum des Poststempels ist maßgebend.

Sie ist zuständig für:

- a) die Beschlussfassung über alle das Interesse des Ortsverbandes berührenden Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere die Richtlinien örtlicher Kommunalpolitik,
- b) die Wahl der vom Ortsverband in die überörtlichen Parteiorgane zu entsendenden Vertreter,
- c) die Entgegennahme der Jahresberichte und die Entlastung des Vorstandes,
- d) die Wahl des Ortsvorstandes.

2. Die Wahlen zu b) und d) müssen geheim durch Stimmzettel durchgeführt werden. Im übrigen gelten die Bestimmungen des § 29 Abs. 2, 4 und 5 der Wahlordnung unserer Satzung entsprechend.

3. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefaßt. Die Bestimmungen des § 31 Abs. 4 dieser Satzung gelten entsprechend.

4. Über die Hauptversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterschreiben ist. Eine Durchschrift ist der Kreisgeschäftsstelle zu übersenden.

§ 26

1. Der Ortsvorstand besteht mindestens aus drei gewählten Mitgliedern.

2. Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte. Er ist an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden.

G. Vereinigungen

§ 27

1. Im Kreisverband B. können Vereinigungen gemäß § 38 des Bundesstatuts der CDU bestehen.

2. Die Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse von Personen mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren.

§ 28

1. Die Mitglieder der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung haben sich nach den kommunalpolitischen Leitsätzen der CDU zu richten.

- a) Jeder Kandidat muß Mitglied der CDU sein und nach seiner Wahl Mitglied der KPv werden.
- b) Jeder Kandidat soll vor seiner Wahl eine Verpflichtung unterschreiben,
 - aa) sich im Sinne der CDU einzusetzen,
 - bb) sich auch nach seiner Wahl aktiv in der Partei zu betätigen,
 - cc) im Falle seines Ausscheidens aus der CDU sein Mandat innerhalb eines Monats niederzulegen.

2. Alle wichtigen Beschlüsse und Maßnahmen auf kommunalpolitischem Gebiet sind mit dem Kreisvorstand abzustimmen.

3. Der Kreisvorsitzende oder ein von ihm bestimmter Vertreter und der Kreisgeschäftsführer sind zu allen Fraktionssitzungen einzuladen.

H. Wahlordnung

§ 29

1. Die Mitglieder des Kreisvorstandes sowie die Delegierten für den Bundesparteitag, den Landesparteitag, den Landesparteiausschuß und die Vertreterversammlungen (vgl. § 16 Abs. h) und i) werden geheim durch Stimmzettel gewählt.
2. Der Kreisvorsitzende, seine beiden Stellvertreter sowie der Schatzmeister und sein Stellvertreter sind in getrennten Wahlgängen zu wählen; sie bedürfen zu ihrer Wahl der Mehrheit der abgegebenen Stimmen des Kreisparteitages. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl statt.
3. Die Wahl der gemäß § 18 Abs. 1 vom Kreisparteitag zu wählenden restlichen Mitglieder des Kreisvorstandes erfolgt in einem weiteren Wahlgang. Der Stimmzettel muß die Namen aller vorgeschlagenen Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge enthalten. Stimmzettel, auf denen mehr oder weniger als die zu wählenden Mitglieder angekreuzt sind, sind ungültig.
Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, findet Stichwahl unter den nicht gewählten Kandidaten statt; dabei genügt die einfache Mehrheit. Ist eine Entscheidung zwischen Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl erforderlich, erfolgt sie ebenfalls durch Stichwahl, dabei genügt die einfache Mehrheit.
Auf Antrag der Mehrheit der anwesenden Delegierten können die restlichen Mitglieder auch einzeln gewählt werden. Die Bestimmungen in Absatz 2. gelten entsprechend.
4. Die Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag, den Landesparteitag, den Landesparteiausschuß und die Vertreterversammlungen erfolgt mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit erfolgt eine Stichwahl, dabei genügt die einfache Mehrheit.
5. Alle sonstigen Wahlen können durch Handzeichen oder mit der erhobenen Stimmkarte durchgeführt werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt und keine gesetzliche Bestimmung entgegensteht.

I. Geschäftsordnung

§ 30

Die Verwaltung des Kreisverbandes leitet der Kreisgeschäftsführer nach den Anweisungen des geschäftsführenden Vorstandes.

§ 31

1. Kreisparteitag, Kreisparteiausschuß, Kreisvorstand und Vertreterversammlungen sind beschlußfähig, wenn ihre Einberufung satzungsgemäß erfolgt und mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.
2. Die Organe gelten als beschlußfähig, solange nicht auf Antrag die Beschlußunfähigkeit festgestellt ist. Stimmenthaltung und ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung der Beschlußunfähigkeit mit.
3. Falls die Beschlußunfähigkeit festgestellt ist, können Kreisparteitag, Kreisparteiausschuß, Kreisvorstand oder Vertreterversammlungen unbefristet mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. In diesem Fall sind die Organe ohne Rücksicht auf die Teilnehmerzahl beschlußfähig, doch muß hierauf in der Einladung hingewiesen werden.
4. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefaßt. Stimmenthaltungen zählen nicht als abgegebene Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Auf Antrag muß die Abstimmung geheim erfolgen, wenn dieser Antrag von einem Fünftel der Stimmberechtigten unterstützt wird.

5. Über die Sitzungen ist eine Niederschrift anzufertigen; sie ist vom Kreisvorsitzenden bzw. Versammlungsleiter und dem Kreisgeschäftsführer zu unterzeichnen.

§ 32

1. Die Vertreter zu den Kreisparteitagen, zu den Sitzungen des Kreisparteiausschusses und den Vertreterversammlungen sind schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen einzuladen. Der Kreisvorstand kann die Ladungsfrist aus wichtigem Grund auf 3 Tage verkürzen.
2. Die Ladungsfrist zu den Sitzungen des Kreisvorstandes beträgt wenigstens 3 Tage.
3. Anträge zum Kreisparteitag und zum Kreisparteiausschuß müssen spätestens 5 Tage vor dem Tagungsbeginn in der Kreisgeschäftsstelle schriftlich eingegangen sein.
4. Für alle Ladungsfristen gilt das Datum des Poststempels.

§ 33

Zu allen Parteigremien ist alle 2 Jahre geheim durch Stimmzettel zu wählen.

§ 34

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 35

In allen Angelegenheiten, die durch diese Satzung nicht geregelt werden, gelten die Satzungen des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe und das Statut der CDU Deutschlands.

J. Satzungsänderung

§ 36

1. Eine Änderung der Satzung des Kreisverbandes kann nur auf einem Kreisparteitag mit Zweidrittel-Mehrheit der Anwesenden beschlossen werden. Der Wortlaut der beabsichtigten Satzungsänderung ist in der Einladung mitzuteilen.
2. Anträge zur Satzungsänderung müssen mindestens 20 Tage vor Beginn eines Parteitages schriftlich für den Kreisvorstand in der Kreisgeschäftsstelle eingegangen sein.

K. Inkrafttreten

§ 37

Diese Satzung ist auf dem 19. Kreisparteitag am 19. August 1968 im Parkhaus B. unter gleichzeitiger Aufhebung im Bereich des Kreisverbandes bisher geltenden Satzungen einstimmig beschlossen worden.

Sie wurde geändert durch den 22. Kreisparteitag der CDU Kreisverband B. am 17. April 1971.

2. GESCHÄFTSBERICHT DES KREISVERBANDES

VORWORT

Dieser Geschäftsbericht bezieht sich auf die Jahre 1970/1972. Charakteristika für diesen Zeitraum sind insbesondere, daß zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte an der Spitze der Bundesrepublik ein sozialdemokratischer Kanzler steht und daß aufgrund der Pattsituation im Deutschen Bundestag im Frühjahr 1972 dieser zum erstenmal vorzeitig aufgelöst werden mußte. Die hierdurch bedingten vorgezogenen Bundestagswahlen im November 1972 zwangen den Kreisverband, kurzfristig umzudisponieren. Das wiederum hatte Auswirkungen auf den gesamten „Fahrplan“, wie Organisation entscheidend zu verbessern, die Finanzen zu ordnen und die zusätzlich anfallende Arbeit zu bewältigen. Konkret konnten durch Rationalisierung unseres Apparates die Arbeit effizienter gestaltet und die Dienstleistungen für die Ortsverbände wesentlich verbessert werden.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß es im Kreisverband zur Zeit 21 Arbeitsgruppen gibt, die eine zusätzliche Belastung der Kreisgeschäftsstelle bedeuten.

Im April erschien zum erstenmal Kontakt. Hierdurch war die Möglichkeit geschaffen, für alle Ortsverbände rechtzeitig einen Überblick über sämtliche Veranstaltungen des Kreisverbandes im Ablauf eines Monats zu haben.

Im April 1972 konnte der Kreisverband auf das erste Vierteljahrhundert seiner Geschichte zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurden im Rahmen einer Festveranstaltung 443 Mitglieder für 25jährige Mitgliedschaft geehrt. Gleichzeitig erschien die Broschüre „CDU Bochum – gestern – heute – morgen“. Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich allen Mitarbeitern und Freunden danken für die tatkräftige Unterstützung in den abgelaufenen Jahren, für Opferbereitschaft und Idealismus. Ohne diese Mitarbeit hätten die auf den nachfolgenden Seiten im einzelnen festgehaltenen Ergebnisse nicht erzielt werden können.

B., 20. März 1973

Name
Kreisverbandsvorsitzender

Name
Kreisverbandsgeschäftsführer

KREISPARTEITAGE

21. Kreisparteitag

21. November 1970 im Parkhaus.

Dieser Kreisparteitag hatte den Kreisvorstand und die Delegierten für die übergeordneten Gremien zu wählen.

Folgender Kreisvorstand wurde gewählt:

(es folgt die namentliche Aufführung aller Vorstandsmitglieder)

Kreisvorsitzender: (Wiederwahl, Stadtverordneter, Bürgermeister)

Stellv. Kreisvorsitzender: (Wiederwahl, Stadtv.)

Stellv. Kreisvorsitzender: (Wahl des JU-Vors. gegen bish. Amtsinh.)

Schatzmeister: (Wiederwahl, Stadtv., Ortsverbandsvors.)

Stellv. Schatzmeister: (Neuwahl, bisher ein MdB)

Beisitzer:

als Beisitzer wurden gewählt: der Bundestagsabgeordnete, der Landtagsabgeordnete, der bisherige Stellv. Kreisvorsitzende, die Vorsitzende der Frauenvereinigung, ein weiteres Vorstandsmitglied der Frauenvereinigung, der Stellv. Vorsitzende der Jungen Union, ein Stadtverordneter und Orts-

verbandsvorsitzender, ein Stadtverordneter und Mitglied des Fraktionsvorstandes. Der Kreisgeschäftsführer und der Fraktionsvorsitzende sind satzungsgemäß Mitglieder des Kreisvorstandes.

22. Kreisparteitag

17. November 1971 im Parkhaus.

Wesentliche Aufgabe dieses Parteitages war die Verabschiedung der Beitrags- und Finanzordnung.

Außerordentlicher Kreisparteitag

7. September 1972 im Parkhaus.

Durch die vorzeitige Auflösung des Bundestages war ein außerordentlicher Parteitag notwendig geworden, um die Delegierten für die Delegiertenversammlung zur Aufstellung der Bundeskandidaten für die Wahlkreise 117 und 118 zu wählen. Außerdem wurden die Delegierten für die übergeordneten Gremien gewählt.

23. Kreisparteitag

26. Oktober 1972 im Parkhaus.

Die Amtszeit des Kreisvorstandes endete mit Ablauf des Jahres 1972. Wegen der vorgezogenen Bundestagswahl beschloß der Parteitag, den Vorstand in seiner Zusammensetzung gemäß den Vorschriften der Satzung wiederzuwählen und bis spätestens Mai 1973 einen Parteitag mit Neuwahl des Kreisvorstandes durchzuführen.

KREISPARTEI-AUSSCHUSS

16.3.1971: Referat Prof. Dr. Brüggemann, MdL, über die Arbeit der CDU-Landtagsfraktion als Oppositionspartei. Gerd Springorum, MdB, gab einen Überblick über die Arbeit der Bundestagsfraktion.

14.3.1972: Bildung von Arbeitskreisen

20.6.1972: Krise in Bonn
Alarmplan für eine evtl. vorgezogene Bundestagswahl. Entgegennahme der ersten Berichte der am 14.3.1972 gebildeten Arbeitsgruppen.

KREISVERANSTALTUNGEN

23.11.1971: Landesvorsitzender Minister a.D. Heinrich Windelen, MdB, sprach im Parkhaus über „Die innen- und außenpolitische Situation nach zwei Jahren SPD/FDP-Koalition“.

2.2.1972: Stellv. Landes- und Fraktionsvorsitzender Albert Pürsten, MdL, sprach im Parkhaus über „Aktuelle Fragen der Landespolitik“.

15.4.1972: Festveranstaltung „25 Jahre CDU – Bochum“
Festansprache Hermann-Josef Russe, MdB. 443 Frauen und Männer wurden für 25jährige Mitgliedschaft geehrt. Broschüre: CDU Bochum – gestern – heute – morgen.

30.6.1972: Besuch des Bundesvorsitzenden und Kanzler-Kandidaten Dr. Rainer Barzel in Bochum.

DELEGIERTENVERSAMMLUNGEN

1. Landtagswahl am 14. Juni 1970

Der Kreisparteitag hatte aufgrund der Verfahrensordnung und den entsprechenden Wahlgesetzen

die gemeinsame Delegiertenversammlung zur Aufstellung der Kandidaten gewählt. 60 Delegierte gehörten dieser Versammlung an. Die Delegiertenversammlung fand am 16. Februar 1970 statt.

Gewählt wurden für den

Wahlkreis 105 (der stellv. Kreisvorsitzende)

Wahlkreis 106 (ein Ortsverbandsvorsitzender, zugleich Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)

Wahlkreis 107 (der bisherige Landtagsabgeordnete, Mitglied des Kreis- und Landesvorstandes)

2. Bundestagswahl am 19. November 1972

Der außerordentliche Kreisparteitag am 7. September 1972 wählte die 60 Delegierten für die Delegiertenversammlung zur Aufstellung der Kandidaten im Bundestagswahlkreis 117 - B. und die 34 Delegierten für die gemeinsame Delegiertenversammlung mit dem Kreisverband W. zur Wahl des Kandidaten im Bundestagswahlkreis 118 B.-W.

a) Wahlkreis 117 - B.

Die Delegiertenversammlung fand am 26. September 1972 im Parkhaus statt. Als Kandidat wurde gewählt:

(Ministerialrat aus Bonn)

Er erhielt 43 Stimmen (der Vorsitzende der Jungen Union erhielt 17 Stimmen).

b) Wahlkreis 118 - B.-W.

Die Delegiertenversammlung fand am 19. September 1972 in W., Gaststätte Wickl, statt. Von den 60 Delegierten stellte B. 34 und W. 26. Als Kandidat wurde

(der bisherige Bundestagsabgeordnete)

mit 50 Stimmen gewählt.

KREISVORSTAND

Auf dem Parteitag am 21. November 1970 wurde nachstehender Kreisvorstand gewählt:
(es folgt namentliche Aufführung der 15 Vorstandsmitglieder)

KREISVORSTANDSSITZUNGEN

8. 1. 1970: Mitgliederwerbung, Finanzen
3. 2. 1970: Vorschläge für die Kandidatenaufstellung und Vorbereitung der Delegiertenversammlung
3. 3. 1970: Vorbereitung des Landtagswahlkampfes und seine Finanzierung
23. 4. 1970: Wahlkampfkommission Landtagswahlkampf
26. 5. 1970: Letzte Phase des Wahlkampfes
28. 8. 1970: Beratung Berliner Programm (Einsetzung einer Kommission)
Mitgliederwerbung
8. 10. 1970: Kreisparteitag 1970
Neuordnung der Ortsverbände in der Innenstadt
10. 11. 1970: Tagesordnung Kreisparteitag
4. 12. 1970: Konstituierung des Vorstandes
Arbeitsprogramm
Finanzlage

10. 2. 1971: Beratung einer Beitrags- und Finanzordnung
Einführung des neuen Mitgliedsausweises
Herausgabe des Veranstaltungskalenders „Kontakt“
1. 4. 1971: Kreisparteitag
Jahresrechnung 1970
Etat 1971
27. 4. 1971: Beschlüsse der Bundes-CDU zur Finanzierung
Versammlungswelle im Mai
22. 6. 1971: Gebietsreform
Finanzlage des Kreisverbandes
Öffentlichkeitsarbeit
3. 8. 1971: 25 Jahre CDU B.
Finanzsituation
13. 10. 1971: Entschuldungsaktion
Informationsdienst
Kooptation des Kreisvorsitzenden der JU
25. 2. 1972: Jubiläumsfeier
Jahresrechnung 1971
Etat 1972
10. 5. 1972: Mitgliederwerbaktion
Finanzsituation Bund / Land / Kreis
12. 6. 1972: Vorbereitung Parteiausschuß
13. 7. 1972: Vorbereitung Kreisparteitag
17. 8. 1972: Parteitag / Vertreterversammlungen
Kandidatenfrage
19. 10. 1972: Wahlkampf 1972
1. 12. 1972: Nach der Wahl
Arbeitsprogramm

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Der Geschäftsführende Vorstand tagte 1970/72 insgesamt achtmal. In der Hauptsache wurden personelle und organisatorische Fragen der Kreisgeschäftsstelle behandelt.

ORTSVERBÄNDE

Der Ortsverband ist die Organisation der CDU in den Stadtteilen. Er hat die Aufgabe, das Gedankengut der CDU zu verbreiten, für die Ziele der CDU und die Mitgliedschaft in der CDU zu werben, die Mitglieder über alle wichtigen politischen Fragen zu unterrichten und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik anzuregen.

Zur Verwirklichung dieser Aufgaben führen die Ortsverbände regelmäßig Mitarbeiterkonferenzen und Versammlungen durch. In der Berichtszeit waren es 251 Veranstaltungen. Zur Zeit bestehen 20 Ortsverbände. Die Vorarbeiten zur Gründung des Ortsverbandes L. (Februar 1973) wurden Ende Januar 1972 durch den Stadtverordneten (Name) eingeleitet.

Bei der Landtagswahl 1970 und Bundestagswahl 1972 hatten die Ortsverbände einen wesentlichen Teil des Wahlkampfes zu tragen. Diese Zeit erforderte einen hohen Einsatz der Mitarbeiter.

Die im Vorwort erwähnte Beitragsaktion konnte nur durch den intensiven Einsatz der Ortsvorsitzenden und Ortskassierer durchgeführt werden.

ORTSVORSITZENDENKONFERENZ

Die Ortsvorsitzendenkonferenzen wurden wie bisher regelmäßig durchgeführt. Eingeladen werden die Ortsvorsitzenden, ihre Vertreter und die Kassierer.

Hauptaufgabe dieser Konferenzen ist es, Informationen direkt weiterzugeben, die anstehende Arbeit des Kreisvorstandes zu diskutieren und Anregungen entgegenzunehmen.

Der Kreis der Teilnehmer ist in letzter Zeit sehr stark angewachsen, so daß vor allem von den Ortsvorsitzenden der Wunsch geäußert wurde, doch in gewissen Abständen Zusammenkünfte ausschließlich mit Ortsvorsitzenden durchzuführen.

Konferenzen wurden durchgeführt am:

22. 1. 1970	25. 2. 1971	2. 3. 1972
11. 3. 1970	6. 4. 1971	19. 5. 1972
27. 5. 1970	18. 5. 1971	1. 9. 1972
4. 9. 1970	27. 10. 1971	29. 9. 1972
12. 11. 1970		

PARTEIGERICHT

Sitzungen des Parteigerichtes fanden 1970/72 nicht statt.

JUNGE UNION

Vorsitzender: (Name)

1. Mitglieder, Organisation

Die Junge Union B. hat im März 1973 etwa 400 Mitglieder, die in sieben Ortsverbänden organisiert sind. Damit konnte sie ihren Mitgliederbestand in den vergangenen drei Jahren (März 1970 – März 1973) nahezu vervierfachen. Neben den seit Jahren bestehenden Ortsverbänden in (drei Stadtteilen) wurden in (vier Stadtteilen) weitere Ortsverbände gegründet, die inzwischen über funktionsfähige Vorstände verfügen und aktiv arbeiten. Die Neu- bzw. Wiedergründung von Ortsverbänden wird im Bereich (zweier weiterer Stadtteile) zur Zeit vorbereitet.

Mit der Konstituierung einer selbständigen, mit der Jungen Union eng zusammenarbeitenden Schüler-Union in B. gelang Ende des vergangenen Jahres die organisatorische Erfassung einer wichtigen politischen Zielgruppe. Die Schüler-Union bemüht sich im Augenblick um die Gründung von Basisgruppen an den B. Gymnasien.

2. Veranstaltungen, Aktionen

- Der größte Teil der politischen *Bildungs- und Informationsarbeit* der Jungen Union B. wurde auch in den vergangenen Jahren in den Ortsverbänden geleistet, die zu diesem Zweck eine Vielzahl von Versammlungen, Wochenendseminaren und sonstigen Veranstaltungen mit Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern durchführten.
- Der Kreisverband übernahm die Einrichtung von *Arbeitskreisen* zur intensiven Beschäftigung mit wichtigen Sachproblemen sowie die Durchführung von *Studienfahrten* nach Paris (1970), London (1971) und Moskau (1972). Zudem organisierte er den inzwischen schon traditionellen großen *Sommerball* der Jungen Union.

- Seit Anfang 1972 hat die Junge Union B. ihre *Öffentlichkeitsarbeit* durch die Herausgabe einer eigenen Zeitung („BO-JU 72“, „BO-JU 73“) wesentlich intensivieren können, deren Auflage mit Jahresbeginn 1973 von 5 000 auf 10 000 Exemplare verdoppelt werden konnte. Ein Teil dieser Auflage wird von der Schüler-Union direkt an den B. Schulen verteilt. Der Ortsverband H. gibt weiterhin seine Zeitschrift „JU-aktuell“ heraus.
- Nach mehreren vergeblichen Anläufen und schwierigen Verhandlungen mit den Jungsozialisten und Jungdemokraten kam Ende 1971 endlich die Bildung eines *Ringes politischer Jugend* (RPJ) in B. zustande, der zum Bundestagswahlkampf im November 1972 ein großangelegtes und ausgezeichnet besuchtes Jungwähler-Forum zusammen mit der Volkshochschule organisiert hat.
- Die Junge Union B. hat sich am *Bundestagswahlkampf* der CDU mit einem eigenständigen Beitrag beteiligt, der ganz auf die Jungwähler abgestimmt war. Sämtliche B. Erstwähler wurden von einer durch die JU organisierte „B. Jungwählerinitiative“ direkt angeschrieben. Mit einem eigenen Wahlkampfbus führte die Junge Union Straßendiskussionen und besuchte sämtliche B. Berufs- und Höheren Schulen und war dort an Informationsabenden und Podiumsdiskussionen vertreten. Eine Sonderausgabe der JU-Zeitung wurde im Wahlkampf in 27 000 Exemplaren verteilt.
- Wesentliche sachliche und organisatorische Voraussetzungen für eine effektive Arbeit der Jungen Union wurden durch die *neue Satzung* geschaffen, die sich die B. JU in ihrer letzten Kreisversammlung im Juni 1972 gab. Die neue Satzung regelt u. a. verbindlich die Aufgabenverteilung und Verantwortlichkeiten im Kreisvorstand.

3. Politische Willensbildung

Politische Bildung und Information sind für die Junge Union die notwendigen Voraussetzungen für eine intensive Beteiligung am politischen Willensbildungsprozeß innerhalb des eigenen Verbandes und innerhalb der CDU. Dieser Willensbildungsprozeß findet in der Jungen Union seinen Adressaten im Kreisausschuß, der zu diesem Zweck alle 2–3 Monate zusammentritt. Wichtige Ergebnisse dieser intensiv geführten Diskussionen im Kreisausschuß waren u. a.:

- Abänderungsanträge der JU B. zum Landespolitischen Programm der CDU vor den Landtagswahlen 1970.
- Modell zur Funktionsaufteilung im Kreisvorstand von JU und CDU; Vorlage eines Antrags zum Kreisparteitag 1971.
- Erarbeitung eines Mitbestimmungskonzeptes für das B. Theater; Vorlage eines entsprechenden Antrags für den CDU-Kreisparteiausschuß.
- Abänderungsanträge zum Grundsatzprogramm der JUNGEN UNION DEUTSCHLANDS; Erarbeitung eines Alternativentwurfs zum Kapitel „Wirtschaftsordnung“ als Vorlage zum Deutschlandtag der JU 1972.
- Analyse des Wahlergebnisses vom 19. November 1972, Verabschiedung einer Resolution zum künftigen politischen Kurs der CDU. Diese Resolution wurde inzwischen vom Bezirksverband Industriegebiet der JU übernommen.
- Erarbeitung von Vorschlägen zur verstärkten Beteiligung aller Mitglieder bei der Aufstellung von Kandidaten zu Kommunal-, Landes- und Bundesparlamenten sowie zur Aufgabenverteilung im Kreisvorstand; Vorlage von Anträgen zum Kreisparteitag 1972 und 1973.

KREISFRAUENVEREINIGUNG

Vorsitzende: (Name)

Zu Beginn des Jahres 1970 wurde beschlossen, die Arbeit der Frauenvereinigung durch eine *Werbeaktion* zu aktivieren. Zusammen mit einem Werbeschreiben wurde ein Fragebogen verteilt, der über Wünsche an Veranstaltungen der Frauenvereinigung Aufschluß geben sollte. Die bisherige Arbeitsweise schloß die Teilnahme junger Mütter sowie berufstätiger Frauen weitgehend aus.

Ergebnis der Fragebogenauswertung

1. Gesellschaftspolitische Themen wurden stärker in der Programmgestaltung berücksichtigt,
2. ein ausgewogenes Angebot an Nachmittags- und Abendveranstaltungen wurde erstellt,
3. für Nachmittagsveranstaltungen wird Kinderbetreuung übernommen.

Der Erfolg dieser Beschlüsse

Mehr Veranstaltungen und größere Teilnehmerzahl (56% Steigerung); betreut wurden bis zu 15 Kinder je Versammlung.

In der Berichtszeit wurden durchgeführt bzw. war die Frauenvereinigung vertreten an:

- 1 Landesversammlung (Hamm)
- 4 Landes-Delegierten-Versammlungen (Dortmund)
- 7 Bezirksversammlungen (Bochum, Hagen, Hamm, Gelsenkirchen, Dorsten)
- 1 Jahreshauptversammlung
- 11 Mitgliederversammlungen mit Vorträgen
- 12 erweiterte Vorstandssitzungen
- 4 Gemeinschaftsveranstaltungen mit Ortsvereinen, JU, ev. A.-K.
- 2 Podiumsdiskussionen
- 1 gesellschaftspolitisches Wochenendseminar
- 3 Halbtagschulungen
- 6 Besichtigungsfahrten
- 1 Zonenrandfahrt, Leitung Frau (Name)
- 1 Berlinfahrt, Leitung Frau (Name)
- 4 Vorstandsmitglieder nahmen an Rhetorikkursen teil.

Im *Bundestagswahlkampf* '72 beteiligte sich die Frauenvereinigung an 9 Frauenveranstaltungen, davon 2 außerhalb B. (mit Bussen). Persönlicher Einsatz vieler Frauen in der Kreisgeschäftsstelle, bei der Briefwahl, Materialverteilung an Krankenhäusern, Märkten, Fabriken usw., in den Einsatzgruppen und Info-Ständen, in Altenheimen und Straßendiskussionen.

Die Frauenvereinigung sieht ihre *Hauptaufgabe* darin, Frauen für die Arbeit in der Partei zu bilden (§ 3 Landessatzung der Frauenvereinigung). Sie fordert deshalb ihre Mitglieder immer wieder zur stärkeren Mitarbeit in den *Ortsverbänden* auf.

1970 waren vertreten in Ortsvorständen bzw. als Delegierte: 18 Frauen

1972 waren vertreten in Ortsvorständen bzw. als Delegierte: 34 Frauen

Steigerung = 89%

Nach der Bundestagswahl '72 ist die Frauenvereinigung bemüht, durch gezielten Einsatz der Partei wieder breitere Wählerschichten zuzuführen: Arbeit mit Seniorbürgern, mit jungen Müttern und berufstätigen Frauen wird in Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden, der Fraktion und entsprechenden Vereinigungen intensiviert.

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE ARBEITNEHMERSCHAFT (CDA)

KREISSOZIALAUSSCHUSS

Vorsitzender: (Name)

1970 führte der Kreissozialausschuß 4 Vorstandssitzungen, 1 Generalversammlung mit Neuwahlen und 1 Versammlung durch. Die Generalversammlung wählte als neuen Vorsitzenden (Name). (Der bisherige Vorsitzende), der für dieses Amt nicht mehr kandidierte, wurde Ehrenvorsitzender.

Die Versammlung befaßte sich mit „Berufsbildung und soziale Sicherheit – eine Forderung der CDA“.

Referent war der Bezirksvorsitzende der CDA. Hauptaugenmerk war für den Kreissozialausschuß in diesem Jahr die Landtagswahl.

1971 fanden 5 Vorstandssitzungen statt, wovon eine noch von dem Vorsitzenden (Name) geleitet wurde, während er an den nächsten beiden vor seiner Abwahl unentschuldigt fehlte. Eine Vorstandssitzung wurde mit der Besichtigung des Adam Opel-Werkes verbunden.

Eine außerordentliche Generalversammlung mußte für vorzeitige Neuwahlen angesetzt werden. Neuer Vorsitzender wurde (der jetzt amtierende). Zu einem Referat anlässlich dieser Generalversammlung stand der Landesvorsitzende Rudi Michels, MdL, mit dem Thema „Aktuelle Politik im Landtag von NRW“ zur Verfügung.

1972 war das Jahr der Betriebsratswahlen und der vorgezogenen Bundestagswahl. Der Schwerpunkt lag in der ersten Jahreshälfte auf der Betriebsarbeit. 4 Vorstandssitzungen und 3 Versammlungen wurden in diesem Jahre durchgeführt.

Die Versammlungen befaßten sich mit den Aufgaben und Zielen der CDA, der Mitbestimmung und der Vermögensbildung.

Eine überörtliche Betriebsrätekonferenz fand im Parkhaus statt.

Die Betriebsgruppenarbeit bei den Fried.-Krupp-Hüttenwerken und der Adam Opel AG wurde ständig fortgesetzt. Es wurden von beiden Betriebsgruppen im Berichtszeitraum 24 Vorstandssitzungen und 38 Betriebsgruppenversammlungen durchgeführt.

Neben betrieblichen Problemen lag das Hauptaugenmerk bei den Versammlungen auf der Vorbereitung und Durchführung der Vertrauensleute- und Betriebsratswahl. Aber auch tagespolitische Themen fanden aufmerksame Mitarbeiter.

In 14 Wochenendseminaren und 3 Wochenlehrgängen in Königswinter wurde die Schulungs- und Bildungsarbeit der Betriebsgruppen erweitert.

Die rege Teilnahme bewies den echten Notstand an Schulung und Bildung.

Die Betriebsratswahlen können als Erfolg für die Arbeit der Sozialausschüsse angesehen werden. Es fand eine Steigerung der CDA-Mandate um 10–15% statt.

Mitglieder und Delegierte des Kreissozialausschusses nahmen noch an folgenden überörtlichen Veranstaltungen teil:

- a) Bundestagung der CDA in Mainz
- b) Bundestagung der Jungen Arbeitnehmerschaft in Duisburg
- c) Landestagung der CDA in Recklinghausen
- d) Landestagung der Jungen Arbeitnehmerschaft in Recklinghausen und Herford
- e) Bezirkstagung in Bottrop
- f) Bezirkstagung der Jungen Arbeitnehmerschaft in Dortmund
- g) Studienfahrten nach Genf, Brüssel, Paris, Berlin
- h) Wochenschulungen im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter
- i) Problemtagungen im Adam-Stegerwald-Haus
- j) 27 Wochenendschulungen in Groß-Reken, Günne und im Adam-Stegerwald-Haus, Königswinter
- k) Bundesbetriebs- und Personalrätekonferenz in Offenburg
- l) Landesbetriebsrätekonferenz in Duisburg, Bochum, Recklinghausen und Wesseling
- m) Landesbetriebsgruppenkonferenz in Wattenscheid und Dortmund

Auf der Landestagung der CDA wurde (der inzwischen abgewählte damalige Kreisvorsitzende) als Beisitzer in den Landesvorstand der CDA gewählt.

Der Vorstand des Bezirkssozialausschusses tagte zehnmal in B. Der Mitgliederstand des Kreissozialausschusses konnte im Berichtszeitraum um 35% gesteigert werden.

WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

Vorsitzender: (Name)

Die Veranstaltungen des Wirtschaftsausschusses wurden gemeinsam mit der Mittelstandsvereinigung durchgeführt. So wurde ein erheblich größerer Kreis an Wirtschaftsfragen interessierter Bürger erfaßt. Dadurch bestand die Möglichkeit, weitere Mitglieder zu den mit Wirtschaftsfragen sich befassenden Vereinigungen der CDU hinzu zu gewinnen.

Im Jahre 1970 wurden 4 Veranstaltungen durchgeführt, und zwar am

7. 4. 1970: mit MdB G. Springorum zum Thema „Aktuelle wirtschaftspolitische Fragen“
26. 5. 1970: mit Prof. B. – RUB Bochum zum Thema „Willkürliche oder regelgebundene Konjunkturpolitik“
29. 9. 1970: mit Dr. H. zum Thema „Die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung“
24. 11. 1970: mit Herrn K. zum Thema „CDU-Parteiprogramm“ – Soziale Marktwirtschaft als Gesellschaftspolitik

Im Jahre 1971 führte der Wirtschaftsausschuß 3 Veranstaltungen durch, und zwar am

3. 3. 1971: beschäftigte er sich mit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, und zwar einmal aus der Sicht der Praxis und auch aus der Sicht des Wirtschaftswissenschaftlers und Sozialpolitikers. Zu dieser Veranstaltung wurden auch Vertreter der Sozialausschüsse eingeladen, was sich als sehr fruchtbringend für die Diskussion erwies.
5. 5. 1971: wurde über die Möglichkeit der Verbesserung des Osthandels durch die Ostverträge gesprochen.
27. 10. 1971: beschäftigte sich der Wirtschaftsausschuß mit Währungs- und Konjunkturfragen.

Im Jahre 1972 standen alle Veranstaltungen von Anfang an bereits unter der sich abzeichnenden Konfrontation im Bundestag zwischen Regierung und Opposition und den dadurch erforderlich gewordenen Neuwahlen, und zwar am

19. 1. 1972: diskutierte der Ausschuß auf einer Veranstaltung mit Dr. S. über das Thema „Führt die Steuerreform zum Sozialismus?“. Auch bei dieser Veranstaltung waren Mitglieder des Sozialausschusses eingeladen.
26. 4. 1972: Die Veranstaltung stand ganz unter dem Zeichen der Ostverträge. In einer Diskussionsveranstaltung – Pro und Kontra – der Verträge von Moskau und Warschau mit Prof. Dr. M. und Prof. Dr. H., beide RUB – fand ein Streitgespräch über die politische Bedeutung dieser Verträge statt.

Die beiden weiteren Veranstaltungen des Jahres 1972 standen dann ganz im Zeichen des Wahlkampfes, am

23. 8. 1972: sprach Prof. B. über Wirtschaftspolitik am Scheideweg
6. 11. 1972: stellten sich den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses die Bochumer Bundestagskandidaten (Namen) vor unter dem Thema „Was steht für uns auf dem Spiel, was können wir noch tun?“

Insgesamt kann man sagen, daß der Wirtschaftsausschuß auf eine recht erfolgreiche Veranstaltungstätigkeit zurückblicken kann. Als Ziel für die nächste Zeit ist die Forderung gestellt, noch mehr wirtschaftlich interessierte Mitbürger an die mit wirtschaftlichen Fragen befaßten Gliederungen der

CDU zu interessieren und heranzuführen. Der Wirtschaftsausschuß sieht sich als eine Einrichtung, die dazu dienen soll, bestimmte Auffassungen in Wirtschaftsfragen durchzudiskutieren und aufgrund dieser Diskussionen den zuständigen Bundestagsabgeordneten Anregungen für ihre Arbeit und zu Initiativen im Bundestag zu geben.

STADTVERORDNETENFRAKTION

Vorsitzender: (Name)

Bei der Kommunalwahl am 9. November 1969 wurden 20 Stadtverordnete der CDU gewählt.

Nach Konstituierung der Fraktion wurden gewählt als

Fraktionsvorsitzender: (Wiederwahl)

Stellv. Vorsitzender: (Neuwahl, stellv. Kreisvorsitzender)

Zu weiteren Mitgliedern des Fraktionsvorstandes:

der Bürgermeister und Kreisvorsitzende

als Fraktionsgeschäftsführer der Kreisgeschäftsführer

als Pressereferent ein Stadtverordneter

1970/72 wurden 52 Vorstands- und Kommissionssitzungen sowie 107 Fraktionssitzungen durchgeführt.

Die abschließende Beratung des Haushaltsplanes erfolgt jeweils in einer ganztägigen Klausurtagung.

Die Arbeit der Ratsfraktion stand in den Berichtsjahren auch unter dem Zeichen der Landtagswahlen Nordrhein-Westfalen 1970 und des Bundestages 1972. Wenn auch beide Wahlen nicht zum erhofften Erfolg führten, so hat doch die gemeinsame Anstrengung für B. noch ein relativ erträgliches Ergebnis bewirkt.

Seit 1970 hat sich die finanzielle Situation der Gemeinden und damit auch der Stadt B. erheblich verschlechtert. Kostensteigerungen auf allen Gebieten haben die Finanzdecke weiterhin gekürzt, so daß manche wünschenswerte Maßnahme nicht durchgeführt werden konnte. Wesentliche neue Objekte konnten deshalb in der vergangenen Zeit nicht in Angriff genommen werden, so daß Initiativen der CDU-Fraktion z. B. im Hinblick auf einen Konzertsaal nicht verwirklicht werden konnten.

Eine einschneidende Maßnahme war im Jahr 1972 die Steuererhöhung der Gewerbe-, Lohnsummen- und der Grundsteuer. Die CDU-Fraktion hat sich mit allen Kräften gegen eine Erhöhung gewehrt, die die SPD beabsichtigt hatte. Um der weiteren Entwicklung der Stadt und einigen dringenden Schulbauobjekten, z. B. Grundschule in (Name), Schulzentren in (Name), nicht entgegenzustehen, hat die Fraktion einer maßvollen Steuererhöhung zugestimmt und die Forderung der SPD habiert. Damit konnten wir einerseits den dringenden Bedürfnissen der Bevölkerung nachkommen und andererseits die heimische Wirtschaft vor größeren Belastungen bewahren. Nur so konnte auch ein von der CDU für dringlich gehaltenes Schwimmbad im Nordwesten der Stadt von uns beantragt und gebaut werden.

Ganz besonders die nördlichen Stadtteile, die mit Industrieansiedlungen stark durchsetzt sind, haben wir begrünen und umweltfreundlicher gestalten können. Der Grünzug Nord und der Ankauf des Zillertales haben erhebliche Kosten verursacht, konnten aber durch unsere Initiative der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Ein großes Anliegen waren uns die kulturellen Einrichtungen, deren Kosten in den letzten Jahren unverhältnismäßig angestiegen sind. Nachdem der neue Generalintendant (Name) das Schauspielhaus übernommen hatte, standen die hohen und nicht mehr durchschaubaren Kosten unter unserer Kritik. Sie ist aus der Presse bekannt. Unsere Verbesserungsvorschläge, die zu einer Konzentration unserer kulturellen Einrichtungen führen sollen, beginnen langsam Konturen anzunehmen. Wir

wollen damit keineswegs den kulturellen Einrichtungen schaden, sondern ihnen dadurch die Möglichkeit zu einer besseren Entwicklung geben.

Volkshochschule und Schauspielschule haben unter dem starken Druck linksradikaler Kräfte zu leiden, wir haben dem energischen Widerstand entgegengesetzt und dadurch bessere Verhältnisse schaffen können.

Dem Ausbau der Gesamtschule, deren Kosten durch die Initiative der CDU-Fraktion von etwa 80 auf 50 Millionen herabgedrückt worden sind, haben wir ganz bewußt die Förderung von Ganztageeinrichtungen gegenübergestellt, deren Verwirklichung in der nächsten Zeit erwartet werden kann. Unsere Vorbehalte zur Kollegschule hat dieses unreife Problem zunächst einmal zurückdrängen können.

Die zahlreichen Bebauungspläne haben einen notwendigen Ordnungscharakter, sie verbinden sich mit einer Grundstückspolitik, die auch für die Zukunft der Stadt sowohl für den Wohnungsbau als auch für Industrieansiedlungen notwendig sind. Gerade in diesem Zusammenhang haben die Bürger vielfach Stellung genommen und z. B. bei der Planung zur Bebauung der Radrennbahn und zum Hotelbau an der (Name)-straße die Haltung der CDU unterstützt. Wir werden weiter eintreten für die Erhaltung von öffentlichem Grün und für die Errichtung von Freizeiteinrichtungen, damit das Leben in der Stadt lebenswerter und angenehmer gestaltet werden kann.

In den vergangenen Jahren hat die CDU-Fraktion ihre Aufgabe nicht in erster Linie in der Opposition gesehen, sondern in der Form einer kritischen Mitarbeit zum Wohle der Bürger dieser Stadt.

MITGLIEDER

Mitglieder am 1. 1. 1970:	1 568	
Zugang	162	+ 10,33%
	1 730	
Abgang (davon durch Tod 49)	128	- 8,16%
Mitglieder am 1. 1. 1971:	1 602	
Zugang	134	+ 8,36%
	1 736	
Abgang (davon durch Tod 62)	140	- 8,73%
Mitglieder am 1. 1. 1972	1 596	
Zugang	337	+ 21,12%
	1 933	
Abgang (davon durch Tod 61)	127	- 7,95%
Mitglieder am 1. 1. 1973:	1 806	

Zusammenfassung:

Mitglieder am 1. 1. 1970:	1 568		
		Zugang: 633	+ 40,36%
		Abgang: 395	- 25,19%
	238		+ 15,17%
Mitglieder am 1. 1. 1973:	1 806		

Alters- und Berufsübersicht:

Männer 71,6% – Frauen 28,4%

Alter:	(1970)	Beruf:	(1970)
bis 30 Jahre	12,3%	Selbständige	16,3%
30–40 Jahre	16,3%	Arbeitnehmer	40,4%
40–50 Jahre	19,9%	Beamte	11,9%
50–60 Jahre	18,5%	Rentner	7,6%
60–70 Jahre	18,5%	Hausfrauen	18,9%
über 70 Jahre	14,5%	in Ausbildung	4,9%
			3,7%

ÜBERÖRTLICHE VERANSTALTUNGEN DER CDU IN B.

31. 1. 1970 24. Landesparteitag in B.

Wahl der 60 Delegierten für die gemeinsame Vertreterversammlung der Landesverbände Rheinland und Westfalen zur Aufstellung der Reserveliste für die Landtagswahlen.

Referat: Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

„Die Zukunftsaufgaben unseres Landes“

An Nachmittag desselben Tages:

Delegiertenversammlung der Landesverbände Rheinland und Westfalen.

Wahl des Spitzenkandidaten der CDU für die Landtagswahl.

Heinrich Köppler erhielt 86 Stimmen.

Dr. Wilhelm Lenz erhielt 34 Stimmen.

Diese Veranstaltungen fanden weltweites Interesse, was die Anwesenheit der Journalisten aus dem In- und Ausland, Vertreter der beiden Fernsehprogramme und des Rundfunks, die direkt aus dem Parkhaus berichteten, zeigte. Die Vorbereitungen hierzu dauerten viele Tage und erforderten den ganzen Einsatz des Personals der Kreisgeschäftsstelle.

23. 9. 1972 27. Landesparteitag in B.

Neben der Wahl der 60 Delegierten für die gemeinsame Vertreterversammlung der Landesverbände Rheinland und Westfalen zur Aufstellung der Reserveliste für die vorgezogene Bundestagswahl sprachen

der Bundesvorsitzende Dr. Rainer Barzel und

der ehemalige Außenminister Dr. Gerhard Schröder.

Dr. Schröder sprach über seinen Besuch in China. Dies war der erste Besuch eines deutschen Politikers in der Volksrepublik.

BUNDESTAGSWAHL 1972

– 19. 11. 1972 –

DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Wahlkreis 117 – 26. 9. 1972 im Parkhaus

Wahlkreis 118 – 19. 9. 1972 in W.

WAHLVERANSTALTUNGEN

14. 10. 1972: Ministerpräsident Dr. Stoltenberg
29. 10. 1972: Regierungsmannschaft Westfalenhalle
30. 10. 1972: Gerd Langguth
4. 11. 1972: Minister Dr. Karl-Heinz Narjes
8. 11. 1972: Dr. Richard von Weizsäcker
12. 11. 1972: Minister Dr. Bernhard Vogel
17. 11. 1972: Helga Wex

In starkem Maße fanden in diesem Wahlkampf Podiumsdiskussionen, Forumgespräche mit den jeweiligen Kandidaten der CDU, SPD und FDP statt.

Die beiden Kandidaten (Namen) nahmen an 22 dieser Veranstaltungen teil. Wegen der Kürze der Wahlkampfzeit (15. 10. – 17. 11.) wurden sie bei 8 weiteren Podiumsdiskussionen durch Kreisvorstandsmitglieder vertreten.

In weiteren 31 Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden stellten sich die Kandidaten oder Mitglieder des Kreisvorstandes und der Stadtfraktion zur Aussprache mit dem Wähler. Hier sollen nur die vielen Kneipengespräche erwähnt werden.

AKTIONEN

Mehr als bei früheren Wahlen wurde diesmal der Kampf um den Wähler auf der Straße ausgetragen. Vier Wochen wurden an verschiedenen Stellen der Innenstadt und in den Außenstadtteilen Info-Stände (Informationsstände) errichtet, um den Wähler politisch zu unterrichten und mit ihm zu diskutieren.

In der Regel stellten sich hier junge Frauen und Männer unseres Kreisverbandes für die Diskussion zur Verfügung. Es war eine harte Arbeit. Einige Mitglieder der JU führten jeden Vormittag Informationsgespräche bei Schulschluß mit den Schülern und Schülerinnen der weiterführenden Schulen.

Nicht unerwähnt sollen die 7 Omnibus-Kaffee-Fahrten mit je zwei Bussen nach Haus Kemnade sein, wo der jeweilige Kandidat mit den Teilnehmern diskutierte.

LANDTAGSWAHL 1970

– 14. 6. 1970 –

DELEGIERTENVERSAMMLUNG

zur Wahl der Kandidaten: 16. 2. 1970

KANDIDATEN

- Wahlkreis 105: (vgl. GB S. 130)
Wahlkreis 106:
Wahlkreis 107:

VERANSTALTUNGEN

24. 5. 1970: Eröffnungskundgebung Kongreßhalle Düsseldorf – von B. nahmen 450 teil
21. 5. 1970: Stoltenberg, Dr. Gerhard
8. 6. 1970: Spitzenkandidat Heinrich Köppler
Weiter fanden statt
42 Wahlversammlungen

23 Kneipengespräche der Kandidaten

9 Tanzpartys

36 mal wurden Redner für Veranstaltungen anderer Organisationen gestellt.

Straßengespräche erfolgten an 37 verschiedenen Standorten.

Der Wahlkampf stand unter dem Slogan „Köppler und seine Mannschaft“. Prof. Dr. Brüggemann, Kandidat im Wahlkreis 107, gehörte dieser Regierungsmannschaft an.

Während des Wahlkampfes wurde in Mexico die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen; ein Faltblatt der CDU über die Termine der Mexico-Spiele fand großes Interesse. 100 000 Exemplare kamen zur Verteilung. Ein Kandidatenbrief, gemeinsam für alle drei Kandidaten, wurde in 120 000 Haushalte getragen.

Erstmalig war durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung das wilde Plakatieren verboten. Den Parteien wurden von der Stadt kostenlos Flächen zum Plakatieren, anteilmäßig nach dem letzten Wahlergebnis, zur Verfügung gestellt.

PERSONELLES

Kreisvorstand

(Namen und Adressen aller Vorstandsmitglieder)

Mitglieder der Stadtverordneten-Fraktion

(Namen und Adressen aller Fraktionsmitglieder)

Mitglieder der Landschaftsversammlung (2)

(Namen und Adressen)

Mitglieder des Landtages (1)

(Name und Adressen)

Mitglieder des Bundestages (1)

(Name und Adressen)

Vorsitzende der Ortsverbände

(Namen und Adressen)

Vorsitzende der Vereinigungen

JUNGE UNION (Name und Adresse)

KREISFRAUENVEREINIGUNG (Name und Adresse)

CDA-KREISSOZIALAUSSCHUSS (Name und Adresse)

WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS (Name und Adresse)

Arbeitsausschüsse/Kommissionen (Namen und Adressen)

Finanzkommission (Kreisschatzmeister, Ortsverbandsvorsitzender)

Familie – Jugend – Soziales (Ortsverbandsvorsitzender)

Gesundheitspolitik (Stadtverordneter, Kreisvorstandsmitglied)

Kultur (Fraktionsvorsitzender)

Nahverkehr (stellv. Kreisvorsitzender)

Öffentlichkeitsarbeit (Vorsitzende der Frauenvereinigung, Kreisvorstandsmitglied)

Organisation (stellv. Kreisschatzmeister)

Schulpolitische Fragen (Stadtverordneter, Ortsverbandsvorsitzender)

Sport (Kreisschatzmeister, Ortsverbandsvorsitzender)

Vermögensbildung (MdB, Ortsverbandsvorsitzender)

Wahlanalyse (stellv. Kreisvorsitzender)

Fachausschüsse der CDU / Industriegebiet
(unter starker Beteiligung B. Mitglieder)

1. Planen, Bau und Verkehr
2. Arbeit und Wirtschaft, Energieversorgung, Wirtschaftsförderung u. a.
3. Jugend und Familie
4. Sport
5. Freizeit und Kultur
6. Bildung
7. Soziales und Gesundheit
8. Umweltschutz

3. STATISTISCHE DATEN

3.1. Mitgliederstruktur des Kreisverbandes

Stand	31. 3. 1973		31. 3. 1974	
	ABS	%	ABS	%
<i>Mitglieder</i>	1825	100,00	1920	100,00
<i>Geschlecht</i>				
männlich	1306	71,56	1363	70,86
weiblich	519	28,44	557	28,96
<i>Altersstruktur</i>				
1900 und früher geboren	258	14,13	232	12,06
1901-1910	330	18,08	321	16,69
1911-1920	336	18,41	345	17,94
1921-1930	352	19,28	380	19,76
1931-1940	298	16,33	320	16,64
1941 und später geboren	238	13,04		
1941-1950			222	11,54
1951 und später geboren			88	4,58
ohne Angaben	13	0,71	12	0,62
<i>Konfession</i>				
evangelisch	280	15,34	311	16,17
katholisch	1516	83,07	1578	82,06
sonstige	1	0,05	1	0,05
ohne Bekenntnis	7	0,38	10	0,52
ohne Angaben	21	1,15	20	1,04
<i>Familienstand</i>				
ledig	351	19,23	396	20,59
verheiratet	1337	73,26	1387	72,12
verwitwet	105	5,75	105	5,46
geschieden	2	0,10	2	0,10
ohne Angaben	30	1,64	30	1,56
Vertriebene	37	2,02	49	2,55
Flüchtlinge	25	1,37	34	1,77

Stand	31. 3. 1973		31. 3. 1974	
	ABS	%	ABS	%
<i>Mitglieder der Vereinigungen</i>				
Junge Union	75	4,11	66	3,43
Frauenvereinigung	519	28,44	557	28,96
Sozialausschüsse d. CDA	180	9,86	172	8,94
Kommunalpolitische Vereinigung	4	0,21	4	0,21
Mittelstandsvereinigung	71	3,89	70	3,64
<i>Beschäftigungsverhältnisse</i>				
Selbständige	286	15,67	291	15,13
Arbeiter	259	14,19	269	13,99
Angestellte	475	26,03	509	26,47
Beamte	217	11,89	220	11,44
Rentner	137	7,50	138	7,18
Hausfrauen	340	18,63	354	18,41
in Ausbildung	104	5,69	133	6,92
Arbeitslose		0,00		0,00
Helfer in Familienbetrieben	2	0,10	2	0,10
ohne Angaben	5	0,27	4	0,21

Stand	31. 3. 1973		31. 3. 1974	
	ABS	%	ABS	%
<i>Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft</i>	15	0,82	17	0,88
<i>Industrielle und handwerkliche Berufe</i>	318	17,42	325	16,90
<i>Technische Berufe</i>	156	8,54	159	8,27
<i>Handels- und Verkehrsberufe</i>	177	9,69	194	9,57
<i>Berufe des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistungen</i>	40	2,19	39	2,03
<i>Berufe - Verwaltung, Rechtswesen und Sozialpflege</i>	350	19,18	369	19,19
<i>Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens</i>	205	11,23	213	11,08
<i>Ohne Berufsangaben</i>	563	30,85	613	31,88

3.2. Finanzen des Kreisverbandes
Jahresetats 1973 und 1974

	Etat 1973	Etat 1974
Zusammenstellung:		
EINNAHMEN		
Ertragskosten	154 000	176 000
Saldo-Vorjahr	7 500	6 000
Gesamteinnahmen	161 500	182 000
AUSGABEN		
Allgemeine Kosten	136 800	181 100
Spezielle Kosten	24 700	23 200
Gesamtausgaben	161 500	204 300
ÜBERSCHUSS/DEFIZIT	—	22 300

	Etat 1973	Etat 1974
EINNAHMEN		
Mitgliedsbeiträge	76 500	90 000
Regelmäßige Beiträge ¹	53 000	58 000
Spenden	12 000	16 500
Sonstige Einnahmen (Zinsen/Veranstaltungen)	500	1 500
Landesjugendplan	12 000	10 000
Summe	154 000	176 000

1 Dies sind im wesentlichen die regelmäßigen Sonderbeiträge der Mandatsträger der Partei (Anm. d. Verf.).

	Etat 1973	Etat 1974
AUSGABEN		
<i>allgemeine Parteikosten</i>		
Personalkosten ¹	36 000	60 000
Kosten der Geschäftsräume	17 000	21 500
Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes	15 900	20 500
Reisekosten/Bewirtung	1 400	1 800
Autokosten	3 500	2 800
Information und Werbung	5 500	5 500
Kosten der Mitgliederkartei	1 000	1 500
Anschaffungen/Abschreibungen	10 000	6 000
Sonstige Kosten (Schulung/Veranstaltungen/Geldverkehr)	1 500	2 500
Beitragsanteil Ortsverbände	5 000	9 000
Beiträge an Landes- und Bundesverband	40 000	50 000
Zwischensumme	136 800	181 100

1 Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das Gehalt des Kreisgeschäftsführers nicht vom Kreisverband, sondern vom Landesverband gezahlt wird (Anm. d. Verf.).

spezielle Parteikosten

Organe des Kreisverbandes	4 800	4 800
Fachausschüsse/Arbeitskreise	100	100
Ortsverbände	200	200
Junge Union	2 000	3 000
JU-Veranstaltungen (Landesjugendplan)	12 000	10 000
Frauenvereinigung	1 000	1 000
Sozialausschüsse	1 000	1 000
Mittelstandsvereinigung	100	100
Sonderveranstaltungen	3 500	3 000
Zwischensumme	24 700	23 200
Summe	161 500	204 300

4. KREISPARTEITAGE

4.1. Parteitag des CDU-Kreisverbandes B. am 24. 3. 1973

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl eines Versammlungsleiters und Stellvertreters sowie einer Wahlkommission
3. Geschäfts- und Finanzbericht
4. Aussprache und Entlastung des Vorstandes
5. Wahl des Kreisvorsitzenden, seiner beiden Stellvertreter, des Schatzmeisters und seines Stellvertreters gemäß § 16 der Kreissatzung
6. Vorschläge für die Wahl der nach § 16 zu wählenden 8 weiteren Mitglieder des Kreisvorstandes
7. Wahl der 8 weiteren Mitglieder des Kreisvorstandes
8. Beschlußfassung über Satzungsänderungen
9. Wahl der Mitglieder des Kreisparteigerichts und deren Stellvertreter gemäß § 16 und 20 der Kreissatzung
10. Anträge
11. Verschiedenes
12. Schlußwort

Außerdem sind zwei Kurzreferate unserer Parteifreunde Prof. Dr. Brüggemann MdL („CDU 73 – Blick nach vorn!“) und (Name, Mitglied des Kreisvorstandes) „Wahlanalyse“ vorgesehen, die, falls es die Abwicklung der Tagesordnung erlaubt, eingeschoben werden.

Anträge

(Die im folgenden abgedruckten Satzungsänderungs- und Sachanträge wurden vom Kreisparteitag aus Zeitmangel ausnahmslos auf einen Sonderparteitag im Herbst 1973 vertagt; die Anträge Nr. 1 bzw. 12 – Bildung von Bezirksausschüssen – wurden dem Kreisparteiausschuß für eine Sitzung im Mai überwiesen. Anm. d. Verf.)

Antrag A1

Betrifft: Parteigericht

Änderung der § 20 und 16 Abs. 6k

Antragsteller: Kreisvorstand – Satzungskommission –

Begründung:

Der Bundesparteitag hat am 5.10.1971 in Saarbrücken eine Parteigerichtsordnung (PGO) beschlossen. Die Kreissatzung ist dieser PGO anzupassen.

Änderungsantrag:

1. Das Kreisparteigericht besteht aus 3 ordentlichen und mindestens 3 stellvertretenden Mitgliedern.
2. Es tritt in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und 2 Beisitzern zusammen. Der Vorsitzende muß die Befähigung zum Richteramt haben.
3. Die Mitglieder werden jeweils für 4 Jahre gewählt.
4. Für das Verfahren gilt die Parteigerichtsordnung der Bundespartei.

Antrag A2

Betrifft: Wahlordnung § 29

Antragsteller: Kreisvorstand – Satzungskommission –

Änderungsantrag:

1. . . .
2. Der Kreisvorsitzende, seine beiden Stellvertreter sowie der Schatzmeister und sein Stellvertreter sind in getrennten Wahlgängen zu wählen; sie bedürfen zu ihrer Wahl der Mehrheit der abgegebenen Stimmen des Kreisparteitages. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl statt, *hierbei genügt die einfache Mehrheit.*
3. . . .
4. Die Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag, den Landesparteitag, den Landesparteiausschuß und die Vertreterversammlungen erfolgt nach Maßgabe des Absatz 3, Satz 4 und 5.
5. . . .
6. Bei Feststellung der Mehrheit zählen ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen nicht mit.

Antrag A3

Betrifft: Geschäftsordnung § 32

Antragsteller: Kreisvorstand – Satzungskommission –

Änderungsantrag:

1. . . .
 2. . . .
 3. – An diese Stelle rückt der bisherige Absatz 4 –
 4. Anträge zum Kreisparteitag und zum Kreisparteiausschuß müssen mindestens 8 Tage vor dem Tagungsbeginn in der Kreisgeschäftsstelle schriftlich eingegangen sein.
- Antragsberechtigt sind:

a) der Kreisvorstand

b) der Kreisparteiausschuß

c) jeder Ortsverband

d) jede Vereinigung

e) mindestens 15 Mitglieder, von denen eines Delegierter sein muß.

5. Über die Zulassung weiterer Anträge entscheiden der Kreisparteitag und der Kreisparteiausschuß mit einfacher Mehrheit.

Antrag A4

Betrifft: § 15

Antragsteller: Kreisvorstand – Satzungskommission –

Änderungsantrag:

d) das Kreisparteigericht ist zu streichen. Bei dem Parteigericht handelt es sich nicht um ein Organ des Kreisverbandes, sondern um eine selbständige Institution.

Antrag B1

Betrifft: Korrekturen, vorgeschlagen von der Satzungskommission

– §§ 25, 26, 28 –

Änderungsantrag:

§ 25

1. Die Hauptversammlung . . .

2. Sie ist zuständig für . . .

3. Die Wahlen . . .

Im zweiten Satz: Im übrigen . . .

muß es hinter Absatz 2, 4, 5 heißen

und 6

4. Beschlüsse . . .

5. Über die Hauptversammlung . . .

§ 26

1. Der Ortsvorstand besteht . . .

§ 28

1. Die Mitglieder der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung *sollen* sich nach den kommunalpolitischen Leitsätzen der CDU richten.

2. Alle wichtigen Beschlüsse und Maßnahmen auf kommunalpolitischem Gebiet *sollen* mit dem Kreisvorstand abgestimmt werden.

Antrag B2

Betrifft: Korrektur, vorgeschlagen von der Satzungskommission – § 10

Änderungsantrag:

1. Gegenüber Mitgliedern können nach deren vorheriger Anhörung Ordnungsmaßnahmen getroffen werden.

2. Ordnungsmaßnahmen sind:

- a) Verwarnung
- b) Verweis
- c) Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern auf Zeit
- d) Enthebung von Parteiämtern
- e) Ausschluß aus der Partei durch das zuständige Parteigericht

3. Zuständig für die Ordnungsmaßnahmen ist der Kreisvorstand, für den Ausschluß das Parteigericht. Ein Ausschlußverfahren bedarf eines Antrages des Kreisvorstandes. In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Kreisvorstand dem Mitglied die Ausübung seiner Rechte bis zur Entscheidung des Parteigerichtes untersagen. Der Beschluß des Kreisvorstandes bedarf der Zustimmung von $\frac{2}{3}$ seiner Mitglieder. Die Zuständigkeit des Landesvorstandes und des Bundesvorstandes bleiben unberührt.

4. Alle Ordnungsmaßnahmen sind schriftlich zu begründen.

5. Das Verfahren vor den Parteigerichten richtet sich nach der Parteigerichtsordnung.

Antrag C

Betrifft: Änderung §§ 29, 31 und 32

Antragsteller: (3 Vorstandsmitglieder der Jungen Union)

Antrag C0

§ 29 Abs. 3:

Die Wahl der gemäß § 18 Abs. 1 vom Kreisparteitag zu wählenden Mitglieder des Kreisvorstandes erfolgt in einem weiteren Wahlgang. Der Stimmzettel muß die Namen aller vorgeschlagenen Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge enthalten. Stimmzettel, auf denen mehr als die zu wählenden Mitglieder oder weniger als $\frac{3}{4}$ der zu wählenden Mitglieder angekreuzt sind, sind ungültig . . .

Antrag C1

§ 31 Abs. 1:

Kreisparteitag, Kreisparteiausschuß, Kreisvorstand und Vertreterversammlungen sind beschlußfähig, wenn ihre Einberufung satzungsgemäß erfolgt und mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Mit Ausnahme des Kreisvorstandes sind die verschiedenen Sitzungen und Versammlungen mitgliederoffen. Durch Beschluß mit einfacher Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder können die nicht stimmberechtigten Mitglieder ausgeschlossen werden.

Antrag C2

§ 32 Abs. 3:

Anträge zum Kreisparteitag und zum Kreisparteiausschuß müssen mindestens 8 Tage vor dem Tagungsbeginn in der Kreisgeschäftsstelle schriftlich eingegangen sein.

Antragsberechtigt sind:

- a) der Kreisvorstand
- b) der Kreisparteiausschuß
- c) jeder Ortsverband
- d) jede Vereinigung
- e) jeder Delegierte
- f) mindestens 15 Mitglieder, wobei eines dieser Mitglieder das Recht hat, den Antrag in dem entsprechenden Organ mündlich zu begründen und weitere Stellungnahmen zu diesem Antrag abzugeben.

Ohne Einhaltung einer Frist können Anträge eingebracht werden, wenn sie mindestens von 10 Delegierten unterschrieben sind.

Die Begründung der vorstehenden Satzungsänderungsanträge erfolgt mündlich.

Antrag D

Betrifft: Antrag des CDU-Ortsverbandes H. an den Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes B. zur Satzungsänderung

Der CDU-Ortsverband H. beantragt, der Kreisparteitag möge folgende Satzungsänderung beschließen:

§ 17 Abs. 5

Der Kreisparteiausschuß wird durch den Kreisvorstand – mindestens viermal im Jahr – einberufen. (Der zweite Satz dieses Absatzes bleibt unverändert.)

SACHANTRÄGE

Antrag Nr. 1

Antrag des CDU-Ortsverbandes Q. an den Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes B. über die Bildung von Bezirksausschüssen gemäß § 13 GO NW in B.

Der CDU-Ortsverband Q. beantragt, der Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes B. möge folgendes beschließen:

„Der CDU-Kreisverband B. setzt sich für die Bildung von Bezirksausschüssen gemäß § 13 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in B. ein.

Der Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes B. beauftragt den Kreisvorstand des CDU-Kreisverbandes B., unverzüglich geeignete Initiativen zur Verwirklichung dieses politischen Zieles im Interesse bürgernäherer Selbstverwaltung zu ergreifen.“

Antrag Nr. 2

Betrifft: Antrag zur Änderung der Beitragsstaffel

Antragsteller: CDU-Ortsverband H., Junge Union Kreisverband B.

Antrag:

Der CDU-Kreisverband B. ändert seine bisher gültigen Beitragsstaffeln dahingehend, daß Schüler, Lehrlinge und Studenten einen sogenannten Sozialbeitrag von DM 2,- monatlich entrichten.

Antrag Nr. 3

Betrifft: Aufstellung von Kandidaten

Antragsteller: Junge Union

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Jedes Mitglied der CDU ist bei der Aufstellung von Kandidaten für die Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen vorschlagsberechtigt.
2. Das Verfahren zu Pkt. 1. sollte in der Regel ein halbes Jahr vor der Nominierung der Kandidaten beendet sein.

3. In dem halben Jahr vor der Nominierung der Kandidaten findet ein intensiver Meinungsbildungsprozeß mit den bzw. über die Kandidaten statt.

Das Verfahren darüber obliegt den Vereinigungen und jeweiligen Ortsverbänden.

4. Die Nominierung des bzw. der Kandidaten soll in der Regel in einem Vierteljahr vor dem Wahltermin erfolgen.

5. Bei vorzeitiger Neuwahl werden die genannten Fristen entsprechend verkürzt.

6. Die Nominierung des bzw. der Kandidaten erfolgt durch:

(zwei Alternativen)

- Eine allgemeine Mitgliederversammlung
- Eine Delegiertenversammlung; die Delegierten werden direkt durch die jeweiligen Ortsverbände gewählt.

Antrag Nr. 4

Betrifft: Funktionsaufteilung im Kreisvorstand

Antragsteller: Junge Union

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Wahl der acht Beisitzer im Kreisvorstand erfolgt nach § 29.3 der Satzung in einzelnen Wahlgängen.

Diese acht Vorstandsmitglieder nehmen folgende Aufgaben und Funktionen wahr:

1. Bundespolitik

2. Landespolitik

3. Kommunalpolitik

Ihre Aufgabe ist die Koordinierung von Initiativen der Kreispartei zu den jeweiligen politischen Sachbereichen, die Kontaktpflege zu den entsprechenden Parlamenten und Fraktionen sowie die ständige Unterrichtung des Kreisparteiausschusses und Kreisvorstandes.

4. Presse

Systematische Unterrichtung der Lokalpresse; Formulierung von Verlautbarungen; Einberufung von Pressekonferenzen.

5. Wahlanalysen und Wahlkampf

Auswertung von Wahlstatistiken zur Feststellung des jeweiligen „Ist-Zustandes“ der einzelnen Wahlkreise und künftiger Wahlkampf Schwerpunkte; ständige Bemühung um neue Wahlkampftechniken und -konzeptionen.

6. Mitgliederbetreuung und interne Information

Betreuung der Mitglieder und Förderung der innerparteilichen Information und Kommunikation; Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden Informationsdienstes des Kreisverbandes.

7. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung

Verbindung zum vorpolitischen Raum; Kontaktpflege mit B. Vereinen und Verbänden, insbesondere deren Vorständen, zur Intensivierung eines aktiven und passiven Informationsflusses zwischen Partei und Öffentlichkeit über die sog. „Multiplikatoren“; Erstellung und ständige Aktualisierung einer systematischen Übersicht über alle B. Vereine und deren Vorstände sowie eine Zuordnung von eigenen Parteimitgliedern und den erfaßten Vereinen; Förderung und Koordination von Werbemaßnahmen.

8. Politische Bildung

Erstellung zentraler Bildungsprogramme und deren Realisierung; Angebot von Schulungsmöglichkeiten (z. B. Rhetorische Kurse, Pressepraktika u. ä.) für Funktionsträger und Interessenten der Partei; gezielte Weitergabe von überregional vorhandenem Informationsmaterial an Mitglieder; Referentenvermittlung (Anlage einer Referentenkartei).

Die Aufgabenverteilung innerhalb des (bisherigen) geschäftsführenden Vorstandes wird vom Kreisvorstand bei seiner konstituierenden Sitzung vorgenommen.

Antrag Nr. 5

Betrifft: außerordentlicher Kreisparteitag

Antragsteller: Junge Union und CDA

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Zur intensiven Diskussion anstehender Sachprobleme, der Beratung von Anträgen und zur Vorbereitung des außerordentlichen Landesparteitages der CDU findet in der 2. Jahreshälfte 1973 ein außerordentlicher Kreisparteitag statt.

Antrag Nr. 6

Betrifft: Angebot an politischer Bildung

Antragsteller: Kreissozialausschuß - CDA -

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisvorstand wird beauftragt, die Voraussetzungen für ein ständiges Angebot an politischer Bildung aus christlich-demokratischer Sicht in B. zu schaffen.

Ein entsprechendes Veranstaltungsprogramm soll Mitgliedern und Freunden der B. CDU sowohl eine Fundierung ihrer Kenntnisse aktueller politischer Ereignisse als auch eine systematische Einführung in die Grundsätze christlicher demokratischer Politik ermöglichen.

Antrag Nr. 7

Betrifft: Antrag an den Bundesparteitag

Antragsteller: (einzelner Delegierter, Mitglied des Kreisvorstandes)

Der Kreisparteitag möge folgenden Antrag an den Bundesparteitag der CDU beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Ämter des Bundesparteivorsitzenden, des Fraktionsvorsitzenden der CDU im Deutschen Bundestag und des Kanzlerkandidaten oder Bundeskanzler sollen in der Regel in verschiedenen Händen liegen, um

1. durch Arbeitsteilung größere Effektivität zu erreichen
2. mehr Beweglichkeit in der politischen Aussage möglich zu machen
3. bei der Aufgabe eines Amtes durch seinen Inhaber die Kontinuität zu den anderen zu erhalten.

Antrag Nr. 8

Betrifft: Assistenten für Stadtverordnete

Antragsteller: CDU-Ortsverband H.

Der Kreisparteitag möge beschließen, daß zur Entlastung der Stadtverordneten unserer Fraktion

und zur Verdeutlichung unserer Kommunalpolitik jedem Stadtverordneten ein Assistent beigelegt wird.

Der Kreisparteitag setzt zur Lösung dieses Problems eine Kommission ein, die spätestens in einem halben Jahr ihre Vorstellungen dem Kreisparteiausschuß zur Beschlußfassung unterbreitet.

Begründung: Zusätzlich zu der Entlastung der Stadtverordneten bietet die Verwirklichung dieses Antrages die Möglichkeit, geeignete Nachfolger für ausscheidende Stadtverordnete schon vor Antritt ihres Mandates in die Materie einzuarbeiten.

Antrag Nr. 9

Betrifft: Vorbereitung des Bundesparteitages der CDU in Hamburg
Antragsteller: CDU-Ortsverband H.

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag der CDU im Herbst dieses Jahres erfordert eine intensive Vorbereitung durch Kreisverband und Vereinigungen.

Alle Mitglieder im Ortsverband und in den Vereinigungen sollen an der Diskussion beteiligt werden.

Insbesondere die Erarbeitung der Inhalte einer langfristigen Politik ist Gegenstand dieser Aufgabe.

- Zu diesem Zweck richtet der CDU-Kreisverband Projektgruppen ein, die sich schwerpunktmäßig mit einigen auf dem Parteitag zu behandelnden Problembereichen befassen (Beispiel Mitbestimmung, Bodenordnung).
- Parallel zur Arbeit in den Projektgruppen werden die auf dem Parteitag zu bestimmenden Themen in den Ortsverbänden und Vereinigungen diskutiert.
- Die Diskussion wird vor dem Hamburger Parteitag – unter Wahrung der entsprechenden Antragsfrist – durch einen Sonderparteitag des Kreisverbandes der CDU abgeschlossen. Auf diesem Parteitag, zu dem alle Mitglieder eingeladen werden und stimmberechtigt sind, werden die Diskussionsbeiträge gesammelt und zur Beschlußfassung vorgelegt.

Antrag Nr. 10

Betrifft: Kommunalpolitisches Programm
Antragsteller: CDU-Ortsverband H.

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU B. bildet für ihren Bereich Projektgruppen der CDU-Parlamentarier, Verwaltungsbeamten, Parteimitglieder und sachkundigen Bürger, die Analysen der verschiedenen kommunalen Sachbereiche B. erarbeiten, Zielprojektionen entwerfen und danach ein Programm zusammenstellen, das nach innerparteilicher Diskussion und Verabschiedung durch den Kreisparteiausschuß zur fundierten Grundlage künftiger CDU-Kommunalpolitik wird.

Die bereits auf Kreisebene bestehenden Arbeitskreise werden in absehbarer Zeit im Sinne des Antrages erweitert.

Begründung: Siehe Seite 50/51 der Festschrift zum 25jährigen Bestehen der CDU B.

Antrag Nr. 11

Betrifft: Parteiinterne Bezirksgruppen
Antragsteller: CDU-Ortsverband H.

Die CDU B. bildet für ihren Bereich Bezirksgruppen, die getragen werden von den gewählten Parlamentariern und interessierten Mitgliedern der Ortsverbände zum Zwecke der Kommunikation, Kooperation, der Arbeitsteilung, des Erfahrungsaustausches und einer bürgernahen Kommunalpolitik, bis die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Bezirksausschüsse in B. eingerichtet werden.

Die zu bildenden Bezirksgruppen sollen mehrere Ortsteile bzw. Ortsverbindungen umfassen, so daß für das B. Stadtgebiet ca. 6 solcher Ausschüsse entstehen.

Begründung: Die CDU B. sollte bei Bildung von Bezirksausschüssen – die von der Landtagsfraktion der CDU und auch von anderen Parteien befürwortet werden – vorbereitet sein. Die von uns beantragten Bezirksgruppen sind parteiinterne Gremien ohne Beschlußkraft. Wir erhoffen uns hierdurch eine Aktivierung unserer Kommunalpolitik und ein frühzeitiges Erkennen geeigneter Mitglieder, die sich der Partei für die Übernahme eines Mandates in der Stadtverordnetenfraktion anbieten.

Antrag Nr. 12

Betrifft: Bezirksausschüsse
Antragsteller: CDU-Ortsverband H.

Der CDU-Kreisverband B. setzt sich für die Bildung von Bezirksausschüssen gemäß § 13 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in B. ein.

Der Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes B. beauftragt den Kreisvorstand des CDU-Kreisverbandes B., unverzüglich geeignete Initiativen zur Verwirklichung dieses politischen Zieles im Interesse bürgernäherer Selbstverwaltung zu ergreifen.

Begründung: Siehe Ortsverband Q.

Antrag Nr. 13

Betrifft: Verbesserung der Parteiarbeit im Kreisverband
Antragsteller: (ein einzelner Delegierter)

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Zur Verbesserung der Parteiarbeit im Kreisverband wird auf der Grundlage des folgenden Antrages eine Projektgruppe eingerichtet, die bis zu einem vor dem Bundesparteitag der CDU im Herbst stattfindenden Sonderparteitag eine entsprechende Konzeption zur Verabschiedung vorlegt.

Vorbereitung des Bundesparteitages der CDU in Hamburg

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag der CDU im Herbst dieses Jahres in Hamburg erfordert eine intensive Vorbereitung durch Kreisverband und Vereinigungen. Alle Mitglieder im Ortsverband und in den Vereinigungen sollen an der Diskussion beteiligt werden. Standortbestimmung durch Grundsatzdiskussion und Erarbeitung der Inhalte einer langfristigen Politik sind Gegenstand dieser Aufgabe.

Zu diesem Zweck richtet der CDU-Kreisverband eine Projektgruppe ein, die in Kooperation mit Ortsverbänden und Vereinigungen ein Programm entwickelt und umgehend bis zum Parteitag durchführt, das u. a. folgende Punkte enthält:

- Diskussion der Grundsätze der CDU auf der Basis des Berliner Programms und der Ergebnisse bereits geschaffener Kommissionen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene.
- Bildung von Projektgruppen, die sich schwerpunktmäßig mit einigen auf dem Parteitag zu behandelnden Problembereichen befassen.

- Beteiligung aller Mitglieder der Kreispartei und der Vereinigungen an Diskussionen in den Versammlungen der verschiedenen Gliederungen, Mitwirkung in den einzelnen Projektgruppen und Teilnahme an einem entsprechenden Bildungsprogramm.
- Abschluß der Diskussion vor dem Hamburger Parteitag – unter Wahrung der entsprechenden Antragsfrist – durch einen Sonderparteitag des Kreisverbandes der CDU, zu dem alle Mitglieder eingeladen werden und stimmberechtigt sind.
- Meinungsbildung über die Kandidaten zum Bundesvorstand der CDU in den letzten Wochen vor dem Sonderparteitag.
- Ständige Begleitung der internen Diskussion durch geeignete Information der Öffentlichkeit. Der Kreisparteitag wählt 7–11 Mitglieder in die Projektgruppe.

Bildungsarbeit im Kreisverband

Aus- und Weiterbildung von Mitgliedern, Mitarbeitern und Führungskräften sowie ein Bildungsangebot für den vopolitischen Raum sind eine wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Arbeit des gesamten Kreisverbandes. Der Kreisparteitag setzt eine Projektgruppe Bildungsarbeit ein, die sich dieser Arbeit annimmt. Sie hat folgende Aufgaben in Angriff zu nehmen:

- Erarbeitung der Inhalte der Bildungsarbeit
- Umsetzung in Kurse, Wochenendseminare, Tagesveranstaltungen und Bildungsabende
- Herausgabe eines Halbjahresprogramms Frühjahr/Sommer, Herbst/Winter
- Spezielle Seminare:
 - Grundlagen
 - Rhetorik
 - Mitarbeit + Führungskräfte
 - Mitglieder
 - Vorparteipolitischer Raum

Einrichtung entsprechender Projektgruppen, Bildung eines Kernteams aus den Leitern der Projektgruppen und qualifizierter Mitarbeiter zur Gesamtzielsetzung und -planung sowie Koordination der Arbeit.

Bis zum Bundesparteitag arbeitet diese PG eng mit der PG Bundesparteitag zusammen. Sie unterstützt deren Arbeit durch Entwicklung eines Bildungsprogramms, das sich bis zum Herbst in erster Linie mit den Grundsätzen der CDU-Politik auseinandersetzt und weitere geeignete Kurse einrichtet. Sie bietet in Absprache mit den Ortsverbänden und Vereinigungen ein Programm an unter dem Thema:

„Grundsätze und Leitlinien der CDU zur Entwicklung der Gesellschaft in eine humanere Zukunft.“

Die aus 7–11 Mitgliedern bestehende Projektgruppe wird vom Kreisparteitag gewählt.

(Der gleiche Delegierte legte zusätzlich zu diesem Antrag ein 15seitiges Papier zur „Verbesserung der Parteilarbeit im Kreisverband“ vor, das eine detaillierte Festlegung der Aufgaben des Kreisverbandes, der Ortsverbände, der Vereinigungen, der Kreisgeschäftsstelle sowie ein arbeitsteilig konstruiertes Organisationsmodell für die Arbeit innerhalb des Kreisverbandes umfaßte. Anm. d. Verf.)

4.2. Rundschreiben des Kreisverbandes

4. Oktober 1973

- Betr.: 1. Verlegung des Kreisparteitages in den Monat Januar 1974
2. Vorbereitung der Großveranstaltung mit Prof. Carstens

Sehr geehrte Damen und Herren!

Dem 24. Kreisparteitag am 24. März 1973 lagen 21 Anträge – davon 8 zur Änderung der Satzung – zur Beratung vor. Da jedoch die Vorstandswahlen und die Aussprache darüber lange Zeit in Anspruch nahmen, wurde beschlossen, die Anträge von der Tagesordnung abzusetzen, um sie auf einem Sonderparteitag zu behandeln. Die Delegierten waren der Auffassung, diesen im Herbst 1973 durchzuführen. Außerdem sollte im Mai 1973 noch eine Sitzung des Kreisparteiausschusses durchgeführt werden. Diese hat am 15. Mai 1973 stattgefunden.

Der Kreisvorstand hat sich nun in der Sitzung vom 28. September 1973 mit der Terminfestsetzung für den Kreisparteitag beschäftigt. Er vertrat mit Mehrheit den Standpunkt, in diesem Jahr keinen Parteitag mehr durchzuführen, sondern ihn für Ende Januar 1974 einzuberufen und den in der Kreisparteiausschußsitzung am 15. 5. 73 vertagten Tagesordnungspunkt „Wahlkampf '72 – Analyse und Folgerungen“ dann mit zu behandeln. Der Kreisvorstand hat sich bei seinem Beschluß von folgenden Überlegungen leiten lassen:

1. Eine Reihe von Veranstaltungen, die einer sorgfältigen Vorbereitung bedürfen, so öffentliche Fraktionssitzung im Stadtteil L., Landesparteitag, Bundesparteitag und Großveranstaltung mit Professor Carstens in der Ruhrlandhalle erfordern den vollen Einsatz der Partei.
2. Die Behandlung der auf dem 24. Kreisparteitag zurückgestellten Anträge ist nicht fristgebunden.
3. Die vom Kreisvorstand durch einstimmigen Beschluß gebildete Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Bundesparteitages unter Vorsitz von Herrn Springorum MdB hat nicht das erhoffte Echo gefunden. (An der ersten Arbeitssitzung haben lediglich vom gesamten Kreisverband 4 Mitglieder teilgenommen.)
4. Aufgrund eines nochmaligen Rundschreibens an die Ortsverbände mit der Bitte, daß sich doch weitere Interessenten melden möchten, sind lediglich 2 Anmeldungen erfolgt.

Der Kreisvorstand hat in seiner Sitzung am 28. September 1973 ferner die Auffassung vertreten, daß möglichst bald die Herren Ortsvorsitzenden zur Vorbereitung der „Carstens“-Veranstaltung zusammengerufen werden sollten. Einladungen zu dieser Konferenz werden in Kürze erfolgen.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die organisatorischen Vorbereitungen bereits angelaufen sind, und möchten Sie erneut darum bitten, auf die Veranstaltung in den Ihnen erreichbaren Bevölkerungskreisen werbend hinzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen
(Name)
Kreisgeschäftsführer

4.3. Sonderparteitag des CDU-Kreisverbandes B. am 26. 1. 1974

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl eines Tagungsleiters und Stellvertreters sowie einer Wahlkommission
3. Verabschiedung der vom Parteitag am 26. 3. 1973 zurückgestellten Anträge
4. Behandlung weiterer Anträge

5. Wahlkampf '72 – Analyse und Folgerungen
(Name, Mitglied des Kreisvorstandes)

6. Verschiedenes

7. Schlußwort

(Der TOP 5 fiel erneut infolge mangelnder Zeit aus; ein schriftlicher Bericht wurde den Delegierten später zugestellt. Anm. d. Verf.)

Anträge

(Von den am 26. 3. 1973 zurückgestellten Anträgen war Antrag Nr. 1 bzw. 12 durch den Parteiausschuß inzwischen behandelt; durch die zeitliche Verschiebung des Sonderparteitag in den Januar 1974 waren gegenstandslos geworden die Anträge Nr. 5, 7, 9, 13.)

Bezüglich der übrigen und der neu gestellten Anträge votierte der Kreisparteitag wie folgt:

Satzungsantrag

A 1: angenommen (einstimmig)

A 2: angenommen (5 nein, 6 Enth.)

A 3: angenommen (22 nein)

A 4: angenommen (einstimmig)

B 1: angenommen (einstimmig)

B 2: angenommen (einstimmig)

C 0: angenommen (5 nein, 6 Enth.)

C 1: angenommen (29 nein)

C 2: abgelehnt (2/3 Mehrheit verfehlt)

D : abgelehnt

Sachanträge '73:

2: als Empfehlung an Kreisvorstand

3: angenommen unter Ausgliederung der Ziffer 6 (erfordert Satzungsänderung)

4: abgelehnt

6: als Empfehlung an Kreisvorstand

8: angenommen

10: abgelehnt

11: abgelehnt

weitere Anträge aus '73:

1: vom Antragsteller zurückgezogen (satzungswidrig)

2: als Empfehlung an die Ortsverbände

neue Anträge zum Parteitag '74:

Nr. 1: als Empfehlung an Kreisvorstand

2: als Empfehlung an Kreisvorstand

3: als Empfehlung an Kreisvorstand

4: Ziffer 1–3 abgelehnt, Ziffer 4 + 5 verwiesen an Kreisparteiausschuß

5: angenommen

6: angenommen

7: Antragsteller zieht ersten Absatz des Antrages als gegenstandslos zurück; 2. Absatz angenommen

8: nicht mehr behandelt

9: abgelehnt (26:29 Stimmen)

10: erledigt durch entsprechenden Vorstandsbeschuß

Die beiden zusätzlichen Anträge von 1973 und die neuen Anträge zum Sonderparteitag 1974 werden nachfolgend abgedruckt. Anm. d. Verf.)

Weitere Anträge aus dem Jahr 1973

Antrag Nr. 1

Betrifft: Aufstellung von Kandidaten für die Kommunalwahlen

Antragsteller: CDU-Ortsverband W.

1. Die Kandidaten für die Kommunalwahlbezirke werden von den einzelnen Ortsverbänden nominiert und auf einer Ortsverbandsversammlung von den Mitgliedern gewählt.
2. Die Aufstellung der Reserveliste erfolgt in der bisherigen Form; jedoch sind zunächst alle Direktkandidaten zu berücksichtigen.

Antrag Nr. 2

Betrifft: CDU-Beitragsordnung

Antragsteller: CDU-Ortsverband G.

1. Verstärkt sollte in Zukunft die kostengünstigste Beitragseinzugsmethode gewählt werden.
2. Bisherige Mitglieder sollen *nach Möglichkeit* auf den alten Mindestbeitrag in Höhe von DM 3,- gebracht werden.
3. Einem bisherigen Mitglied sollte nicht mit Ausschluß aus der Union gedroht werden, wenn es mit einleuchtender Begründung den Beitrag nicht auf das Mindestmaß anheben kann. (Wir dürfen unserer sozialen Einstellung z. B. gegenüber Sozialrentnern, Studenten usw. nicht zuwiderhandeln.)
4. Der OV schlägt vor, den Mitgliedern die Vorauszahlung des Beitrages auf ein halbes und/oder ganzes Kalenderjahr zu empfehlen, um dadurch Zinsgewinn zu erzielen.
5. Der Mindestbeitrag für neue Mitglieder sollte auf DM 4,- gesetzt werden.
6. Die Sätze zur Selbsteinschätzung sollten folgende Staffelung erhalten:

Einkommen	Beitrag
bis DM 1000	DM 4,-
DM 1000 – 1500	DM 9,-
DM 1500 – 2000	DM 15,-
DM 2000 – 2500	DM 20,-
DM 2500 – 3000	DM 26,-
DM 3000 – 3500	DM 30,-
DM 3500 – 4000	DM 38,-
DM 4000 – 4500	DM 50,-
usw.	

Anträge zum Kreisparteitag Januar 1974

Antrag Nr. 1

Betrifft: Gespräche der CDU B. mit den ortsansässigen Gewerkschaften
Antragsteller: CDA – Sozialausschüsse B.

Die CDU B. sollte, vertreten durch den Kreisvorstand, versuchen, mit den Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen. Die Sorge um die Arbeitsplätze und die schlechte wirtschaftliche Lage sollte hierbei ein Ausgangspunkt sein. Es bieten sich aber auch noch andere Möglichkeiten an.

Begründung: Um wieder mehr Einfluß in der Arbeitnehmerschaft zu erlangen, erscheint es dem Antragsteller geboten, diese Gespräche zu führen. Es sollte nicht nur eine Sache der CDA bleiben, das Wort in den Gewerkschaften zu machen. Dies hat mittlerweile auch die Bundes-CDU erkannt und führt solche Gespräche im regelmäßigen Turnus durch. Die B. CDU sollte auch hier nicht den Genossen das Feld alleinüberlassen.

Antrag Nr. 2

Betrifft: Erstellung einer Referentenliste für den Kreisverband
Antragsteller: CDA – Sozialausschüsse B.

Der Kreisvorstand wird gebeten, umgehend eine Referentenliste zu erstellen, die Namen und Anschrift sowie die Thematik enthält, zu der die einzelnen ortsansässigen Referenten sprechen.

Begründung: Es würden in den Ortsverbänden und Vereinigungen mehr Versammlungen abgehalten, wenn man eine solche Liste hätte. Meist werden nur eine kleine Anzahl von Leuten angesprochen, die aber immer und überall aufzutreten haben. Dies sollte gerade in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen und Auseinandersetzungen nicht mehr passieren. Der Antragsteller ist der Auffassung, daß es bestimmt mehr Mitglieder in unserer Kreispartei gibt, die zu den verschiedensten Fragen Stellung nehmen können. Wir sind auch der Auffassung, daß durch eine solche Liste die Versammlungstätigkeit aktiver zu gestalten wäre.

Antrag Nr. 3

Betrifft: Gezielte Mitgliederwerbung in der Arbeitnehmerschaft
Antragsteller: CDA – Sozialausschüsse B.

Um eine ständig steigende Mitgliederzahl in der CDU auch unter den Arbeitnehmern zu erzielen, erscheint es dem Antragsteller angebracht, eine gezielte Mitgliederwerbung von mehreren Wochen an den Werkstoren durchzuführen.

Begründung: Nach Auffassung des Antragstellers besteht die Möglichkeit, die Arbeitnehmer an den Werkstoren eher zu gewinnen, als dies der Fall ist, wenn sie überhaupt nicht angesprochen werden. Am Arbeitsplatz bestehe auch eher die Möglichkeit zu einem informativen Gespräch mit dem Arbeitnehmer.

Antrag Nr. 4

Antragsteller: einzelner Delegierter, Ortsverbandsvorsitzender

1. Über den Verlauf der Kreisparteitage wird ein Ergebnisprotokoll gefertigt und an die Mitglieder des Vorstandes, der Fraktion und die Vorsitzenden der Ortsverbände verteilt.
2. Es werden die Beschlüsse der Parteitage in 1970 bis 1973 über die Zahl der jährlich durchzuführenden Parteitage und Parteiausschußsitzungen verlesen.

3. Der Vorstand erstattet Bericht über die Arbeit der 1972 eingerichteten Arbeitskreise.
4. Eine Beteiligung von CDU-Mitgliedern des Kreisverbandes B. an der „Aktion Bürgerwille“ wird nicht als parteischädigend angesehen.
5. Der Kreisverband B. begrüßt ein Volksbegehren zur Neuordnung des Ruhrgebiets.

Antrag Nr. 5

Antragsteller: CDU-Ortsverband O.

Der CDU-Ortsverband O. empfiehlt den Delegierten des Kreisparteitages die Annahme des nachfolgenden Antrages:

In den einzelnen Ortsverbänden sollen je nach Mitgliederstärke und Ermessen des Vorstandes Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich mit dem Gesamtkomplex Mitgliederwerbung befassen. Dieser Komplex soll folgende Schwerpunkte beinhalten:

- a) Die Überprüfung aller Mitglieder, ob der Mindestbeitrag gezahlt wird,
- b) die noch vorhandenen Hauskassierungen nach Möglichkeit in Daueraufträge umzuwandeln,
- c) Werbung neuer Mitglieder unter den in Absatz a) und b) erwähnten Voraussetzungen.

Antrag Nr. 6

Antragsteller: CDU-Ortsverband O.

Die Delegierten des Kreisparteitages mögen beschließen, daß der zur Zeit gewährte Rückzahlungsprozentsatz in Höhe von 15% des Mitgliedsbeitrages an die einzelnen Ortsverbände auf 10% verringert wird.

Antrag Nr. 7

Antragsteller: Junge Union B.

Die CDU B. setzt sich dafür ein, daß Schulbücher wie bisher an die Schüler ausgegeben werden. Sie ist der Meinung, daß ein Ausleihverfahren aus pädagogischen, organisatorischen und hygienischen Gründen denkbar ungeeignet ist und fordert daher die CDU-Fraktion im Rat der Stadt B. auf, sich für eine Beibehaltung des bisherigen Verfahrens bei der Schulbuchbeschaffung einzusetzen.

Um eine Verschwendung öffentlicher Mittel zu vermeiden und die Städte und Gemeinden von unnötigen Ausgaben zu entlasten, fordert die CDU B. die Genehmigung preiswerterer und für den Schulgebrauch auch tatsächlich benötigter Bücher durch das Kultusministerium sowie verstärkte Sparsamkeit und sinnvollere Auswahl bei der Schulbuchbeschaffung.

Antrag Nr. 8

Betrifft: Jugendzentrum
Antragsteller: Junge Union B.

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU B. setzt sich für ein Jugendzentrum als „Haus der offenen Tür“ im Zentrum der Stadt B. ein. Das Jugendzentrum soll von den Besuchern weitgehend selbst verwaltet werden, etwa entsprechend dem vorgelegten Konzept der Jungen Union.

Der Kreisparteitag fordert die CDU-Fraktion auf, schon bald im Rat der Stadt B. in dieser Sache initiativ zu werden.

Antrag Nr. 9

Betrifft: Ordentlicher Parteitag '74
Antragsteller Junge Union B.

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der ordentliche Kreisparteitag 1974 findet im Juni dieses Jahres statt, um noch rechtzeitig vor den Sommerferien die durch die Neuordnungspläne im Ruhrgebiet verzögerten Vorbereitungen für die Kommunal- und Landtagswahlen in Angriff zu nehmen.

Dabei sind auch die sachlichen und personellen Vorbereitungen der Kreispartei für die Bildung von Bezirksausschüssen zu treffen, mit deren verbindlicher Einführung durch den Landtag (Novellierung der Gemeindeordnung) in den nächsten Monaten zu rechnen ist.

Antrag Nr. 10

Betrifft: Vorbereitung der Kommunalwahlen
Antragsteller: Junge Union B.

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisvorstand wird beauftragt, unverzüglich eine Kommission zu bilden, die die inhaltliche Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes mit dem Ziel der Erarbeitung einer Wahlaussage in Angriff nimmt.

5. REGIONALSTRUKTUREN: ORTSVERBÄNDE

5.1. Ortsverband W.

Rundschreiben an alle Mitglieder

B., den 19.3.1973

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Ortsunion der CDU in W. hat 100 Mitglieder. Von diesen erscheinen im Schnitt 8-10 Personen zu unseren Veranstaltungen. Meistens sind es immer nur die gleichen Mitglieder. Dies ist auch in der letzten Versammlung zur Sprache gekommen.

Meinungsforschungsinstitute haben festgestellt, daß seit den 50er Jahren die Teilnehmerzahlen bei solchen Veranstaltungen zurückgegangen sind. Wo ist die Ursache zu suchen?

Woran liegt es bei uns in der Ortsunion?

Ist es der Termin, der Weg, oder sind es die Veranstaltungen? Wird Ihnen zuwenig geboten oder möchten Sie mehr an der Arbeit der Partei beteiligt werden?

Ich möchte Sie bitten, mal zu diesem Thema Stellung zu nehmen und uns zu schreiben. Die Adresse ist:

CDU-Geschäftsstelle B.
(Anschrift)

Stichwort: Teilnehmerschwund

Für Ihre Bemühungen möchten wir uns schon jetzt recht herzlich bedanken.

Für den Vorstand
(Name)
2. Vorsitzender

5.2. Ortsverband S.

Rundschreiben an alle Mitglieder

Anlage zur Einladung vom 8. Juni 1973

Falls Sie sich aktiv an der Mitarbeit eines Ausschusses beteiligen wollen, so bitten wir Sie, sich mit folgenden Damen und Herren in Verbindung zu setzen.

- I. „Agitprop-Ausschuß“ (es folgen jeweils Namen und Adressen)
- II. „Verkehrsausschuß“
- III. „Schulausschuß“
- IV. „Kindergarten- und Spielplatzausschuß“
- V. „Raumordnungs- und Landschaftsplanungsausschuß“
- VI. „CDU-Informationsblattausschuß“

Mit freundlichen Grüßen
gez. (Name)
Schriftführer

5.3. Ortsverband S.

Rundschreiben an alle Mitglieder

B., 10.3.1973

Sehr geehrte Mitglieder und Freunde!

Hiermit möchte ich zu unserer nächsten Veranstaltung einladen:
Dienstag, 20. März 1973, 19.30 Uhr
Gaststätte (Name, Anschrift)

Tagesordnung:

1. Kreisparteitag

Am 24.3.73 wird der Kreisvorstand neu gewählt. In der kommenden Amtsperiode müssen die Kommunal- und Landtagswahlen vorbereitet werden. Damit darf man nicht mehr lange warten. Aus diesem Grunde sind die anstehenden Wahlen von einiger Bedeutung. Wissen Sie überhaupt, wer heute Mitglied des Kreisvorstandes ist? Wir sollten darüber sprechen.

2. Bildung von Bezirksausschüssen

Der Ortsverband Q. hat den Antrag gestellt, daß der Kreisparteitag die Bildung von Bezirksausschüssen in B. beschließen möge. Danach wären in den einzelnen Stadtbezirken Bürgerausschüsse einzurichten, die den Rat und die Verwaltung in bestimmten Fragen ihres Stadtbezirkes unterstützen sollen. Diese Einrichtung hat sich in mehreren Nachbarstädten bewährt.

3. Intensivierung der Parteiarbeit

Der Besuch unserer Veranstaltungen könnte besser sein. Sind sie überhaupt das geeignete Mittel, Mitglieder und Freunde für unsere Arbeit zu interessieren? Wir sollten auch andere Kommunikationsmittel nutzen.

a) Schaukasten

Es erfordert etwas Fingerspitzengefühl, Überlegung und Kenntnis der politischen Zusammenhänge, den Schaukasten werbewirksam auszustatten. Für diese Aufgabe sollte sich jemand interessieren. Der Vorsitzende muß nicht alles allein machen!

b) Protokoll der Veranstaltungen

Mit der Einladung zur jeweils nächsten Veranstaltung sollte ein kurzer Bericht über den Ablauf der letzten Veranstaltung gegeben werden. Dieser sollte ohne besondere Aufforderung innerhalb acht Tagen nach jeder Veranstaltung fertig sein und gleichzeitig Grundlage für eine Presseberichterstattung werden.

c) Berichterstatter für Sachgebiete

Für einzelne politisch wichtige Fragen unserer S. Gemeinde sollten wir Berichterstatter benennen, die sich federführend für das jeweilige Sachgebiet interessieren. Dazu gehört, daß die Berichterstatter Material aus Veröffentlichungen sammeln, Kontakt zu den zuständigen Verwaltungsstellen halten und auch in den entsprechenden Partei-Arbeitskreisen mitwirken.

Als derartige Sachgebiete sind denkbar:

Kindergarten, Spielplatz
Grundschule
Bau und Verkehr
Altenbetreuung
Mitgliederbetreuung

Lassen Sie uns einmal über diese Fragen diskutieren und – hoffentlich – auch Beschluß fassen. Demokratie geht alle an. Wir sollten viele unserer Mitbürger interessieren, aber keinem unzumutbare Aufgaben stellen. Sollten Sie an diesem Abend verhindert sein, würde ich mich freuen, wenn Sie mir Ihre Gedanken zu den angeschnittenen Fragen und weitere Anregungen wie auch die Bereitschaft, eine Aufgabe zu übernehmen, kurz schriftlich mitteilen könnten (schriftlich, weil ich oft nicht zu erreichen bin).

Mit freundlichen Grüßen
gez. (Name)
Vorsitzender

5.4. Ortsverband S.

Entschließung

Der CDU-Ortsverband S. verabschiedete in seiner Sitzung am 18. 9. 1973 folgende Entschließung zum Thema

BETRIEBLICHE MITBESTIMMUNG

Die gegenwärtige Diskussion von Einzelvorschlägen aus allen Gliederungen der CDU zur Besetzung des Aufsichtsrates von Wirtschaftsunternehmen ist nur für einen kleinen Kreis von Fachleuten verständlich. Die Mehrzahl der Mitglieder wird durch die Fülle von Detailvorschlägen verwirrt. Die politische Linie der CDU ist nicht mehr klar erkennbar.

Der CDU-Ortsverband S. ist der Auffassung, daß eine sinnvolle Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung in den Entscheidungsorganen von Wirtschaftsunternehmen nur mit Änderungen von Aktienrecht und Betriebsverfassungsgesetz vollzogen werden kann.

Der Fortbestand der Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft erfordert, daß die Entscheidungsfähigkeit der Unternehmensorgane und die Verantwortungsfreude der Unternehmensleitungen nicht bürokratisiert werden. Sie müssen im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen eher gestärkt werden.

Nach Ansicht des Ortsverbandes S. ist die CDU aufgerufen, über die Besetzung von Aufsichtsräten hinaus ihre Vorstellungen auf den Gebieten

Mitbestimmung im Betrieb,
Mitbestimmung in den Entscheidungsorganen von Unternehmen,

Vermögenspolitik,
Steuerpolitik,
Unternehmensrecht

zu einer neuen Unternehmensverfassung zu vereinigen.

Der CDU-Kreisverband B. wird gebeten, sich dafür einzusetzen, daß auf Bundesebene ein CDU-Arbeitskreis einberufen wird, der entsprechende Vorschläge zur Reform des Gesellschaftsrechts ausarbeitet. Die Kreisverbände und Gliederungen der Partei sollten sich darauf beschränken, Beschlüsse zu Grundsatzfragen zu fassen, um die Handlungsfreiheit der Parlamentarier nicht über Gebühr einzuengen.

Zur Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung in den Entscheidungsorganen der Wirtschaftsunternehmen stellt der CDU-Ortsverband S. folgende Forderungen:

1. Die Aktionsfreiheit der Unternehmen im Sinne der sozialen Marktwirtschaft muß gewährleistet sein.

Weder Staat noch Gewerkschaft oder andere Organisationen dürfen über die Beschlußorgane der Unternehmen Einfluß auf die Unternehmenspolitik nehmen.

2. Die Tarifautonomie muß erhalten bleiben. Die Interessenvertreter der Tarifpartner dürfen keine Mandate in Unternehmen übernehmen.

3. Vertreter von „Kapital“ und „Arbeit“ sollen im obersten Entscheidungsorgan eines Unternehmens gleichgewichtig vertreten sein.

4. Die Vertreter von „Kapital“ und „Arbeit“ in dem obersten Entscheidungsorgan eines Unternehmens sind in *direkter Wahl* von den jeweils Wahlberechtigten zu ermitteln.

5. Für die leitenden Angestellten muß eine geeignete Interessenvertretung rechtlich verankert werden.

6. Mindestens ein leitender Angestellter muß im obersten Entscheidungsorgan des Unternehmens vertreten sein.

7. Ein Vertreter der Arbeitnehmerschaft muß im obersten Entscheidungsorgan die Interessen des Belegschaftsvermögens wahrnehmen.

8. Ein Vertreter des Faktors „Kapital“ muß die Interessen der Kleinaktionäre wahrnehmen, soweit sie eine Minderheit darstellen.

9. Die Zahl der Aufsichtsratsmandate ist auf höchstens drei Mandate pro Person zu beschränken.

CDU-Ortsverband S.
gez. (Name)
Vorsitzender

5.5. CDU-Ortsverband H.

Geschäftsbericht Mai 1972 – Mai 1973

Auf der Jahreshauptversammlung am 18. Mai 1972 wurde folgender Vorstand gewählt:
(es folgt namentliche Aufführung)

des Vorsitzenden
des Stellvertreters
des Schriftführers
des Kassierers
sowie der 5 Beisitzer

Seit dem 14. Dezember 1972 gehört dem Vorstand ferner als geborenes Mitglied der JU-Vorsitzende (Name) an.

Auf der Jahreshauptversammlung wurde beschlossen, einen gemeinsamen Arbeitskreis mit der JU für Kommunalpolitik einzurichten.

Die JU holte diesen Beschluß formell am 13. Januar 1973 nach. Zum Arbeitskreisleiter wurde (der CDU-Ortsverbandsvorsitzende) bestimmt.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Veranstaltungen:

- 5. 6. 1972: Ortsvorstand
Sommerpause
- 4. 9. 1972: Ortsvorstand
- 26. 9. 1972: Versammlung
Soziale Marktwirtschaft (19 Pers.)
- 2. 10. 1972: Ortsvorstand
- 2. 11. 1972: Wahlkampfveranstaltung
Gerd Springorum MdB (26 Pers.)
- 18. 1. 1973: Geschäftsführender Vorstand
- 7. 2. 1973: Kommunalpolitischer Arbeitskreis
- 15. 2. 1973: Versammlung
CDU-Kreisvorsitzender
(CDU und der 19. November) (25 Pers.)
- 19. 2. 1973: Ortsvorstand
- 27. 2. 1973: Kommunalpolitischer Arbeitskreis
Anträge zum Kreisparteitag
- 14. 3. 1973: Mitgliederversammlung
Anträge zum Kreisparteitag
- 5. 4. 1973: Versammlung (JU und CDU)
Neuordnung des Ruhrgebietes (21 Pers.)
- 10. 4. 1973: Kommunalpolitischer Arbeitskreis
- 26. 4. 1973: Versammlung
CDU-Fraktionsvorsitzender
(CDU im Rathaus) (18 Pers.)
- 5. 5. 1973: Kommunalpolitischer Arbeitskreis
Infostand an der B 1
- 14. 5. 1973: Ortsvorstand
- 22. 5. 1973: Kommunalpolitischer Arbeitskreis
- 24. 5. 1973: Jahreshauptversammlung

Außerdem beteiligten sich Mitglieder von CDU und JU an der Vorbereitung und Durchführung des Sommerfestes 72 des (Bürger-)Vereins.

Verteilen von Informations-Material

a) Außerhalb des Wahlkampfes

Juli 72:

2000 Stück: Wir haben die besseren Männer (O)

1000 Stück: Friedenspolitik der CDU (B)

1000 Stück: Vermögenspolitik (B)

August 72:

6000 Stück: JU-aktuell (JU-O)

September 72:

1000 Stück: Zahlen richten (B)

2000 Stück: Rentenreform (B)

1000 Stück: Innere Sicherheit (B)

Januar 73:

200 Stück: Lärmschutzwand 1 (O)

März 73:

200 Stück: Lärmschutzwand 2 (O)

200 Stück: Lärmschutzwand 3 (O)

300 Stück: Zeitungen des JU-Kreisverbandes (JU-K)

April 73:

600 Stück: Neuordnung (Einladung zur Veranstaltung) (JU-O)

5500 Stück: JU-aktuell (JU-O)

Mai 73: (Info-Stand)

1000 Stück: Lärmschutzwand (O)

300 Stück: JU-aktuell (JU-O)

500 Stück: verschiedene Broschüren über Umweltschutz

(Zeichenerklärung: B = Bundesverband, K = Kreisverband, O = Ortsverband)

Anzeigen

Gemeinsame Anzeigen von CDU und JU im Festprogramm des (Bürger-)Vereins zum Sommerfest.

Presseberichte

Die Berichterstattung über unseren OV kann noch verbessert werden. Sie beschränkt sich bisher auf Veranstaltungsankündigungen und Berichte des kommunalpolitischen Arbeitskreises.

Große Berichte erfolgten am:

25. 5. 1972: Jahreshauptversammlung (RN, WAZ)

29. 8. 1972: Lärm an der B 1 (WAZ, RN, WR)

31. 8. 1972: Leserbriefe Lärm (WAZ, RN, WR)

1. 9. 1972: Leserbriefe Lärm (WAZ, RN)

10. 9. 1972: Leserbriefe Lärm (WAZ)

12. 9. 1972: Gegendarstellung zum Leserbrief v. 10. 9. (WAZ)

17. 1. 1973: Lärmschutzwand (WAZ, RN, WR)

21. 2. 1973: CDU-Kritik am Bauausschuß (WAZ, RN)

22. 3. 1973: Kleine Anfrage Brüggemann MdL (WAZ, RN, WR)

6. 4. 1973: Antwort des Autobahnamtes Witten (WAZ, RN, WR)

9. 4. 1973: Lärmschutzaktivität geht weiter (WAZ)

14. 4. 1973: Lärmschutzaktivität geht weiter (RN)

17. 4. 1973: Autolärm (Leserbrief) (WAZ)

4./5. 5. 73: Ankündigung des Info-Standes (WAZ, RN, WR)

7. 5. 1973: Berichte über Info-Stand (WAZ, RN, WR)

11. 5. 1973: Schreiben an Minister Riemer (WAZ, RN, WR)

MITGLIEDER

Stand:

Der CDU-Ortsverband H. umfaßte am 18. Mai 1972 49 Mitglieder. Diese Zahl hat sich zwischenzeitlich auf 70 Personen erhöht.

Mitgliederliste des OV H. Stand 18. Mai 1973 (es folgt namentliche Aufführung aller Mitglieder mit ihren Adressen, wobei Neuaufnahmen besonders gekennzeichnet sind).

Mitgliederstruktur

Die Mitgliederstruktur konnte im zurückliegenden Geschäftsjahr entscheidend verbessert werden. Lag das Durchschnittsalter unserer Mitglieder 1972 noch bei 42,1 Jahren, können wir heute ein Durchschnittsalter von 40,3 verbuchen. Die neuen Mitglieder waren im Schnitt 34 Jahre alt.

(Es folgt eine detaillierte Aufschlüsselung der Mitgliederstruktur für die Jahre 1972 und 1973 nach Altersgruppen, Beruf, Geschlecht, Ehepaare, Konfession und Wohngebieten innerhalb des Ortsverbandes.)

ANHANG

Wahlkampfaktivitäten im Ortsverband
(Okt./Nov. 1972)

a) Autokorso

4. Nov. 13 PKW's + Lautsprecherwagen

11. Nov. 16 PKW's + Lautsprecherwagen

18. Nov. 15 PKW's + Lautsprecherwagen

b) Veranstaltung

Zu der Wahlkampfveranstaltung mit MdB Gerd Springorum am 2. Nov. kamen 26 Personen.

c) Plakataktion

Im Bereich H. wurden zusätzlich zu den städt. Werbeflächen insgesamt 320 Plakate geklebt und gehängt (180 Platten kamen zurück).

d) Briefwahl

Frau (Name, Mitgl. des Ortsvorstandes) war 4 Wochen täglich wegen der Briefwahl unterwegs.

e) Flugblätter

In unserem Ortsteil wurden über 50000 Flugblätter, Broschüren, Zeitungen usw. verteilt (siehe Anlage).

f) Lautsprecherwerbung

Ab 29. 10. fuhr an ca. 10 Tagen ein Lautsprecherwagen durch H.

g) Informationsstände

Nur einmal am 4. 11. 1972 vor der Fußgängerbrücke zum Einkaufszentrum (siehe Anlage).

h) Kaffeetafel

An zwei Tagen fuhren Busse aus unserem Ortsverband zur Kaffeetafel mit insgesamt 90 Personen nach (Name).

i) Abholdienst

Am Wahlsonntag wurde ein Wahlbüro eingerichtet und ein Abholdienst organisiert.

k) Wahlbeisitzer

In allen H. Wahllokalen stellte die CDU 2 Beisitzer.

Kreisverband

l) Wahlkampfkommission

Der Wahlkampfkommission des Kreisverbandes gehörten aus H. an: (3 Vorstandsmitglieder).

m) Ordnerdienste

Mitglieder unseres Ortsverbandes der CDU und JUNGE UNION nahmen an folgenden Großveranstaltungen der CDU als Ordner teil:

Bergisch-Gladbach	Barzel
Dortmund	Großkundgebung
Parkhaus B.	Landesparteitag
Parkhaus B.	Stoltenberg
Parkhaus B.	Helga Wex
Parkhaus B.	Dr. Vogel
OV O. D.	Narjes

Die Organisation der Ordnerdienste auf Kreisebene hatte unser Mitglied (Name, Mitglied des Ortsverbandsvorstandes) übernommen.

n) Wahlspenden

Aus H. konnten dem Kreisverband 44 Wahlspenden mit einem Gesamtwert von DM 1 230,- übergeben werden. Dies entspricht einem durchschnittlichen Spendenwert von DM 28,-.

Anlage zu Wahlkampfaktivitäten, Flugblätter

Info-Stand

200 Stück: Rainer Barzel (B)
200 Stück: Überläufer (B)
250 Stück: Geldentwertung (B)
400 Stück: Zeitungen des JU-Kreisv. (JU-K)
100 Stück: Dialog (B)
400 Stück: SPD - Gescheitert (B)
500 Stück: Regierungsprogramme (B)
300 Stück: Frauenprospekt (K)

2 350 Exemplare

Wurfsendungen

5 500 Stück: JU-aktuell Nr. 3 (JU-O)
500 Stück: Briefwahl (B)
500 Stück: Deutsches Monatsblatt Nr. 1 (B)
400 Stück: Zeitungen „Neues Tempo“ (B)
3 000 Stück: Dokumentationen Wirtschaft (B)
400 Stück: Ostpolitik (B)
500 Stück: Zahlen richten (B)
5 500 Stück: Kandidatenbriefe Springorum MdB (K) (verteilt von einer Firma)
2 000 Stück: Zeitungen „Deutsches Monatsblatt“ Nr. 2 (B)
300 Stück: Rücktritte (B)
4 500 Stück: SPD - Gescheitert (B)
1 700 Stück: Werbebriefe mit Beitrittserklärung (O)
500 Stück: Jungwählerzeitungen der JU (JU-B)
4 500 Stück: Gerd Springorum MdB (K)
500 Stück: Christen entscheiden (K)
500 Stück: Innere Sicherheit (B)

2000 Stück: Argumente (Renten) (O)
 150 Stück: Frau und Politik (B)
 4000 Stück: Rentengesetz (B)
 300 Stück: Für einen fähigen Kanzler (K)
 5500 Stück: JU-aktuell Nr. 4 (JU-O)
 5500 Stück: Regierungsprogramm als Beilage zur Zeitung (B)

49250 Exemplare

(Zeichenerklärung: B = Bundesverband, K = Kreisverband, O = Ortsverband)

Außerdem wurden in der Nacht vom 18. 11. auf den 19. 11. 1972 ca. 1 100 Türanhänger „Heute ist Wahltag“ verteilt.

Die Einsatzbereitschaft bei den Mitgliedern im Wahlkampf war groß. So konnte ein großer Teil des v.g. Materials über einen dafür eingerichteten Verteilerdienst verteilt werden.

WAHLERGEBNISSE IN H.

Wahlberechtigte	1969: 8 520	
	1972:	
Wähler	1969: 7 268 (89,4%)	
	1972: 9 022 (93,5%)	

Stimmabgabe (2. Stimme)	1969		1972	
SPD	4544	63,4%	5982	64,9%
CDU	2103	29,4%	2412	26,7%
FDP	224	3,1%	508	5,6%

Die CDU hat also auf die Wahlen von 1969 in H. 2,7% Stimmen verloren, was dem Landesdurchschnitt in NRW (-2,6%) entspricht. Wir liegen hier in H. besser als der Schnitt im ganzen Kreisverband, der -3,4% beträgt. Im Wahlkreis 118 konnte der CDU-Kandidat (Gerd Springorum MdB) 2,7% mehr Erst- als Zweitstimmen gewinnen, während der SPD-Kandidat gleiche Erst- und Zweitstimmen erhielt.

Die Ergebnisse in den Wahllokalen:

(Es folgt gesonderte Aufstellung des CDU-Stimmenanteils in den 9 Wahllokalen im Bereich des Ortsverbandes.)

Die Wahlbezirke waren gegenüber der letzten Bundestagswahl 69 so sehr verändert, daß ein Vergleich untereinander nicht mehr möglich war.

5.6. Kommunalpolitischer Arbeitskreis der CDU und JUNGEN UNION in B.-H.

Postanschrift: (Name und Anschrift des CDU-Ortsvorsitzenden)

An die
 CDU-Fraktion
 z. Hd. Herrn (Fraktionsvors.)

Verteiler: CDU- und JU-Kreisvorstand, an alle CDU- und JU-Ortsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen

Nur für den internen Gebrauch!

Betreff:

B 1 - Lärm - Initiative der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr P.!
 Liebe Parteifreunde!

Mit Enttäuschung haben die Mitglieder unseres Kommunalpolitischen Arbeitskreises am Freitag die Nachricht aus der Presse aufgenommen, daß die SPD-Fraktion in Sachen B 1-Lärm eine Entschließung in den B. Rat eingebracht hat. Eine Aktion, für die unsere Mitglieder über 1 Jahr gearbeitet haben und von der wir annahmen, daß diese fest in unserer Hand sei, ist somit binnen eines Tages an unseren politischen Gegner gefallen.

Für uns bleibt die bittere Erkenntnis, daß die Lärmschutzwand für die geplagten Bürger zwar nähergerückt ist, daß aber trotz immensem Aufwand von Geld und Zeit unserer Mitglieder der Lärm von der SPD errungen wurde. Wieder einmal hat die CDU die Drecksarbeit geleistet und die SPD den politischen Profit eingeheimst.

Es ist uns unverständlich, daß die Fraktion der CDU sich so überfahren läßt, zumal wir Sie mit Datum vom 25. August 1972 angeschrieben und um haargenau die gleiche Initiative bitten, die am Donnerstag von der SPD gezeigt wurde. Wir zitieren aus unserem Schreiben:

„Obwohl der Einfluß der B. Stadtverordnetenversammlung in dieser Angelegenheit nur gering ist, hoffen wir doch, Ihre volle Unterstützung zu haben, um unsere Forderung in den Gesundheitsausschuß einbringen zu können. Vielleicht könnte man hierzu eine Anfrage in die Stadtverordnetenversammlung einbringen und die Forderung seitens der Stadt B. unterstützen.“

Wäre diesem Wunsch damals entsprochen worden, sähe die Wirklichkeit heute anders aus. Die SPD hätte zustimmen können, wobei der politische Erfolg auf unserer Seite lag, sie hätte aber auch opponieren können, wobei ihr dann für immer die Hände gebunden wären und wir sie leicht zum Buhmann hätten stempeln können. Die CDU säße heute noch am längeren Hebel. Diese Chance ist vertan.

Sprach man damals verschiedene Fraktionsmitglieder auf unseren Wunsch an, so wurde uns lakonisch geantwortet: „Da sind wir nicht zuständig, und die Stadt hat kein Geld, um selbst aktiv zu werden.“

Genau diese Argumentation halten wir für falsch, und wir fordern Sie auf, machen Sie sich endlich von dieser Denkweise frei.

Besinnen Sie sich auf Ihre Machtposition, die Sie als zweitstärkste Fraktion im B. Rathaus besitzen. Es kann und darf nicht unsere Aufgabe sein, als Opposition für jede Forderung gleich die Mittel zur Verfügung zu stellen. Die politische Praxis der letzten Jahre beweist ohnehin, daß im Endeffekt immer Geld vorhanden war. Sei es als Beispiel der Husemannplatz, das Planetarium und die Ruhlandhalle aus der Vergangenheit oder aus der Gegenwart die halbe Million für die Tribüne des Stadions. Sämtliche Projekte sind unverrückbar mit dem Namen der SPD verbunden.

Die CDU-Fraktion muß ihre Oppositionsrolle neu überdenken. Wir müssen aktiver sein als die SPD und die politischen Themen für unsere Stadt bestimmen. Nur so können wir den dauernden Verlust der Wählerstimmen stoppen.

Unser Angebot zur Mitarbeit und Mithilfe bleibt weiter bestehen. Wir H. werden in Sachen B 1-Lärm nicht resignieren, sondern versuchen zu retten, was zu retten ist. Hierbei bitten wir Sie nochmals um Ihre Unterstützung und schlagen konkret vor:

1. Nach dem abschlägigen Bescheid der Landesregierung - mit anderem ist nicht zu rechnen - sofortiger Antrag der CDU-Fraktion, eine Lärmschutzwand mit städtischen Mitteln zu erstellen.

Zumindest die FDP-Fraktion wäre, nach den Äußerungen des Abgeordneten (Name) in der letzten Sitzung, zur Unterstützung gezwungen.

2. Antrag der CDU-Fraktion *im Rat* zwecks Überprüfung der gesundheitsschädlichen Einflüsse der Abgase durch das Gesundheitsamt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: (Name)

Vors. der JU-H.

gez.: (Name)

Vors. der CDU-H.
u. Arbeitskreisleiter

5.7. Ortsverband H.

Rundschreiben an alle Mitglieder der CDU und Jungen Union H.

B. 27. März 1974

Betreff:

Öffentliche Sitzung der CDU-Fraktion
Zeitung JU-aktuell
Arbeitskreissitzung

Liebe Parteifreunde!

Liebe Freunde der Jungen Union!

Seit 2 Jahren betreiben wir in unserem Ortsverband verstärkt eine aktive Kommunalpolitik. Viele rasche Erfolge konnten wir erringen, viel Probleme wurden bisher nur aufgegriffen, ohne daß sie gelöst werden konnten. Ohne Übertreibung kann man heute schon sagen, wir kommen mit unserer Politik draußen beim Bürger an, und es gelingt immer wieder, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit das Interesse auf unsere Arbeit zu lenken. Viele unserer Mitglieder haben hierbei in der Vergangenheit aktiv geholfen.

Gerade deshalb bin ich froh, Ihnen mitteilen zu können, daß ein alter und von uns lang gehegter Wunsch endlich in Erfüllung geht:

Die CDU-Fraktion beabsichtigt im April in H. eine „Öffentliche Fraktionssitzung“ durchzuführen. Ein genauer Termin steht bisher noch nicht fest, alles deutet aber auf den 22. April hin, und ich bitte Sie, diesen Tag vorsorglich freizuhalten.

Die Versammlung findet auf jeden Fall um 19 Uhr im Saal der (Name) statt.

Die Chancen, die uns diese Fraktionssitzung bietet, sind groß. Bei einer großen Beteiligung (bei je etwa 80 Mitgliedern der CDU und JU sollte dies nicht schwierig sein) können wir mit einem umfangreichen Presseecho rechnen.

Jedes Mitglied sollte darüber hinaus bestrebt sein, Nachbarn, Freunde und Bekannte zum Besuch dieser Veranstaltung zu bewegen.

Die Veranstaltung, bei der alle 20 CDU-Stadtverordneten anwesend sein werden, ist wie keine andere geeignet, den Bürgern unsere Politik weiter zu verdeutlichen, und besitzt darüber hinaus auch noch eine große Werbewirkung.

Es muß also unser Bestreben sein, den Saal „gerammelt voll“ zu bekommen. Benutzen Sie als Argumentationshilfen die Artikel in unserer Zeitung „JU-aktuell“ und sprechen Sie auch direkt unsere in der Zeitung aufgegriffenen Aktivitäten an.

Vorher muß die Zeitung jedoch verteilt werden, und hier habe ich eine dringliche Bitte an Sie alle. Wenn es Ihnen eben möglich ist, helfen Sie uns beim Verteilen. Bisher haben dies immer die gleichen

wenigen Leute gemacht, die langsam, aber sicher die Lust an dieser Tätigkeit verlieren. Doch das Verteilen der Zeitungen ist mindestens ebenso wichtig wie das Schreiben der Artikel. Wir können 1 Jahr vor wichtigen Landtags- und Kommunalwahlen nicht schlappmachen. Die Lasten müssen aber auf viele Schultern verteilt werden, und es sollte für jedes Mitglied selbstverständlich sein, da zu helfen, wo es ihm möglich ist.

Wir treffen uns zum Verteilen am Freitag, 29. März, ab 17.30 Uhr, bei mir zu Hause (Name). Auch zu einer späteren Uhrzeit ist eine Beteiligung möglich. Für alle Eingeweihten: Die Zeitungen brauchen *nicht* mehr gefaltet zu werden, wir bekommen sie jetzt fertig von der Druckerei.

Zum dritten darf ich Sie auf eine Sitzung unseres gemeinsamen Kommunalpolitischen Arbeitskreises aufmerksam machen und Sie hierzu herzlich einladen.

Wir tagen am: 4. April um 20 Uhr im (Name).

5.8. CDU-Ortsverband B.-Q.
Jahresbericht 1973

Entgegen manchen Erwartungen resignierte nach dem für die CDU enttäuschenden Wahlausgang am 29. 11. 1972 in unserem Ortsverband niemand. Im Gegenteil!

Zunächst entwickelte sich die Zahl der Mitglieder erfreulich. Von 44 Mitgliedern am 1. 2. 1972 ist der Ortsverband über 54 Mitglieder am 31. 8. 1972 und 73 Mitglieder am 1. 2. 1973 auf 77 Mitglieder am 20. d. M. angewachsen, d. h. in 2 Jahren konnte der Mitgliederbestand um fast 80% gesteigert werden. 5 Abgängen in 1973 (1 durch Tod, 3 durch Umzug und 1 durch Austritt) standen in 1973 9 Neuzugänge gegenüber, wobei besonders zu beachten ist, daß der stärkste Mitgliederzuwachs mit ca. 50% gerade nach der Wahlniederlage zu verzeichnen war, – eine sicherlich erfreuliche Feststellung. Trotzdem sei bereits an dieser Stelle gesagt, daß diese Zahlen noch lange nicht zur Selbstzufriedenheit Veranlassung geben sollten. Gerade die jetzige politische und wirtschaftliche Situation in unserem Lande muß Veranlassung sein, noch viel mehr Mitglieder aus allen Kreisen der Bevölkerung gerade hier im Q. Raum zum Eintritt und zur Mitarbeit in unserer Partei zu gewinnen.

Als ein weiteres, für die Q. CDU besonders erfreuliches Ereignis des abgelaufenen Jahres darf die am 1. April 1973 erfolgte Berufung des Ortsverband-Vorsitzenden zum Stadtverordneten bezeichnet werden. Die Q. Belange kann unser Stadtverordneter besonders in der parlamentarischen Arbeitsgruppe Q. vertreten, in die er nach seiner Wahl eintrat. Aber auch in anderen wichtigen Parlamentsausschüssen wurde seine Mitarbeit gewünscht, und zwar im Ausschuß für Verkehrs- und Wirtschaftsförderung, Grundstücksausschuß, Steuer- und Gebührenausschuß, jeweils als ordentliches Mitglied, dazu noch als stellvertretendes Mitglied im Bauausschuß, Ausschuß für öffentliche Einrichtungen der Stadt B. und Umweltausschuß. Somit ist endlich eine infolge unglücklicher Umstände 1969 nicht erfüllte, bereits aber zugesagte Forderung unseres Ortsverbandes verwirklicht worden.

Nun zur eigentlichen politischen Arbeit des Ortsverbandes selbst:

Neben den Mitgliederversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen spielte sich das Ortsverbandsleben besonders im 1. Halbjahr in den noch Ende 1972 gebildeten 4 Arbeitskreisen ab:

1. Gesellschaftspolitik
 2. Medienpolitik
 3. Kommunalpolitik
 4. Europäische Ordnung und Außenpolitik
- (jeweils mit namentlicher Nennung des AK-Vorsitzenden)

Nach außen hin am wirksamsten darf wohl der Arbeitskreis 3, Kommunalpolitik, bezeichnet werden, der sich auf Vorschlag von Herrn (Name, Vorstandsmitglied) mit dem Thema „Bezirksausschüsse“ befaßte.

Herrn (Name) insbesondere ist es zu danken, wenn wir dieses Thema zum Gegenstand einer Sitzung des Kreisparteiausschusses machen konnten. Leider konnten wir unsere Vorstellungen nur in sehr verwässerter Form durchsetzen, obgleich alle Anstrengungen gemacht worden waren, bei den anderen Ortsverbänden Unterstützung zu finden. In einer leidenschaftlich geführten Diskussion konnte unser Antrag in stark abgewandelter Form schließlich gebilligt werden. Gerade im Hinblick auf die bevorstehende Gebietsreform ist diese Verwässerung unseres Antrags sehr zu bedauern. Bei der Behandlung dieses unseres Antrages auf der Sitzung des Kreisparteiausschusses hat sich für die Erstellung der Kompromißformel unser Mitglied (Name), der am 24. 3. 1973 auf unseren Vorschlag hin zum Kreisvorstandsmitglied gewählt worden war, besonders eingesetzt, wofür ihm an dieser Stelle unser herzlicher Dank gebührt. Die Wahl von (Name) in den Kreisvorstand dürfte übrigens ebenfalls für unseren Ortsverband positiv zu bewerten sein.

Im Laufe des Jahres wurden mehrere Anträge in unseren Versammlungen diskutiert und zur Weitergabe an den Kreisvorstand oder andere Parteigremien verabschiedet:

1. Einsetzung eines Ausschusses für Gastarbeiterprobleme beim Rat der Stadt B.
2. Eine Anfrage betreffs Zusammenarbeit mit der JU an den Landesverband Westfalen-Lippe
3. Anfrage betreffs Rahmenrichtlinien für den politischen Unterricht
4. Anfrage an das Präsidium und den Generalsekretär der CDU betr. Selbstdarstellung der CDU in der Öffentlichkeit
5. Beschwerden gegen Verlegung des außerordentlichen Kreisparteitages vom Herbst 1973 auf Januar 1974 und Antrag auf sofortiges Einberufen eines solchen
6. Vorarbeiten für eine kommunalpolitische Umfrage in Q.
7. Antrag an Kreisverband auf 4mal jährliche Einberufung des Kreisparteiausschusses, verbesserte Zusammenarbeit des Kreisvorstandes mit Ortsverbands-Vorsitzenden, Gründung eines eigenen Informationsblattes zur besseren Selbstdarstellung der B. CDU in der Bevölkerung

Diese Anfragen wurden zwar von den Empfängern beantwortet, doch teilweise noch sehr ungenügend. Die Behandlung einiger Anfragen steht noch aus.

Öffentliche Veranstaltungen behandelten folgende Themenkreise:

7. 5. 1973: (Name, OV-Mitglied, Mitgl. des Kreisvorstandes)
„Der SPD-Parteitag im Spiegel der Presse“
17. 10. 1973: (Name, Mitgl. des Ortsverbandes)
„Reise durch die Volksrepublik Polen“ mit Lichtbildern
13. 11. 1973: (Name)
„Fragen zur Mitbestimmung und Vermögensbildung“
30. 11. 1973: Zusammen mit Kreisverband Prof. Dr. Carstens
„Lage der CDU nach dem Bundesparteitag in Hamburg“
12. 12. 1973: (Name, Mitgl. des Ortsverbandes)
„Rahmenrichtlinien für den politischen Unterricht“

Durch Herrn (Name, Mitgl. des Ortsverbandsvorstandes) waren wir dankenswerterweise außerdem sehr aktiv am (Stadtteil)-fest beteiligt, wobei unser Ortsverband für die Tombola ein Fahrrad als Hauptpreis stiftete.

Die übrigen, Anfang des Jahres 1973 geplanten Veranstaltungen mit prominenten Rednern konnten leider nicht verwirklicht werden.

Unser Stadtverordneter hielt versuchsweise einmal monatlich in den Stadtteilen S. und H. einen kommunalpolitischen Frühschoppen Sonntag morgens ab, der zwar zunächst nicht stark besucht wurde – von den eigenen Mitgliedern kaum –, so bot er doch Gelegenheit zu Kontakten mit der Bevölkerung, um deren besondere Anliegen kennenzulernen. Dabei ging es insbesondere um Straßen- und Verkehrsprobleme, Mietprobleme, Kinderspielplätze, Anliegen von Vereinen (Sportvereinen und dgl.) und der Alt-Q. Gewerbetreibenden. Dadurch ergaben sich entsprechende Anfragen des

Stadtverordneten im Parlament und seinen Ausschüssen, die auch von der Presse fast immer gebührend gewürdigt wurden, wenn auch nicht alles zur Zufriedenheit von der Verwaltung zur Erledigung kam. Es ist zu überlegen, ob diese Einrichtung des kommunalpolitischen Frühschoppens Sonntag morgens vielleicht doch beibehalten werden sollte.

Im Jahre 1973 führten wir an Veranstaltungen durch:

- 3 Vorstandssitzungen
 - 13 Mitgliederversammlungen
 - 15 Arbeitskreissitzungen
 - 5 Öffentliche Versammlungen
 - 6 kommunalpolitische Frühschoppen
- insgesamt also 42 Veranstaltungen.

Somit darf wohl mit besonderer Berechtigung gesagt werden, daß unser Ortsverband im abgelaufenen Jahr eine äußerst rege politische Tätigkeit entfaltete. Allen daran beteiligt gewesenen Parteifreunden – es waren in der Mehrzahl immer die gleichen – gebührt unser ganz besonderer Dank.

Daß nicht alles, was begonnen wurde, auch zur Durchführung und Verabschiedung kam, ist nur natürlich. Hierbei sei nur an die Vorschläge zur Überarbeitung der Kreissatzung gedacht oder auch an die von (Name, Mitgl. des Ortsvorstandes) begonnene Ausarbeitung von Vorschlägen zur Reform der Bundespartei sowie die kommunalpolitische Umfrage in Q., um nur einiges zu nennen.

Fazit aus alledem für die weitere Arbeit: Fortführung der öffentlichen Veranstaltungen mit Themen, die alle die Bürger unseres Ortsteiles interessieren. Sie müssen das Gefühl haben, daß unser Ortsverband sich um sie bemüht und versucht zu ergründen, wo jeder der Schuh drückt. Wir müssen uns also noch viel deutlicher bemerkbar machen als bisher – in welcher Form, müssen wir überlegen. – Ansätze dazu wurden in der Mitgliederversammlung vom 11. 9. 1973 gemacht durch die beabsichtigte Bildung eines Planungsstabes unter (Name, Mitglied des Ortsverbandes). Dazu müßte natürlich auch, wie von uns bereits beantragt, eine bessere Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand kommen. Bereits jetzt müssen diese Arbeiten anlaufen im Hinblick auf die nächsten Landtags- und Kommunalwahlen im Mai 1975. Auch hier in Q. müssen wir uns als echte Alternative zur jetzigen Regierungskoalition in Bonn darstellen. Nur dann kann die verhängnisvolle politische und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande angehalten werden, und das ist unbedingt lebenswichtig für unsere jetzige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung; denn Sozialismus östlicher Prägung, in welchen Formen auch immer, kann und darf unsere freiheitliche, sozialverpflichtete Marktwirtschaft und Gesellschaftsordnung niemals ersetzen.

Wir allein können solche Vorstellungen nicht verwirklichen. Wir müssen Mitstreiter haben, die sich auch persönlich engagieren – mehr und mehr –, so muß unser Ziel sein, diese Mitstreiter hier in Q. zu gewinnen. Wir müssen uns überzeugend darstellen, die Lethargie des einzelnen Mitbürgers müssen wir überwinden. Wenn wir mit noch nicht 15 Freunden bei Gründung des Ortsverbandes die Arbeit aufgenommen haben und heute über 5mal so viele sind, müßten wir bis Anfang des kommenden Jahres bei der immer noch wachsenden Bevölkerung unseres Ortsteiles wenigstens nochmal so viele neue Freunde hinzugewinnen.

Das ist der Auftrag von uns allen. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, daß wir eine Volkspartei der Mitte sind, die alle Bevölkerungselemente enthalten muß: Arbeitnehmer, Unternehmer, Akademiker, Beamte, Studenten, Auszubildende und nicht zuletzt auch die Frauen. Sprechen wir alle an in ihrer Sprache; sie alle wollen und sollen auch mündige Bürger sein.

Wenn wir das bedenken – hier an der Basis beginnen – müßten wir schaffen, was wir uns vorgenommen haben, nicht zur Erfüllung ehrgeiziger Vorstellungen einiger weniger, sondern in selbstloser, schwerer Arbeit für unsere Partei, für unseren Staat und seine Bürger.

B., den 20. 1. 1974

CDU Ortsverbandsvorsitzender
(Unterschrift)

5.9. An die Mitglieder des
Ortsverbandes B.-Q. der Christlich-Demokratischen Union

Sehr geehrte Parteifreunde!

Die Mitglieder-Versammlung hat im Herbst eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Planungsarbeit für unseren Ortsverband leisten sollte und Modelle für eine zeitgemäße und situationsgerechte Arbeit unserer Partei erarbeiten wollte. Diese Arbeitsgruppe ist einmal zusammengetreten. Bei dieser Gelegenheit hat Herr (Name, Mitgl. des Kreisvorstandes) mitgeteilt, daß er gemäß unseren Vorstellungen im Kreisvorstand die Einrichtung eines „Planungsstabes“ vorgeschlagen habe. Über diesen Vorschlag sollte der Kreisparteitag im Januar 1974 entscheiden.

Um (Name) hinsichtlich seines Vorschlages zu unterstützen, möchte ich anregen, dem Kreisparteitag einen entsprechenden Antrag vorzulegen.

Bei weiteren Gesprächskontakten zwischen Angehörigen der Arbeitsgruppe hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß nach Wegfall des Auftrages, Modelle für die Arbeit anderer CDU-Gremien zu entwickeln, die weitere Planungsarbeit für den Ortsverband Q. von einem „team-likes“ Ortsvorstand, dessen Arbeit durch einen nach Zuständigkeit und Verantwortlichkeit bestimmten Mitarbeiterstab unterstützt wird, geleistet und in Aktionen in die Öffentlichkeit umgesetzt werden kann.

Dazu haben die Mitglieder (3 Namen) ein Konzept entwickelt, das mit den anderen aus der Arbeitsgruppe (2 weitere Mitglieder des Ortsverbandes, darunter das Kreisvorstandsmitglied) abgestimmt worden ist. Es sieht vor:

A) Einen fünfköpfigen Vorstand der Gleichberechtigten, dem

1. das amtierende Ratsmitglied bzw. der Kandidat zur Kommunalwahl als Repräsentant der CDU Q. in der Öffentlichkeit mit der Zuständigkeit für Kommunalpolitik angehören sollte;
2. ein Geschäftsführender Vorsitzender, der die gesamte Arbeit koordiniert, die innerparteilichen Pflichten eines Vorsitzenden wahrnimmt und für Publikationen verantwortlich zeichnet;
3. ein Schriftführer, der für das Protokoll, die Abwicklung von Versammlungen, den Schriftverkehr sowie das Mitglieds- und Beitragswesen verantwortlich ist;
4. ein Schatzmeister, dem es obliegt, die notwendigen Aktionen der CDU von der finanziellen Seite her abzusichern;
5. ein Vorstandsmitglied, das Kontaktpflege (Verbände, Räte, Kirchengemeinden, Presse etc.) betreibt.

B) Zuständigkeit in regionaler Aufteilung
(es werden vier Ortsbezirke benannt)

Die für diese Sektionen zuständigen Mitarbeiter des Vorstandes, die ihrerseits sich mit Teams umgeben und bei Auftritten der CDU in ihrem regionalen Bereich herausgestellt werden sollen, wären sinnvollerweise von der Mitglieder-Versammlung zu wählen, nicht zuletzt, weil ihre Arbeit in Permanenz stattfindet.

C) Zuständigkeiten für Zielgruppen

10. Jungwähler
11. Studenten
12. Frauen
13. Ausländer
14. Arbeitnehmer
15. Beamte
16. Freiberufler

17. Leitende Angestellte
18. Gewerblicher Mittelstand
19. Ältere Generationen

Für diese Zielgruppen sollte die Mitglieder-Versammlung jeweils ein Mitglied verantwortlich machen. Der Vorstand sollte das jeweils zuständige Mitglied zu Arbeiten im Zusammenhang mit Zielgruppen heranziehen. Bei Ausscheiden eines Verantwortlichen könnte der Vorstand während der Wahlperiode Ersatz allein bestimmen. Auch hier sollten Arbeitsgruppen eingerichtet werden.

D) Organisationsleiter für Wahlkämpfe

20. Würde vom Vorstand eingesetzt

E) Arbeitsgruppen zu bestimmten Sachproblemen

Sie sollten möglichst unter dem Vorsitz der Verantwortlichen zu 6. bis 20. gebildet werden.

Dieses Konzept wird vorgeschlagen, um eine möglichst breitgefächerte Selbstdarstellung der CDU-Q. zu gewährleisten. Durch die Beteiligung vieler an der Arbeit sollen Überlastungen künftig ausgeschlossen werden. Der Vorstand soll mit straffer Hand die Arbeit leiten.

Es geht ferner darum, die wenig effektive und zeitraubende Beschäftigung mit dem Ortsverband selbst auf das Notwendigste zu beschränken. Die Terminplanung soll langfristig sein. Vorstand und Mitarbeiter sollen monatlich einmal zusammentreffen. Dazwischen sollen *wirklich* öffentliche Veranstaltungen stattfinden.

5.10. Antrag des OV Q. an den Kreisvorstand

Auf der letzten Mitgliederversammlung des Ortsverbandes der CDU B.-Q. am 9. 10. 1973 wurde mit Mehrheit folgender Antrag zur Weiterleitung an den Kreisvorstand gefaßt:

Gegen die eigenmächtige und satzungswidrige Terminierung des vom o. Kreisparteitag im März 1973 beschlossenen a. o. Kreisparteitages im Herbst 1973 (durch fristgebundene Anträge zum Landes- und Bundesparteitag folglich bis Ende Oktober abzuhalten), drückt der Ortsverband B.-Q. dem Kreisvorstand sein auferordentliches Befremden aus!

Um die innerparteiliche Rechtssicherheit wieder herzustellen und die Vertretung der Mitgliedschaft als das höchste Organ in ihr satzungsgemäßes Recht zu versetzen, wird beantragt, den a. o. Parteitag sofort einzuberufen, und zwar mit dem Hauptpunkt:

„Aktivierung der Parteiarbeit der CDU B., insbesondere im Hinblick auf die nächsten Wahlen“

CDU-Ortsverband B.-Q.

Der Vorstand

(Unterschrift des Vorsitzenden)

5.11. Ortsverband G./H.

Geschäftsbericht

Der vorliegende Geschäftsbericht umfaßt den Zeitraum vom

10. März 1972 bis zum 10. Januar 1974

Die herausragenden politischen Ereignisse in diesem Zeitraum waren:

Die Union setzte ihr besseres Konzept in der vorgezogenen Rentenanpassung durch. Millionen Rentner konnten aufatmen.

Bundestagswahl 1972! 45% der Wähler bekundeten den Unionsparteien ihr Vertrauen. Das Ziel der Union, eine Mehrheit für eine bessere Regierung zu gewinnen, wurde nicht erreicht.

Rücktritt Rainer Barzels als Partei- und Fraktionsvorsitzender.

Die CDU wählt auf ihrem Sonderparteitag am 12. März 1973 einen neuen Bundesvorstand. Die Delegierten wählten Dr. Helmut Kohl zum neuen Parteivorsitzenden, Prof. Kurt Biedenkopf wird Generalsekretär.

22. Bundesparteitag vom 18. bis 20. November 1973 in Hamburg.

Soziales Baubodenrecht, Vermögensbildung durch Beteiligung am Gewinn, berufliche Bildung und insbesondere die Mitbestimmung waren zentrale Punkte dieses Parteitages.

In der Mitbestimmungsfrage stimmte die überwältigende Mehrheit für eine grundlegende Reform unseres Unternehmensrechts. Die Zwischenlösung sieht im Aufsichtsrat eine gleiche Anzahl von Vertretern der Arbeitnehmer und Anteilseigner vor.

30. November 1973 Prof. Carstens in B.

1. Die letzte ordentliche HAUPTVERSAMMLUNG

fand am 10. März 1972 statt. In den Ortsverbandsvorstand wurden gewählt:

(es folgt namentliche Aufführung)

des Vorsitzenden,
der zwei stellv. Vorsitzenden,
des Kassierers,
des stellv. Kassierers,
des Schriftführers,
des stellv. Schriftführers,
der Kassenprüfer
sowie der 6 Beisitzer.

Als Delegierte wurden gewählt:

(es folgt namentliche Nennung der Delegierten und Ersatzdelegierten zu Kreisparteitag und -auschuß)

2. MITGLIEDERBEWEGUNG

a) Mitgliederstand:	31. 12. 1971	31. 12. 1972	31. 12. 1973
	114	124	131

3. ORTSVERBANDSARBEIT

a) Kommunalpolitik

Kurzbericht über die Tätigkeit des Kommunalpolitischen Arbeitskreises der CDU G./H. – Verantwortlich (Name, stellv. Ortsverbandsvorsitzender)

1. Einrichtung von Parkstreifen (Name)str.

Antrag vom 22. 2. 1972

Dem Antrag wurde stattgegeben.

2. Installierung einer Ampelanlage (Name)

Antrag vom 20. 2. 1973

Die Ampel wurde inzwischen installiert.

3. Begrünung einer Brachfläche im Bereich (Name)str.

Antrag vom 21. 6. 1973

Begrünung ist erfolgt, Bänke wurden aufgestellt.

4. Beseitigung einer wilden Kippe im Bereich (Name)str.

Antrag vom 22. 6. 1973

Weiterem Abkippen wurde von seiten der Stadt B. Einhalt geboten.

5. Auswechseln der Stoppschilder (Name)

Antrag vom 9. 7. 1973

Stadt B. sagt Ampelerweiterung zu. Wird jetzt erstellt.

6. Asphaltierung noch vorhandener Pflasterstraßen in G./H.

Antrag vom 4. 10. 1973

Stadt B. sagt für Teilstücke zu. Fall ist noch in Bearbeitung.

7. Erhaltung und Ausbau des Fernwärmenetzes des Eschweiler Bergwerk-Vereins

Antrag vom 17. 10. 1973

Stadtwerke sagen nach Verhandlung mit Vertretern des Arbeitskreises zinsloses Darlehn für die Umstellung zu. In einer einberufenen Versammlung wurde eine Interessengemeinschaft gegründet.

8. Anbringung eines Postkastens im Bereich (Name)

Antrag an Hauptpostamt B. am 13. 11. 1973

Fall ist noch in Bearbeitung.

9. Errichtung Jugendheim in G.

Antrag an Fraktion am 19. 9. 1973

Fall wird in den Ausschüssen beraten.

10. Sportplatzanlage H.

Antrag vom 28. 9. 1973

Angelegenheit wird Anfang Januar 1974 im Sportausschuß beraten.

11. Ausbau des (Nennung einer Reihe von Straßen- und Verkehrsproblemen)

Anfrage und Antrag am 18. 12. 1973 an das Straßenverkehrsamt gerichtet

Fall ist in Bearbeitung.

12. Auf Drängen des Arbeitskreises werden Mittel aus dem Nachtragshaushalt für die Befestigung der Bürgersteige im Bereich (Name) bereitgestellt.

Mündliche Verhandlung und Besprechung mit Stadtverordneten.

13. Schulzentrum G. als Ganztagschule einrichten.

Mensa im 1. Bauabschnitt mit fertigstellen.

(Begründung: Im Einzugsbereich der Schule wohnen in der Hauptsache Arbeitnehmerkinder, denen in der Regel nur die unterschiedslose und vom Elternhaus unabhängige Förderung durch eine Ganztagschule gleiche Bildungschancen einräumt.)

Antrag an die Ratsfraktion der CDU im September 1973.

Fall ist in Bearbeitung.

b) Veranstaltungen

16. 5. 1972: „Politik der Stunde“, Kreisvorsitzender, mit Jubilarfeier für 25 Jahre CDU der Mitglieder

8. 6. 1972: „Frauen in der Politischen Verantwortung“, Ref. (Vors. und stellv. Vors. der Frauenvereinigung)

24. 8. 1972: „Von der sozialen Demokratie zum Sozialismus“, Ortsverbandsvorsitzender – Mitgliederversammlung

17. 9. 1972: „Bürgerversammlung“
Naherholungsgebiete im B. Norden
28. 9. 1972: „Wird die Inflation von den Frauen geschürt?“, Ref. (Name, Verbraucherverband), Bonn
15. 10. 1972: MdB Springorum zu aktuellen bundespolitischen Fragen für Vereine im Bereich H.
23. 10. 1972: Mitarbeiterkonferenz
„Bundestagswahlkampf“
12. 11. 1972: MdB Springorum zu aktuellen bundespolitischen Fragen für Vereine im Bereich G.
28. 11. 1972: „Resümee ohne Trauer“ (Referentename) führt durch die Ereignisse nach dem Bundestagswahlkampf
31. 1. 1973: „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ Ref.: IGBE-Sekretär (Name)
13. 2. 1973: „Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft“, Ref.: (Vors. der Frauenvereinigung)
13. 3. 1973: „Familie im Wandel“ (stellv. Vorsitzende der Frauenvereinigung)
17. 3. 1973: *Wochenendseminar* in Schwerte.
Engagement in der Öffentlichkeit
18. 3. 1973: „Eherechtsreform“, Ref. Dr. Würmeling, Minister a. D.
27. 3. 1973: „Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf“, Ref. Agnes Hürland MdB
9. 4. 1973: Mitarbeiterkonferenz
5. 6. 1973: „Bürger fragen – Politiker antworten“, öffentl. Veranstaltung
16. 8. 1973: „Ist unsere Demokratie in Gefahr?“ Ref. (CDU-Bundestagskandidat), Bonn
27. 9. 1973: Vorstands- und Mitarbeiterkonferenz „Künftige Aufgabenverteilung im OV“
25. 10. 1973: „Berufliche Bildung“, Mitbestimmung mit der JU und CDA
16. 11. 1973: „Fernwärme im Bereich G./H.“
10. 12. 1973: „Veränderung der Einkommen und Vermögen unter der liberalsozialistischen Koalition“, Ref. F. Breidbach MdB, Dr. Zöpel MdL, Gemeinschaftsveranstaltung

4. VORSTANDSWAHL

– Vorschlag des Vorstandes –

(es folgen namentliche Vorschläge des Vorstandes für alle Vorstandsposten)

Wahl der Delegierten

(es folgen namentliche Vorschläge für 8 Delegierte und 3 Ersatzdelegierte zum Kreisparteiabend und 5 Delegierte zum Kreisparteiausschuß)

5. GLÜCKWÜNSCHE AN VEREINE

30. 4. 1972: 25jähriges Kolpingfamilie
9. 5. 1972: 50jähriges Frauen- und Müttergemeinschaft der (Name) Gemeinde
9. 6. 1972: 50jähriges (Fußballverein)
7. 9. 1973: 50jähriges KAB
22. 9. 1973: 10 Jahre Skatclub „Die bösen Buben von H.“
- Zur Amtseinführung von Pastor (Name) in H. wurde ein Glückwunschtelegramm übersandt.

6. FUSSBALL ÜBERREICHT

2. 10. 1973: Beim Meisterschaftsspiel der DJK H.
anlässlich der Einweihung der Sportplatzanlage
10. 10. 1973: anlässlich des Besuches der DJK-Sportjugend in Oer-Erkenschwick

7. BUNDESPOLITISCHE AKTIVITÄTEN

- a) In einem Schreiben an die CDU-Bundestagsfraktion vom 1. 5. 1973 hat der Ortsverband ange-regt, die vermögenswirksamen Leistungen von 624,- DM auf 1248,- DM zu verdoppeln und die Einkommensbegrenzung an die allgemeine Einkommensentwicklung anzugleichen. Durch dieses Gesetz sollte eine wirksamere Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand erreicht werden.
- b) Auf Initiative des Ortsverbandes unternahm Dr. Rainer Barzel am 28. 2. 1973 auf der Schachtanlage Mont-Cenis in Herne eine Grubenfahrt und informierte sich an Ort und Stelle über Probleme des Bergbaus. Die Veranstaltung war gut durchorganisiert und erhielt ein breites positives Presse-echo.

8. VORTRÄGE DES VORSITZENDEN

18. 2. 1973: „Was bedeutet Freiheit“ / Kath. Bergarbeiterverein
17. 4. 1973: „Sollen Mütter mitarbeiten? Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf“ / KAB
20. 5. 1973: „Familienpolitik“ / St. Janarius Niedersprockhövel
- Juni 1973:* „Chancengleichheit in der Schule“ / KAB
8. 5. 1973: „Mitbestimmung“ / KAB
21. 11. 1973: „Generationskonflikt in der Familie“ / St. Josef H.

9. ARBEITSKREIS JUGEND UND FAMILIE

Anträge und Veröffentlichungen:

- a) Wer ist für Brandschutz an den Schulen verantwortlich?
- b) Höheres Kindergeld für Mehrkinderfamilien
- c) Dynamik für Kindergeld
- d) Förderklassen für Aussiedlerkinder

5.12. CDU-Ortsverband G./H.

Neubürgerbrief

Sehr geehrter Mitbürger!

Sie haben in diesen Tagen Ihre neue Wohnung bezogen und sind damit Bürger unseres Stadtteils geworden. Sicherlich haben Sie schon Kontakte mit Ihren Nachbarn aufgenommen, um sich mög-lichst schnell in die neue Umgebung einzuleben. Wir hoffen und wünschen Ihnen, daß Sie sich hier wohlfühlen werden.

Nun wissen wir, daß gerade ein Wohnungswechsel und das dadurch notwendige Einleben in eine neue Umwelt mit vielen kleinen und großen Problemen verbunden ist, die alleine häufig kaum zu bewältigen sind. Dabei möchten wir Ihnen gerne behilflich sein und Ihnen unsere Unterstützung anbieten.

Wenn Sie irgendwelche Schwierigkeiten, vielleicht aber auch Anregungen oder Vorschläge haben, wenden Sie sich bitte an unseren Vorsitzenden (Name und Anschrift). Sie können ihn auch telefo-nisch unter der Nummer ... erreichen!

Bitte scheuen Sie sich nicht, von unserem Angebot Gebrauch zu machen. Wir freuen uns, wenn wir Ihnen helfen können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION

Ortsverband G.-H.

5.13. Austrittsschreiben eines CDU-Mitgliedes

(Name)

(Anschrift)

11. 5. 1974

Herrn (Beruf)

(Fraktionsvorsitzender)

(Anschrift)

Betreff: Jahreshauptversammlung der CDU
Ortsverband H. – am 7. Mai 1974

Sehr geehrter Herr (Name)

Dieses Schreiben ist nicht an Sie als (Beruf), sondern als Fraktionsführer der B. CDU gerichtet. Mein Eindruck von Ihnen nach der CDU-Stadtverordneten-Fraktionssitzung am 22. 4. 1974 in H. war ein guter, wenn ich auch vermuten muß, daß auch die CDU für die 2-malige Straßenreinigung der (Name)-straße wegen OB (Name) gestimmt hat.

In der Annahme, daß Sie nach Lesen meines Briefes ein gerechtes Urteil finden, möchte ich Ihnen vom Verlauf der Jahreshauptversammlung und einiges mehr berichten. Um es vorweg zu sagen, wird mein Schreiben nicht nur sachlich sein; das kann es auch nicht sein nach den skandalösen Vorkommnissen auf der Versammlung.

Gleich zu Beginn der Versammlung war festzustellen, daß sich zwei Lager bilden würden, und je länger die Versammlung dauerte, um so größer wurden die Differenzen, welche während und zum Schluß der Veranstaltung in Lügen, Unterstellungen, Beschimpfungen und Beleidigungen ausarteten. Vom Vorstand des Ortsverbandes wurde ein derart niedriges Niveau eingebracht, wie es nur in schlechten Wohnvierteln üblich ist.

Die Versammlung ist rein undemokratisch und diktatorisch geführt worden. Die Herausstellung von Personen des Vorstandes – welche untereinander eine Personalunion bilden und gute Bekannte sind – sowie die vorherige Stimmungsmache gegen bestimmte Leute, war ekelhaft. Es durften nur diejenigen gewählt werden, welche Herrn (Name, Ortsverbandsvorsitzender) auch garantiert zum Vorsitzenden wählen würden, und so geschah es auch. Als Mitglied der CDU bezog ich auch die JU-aktuell. Wer den Verlauf dieser Zeitung von 1972 bis heute verfolgt, wird feststellen müssen, daß die Person von (Name, Ortsverbandsvorsitzender) mehr und mehr herausgestellt wurde und mit einem Glorienschein versehen war. Es wird den Mitgliedern im Herbst eingepflichtet werden, nur (den Ortsverbandsvorsitzenden) für die nächste Kommunalwahl zu wählen, und darin sehe ich die Gefahr für Ihre Partei, denn ich bin der Meinung, man sollte keine Personen mit doppelten Zungen, sondern Personen mit Erfahrung und Vertrauen wählen, nur ein großes Arbeitspensum für die Partei genügt nicht allein. Als ich (den Ortsverbandsvorsitzenden) vor ca. 1 Jahr in einer Striptease-Bar näher kennenlernte – ich war kurz vorher Mitglied der CDU geworden –, war sein ganzes Bestreben nur eine Beeinflussung für seine Person und eine Herabminderung der Persönlichkeit des (Name, Stadtverordneter). Diese Beeinflussung meinerseits geschah bis kurz vor der Jahreshauptversammlung, u. a. auch durch Anbieten eines Postens. Jedoch bin ich der Meinung, daß man sich nur meines Fachwissens bereichern wollte, das ich aber schon dem (Bürger-)Verein zur Verfügung stelle, um große Planungsfehler und bestehende Mängel zu vermeiden und zu beseitigen. In dieser Beziehung habe ich eine große Verständnisbereitschaft bei (dem Stadtverordneten) gefunden, er hat sich sehr um unsere Probleme auf dem (Ortsteil) gekümmert, meinen Dank dafür hat er öfter erhalten. Im Gegensatz dazu hat sich (der Ortsverbandsvorsitzende) noch nie auf dem (Ortsteil) sehen lassen und kümmert sich auch nicht um unsere Probleme. Mit seinen Artikeln in der JU-aktuell arbeitet er mit der SPD hervorragend zusammen und macht die geleistete Arbeit des Stadtverordneten und des (Bürger-)Vereins kaputt. Ich bin darüber sehr verärgert, denn Entwürfe und Kostenanschläge über bauliche Sachen auf dem (Ortsteil) stammen z. T. von mir. Anstatt SPD-freundliche Artikel zu schreiben, sollte man sich vorher bei (dem Stadtverordneten) und dem (Bürger-)Verein erkundigen,

an schlechtem Informationsfluß von seiten (des Stadtverordneten) kann es nicht liegen, denn er gibt bereitwillig jede Auskunft.

Die direkten Angriffe und die unbedingte Beseitigung des (Stadtverordneten) in der Versammlung von seiten des (Ortsverbandsvorsitzenden) in Form von Lügen und Unterstellungen haben mich dazu veranlaßt, aus der CDU auszutreten; denn ich bin der Meinung, man sollte immer seinen Stadtverordneten unterstützen, ob er nun gut oder schlecht, und nicht aus Machtgelüsten und Postenjagerei jedermann beseitigen.

Freundl. Gruß

(Unterschrift)

6. NICHTREGIONALSTRUKTUREN: VEREINIGUNGEN / ARBEITSKREISE / KOMMISSIONEN

6.1. Schreiben der CDA B. und W. an den CDU-Bundesvorstand (Mitbestimmung)

An den Bundesvorstand der
Christlich-Demokratischen
Union Deutschlands

B., den 15. Okt. 1973

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Kreissozialausschüsse der Kreise B. und W. und die in diesem Bereich aktiv tätigen Betriebsgruppen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft haben mit Bedauern den CDU-Bundesvorstandsvorschlag in der Frage der Mitbestimmung zur Kenntnis genommen.

Wir, die CDA in B. und W., bitten Sie im Interesse unserer Partei, diesen Vorschlag zum Wohle der Arbeitnehmerschaft neu zu überdenken und unseren politischen Gegnern eine arbeitnehmerfreundliche Alternative in dieser so wichtigen gesellschaftspolitischen Frage entgegen zu setzen. Wir, das Fußvolk (Arbeitnehmerschaft) der CDU, bedürfen gerade zum jetzigen Zeitpunkt einer kräftigen Unterstützung unserer Parteispitze. Ohne eine Rückgewinnung der Arbeitnehmerstimmen bei den anstehenden Wahlen werden wir wohl kaum unser gemeinsames Ziel erreichen.

Gerade jetzt gilt es, christlich-soziales Gedankengut in die Betriebe hineinzutragen. Eine für alle verständliche und positive Aussage in der Frage der Mitbestimmung wäre für uns eine erfolgversprechende Ausgangsposition in den Betrieben.

In der Hoffnung, daß möglichst viele von Ihnen für unser berechtigtes Anliegen Verständnis aufbringen, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Für CDA B.
gez. (Name)
Vorsitzender

für CDA W.
gez. (Name)
Vorsitzender

Verteiler: CDA-Bundesvorstand, CDA-Landesvorstand Westfalen, Westfälisches Monatsblatt, Soziale Ordnung

6.2. Austrittsschreiben eines CDU-Mitgliedes

(Name, Stadtverordneter,
Ortsverbandsvorsitzender,
stellv. Vorsitzender der
CDA-Sozialausschüsse)

Kreisvorstand der CDU B.
z. Hd. des Vorsitzenden
Herrn (Name)
(Anschrift)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der CDU.

Nach dem Ergebnis des Hamburger Parteitages ist es für mich zur unumstößlichen Gewißheit geworden, daß die CDU nicht bereit ist, das gesellschaftspolitisch fortschrittliche Programm der CDA zu ihrem eigenen zu machen. Schwergewichtig werden, wie auch in der Vergangenheit, die Interessen anderer Gruppen unserer Gesellschaft vertreten – nicht die der Arbeitnehmer. Aufgrund fast 25jähriger Erfahrung habe ich auch nicht mehr die Hoffnung, daß sich dies jemals ändern wird.

Bei diesem Erkenntnisstand würde ich, als überzeugter Gewerkschaftler, mir selbst untreu werden, wenn ich die bisherige Arbeit in der CDU fortsetzte.

Mit freundlichen Grüßen
(Unterschrift)

6.3. CDA-Sozialausschüsse

Tagungsunterlagen zur Hauptversammlung

am 8. November 1973, um 18.30 Uhr in der Gaststätte (Name), B.

INHALT

1. Tagesordnung
1. Vorschläge zu TO 2
3. Geschäftsbericht
4. Vorschlag zu TO 4
– Vorstandswahl –

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
– Vorsitzender –
2. Wahl:
 - a) der Mandatsprüfungskommission
 - b) eines Versammlungsleiters
– für die Wahl des Vorsitzenden –
 - c) von fünf Wahlhelfern
3. Geschäftsbericht
Aussprache

B., 24. 11. 1973
(Anschrift)

4. Wahl des Vorstandes:

- a) Vorsitzender
- b) 2 gleichberechtigte Stellvertreter
- c) Schriftführer
- d) Stellvertretender Schriftführer
- e) 8 Beisitzer

5. Wahl der Delegierten:

- a) zur Bundestagung, 2 ordentl. und 2 Vertreter
- b) zur Landestagung und Bezirkstagung, 7 ordentl. und 5 Vertreter

6. Verschiedenes

7. Schlußwort des Vorsitzenden

Vorschlag zu TO 2a

(es folgen 3 namentliche Vorschläge)

Vorschlag zu TO 2b

(es wird der CDU-Kreisvorsitzende vorgeschlagen)

Vorschlag zu TO 2c

Vorschläge aus der Versammlung

GESCHÄFTSBERICHT

Der vorliegende Geschäftsbericht umfaßt den Zeitraum vom 25. November 1971 bis zum 1. November 1973.

Die wichtigsten politischen Ereignisse in diesem Zeitraum waren die Betriebsratswahlen 1972 und die Bundestagswahl 1972. Der im letzten Geschäftsbericht erwähnte Aufschwung der CDA B. setzte sich auch in den letzten beiden Jahren fort.

1. Die letzte ordentliche Hauptversammlung

fand am 25. November 1971 in der Gaststätte (Name) statt.

Die Hauptversammlung hatte folgende Schwerpunkte:

- a) Entgegennahme des Geschäftsberichtes 1970/71
- b) Wahl des CDA-Kreisvorstandes
- c) Referat: „Aktuelle Politik aus Nordrhein-Westfalen“,
Referent: CDA-Landesvorsitzender Rudi Nickels

In den CDA-Kreisvorstand wurden gewählt:

(es folgt namentliche Aufführung des)

Vorsitzenden,

zweier stellv. Vorsitzender,

des Schriftführers und

stellv. Schriftführers

sowie von 8 Beisitzern

(schließlich waren 2 Mitglieder der Jungen Arbeitnehmerschaft kooptiert).

Als Delegierte wurden gewählt:

zur Bundestagung

Vertreter zur Landes- und Bezirkstagung

(es folgt namentliche Aufführung der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Bundes- (2), Landes- (3) und Bezirkstagung (3))

2. Arbeit des Kreisvorstandes

Es fanden 11 Kreisvorstandssitzungen statt. Beratungsschwerpunkte waren:

Vorbereitung der Betriebswahlen, Betriebsgruppen- und Gewerkschaftsarbeit, Mitgliederwerbung, Veranstaltungen, Vorbereitung der Kreisparteitage, der Bundestagung und sonstiger Bundeskonferenzen, Bundestagswahl, Organisation im Kreisverband.

3. Mitgliederbewegung

a) Mitgliederstand:

	31.12.70	31.12.71	31.12.72	1.11.73
Mitglieder im Sozialausschuß	109	121	137	168
Mitglieder in den Betriebsgruppen	462	485	528	637
Insgesamt	571	606	665	805

b) Abgänge:

In der Zeit vom 25.11.71 bis zum 1.11.73 sind ausgeschieden durch

Austritt	18 Mitglieder
Tod	5 Mitglieder
Umzug	4 Mitglieder
Insgesamt	27 Mitglieder

c) Verhältnis Männer-Frauen:

Von den Mitgliedern sind

	25.11.71	1.11.73
Männer	93,4%	91,7%
Frauen	6,6%	8,3%
	100 %	100 %

d) Altersstrukturen:

	25.11.71	1.11.73
Jahrgänge bis 1900	2,85%	2,05%
1901 - 1910	5,28%	4,80%
1911 - 1920	15,97%	15,07%
1921 - 1930	30,40%	30,16%
1931 - 1940	28,48%	28,74%
1941 - 1950	13,58%	13,01%
1951 und später	3,44%	6,17%
	100 %	100 %

e) Berufsstruktur:

	25.11.71	1.11.73
Arbeiter	41%	42%
Angestellte	46%	45%
Beamte	4%	4%
Rentner	5%	4%
Schüler/Studenten	4%	5%
	100%	100%

f) CDU-Mitgliedschaft:

Von den Mitgliedern sind

	25.11.71	1.11.73
CDU-Mitglieder	81%	86%
Nichtmitgl. der CDU	19%	14%
	100%	100%

4. Betriebsgruppenarbeit

In den letzten beiden Jahren konnten unsere Betriebsgruppen weiter gut ausgebaut werden. Durch die Aktivität der Betriebsgruppen konnten viele neue Kolleginnen und Kollegen für die CDA und für die CDU gewonnen werden.

Eine neue Betriebsgruppe wurde gegründet. Weitere Ansatzpunkte mit Aussicht auf Erfolg sind vorhanden. Die Betriebsgruppenarbeit muß auch in Zukunft Schwerpunkt Nr. 1 bleiben.

5. Betriebsratswahlen

Trotz der schlechten politischen Lage während der Betriebsratswahl 1972 konnte der Anteil der CDA an den Betriebsratsmandaten nahezu verdoppelt werden. In den Betrieben mit CDA-Betriebsgruppen konnten wir in der Regel ein gutes Ergebnis erzielen.

In der Zeit von November 1971 bis Mai 1972 wurden fast alle Aktivitäten der CDA auf die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen abgestellt. Die Schulung von Betriebsratskandidaten war ein besonderer Schwerpunkt. Dazu waren viele kleine Versammlungen notwendig, da diese Arbeit betriebsnah geleistet werden mußte.

In diesem Zusammenhang ist noch die nordrhein-westfälische Betriebsrätekongress „Auto und Verkehr“ zu erwähnen, die am 29. Januar 1972 mit über 400 Teilnehmern im Parkhaus B. stattfand.

6. Junge Arbeitnehmerschaft

Im Februar 1973 wurde die Junge Arbeitnehmerschaft (JA) B. gegründet. Diese hat zur Zeit etwa 35 Mitglieder. Die Arbeit der JA auf Kreisebene brachte einigen Erfolg. Schwerpunktmäßig beschäftigte sich die JA mit der Reform der beruflichen Bildung, der Ausbildungsförderung, der Mitbestimmung und des Bodenrechtes. Schulungsseminare wurden von der JA überörtlich auf Bezirksebene, örtlich in Zusammenarbeit mit den Betriebsgruppen der CDA durchgeführt.

7. Vertretung der CDA in Parlamenten und Vorständen

Die CDA ist im Bereich des CDU-Kreisverbandes im Durchschnitt mit ca. 50% ihrer aktiven Mitglieder in der Fraktion und in den Vorständen der CDU vertreten.

8. Bildungs- und Schulungsarbeit

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt 14 Wochenendseminare und 3 Studienfahrten nach Berlin des Kreissozialausschusses und der Betriebsgruppen statt. Daran nahmen 518 Kolleginnen und Kollegen teil. 54 Kolleginnen und Kollegen besuchten ein- bzw. zweiwöchige Bildungslehrgänge im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter.

9. Überregionale Tagungen

Die 15. Bundestagung der Sozialausschüsse der CDA fand vom 18. bis 20. Mai 1973 in B. statt. Neben 2 Delegierten war der Sozialausschuß B. mitverantwortlich für die Organisation. So wurden 40 Mitglieder der CDA B. für den Ordnungs- und Abzugsdienst eingesetzt. Der Kreisvorsitzende war Mitglied des Präsidiums.

Schlußbemerkungen

Die erfolgreiche Arbeit der letzten beiden Jahre war nur durch die Mitarbeit vieler Kolleginnen und Kollegen möglich. Diesen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Trotz der Erfolge – die immer nur relativ sind – dürfen wir in unserem Einsatz nicht nachlassen, sondern wir müssen diesen noch verstärken. In unserem Kreisverband gibt es ca. 100000 Arbeitnehmer und ca. 500 Betriebe mit einer Belegschaft von mehr als 50 Personen. Es wartet daher noch viel Arbeit auf uns.

Vorsitzender Sozialsekretär

Vorschlag zu TO 4

Vorsitzender:	(Wiederwahl)
gleichb. Stellvertreter:	(Wiederwahl eines Stellvertreters, Neuwahl des weiteren Stellvertreters)
Schriftführer:	(Wiederwahl)
stellv. Schriftführer:	(Vorschlag eines bisherigen Beisitzers)
Beisitzer:	(6 namentliche Vorschläge, davon drei bisher Beisitzer, 1 kooptiert)

weitere 2 Beisitzer sollen von der Versammlung vorgeschlagen werden.

Von der Jungen Arbeitnehmerschaft sollen die Kollegen (2 namentliche Nennungen) kooptiert werden.

Vom Arbeitskreis berufstätiger Frauen soll die Kollegin (namentliche Nennung) kooptiert werden.

6.4 JUNGE UNION

Geschäftsbericht des Kreisvorstandes für die Jahre 1971–1973

Die Kreisversammlung der JU B. wählte am 8. 6. 71 folgenden *Kreisvorstand*:
(es folgt namentliche Aufführung der Vorstandsmitglieder für folgende Funktionen:

Vorsitzender
Stellvertreter
Schriftführer
Finanzen
Organisation

Presse und Information
Öffentlichkeitsarbeit
Mitgliederbetreuung und -werbung)

Aus diesem Kreisvorstand schieden im ersten Amtsjahr (2 Mitglieder) aus. Die Kreisversammlung wählte am 15. 6. 1972 an ihrer Stelle (2 neue Vorstandsmitglieder für Presse und Mitgliederbetreuung und -werbung) in den Kreisvorstand.

Als *Delegierte zu übergeordneten Gremien* der JUNGEN UNION wurden von dieser Kreisversammlung bestimmt:

(es folgt namentliche Aufführung der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Bezirksversammlung (6), Landesversammlung (3), Landesausschuß (1))

Wegen der in der Zwischenzeit gestiegenen Mitgliederzahl des Kreisverbandes konnte ein Teil der Ersatzdelegierten in allen übergeordneten Gremien bereits als stimmberechtigte Delegierte mitwirken.

Die *Mitgliederzahl* des Kreisverbandes B. konnte im Berichtszeitraum von knapp 200 auf etwa 400 Mitglieder verdoppelt werden, die in acht Ortsverbänden (früher vier) organisiert sind. (Der Mitgliederzuwachs der CDU betrug im gleichen Zeitraum nur etwa 10%). Eine Mitgliederstatistik befindet sich in der Anlage. Der Kreisvorstand stellte sich auf seiner konstituierenden Sitzung folgende *vorrangigen Aufgaben* für seine zweijährige Amtszeit:

1. Klärung und Konsolidierung der Finanzsituation
2. Überarbeitung und Neufassung der Satzung
3. Gründung eines RPJ (Ring Politischer Jugend) in B.
4. Herausgabe einer eigenen Zeitung
5. Verstärkte Vertretung der JU in Partei und Fraktion

Alle gesetzten Aufgaben konnten positiv erledigt werden:

1. Die JU B. verfügt erstmals über einen eigenen frei verfügbaren Etat, der ihr eine kontinuierliche und langfristig konzipierte Arbeit ermöglicht.
2. Die Satzung wurde überarbeitet und in ihrer neuen Fassung am 15. 6. 1972 verabschiedet. Sie liegt gedruckt vor.
3. Nach schwierigen Verhandlungen mit den B. JUSOS und JUDOS kam Ende 1971 die Gründung eines RPJ in B. zustande, der zur Bundestagswahl 1972 gemeinsam mit der Volkshochschule ein großangelegtes und ausgezeichnet besuchtes Jungwählerforum organisiert hat. Die Geschäfte des RPJ werden zur Zeit von der JUNGEN UNION geführt.
4. Seit Anfang 1972 hat der Kreisverband seine Öffentlichkeitsarbeit durch die Herausgabe einer eigenen Zeitung („BO-JU 72“, „BO-JU 73“) wesentlich intensivieren können, deren Auflage mit Jahresbeginn 73 von 5000 auf 10000 Exemplare verdoppelt werden konnte. Die Zeitungen werden an Schulen, Betrieben, in Jugendheimen, bei Jugendverbänden, auf Straßen und teilweise direkt in Briefkästen verteilt.

Der Ortsverband H. gibt weiterhin seine Zeitung „JU-aktuell“ heraus.

5. Die Vertretung der JUNGEN UNION in Partei und Fraktion wurde wesentlich verstärkt: die JU ist in der Fraktion neben den beiden gewählten Stadtverordneten, die wegen Erreichens der Altersgrenze inzwischen aus der JU ausgeschieden sind, mit einem weiteren kooptierten Mitglied (Name) vertreten, dem Kreisvorstand der CDU gehören seit den Neuwahlen am 26. 3. 1973 zwei Mitglieder der JUNGEN UNION (der Kreisvorsitzende und der Finanzreferent) sowie der frühere JU-Kreisvorsitzende (Name) an.

Darüber hinaus stellt die JUNGE UNION über verschiedene CDU-Ortsverbände eine Reihe von Ortsvorstandsmitgliedern und Delegierten zum Kreisparteitag und Kreisparteiausschuß.

In übergeordneten Gremien der JUNGEN UNION ist der Kreisverband B. im Bezirksvorstand, im Ruhrrat, der Delegiertenversammlung NRW sowie beim Deutschlandtag vertreten.

Mit der Gründung einer selbständigen, eng mit der JUNGEN UNION zusammenarbeitenden SCHÜLER-UNION in B. gelang Ende vergangenen Jahres die organisatorische Erfassung einer wichtigen politischen Zielgruppe. Die Schüler-Union verfügt über eine aktive Initiativgruppe, die zur Zeit um die Bildung von Basisgruppen an den B. Schulen bemüht ist.

In Fortsetzung einer bewährten Aufgabenteilung wurde der größte Teil der politischen *Bildungs- und Informationsarbeit* auch in den beiden vergangenen Jahren von den Ortsverbänden geleistet. Der Kreisverband übernahm die Einrichtung von *Arbeitskreisen* zur intensiven Beschäftigung mit wichtigen Sachproblemen, die Durchführung von *Studienfahrten* (1971 London, 1972 Moskau), sowie des jährlichen großen *Sommerballs*.

Eine Aufstellung der vom Kreisverband durchgeführten *Veranstaltungen* findet sich in der Anlage.

Am *Bundestagswahlkampf 1972* hat sich die JUNGE UNION B. mit einem eigenständigen Beitrag beteiligt, der ganz auf die Jungwähler abgestellt war:

- Straßendiskussionen mit eigenem Bus
- Besuch sämtlicher B. Berufs- und Höheren Schulen
- Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen
- Sonderausgabe von „BO-JU 72“ mit einer Auflage von 27000 Exemplaren
- Organisation einer „B. Jungwählerinitiative“, von der sämtliche Erstwähler in B. angeschrieben wurden.

Die *Politische Willensbildung* der B. JU vollzog sich im wesentlichen im Kreisausschuß als dem satzungsmäßig zuständigen Organ, der im Berichtszeitraum elfmal zusammentrat. Wichtige Ergebnisse waren u. a.:

- Abänderungsanträge zum Grundsatzprogramm der JUNGEN UNION als Vorlage für die Deutschlandtage 1972 und 1973
- Resolution zum künftigen Kurs der CDU als Konsequenz einer Wahlanalyse (Diese Resolution wurde inzwischen auch vom Bezirksverband Industriegebiet der JUNGEN UNION übernommen)
- Erarbeitung von Vorschlägen zur verstärkten Beteiligung aller Parteimitglieder bei der Aufstellung von Kandidaten zu Kommunal-, Landes- und Bundesparlamenten
- Vorlage eines Antrages zur konkreten Aufgabenverteilung im Kreisvorstand der CDU für den Kreisparteitag im März 1973
- Resolution zur geplanten Orchesterfusion an die verantwortlichen Kommunalpolitiker der Stadt B.

für den Kreisvorstand
gez. (Name)
(Kreisvorsitzender)

Anlagen zum Geschäftsbericht 1971/73

MITGLIEDERWERBUNG UND BETREUUNG:

Zu Beginn der Amtsperiode im Mai 1971 zählte die JU in B. 192 Mitglieder in 5 Ortsverbänden.

In den vergangenen 2 Jahren schieden insgesamt 19 Mitglieder aus der JU wegen Erreichung der Altersgrenze, Wohnungswechsel usw. aus, 6 davon durch Austritt.

Im Frühjahr d. J. ordnete der Kreisvorstand aufgrund von Neu- und Wiedergründungen einzelner Ortsverbände das B. Stadtgebiet in einzelne Ortsbezirke. Hiernach präsentieren sich heute folgende Ortsverbände:

OV H.	81 Mitglieder
OV M.	70 Mitglieder
OV W./L.	63 Mitglieder
OV L./D.	41 Mitglieder
OV W./E.	29 Mitglieder
OV Q.	26 Mitglieder
OV Ha.	16 Mitglieder
OV S.	15 Mitglieder
Gesamt	341 Mitglieder

Außerdem ist der Kreisvorstand bemüht, 33 Mitglieder in die Bonner Zentralkartei aufnehmen zu lassen, deren Angaben auf der Beitrittserklärung unvollständig waren. Diese Mitglieder werden in den Ortsverbänden geführt, so daß sich am 30. April d. J. ein Mitgliederstand von 374 Personen präsentiert.

MITGLIEDERSTRUKTUR:

a) Alter (bezogen auf 341)

unter 18 Jahren	84 Mitglieder = 24,00%
18-23 Jahre	121 Mitglieder = 35,48%
24-29 Jahre	67 Mitglieder = 20,00%
29-35 Jahre	69 Mitglieder = 20,50%

b) Beruf (bezogen auf 341)

Schüler	121 Mitglieder = 35,48%
Angestellte	70 Mitglieder = 20,53%
Studenten	51 Mitglieder = 14,90%
Arbeiter	51 Mitglieder = 14,90%
Lehrlinge	21 Mitglieder = 6,16%
Beamte	12 Mitglieder = 3,52%
Sonstige	15 Mitglieder = 4,40%

Die angegebene Zahl der Schüler ist mit einem großen Unsicherheitsfaktor verbunden, da viele der Mitglieder, die als Schüler beigetreten sind, heute studieren bzw. berufstätig sind.

c) Konfession (bezogen auf 341)

Katholiken	41%
Protestanten	33%
Andere bzw. nicht ersichtlich	26%

d) Geschlecht (bezogen auf 374)

Frauen	128 Mitglieder = 34,43%
Männer	246 Mitglieder = 65,56%

P.S. Lt. Stand vom 15. Mai 1973 hat sich die Mitgliederzahl um 6 Personen erhöht.

Veranstaltungen der JUNGEN UNION - Kreisverband B.

KREISAUSSCHUSS

- 28. 6. 1971: Diskussion über das Deutschlandmagazin
- 14. 9. 1971: Anträge der JU B. zum Deutschlandtag; Vorlage eines Satzungs- und Geschäftsordnungsentwurfs
- 15. 12. 1971: Bildung des Arbeitskreises für Gesellschafts- und Kommunalpolitik; Herausgabe einer JU-Zeitung

- 8. 3. 1972: JU-Zeitung; Moskaufahrt
- 9. 8. 1972: Bundestagswahlen; Grundsatzprogramm der JU
- 21. 8. 1972: Beratung des Grundsatzprogramms
- 6. 9. 1972: Grundsatzprogramm der JU
- 16. 1. 1973: Wahlergebnis; Erstellung von Resolutionen
- 24./25. 2. 73: Wochenendtagung in L.
Sachanträge zum CDU-Kreisparteitag; Wahlkampfbeitrag der JU B.
- 8. 3. 1973: Anträge der JU zum CDU-Kreisparteitag
- 2. 5. 1973: Anträge zum JU-Deutschlandtag in Herford

VERSAMMLUNGEN auf Kreisebene

- 22./23. 4. 72: Wochenendtagung in S.
Soziale Marktwirtschaft
- 10./11. 6. 72: Wochenendseminar und Bezirksversammlung in B.
JU - moderne Kommunalpolitik
- 16.-24. 5. 72: *Moskaufahrt*
- 15. 6. 1972: Kreisversammlung (Jahreshauptversammlung) Verabschiedung der Satzung;
Anträge.
- 30. 10. 1972: Kreisversammlung
Die CDU und die junge Generation
Probleme und Perspektiven einer zukunftsorientierten Politik
mit Gerd Langguth (Mitgl. des CDU-Bundesvorstandes)
- Okt./Nov. 72: Beteiligung an 5 Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem RPJ B. (Jung-
wählerforum 72)
- Okt./Nov. 72: Beteiligung am *Wahlkampf*
- 24./25. 2. 73: Wochentagung der JU in L.
Wahlkampfbeitrag der JU; Sachanträge zum Kreisparteitag der CDU
- 19. 5. 1973: Bezirksversammlung
JU-Grundsatzprogramm (mit dem Leiter der JU-Grundsatzkommission)
- 19. 5. 1973: *Sommerball 73*
- 30. 5. 1973: Kreisversammlung (Jahreshauptversammlung)

KREISVORSTAND

- 25. 6. 1971: konstituierende Sitzung mit Aufgabenverteilung
- 14. 7. 1971: RPJ-Verhandlungsrunde; Bericht der OV-Vorsitzenden
- 24. 8. 1971: RPJ-Gründung; Satzung u. Geschäftsordnung; Jahresprogramm des Kreis-
verbandes
- 13. 10. 1971: Gründung des OV S.; Kooptation zur CDU-Fraktion
- 10. 11. 1971: Finanzsituation; JU-Zeitung
- 9. 12. 1971: Finanzen OV H.; Beratung des Satzungsentwurfs
- 12. 1. 1972: JU-Etat 72; Grundsatzprogramm der JU
- 23. 2. 1972: Wochenendseminar; Studienfahrten
- 22. 3. 1972: Berichte u. a. über RPJ-Sitzung; JU-Landesversammlung; JU-Sommerball
- 19. 4. 1972: Bezirksveranstaltungen; Kreisversammlung
- 16. 5. 1972: Wochenendseminar 10./11. 6. 72; Jahreshauptversammlung; Jahresprogramm
- 26. 6. 1972: Finanzsituation; Jahresprogramm 72/73; Grundsatzprogramm

- 10. 7. 1972: Terminplanung des Kreisverbandes; Wahlkampf vorbereitung
- 22. 8. 1972: Jahresprogramm 72/73; Wahlkampfprogramm
- 18. 9. 1972: CDU-Kreisparteitag; Finanzsituation; RPJ
- 20. 10. 1972: Wahlkampfbeitrag der JU; Kreisparteitag der CDU
- 28. 11. 1972: Gründung neuer Ortsverbände; Schülerunion; Wahlkampf der JU
- 23. 1. 1973: Wochenendseminar; Studienfahrt; Sommerball; Zeitung
- 20. 2. 1973: Gründung JUNGE ARBEITNEHMERSCHAFT; Gründung neuer Ortsver-
bände in W. und Q.
- 25. 4. 1973: Finanzen; Sommerball; Jahreshauptversammlung

6.5. JUNGE UNION

An alle
Mitglieder des Kreisvorstandes
der Ortsverbandsvorstände
der Vereinigungsvorstände
der CDU-Ratsfraktion

B., den 8. 10. 1973

**Betreff: Verlegung des Kreisparteitages der CDU in den Januar 1974
hier: Erklärung des Kreisausschusses der Jungen Union B. vom 7. 10. 1973**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der CDU-Kreisvorstand hat in seiner Sitzung vom 28. 9. d. J. mehrheitlich eine Verlegung des für den Herbst dieses Jahres angesetzten Kreisparteitages beschlossen. Die beim 24. Kreisparteitag im März 1973 nicht mehr behandelten Anträge waren bis dahin zurückgestellt worden. Von diesen Anträgen bezogen sich nicht weniger als vier auf die Vorbereitung des Landesparteitages und des Bundesparteitages. In der Zwischenzeit haben verschiedene Ortsverbände und Vereinigungen der B. CDU weitere Sachanträge im Zusammenhang mit den Themen des Bundesparteitages vorbereitet und verabschiedet.

Die Verlegung des Kreisparteitages hinter den Bundesparteitag macht die von Ortsverbänden und Vereinigungen getroffenen Vorbereitungen gegenstandslos und bedeutet darüber hinaus den Ausschluß des Kreisverbandes B. von einem innerparteilichen Willensbildungsprozeß, der nach den öffentlichen Erklärungen der Bundespartei seit Mai d. J. auf allen Organisationsebenen in Gang gesetzt werden sollte. Die Junge Union B. hat daher diesen Beschluß des Kreisvorstandes mit großem Befremden und großer Enttäuschung zur Kenntnis genommen. Die vom Kreisgeschäftsführer im Rundschreiben vom 4. d. M. angeführten Gründe für diesen schwerwiegenden Beschluß des Kreisvorstandes können niemanden ernstlich überzeugen:

Zu 1:

Ist der Kreisvorstand ernstlich der Auffassung, daß „eine sorgfältige Vorbereitung“ von Landes- und Bundesparteitag die Durchführung eines Kreisparteitages mit genau dieser Zielsetzung unmöglich macht? Was hat die „öffentliche *Fraktionssitzung* im Stadtteil L.“ mit dem *Parteitag* des Kreisverbandes zu tun? Soll die sicherlich wichtige Veranstaltung mit Prof. Carstens ernstlich gegen den Kreisparteitag ausgespielt werden? Soll er die Beschlüsse eines Bundesparteitages in dem Kreisverband öffentlich verkünden, der an der Vorbereitung dieser Beschlüsse selbst nicht beteiligt sein wollte?

Zu 2:

Ist die Vertagung der auf dem 24. Kreisparteitag unerledigt gebliebenen Anträge nicht auch vom Kreisvorstand den Delegierten mit der Begründung nahegelegt worden, daß ein Sonderparteitag im Herbst dieses Jahres ausreichend Gelegenheit zu einer Sachdiskussion bieten würde? Bedeutet diese Verschiebung des beschlossenen Herbsttermins bezüglich derjenigen *fristgebundenen* Anträge, die sich direkt auf den Landesparteitag und den Bundesparteitag bezogen, faktisch nicht eine Ablehnung durch den Kreisvorstand, der zu einer solchen materiellen Entscheidung fraglos keinerlei Kompetenzen besitzt?

Zu 3:

Hätte die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Bundesparteitages nicht spätestens zu einem Zeitpunkt erfolgen müssen, als die lange vorher gebildeten Kommissionen des Bundesverbandes ihre Ergebnisse Mitte Mai den Kreisverbänden zur Beratung (!) zugestellt hatten? Hätte der schlechte Besuch der ersten und einzigen Kommissionssitzung des Kreisverbandes sich nicht verhindern lassen, wenn der Vorsitzende dieser Kommission einen anderen Termin festgesetzt hätte, nachdem ihm – nach eigenen Angaben – die Verhinderung der meisten eingeladenen Mitglieder zum vorgesehenen Zeitpunkt fast eine Woche vorher bekannt war?

Zu 4:

Muß die geringe Anzahl der Meldungen von Interessierten der Ortsverbände – Vereinigungen wurden gar nicht angeschrieben – nicht auch und gerade unter Berücksichtigung dieses Zeitplans beurteilt werden?

„Die CDU diskutiert: Vermögensbildung, Berufliche Bildung, Bodenrecht“ plakatiert die CDU seit mehreren Monaten. Der Kreisverband B. diskutiert nicht! Dies ist ein fraglos origineller, aber gleichwohl trauriger Beitrag zum leidigen Thema der Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit dieser Partei!

Niemand wird von der Jungen Union erwarten können, daß sie dies unwidersprochen hinnimmt. Eine politische Jugendorganisation, die diesen Vorgang nicht kritisch kommentiert, annonciert ihre eigene Überflüssigkeit.

Die Junge Union hätte es vorgezogen, die unvermeidliche Auseinandersetzung innerparteilich auszutragen. Die Weigerung des Kreisgeschäftsführers, einen entsprechenden Brief des JU-Ortsvorstandes in W. den Funktionsträgern der CDU zuzustellen, hat ihr diesen Weg versperrt. Die dafür angeführten finanziellen Erwägungen waren schon einen Tag später gegenstandslos, als denselben Adressaten die Position des CDU-Kreisvorstandes brieflich mitgeteilt wurde. Wenn die Junge Union jetzt den Weg über die Presse gehen muß, tut sie das ohne jede Genugtuung, sondern in der Erwartung, daß ihr demnächst fairere Möglichkeiten der Kritik und der innerparteilichen Auseinandersetzung eingeräumt werden. Die Junge Union wird sich bemühen, in einer öffentlichen Veranstaltung allen Interessierten die Möglichkeit einer Sachdiskussion der Themen des Bundesparteitages (Mitbestimmung, Vermögensbildung, Berufliche Bildung, Bodenrecht) zu geben.

Diese Erklärung des Kreis Ausschusses der JU B. wurde einstimmig ohne jede Gegenstimme oder Enthaltungen verabschiedet.

JUNGE UNION B.

P.S. Diese Erklärung wird von der JU selbst und auf eigene Kosten vervielfältigt und verschickt.

6.6. Austrittsschreiben von JU-Mitgliedern

(Name eines Mitgliedes)
B., den 7. 12. 1973

Betr.: **Austritt**

Liebe Freunde!

Hiermit möchte ich meinen Austritt aus der Jungen Union Deutschlands erklären, da ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, dieses Grundsatzprogramm und diese Vorstellungen anzunehmen!

Mit freundlichen Grüßen
(Unterschrift)

(Name eines JU-Mitgliedes)
B., den 11.3.1973

Junge Union Deutschlands
Kreisverband B.

Betrifft: **Austritt aus der JU**

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Jungen Union.

Als Begründung für diesen Schritt möchte ich anführen, daß sowohl die Sachprobleme, die z. Zt. in der JU diskutiert werden, als auch deren personelle „Besetzung“ (der Ortsverband entspricht fast einer Schülerunion) mir keinen Anreiz zu einer politischen Aktivität, wie ich sie suche, geben. M. E. ist der Ortsverband B. gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Formalismus, so daß eine politische Diskussion, die ein Problembewußtsein schaffen könnte, in den Hintergrund gedrängt wird. Neben dem Formalismus des Ablaufs der einzelnen Sitzungen, der sich in diesem Ausmaß durchaus vermeiden läßt, möchte ich den der Handhabung relevanter politischer Begriffe kritisieren. Diese Begriffe werden in ihrem Gehalt überhaupt nicht hinterfragt, sondern ohne jeden Bezug zur Realität definiert. Die Folge ist, daß sie somit auch nicht fragwürdig werden. (Gemeint sind Begriffe wie ‚Soziale Marktwirtschaft‘, ‚Gesellschaft‘, ‚Demokratie‘.) In der JU hört man zwar viel von den Theorien, die diesen „Realitäten“ zugrundeliegen, doch wie Demokratie, wie Soziale Marktwirtschaft wirklich funktionieren, wird zu wenig hinterfragt.

Der relativ unpolitische Charakter und das mangelnde Problembewußtsein innerhalb des Ortsverbandes der JU lassen mir den Austritt als die consequenteste Lösung erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen
(Unterschrift)

6.7. FRAUENVEREINIGUNG

Tätigkeitsbericht für die Zeit von Januar bis Dezember 1973 – Kreisverband B.

An Veranstaltungen wurden durchgeführt:

22. 1. 1973: Arbeitsprogramm 1973
Ref. die Kreisvorsitzende
Teilnehmerzahl 13

6. 2. 1973: Seniorenbürger in B.
KAB-Bez.Sekr.
Teilnehmerzahl 16
13. 2. 1973: Die Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft
Ref. die Kreisvorsitzende
Teilnehmerzahl 24
21. 2. 1973: Entwicklungshilfe
Ref. O.St.R. H.
Teilnehmerzahl 56
13. 3. 1973: Familie im Wandel
Ref. die stellv. Kreisvorsitzende
Teilnehmerzahl 16
- 17./18. 3. 73: Frau und Beruf
Ref. die Kreisvorsitzende
Eherechtsreform
Ref. eine Ärztin
Teilnehmerzahl 22
27. 3. 1973: Engagement der Frau in der Öffentlichkeit
Ref. die Bezirksvorsitzende
Teilnehmerzahl 22
13. 4. 1973: Problem der Geriatrie (mit Besichtigung der geriatrischen Abteilung Ev. Krankenhaus L.)
Ref. Chefarzt des Krankenhauses
Teilnehmerzahl 28
14. 5. 1973: Was soll die Frau in der Politik?
OV L.
Ref. die Kreisvorsitzende
Teilnehmerzahl 15
24. 5. 1973: Informationsfahrt nach Bonn
Chr. Schroeder/A. Hürland MdB
Teilnehmerzahl 31
4. 6. 1973: Jugendkriminalität im Spiegel der Gesellschaft
Ref. Krim.Hauptkommissarin
Teilnehmerzahl 42
- 19./20. 7. 73: Informationsfahrten z. Stätten der B. Stadtranderholung
Leitung die Kreisvorsitzende
Teilnehmerzahlen 10 und 8
6. 8. 1973: Frau in der Gesellschaft von morgen
Ref. Rechtsref.
Teilnehmerzahl 22
22. 8. 1973: Vorstandssitzung
Teilnehmerzahl 8
23. 8. 1973: Frau in der Gesellschaft von morgen
OV L., Ref. die Kreisvorsitzende
Teilnehmerzahl 16
23. 8. 1973: Frau in der Gesellschaft von morgen
OV H., Ref. Stud.Ref.
Teilnehmerzahl 10

19. 9. 1973: Bildung für eine andere Republik?
Ref. Prof. Dr. W. Brüggemann MdL
Teilnehmerzahl 51

29./30. 9. 73: Wochenendseminar
Vorschulerziehung in NRW
Ref. Norbert Schlottmann MdL
Mitbestimmung im Kindergarten
Ref. Elsbeth Rickers MdL
Teilnehmerzahl 22 Erw., 20 Kinder

18. 10. 1973: Kommunale Neugliederung
Ref. Bürgermeister u. CDU-Kreisvors.
Teilnehmerzahl 23

4. 12. 1973: Adventskonzert i. Altenheimen
„Johannis-Stift“
Teilnehmerzahl 10 und 160

19. 12. 1973: „Heimathof I“

20. 12. 1973: „Heimathof II“
(Familienmitglieder von Damen des Kreisvorstandes)
Teilnehmerzahlen 115 und 50; 13 und 50

22. 12. 1973: Geschenkaktion für 15 kinderreiche Familien in der städt. Notunterkunft „Zillertal“
stellv. Kreisvors., weiteres Vorstandsmitglied

6.8. Arbeitsprogramm der Frauenvereinigung

KREISFRAUENVEREINIGUNG

B., 12. Nov. 1973

Sehr geehrte Damen,

wir geben Ihnen heute das Arbeitsprogramm der Kreisfrauenvereinigung bis zum Sommer 1974 bekannt. Dieses Programm sieht einerseits Veranstaltungen für die gesamte Frauenvereinigung vor und zum anderen Vorträge und Aktionen der Arbeitskreise, die wir zu Beginn dieses Jahres gegründet haben. Die Arbeitskreise sind bemüht, über den Rahmen unserer Vereinigung hinaus Wählergruppen anzusprechen, die der CDU bei der Bundestagswahl 1972 weitgehend verlorengegangen sind.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir Sie bitten, uns auf dem unten abzutrennenden Abschnitt mitzuteilen, ob Sie Wert darauf legen, auch weiterhin die Einladungen zu unseren Veranstaltungen zu bekommen oder auch in einem der Arbeitskreise aktiv mitzuarbeiten. Die steigenden Portokosten zwingen uns zu einer rationellen Versendung der Einladungen; wir sind jedoch nach wie vor gern bereit, jede interessierte Dame anzuschreiben, und bitten deshalb um die baldige Rücksendung Ihrer Antwort. In diesem Zusammenhang dürfen wir darauf hinweisen, daß alle unsere Veranstaltungen in der Tagespresse vorangezeigt werden.

Wir hoffen auf Ihr Einverständnis und grüßen Sie

Ihre

(Name der Vorsitzenden und ihrer beiden Stellv.)

(bitte abtrennen und an die CDU-Kreisgeschäftsstelle zurücksenden)

Ich möchte zu den Veranstaltungen der CDU-Kreisfrauenvereinigung eingeladen werden

ja / nein *)

Ich möchte mitarbeiten im Arbeitskreis

„Junge Mütter“ *)

Ich möchte mitarbeiten im Arbeitskreis

„Berufstätige Frauen“ *)

Ich möchte mitarbeiten im Arbeitskreis

„Seniorenbürger“ *)

Name	Vorname	Straße	Ortsverband
------	---------	--------	-------------

*) Nichtzutreffendes bitte streichen

Arbeitsprogramm der Frauenvereinigung von Herbst 1973 – Sommer 1974

Donnerstag, 29. November 1973, 14.00 Uhr Bezirksveranstaltung in Gelsenkirchen mit Frau Dr. Johanna Neumeister MdB, Busabfahrt vom Hbf.-Südeingang

Anmeldung hierzu bitte bis 23. November in der Kreisgeschäftsstelle!

Dezember 1973	Arbeitskreis „Seniorbürger“:
Februar 1974	Besuche in B. Altenheimen und -zentren
Januar 1974 (2. Hälfte)	Arbeitskreis „Junge Mütter“ (abends), Vortrag: „Handhabung des Kindergarten-Gesetzes“, Referent: (Name), Dortmund
Februar 1974	Arbeitskreis „Berufstätige Frauen“: Gemeinschaftsveranstaltung mit der CDA B., Referentin: Maria Weber, stellv. DGB-Vorsitzende und stellv. CDA-Bundesvorsitzende
21. Februar 1974	für die Ortsverbände L., OD. und U.D. Vortragsnachmittage über Verbraucherfragen, Referentin: Fachberaterin (Name) <i>Gesellschaftspolitische Vortragsreihe</i> jeweils 19.30–22.00 Uhr, Fam.-Bildungsstätte
Februar 1974	„Christliche Soziallehre“ Referent: (Name)
März 1974	„Entwicklung des Sozialismus“ Referent: (Name)
April 1974	„Kapitalismus und Soziale Marktwirtschaft“ Referent: (Name)
Mai 1974	„Entwicklung des Liberalismus“ Referent: (Name)
Juni 1974	„Die CDU vom Ahlener Programm (1947) bis zum Hamburger Parteitag (1973)“, Referent: Hermann-Josef Russe, MdB

(die genauen Angaben werden rechtzeitig bekanntgegeben)

6.9. Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Wahlanalyse“

Eine abschließende Berichterstattung der vom Kreisvorstand eingesetzten Arbeitsgruppe ist vor Jahresmitte nicht möglich, da die wissenschaftlichen Untersuchungen, auf die sie sich vorwiegend stützen möchte, teils erst seit einigen Tagen, teilweise noch gar nicht vorliegen. Letzteres gilt auch für den Bericht des Statistischen Amtes der Stadt B.

Die Arbeitsgruppe war jedoch der Meinung, diesem Kreisparteitag schon einen Zwischenbericht vorlegen zu sollen, der allerdings nur einen kleinen Ausschnitt der aus dem bisher aufgearbeiteten Material gewonnenen Erkenntnisse bringen kann.

In der beigefügten Anlage sind die wichtigsten Details aus der vorläufigen Untersuchung der lokalen Ergebnisse von B. zusammengetragen. Ein Teil der aus überregionalen Analysen stammenden Erkenntnisse ist außerdem in der jüngsten JU-Zeitung „BO-JU 73“ skizzenhaft dargestellt.

Neben den Analysen hat die Arbeitsgruppe auch erste Folgerungen aus dem Ergebnis gezogen, die sie hiermit zur Diskussion stellt; sie sind gleichfalls als Anlage beigefügt.

Der endgültige Bericht der Arbeitsgruppe wird dem geplanten Sonderparteitag vorliegen.

B., im März 1973

(Unterschrift)

(Mitglied des Kreisvorstandes)

Das WAHLERGEBNIS der CDU in B. bei der Bundestagswahl 1972

1. Im B. Raum erhielt die CDU 30,1% der abgegebenen Zweitstimmen, 14,7% weniger als die CDU/CSU im Bundesdurchschnitt (44,8%), 10,9% weniger als die CDU im NRW-Landesdurchschnitt (41,0%) und 0,8% weniger als die CDU im Ballungsraum des rheinisch-westfälischen Industriegebietes (30,9%).

2. Im Vergleich mit dem Wahlergebnis von 1969 hat die B. CDU 3,4% an Stimmenanteil verloren, mehr als die CDU/CSU auf Bundesebene (1,3%) und die CDU im NRW-Landesdurchschnitt (2,6%), jedoch nicht so viel wie im Durchschnitt des rheinisch-westfälischen Industriegebietes (4,1%).

3. In B. ist das Ergebnis von 1972 das schlechteste Bundestagswahlergebnis der CDU-Geschichte. Es ist niedriger als das Ergebnis der ersten Bundestagswahl im Jahre 1949 (31,6%), während Bundes- und Landesdurchschnitt noch nicht hinter dem Ergebnis von 1949 zurückbleiben.

4. Übereinstimmend mit der Entwicklung in Bund und Land stellt das B. Ergebnis jedoch keinen völlig überraschenden Tiefpunkt dar, sondern ist die Fortsetzung eines aus den Wahlergebnissen der letzten 15 Jahre klar erkennbaren Trends, der den CDU-Stimmenanteil in B. von 46,7% (1957) über 38,6% (1961), 36,0% (1965) und 33,5% (1969) zum neuesten Ergebnis (30,1%) führte und – wenn sich dieser Trend fortsetzt – schon bei der übernächsten Wahl zur Halbierung des einst möglichen Stimmenanteils führt.

5. Von den 19 B. Stadtteilen, auf die sich die Wahlergebnisse aufgliedern lassen, gab es 1957 nur einen mit einem CDU-Anteil von *weniger* als 35%. Heute gibt es nur einen mit einem CDU-Anteil von *mehr* als 35%. Die SPD erhält inzwischen in allen B. Stadtteilen mehr als die Hälfte der Wählerstimmen, in einem Fall sogar mehr als dreiviertel (H.: 76,6%).

6. Die CDU hat in folgenden Stadtteilen wesentlich* günstiger als im B. Gesamtdurchschnitt (30,1%) abgeschnitten: (es folgen Angaben für 6 Stadtteile).

Wesentlich* ungünstigere Ergebnisse als der B. Gesamtdurchschnitt hatten: (es folgen Angaben für 8 Stadtteile).

Die nicht genannten Stadtteile liegen in einem Bereich von $\pm 10\%$ des B. Gesamtdurchschnitts.

7. Ihrer geographischen Lage nach konzentrieren sich die vergleichsweise guten Ergebnisse auf die Stadtteile im Innenstadtbereich und auf den B. Süden. Die negativ vom Mittelwert abweichenden Ergebnisse umfassen den Ost-/Nordost-Bereich sowie die Stadtteile an der Nord- und Nordwest-Grenze; unter den letzteren befinden sich auch die ungünstigsten Abweichungen vom Durchschnittsergebnis.

8. Gegenüber der Bundestagswahl von 1969 konnte trotz des im Gesamtdurchschnitt schlechteren Ergebnisses in 2 Stadtteilen der CDU-Stimmenanteil verbessert werden: In S. (+ 1,4%) und W. (+ 0,8%). Alle übrigen Stadtteil-Ergebnisse sind schlechter als 1969, wobei überdurchschnittliche Verluste in (es folgen Angaben für 9 Stadtteile), wobei in einem Stadtteil ein Verlust von 11% gegenüber 1969 festgestellt wurde.

9. In der langfristigen Entwicklung der regionalen CDU-Ergebnisse im B. Raum, gemessen an der Veränderung zwischen dem CDU-Höchststand 1957 und den Ergebnissen von 1972 (Gesamt-B.: -16,6%) ist ein wesentlich* überdurchschnittlicher Rückgang des CDU-Stimmenanteils in drei Stadtteilen mit 22,9%, 21,8% und 21,0% zu verzeichnen. Einer dieser Stadtteile hatte 1957 das sonst von keinem anderen B. Stadtteil jemals erreichte Spitzenergebnis von 55,0%.

Eine seit 1957 wesentlich* positivere Entwicklung als der Stadtdurchschnitt verzeichnen: (es folgen Angaben für 8 Stadtteile).

10. Die besten Wahlergebnisse verzeichnet die B. CDU immer noch in einer Wählergruppe, die aus wahlrechtlichen Gründen gesondert erfaßt wird: die Briefwähler. Hier ist der CDU-Anteil höher als in irgendeinem B. Stadtteil: Er betrug 1972 41,3% und liegt damit 11,2% über dem Gesamtdurchschnitt. Früher erreichte er allerdings auch schon einmal über 62% (1957).

11. In den beiden B. Wahlkreisen kam es zu Unterschieden zwischen Erst- und Zweitstimmen. Im Wahlkreis 117 erhielt der SPD-Kandidat 3,6% mehr Erst- als Zweitstimmen, der CDU-Kandidat 0,2% weniger Erst- als Zweitstimmen. Im Wahlkreis 118 konnte der CDU-Kandidat 2,7% mehr Erst- als Zweitstimmen gewinnen, während beim SPD-Kandidaten Erst- und Zweitstimmen nahezu gleich sind.

12. Daß auch in B. ein Stimmen-Splitting zugunsten der FDP praktiziert wurde, beweisen die Ergebnisse der universitätsnahen Stadtteile. Während im Stadtdurchschnitt die SPD 4,1% gewonnen hat, mußte sie in Q. Verluste von 3,1% hinnehmen. Die FDP konnte gleichzeitig 6% hinzugewinnen (Gesamt-B.: + 2,4%). In S. verlor die SPD bei den Zweitstimmen 3,3%, während die FDP ihr Ergebnis um 4,8% verbesserte.

* Als wesentlich wurde immer eine Abweichung von mehr als 10% des B. Durchschnittsergebnisses angesehen.

FOLGERUNG aus dem Wahlergebnis

1. Daß die „Wiedergewinnung eines Images der Leistungsfähigkeit und der Modernität die zentrale Voraussetzung für zukünftige Wahlerfolge“ (Kaltefleiter) ist, muß sich die gesamte CDU zu eigen machen.

Diese Image-Korrektur kann jedoch nicht allein in den Spitzengremien der Partei geleistet und erst recht nicht „von oben“ verfügt werden. Sie bedarf der systematischen und auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnittenen Bemühungen in den Basis-Regionen der Partei.

Auch die B. CDU muß Methoden entwickeln, mit denen sie ihr Image verbessern kann.

2. Größere Aktivität und Verbesserung der Organisation sind wichtig, aber allein nicht ausreichend, um den seit 15 Jahren kontinuierlich fortschreitenden Abwärtstrend aufzuhalten.

Hinzukommen muß eine Überprüfung der Politik der CDU, die in wichtigen Bereichen den Meinungen und Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit nicht mehr entspricht.

Anstöße zu dem dazu erforderlichen innerparteilichen Meinungsbildungsprozeß und geeignete Sachbeiträge sollte auch der Kreisverband B. leisten.

3. Junge Generation und Arbeitnehmerschaft müssen in der Zielgruppenansprache der CDU am intensivsten berücksichtigt werden, weil die strukturellen Schwächen ihres Wählerpotentials bei diesen Gruppen am eklatantesten sind.

Im Unterschied zu anderen soziologischen Gruppen, die der CDU Wanderverluste brachten, weil sich ihr bislang atypisches Wählerverhalten zunehmend an das Normalverhalten angleicht (Frauen, Katholiken), weicht das Verhalten der jungen Generation und der Arbeitnehmerschaft zunehmend vom Normalverhalten – zu Lasten der CDU – wieder ab.

Als Kreisverband einer Industrie- und Universitätsstadt hat die B. CDU besonderen Grund, dieser Gefahr durch Inhalt und Stil ihrer politischen Arbeit Rechnung zu tragen und sich beiden Gruppen dadurch stärker als bisher zu öffnen.

4. Solange die Gesamtpartei keine entsprechenden Akzente setzt, ist eine regionale Profilierung der CDU nicht schädlich, sondern wünschenswert.

Wo soziografische Schwerpunktelemente das Bild einer Stadt prägen, muß auch eine Volkspartei ihre ortsspezifischen Konturen gewinnen, weil sonst ihr Charakter als Volkspartei in Frage gestellt ist. Daher muß sich auch die B. CDU die Frage nach ihrem Regionalprofil stellen und sich ihrer soziologischen Umwelt bewußter werden.

7. MODELLVERSUCH „KREISVERBANDSARBEIT“

Vorlage einer Arbeitsgruppe der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 4. 9. 73

Nach einem Vorschlag der Organisationskommission werden ab 1. Oktober 1973 Modellversuche in sieben verschieden strukturierten Kreisverbänden beginnen. Aufgabe dieser Versuchsreihe ist es, Methoden und Techniken der Parteiarbeit in den Kreisverbänden zu erproben und eine wesentliche Verbesserung und Systematisierung der Parteiarbeit an der Basis herbeizuführen. Die Organisationskommission hat folgendes **Grundmodell** vorgeschlagen:

1. Der Kreisverband und die Ortsverbände bilden eine Leistungseinheit. In diesem Rahmen werden die Ortsverbände gegenüber der bisherigen Praxis wesentlich gestärkt. Auf den Bereich der Parteiarbeit bezogen, bedeutet dies die Verlagerung vieler Aufgaben vom Kreisverband auf die unterste Organisationsebene, den Ortsverband.

Alle Maßnahmen, die den direkten Kontakt und die Beeinflussung der Wähler betreffen, fallen in die Zuständigkeit der Ortsverbände.

Dadurch ist es möglich, die Mitglieder der Partei vermehrt zur Mitarbeit heranzuziehen und die Partei insgesamt gegenüber allen Bürgern im kommunalen Bereich und allgemein zur Mitarbeit zu öffnen.

2. Wenn die Ortsverbände zu den untersten organisatorischen Ebenen ausgebaut werden, müssen sie

2.1. an das Informations- und Kommunikationssystem der Gesamtpartei angeschlossen und
2.2. von hauptamtlichen Experten in organisatorischen Fragen, bei der Schulung von Mitgliedern und bei allen besonderen Problemen und Neuerungen beraten werden. Diese hauptamtlichen Berater muß die Bundesgeschäftsstelle zumindest für die Anlaufzeit zur Verfügung stellen. Unter ihnen müssen auch Kommunalexperten sein.

Wo diese hauptamtlichen Berater endgültig angesiedelt werden, bei der Bundespartei, beim Landes- oder beim Kreisverband, braucht im Stadium des Experiments noch nicht entschieden zu werden.

3. Der Charakter der Kreisgeschäftsstellen muß sich dadurch zwangsläufig ändern. Sie werden zweites organisatorisches Zentrum. Die Kreisgeschäftsstelle muß zu einer Servicestation (Dienstleistungszentrum) ausgebaut werden, mit der nötigen personellen und materiellen Infrastruktur ver-

sehen sein, von der Leistungen abgerufen werden können. Der Schwerpunkt ihrer Aufgaben liegt dann außer in der Führung der Geschäfte des Kreisverbandes zusätzlich in der Koordinierung und der Beratung und Hilfestellung für die Arbeit der Ortsverbände. Die Kreisgeschäftsstelle ist gleichzeitig Geschäftsstelle der Stadtrats- bzw. Kreistagsfraktion. Sie ist die unterste hauptamtliche Ebene der Gesamtpartei.

4. Der Kreisverband hat die kommunalpolitische Verantwortung für seinen Bereich. Dieses Grundmodell, das nachfolgend durch einen Aufgabenkatalog für Kreisverband, Ortsverband und Kreisgeschäftsstelle aufgefächert wird, wird in folgenden Kreisverbänden erprobt:

- a) Kreisverband Frankfurt (Großstadtmodell),
- b) Kreisverband Schwarzwald-Baar-Kreis (Landkreismodell),
- c) Kreisverband Heidelberg-Stadt und Kreisverband Rhein-Neckar-Kreis (Modell „Stadtkreisverband und Umlandkreis mit gemeinsamer Geschäftsführung“),
- d) Kreisverband Landau-Stadt, Kreisverband Landau-Bad Bergzaber, Kreisverband Landau-Germersheim (Modell „Gemeinsame Geschäftsstelle in einem Bundestagswahlkreis, die mehrere Kreisverbände zu betreuen hat“),
- e) Kreisverband Lüdenscheid (Modell „Kreisgeschäftsstelle als Servicestation, die ihren Maschinenpark für mehrere Kreisverbände zur Verfügung stellt“),
- f) Bezirksverband Lüneburg (Modell „Servicestation auf der Ebene eines Bezirksverbandes“),
- g) Kreisverband Düsseldorf-Mettmann (Modell „Landkreis, der im Einzugsgebiet einer Großstadt liegt“).

Aufgabenkatalog eines Kreisverbandes

Vorbemerkung

Die in den Satzungen festgelegten Aufgaben der Kreisverbände, nämlich

- das Gedankengut der CDU zu verbreiten und für die Ziele der CDU zu werben,
- die Mitglieder über alle wichtigen politischen Fragen zu unterrichten und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik anzuregen,
- die politische Willensbildung in der CDU und im öffentlichen Leben zu fördern,
- die Belange der CDU gegenüber den Behörden, Verbänden und anderen Organisationen seines Bereiches zu vertreten,
- die Arbeit der Ortsverbände, Stützpunkte und der Vereinigungen auf Kreisebene zu stärken,
- die Beschlüsse der überörtlichen Parteiorgane auszuführen und deren Richtlinien zu beachten und
- die Zusammenarbeit mit den kommunalen Mandatsträgern sicherzustellen,

verlangen eine Vielzahl von Maßnahmen und eine permanente Zusammenarbeit der Kreis- und Ortsverbände. Sie werden bestimmt vom unmittelbaren Kontakt zur Bevölkerung, von der Politik im kommunalen Bereich einschließlich der Formulierung ihrer Ziele, von Werbung, Betreuung und Mitarbeit der Mitglieder, von der Organisation und Finanzierung der Parteiarbeit sowie der Diskussion und Mitgestaltung von Beschlüssen der CDU auf Landes- und Bundesebene.

Die Kreisverbände haben den verfassungsmäßigen Auftrag, Kandidaten für die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen aufzustellen, Wahlkämpfe vorzubereiten und zu führen und an der politischen Willensbildung nach Art. 21 Grundgesetz mitzuwirken.

Im Rahmen dieser Grundsätze arbeiten die Kreisverbände selbständig und in eigener Verantwortung.

Die Kreisverbände sind die unterste administrative Ebene der Partei. Daraus ergeben sich folgende Einzelaufgaben:

1. Kreisverband

- Entwicklung von Zukunftsaufgaben und Inangriffnahme aktueller Probleme der Kommunalpolitik, Formulierung ihrer Ziele, Bestimmung der Prioritäten, Erarbeitung konkreter Lösungsvorschläge.
- Beteiligung an den innerparteilichen Diskussionen und Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene.
- Umsetzung beschlossener Programmatik.
- Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe; Kommunalwahlen, Landtags- und Bundestagswahlen im Rahmen der jeweiligen Wahlkampfrichtlinien.
- Ständige Beobachtung des politischen Gegners und Auswertung der Ergebnisse sowie Entwicklung politischer Alternativen.
- Auf- und Ausbau einer Bildungskonzeption für Mitglieder, Mandatsträger, Mitarbeiter und Führungskräfte im Kreis- und Ortsverband und für Interessenten aus der Bevölkerung unter Berücksichtigung überregionaler Bildungsangebote der Partei (Landes- und Bundespartei) und deren Institute. Diese Bildungskonzeption hat den organisatorischen und politischen Erfordernissen des Kreisverbandes Rechnung zu tragen und soll die notwendigen Kenntnisse für die Arbeit an der Basis vermitteln.
- Lösung der Informations-, Kooperations- und Koordinationsprobleme durch Versorgung aller Bereiche mit den notwendigen Daten, Dokumenten, Materialien und sonstigen Informationen, in dem das Informations- und Kommunikationssystem verbessert, ausgebaut und an die Systeme der Landes- und Bundespartei angeschlossen wird.
- Ständiger Erfahrungsaustausch im Mitarbeiter- und Führungskräftekreis. Vornahme der sich aus diesem Erfahrungsaustausch ergebenden Korrekturen in der Methode, Neuformulierung der Aufgaben, Neueinteilung der Arbeitsbereiche oder Veränderungen in Planung und Zielsetzung.
- Einführung und Weiterentwicklung einer kooperativen Arbeits- und Führungsmethode, die einmal eine Aufgabenbewältigung in Einzel- und Gruppentätigkeit sicherstellt, zum anderen die auszuübenden Führungsfunktionen zusammenfaßt und zu einer für die Arbeit geeigneten Führungskonzeption ausbaut. Hierzu siehe Aufgabenverteilung Kreisvorstand.
- Beschaffung der für die Arbeit des Kreisverbandes notwendigen Finanzmittel.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Regelmäßige und umfassende Versorgung aller Mitglieder mit Informations- und Argumentationsmaterial (Handzettel, Prospekte usw.).
- Organisation der politischen Meinungsbildung in den Ortsverbänden und den Vereinigungen (politische Entschlüsse).
- Aufstellung von Richtlinien und ihre Durchführung in den Ortsverbänden zur Verbreitung der politischen Ziele der CDU im vorpolitischen Raum, insbesondere durch die Herstellung und die Verteilung von gezieltem Informations- und Werbematerial aller Art zur Gewinnung von Multiplikatoren.
- Werbung und Beeinflussung der Meinungsbildung in allen neutralen Verbänden, Organisationen und Vereinen des Kreises sowie der Bürgerinitiativen.
- Mitgliederwerbaktionen.
- Unterstützung der Arbeit der Ortsverbände durch organisatorische und materielle Hilfen aller Art.
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch Pressebetreuungen, regelmäßige Berichterstattung und Verwertung aller Veranstaltungen bzw. Parteiinitiativen.
- Enge Zusammenarbeit mit Abgeordneten der CDU von Bundestag, Landtag und Kreistag.
- Beauftragung der Vereinigungen mit Aktionen in ihrem Zielgruppenbereich.

Aufgabenverteilung im Kreisvorstand

Der Kreisvorstand kann die Aufgaben des Kreisverbandes nur bewältigen, wenn er die bisherige vereinsmäßige Gliederung zugunsten einer funktionsorientierten Aufgabenverteilung im Vorstand

aufgibt. Dies bedeutet, daß jedem Vorstandsmitglied ein bestimmter Aufgabenbereich verantwortlich zugewiesen wird.

Für das Prinzip einer Aufgabenverteilung im Vorstand gibt es verschiedene Möglichkeiten, d. h., die Aufteilung der Verantwortungsbereiche kann nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen, wobei auch der Charakter des Kreisverbandes (Großstadtkreis, Landkreis, Zahl und Größe der Ortsverbände, Wahlkreisverband usw.) eine Rolle spielt.

Nachstehend wird ein Modell dargestellt, das erprobt werden sollte:

1. Der Kreisvorstand überträgt jedem Vorstandsmitglied einen bestimmten Aufgabenbereich.
2. Das Vorstandsmitglied bildet nach Notwendigkeit für seinen Aufgabenbereich eine Arbeitsgruppe. Die Mitglieder für die Arbeitsgruppe werden von dem verantwortlichen Vorstandsmitglied berufen. Die Berufung muß vom Vorstand bestätigt werden.
3. Für Teilbereiche oder für bestimmte Sachfragen des Aufgabenbereiches ist die Bildung von Projektgruppen möglich, die sich nach Erledigung ihres Auftrages wieder auflösen. Leiter der Projektgruppe wird ein entsprechendes Mitglied der Arbeitsgruppe. Die Ergebnisse der Projektgruppe werden der Arbeitsgruppe vorgelegt.
4. Rechenschafts- bzw. berichtspflichtig gegenüber dem Vorstand für den bestimmten Aufgabenbereich ist das entsprechende Vorstandsmitglied.

Mit diesem Modell wird die Mitarbeit von qualifizierten Mitgliedern an der Parteiarbeit ermöglicht und der in der Mitgliedschaft vorhandene Sachverstand für die Partei genutzt.

Nach diesem Modell könnte die Aufgabenverteilung im Kreisvorstand wie folgt vorzunehmen sein:

Kreisvorsitzender

- Leitung des Kreisverbandes
- Vertretung des Kreisverbandes nach außen
- Lenkung und Koordination aller Aufgaben des Kreisvorstandes
- Erfolgskontrolle
- Dienstvorgesetzter des Kreisgeschäftsführers

Stellvertreter

- Koordination der Durchführung der Maßnahmen zwischen Vorstand, Organisation, Fraktionen, Vereinigungen und Ausschüssen

Stellvertreter

- Koordination interne Parteiarbeit
- Information und interne Kommunikation
- Bildung und Mitarbeiterschulung, Mitgliederwerbung
- Öffentlichkeitsarbeit und Werbung

Kreisschatzmeister

- Sicherstellung der Parteifinanzierung
- Verantwortlich für die Vorlage und Überwachung des Haushaltsplanes.

Kreisgeschäftsführer

- Organisation
- Verwaltung
- Beratung und Unterstützung des Kreisvorstandes
- Durchführung aller dem Kreisverband gestellten Aufgaben
- Ausführung der vom Kreisvorstand beschlossenen Maßnahmen
- Unterstützung des Kreisvorsitzenden in der Koordination aller Aufgaben des Kreisvorstandes und bei der Erfolgskontrolle
- Unterstützung der Mitglieder des Kreisvorstandes in deren Aufgabenbereichen

- Leitung der Kreisgeschäftsstelle, in dieser Eigenschaft ist er Dienstvorgesetzter der Mitarbeiter der Kreisgeschäftsstelle
- Durchführung des Haushaltsplanes, Zeichnungs- und Kassenvollmacht im Rahmen des Haushalts- und Stellenplanes

Pressesprecher

- Verbindung und Zusammenarbeit mit der Tagespresse
- Erstellung von Presseberichten und Informationsschriften in Zusammenarbeit mit dem Kreisgeschäftsführer

Beisitzer

Aufgabenbereiche:

- 1.-3. Betreuung der politischen Fachbereiche (z. B. Wohnungsbau, Kultur, Umweltschutz usw.)
4. Stadtteilarbeit
5. Betriebsgruppenarbeit
6. Personalplanung
7. Berufsständische Organisation
8. Kirchen
9. Schüler
10. Lehrlinge, Berufsschulen
11. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in Zusammenarbeit mit dem Pressesprecher
12. Information und interne Kommunikation
13. Bildung und Schulung
14. Zielgruppenarbeit und Vereinigungen, Vereine

Für die Aufgabenbereiche kann eine Arbeitsgruppe gebildet werden.

Für Teilbereiche bzw. einzelne Sachfragen können Projektgruppen eingesetzt werden.

2. Ortsverband

Der Ortsverband ist als unterste Ebene der Parteigliederung der eigentliche Träger der Parteiarbeit in der Bevölkerung. Er muß diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband wahrnehmen.

Zur Durchführung seiner Aufgaben benötigt der Ortsverband

- einen möglichst großen, aktiven Kern freiwilliger Helfer,
- eine die Mitgliederzahl um ein Vielfaches übersteigende Anzahl ausgesuchter Sympathisanten (Multiplikatoren),
- Informations- und Werbematerial und Hilfen aller Art seitens des Kreisverbandes.

Aufgaben im einzelnen:

- Unmittelbare Ansprache der Bevölkerung durch gute Stadtteilarbeit unter Einbeziehung von Initiativen einzelner Bürger und ganzer Gruppen und
- Bekanntmachung der Prinzipien, Grundsätze, Ziele und Aussagen der CDU zu aktuellen politischen Problemen in der Öffentlichkeit durch geeignete Maßnahmen, wie
 - Gespräche zwischen Parteimitgliedern und Mitbürgern,
 - Forumsdiskussionen,
 - Bürgerschaftsversammlungen und andere.
- Herstellung guter Verbindungen zu wichtigen Gruppen und Personen, die Multiplikationsfunktionen wahrnehmen, zu Vereinen und Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften.
- Beteiligung an oder Unterstützung von Initiativen der Bevölkerung, in Bürgeraktionen, Bürgerkomitees oder spontanen Zusammenschlüssen zur Durchsetzung konkreter politischer Entscheidungen und Maßnahmen.

- Werbung neuer Mitglieder und sofortige Einbeziehung in die aktive Arbeit des Ortsverbandes durch entsprechende Bereitstellung vielfältiger interessanter Mitwirkungs- und Verantwortungs-möglichkeiten.
- Begegnung der Gefahr politischer Isolation durch ständigen Kontakt zur Bevölkerung, durch Angebote zur Hilfestellung.
- Durchführung der systematischen Wählerbetreuung durch Hausbesuche und andere Maßnahmen.
- Vertretung der Belange und Interessen der CDU in der Öffentlichkeit.
- Diskussion und Meinungsbildung zur politischen Thematik.

Diese Aufgaben erfordern folgende Maßnahmen:

- Aufstellung eines Aktionsplanes durch den Kreisverband für den vorkommunistischen Raum und Aufgabenteilung auf den aktiven Kern der Mitarbeiter.
- Abstimmung und Zusammenarbeit mit allen Aktivitäten der Vereinigungen und der örtlichen Ausschüsse (Arbeitskreise).
- Zusammenwirken und Mitarbeit in neutralen Organisationen aller Art (Vereinen, Verbänden, Schulen, Kirchen usw.).
- Erfassung der am Ort bestehenden neutralen Organisationen einschließlich der Persönlichkeiten, die in diesen Organisationen tätig sind.
- Einwirkung mit den verschiedensten Maßnahmen auf Zielgruppen (Arbeitnehmer, Jugend, alte Menschen, Frauen, Neubürger u. a.).
- Durchführung von Zielgruppengesprächen.
- Ständige Information aller Mitglieder über die aktuellen politischen Ziele der CDU und Versorgung der Mitglieder mit Argumentationsmaterial.
- Verteilung von Informations- und Werbematerial im vorkommunistischen Raum, Aufstellung von Schaukästen, Briefkästen usw.
- Organisation und Durchführung der örtlichen Veranstaltungen.
- Wahl bzw. Benennung von Delegierten und Beauftragten für örtliche und überörtliche Gremien der Partei.
- Durchführung der örtlichen Werbemaßnahmen bei Wahlkämpfen und gezielten Aktionen.
- Erfassung der Wählermeinung in den einzelnen Stadtbezirken und entsprechende Aktionen zur Beeinflussung der Wählermeinung.
- Aktivierung und Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der kommunalen Mandatsträger.
- Aufbau eines Informationssystems und Sammlung von Informationen über aktuelle politische Situationen, über die politische Stimmung und Weitergabe dieser Informationen an die Kreisgeschäftsstelle.
- Mitwirkung bei allen Fragen der Kommunalpolitik.

Kreisgeschäftsstelle

Der Kreis- und die Ortsverbände können die ihnen gestellten Aufgaben nur dann erfüllen, wenn die Kreisgeschäftsstelle die erforderliche Unterstützung und Hilfeleistung anbieten kann. Deshalb muß die Kreisgeschäftsstelle entsprechend den an die Kreis- und Ortsverbände gestellten Anforderungen technisch und personell ausgestattet sein.

Die Kreisgeschäftsstelle ist die unterste hauptamtliche Ebene der Partei.

Aufgaben der Kreisgeschäftsstelle im einzelnen:

- Ausbau der Geschäftsstelle zu einem Aktions-, Kommunikations- und Dienstleistungszentrum, das die für die Arbeit des Kreisverbandes und der Ortsverbände erforderlichen Einrichtungen, Materialien und technischen Geräte zur Verfügung stellt.
- Auf- und Ausbau eines Informations-, Dokumentations- und kommunalen Archivsystems und Anschluß dieses Systems an die Landes- und Bundespartei.

- Anforderung von Konzeptionen, Materialien, Schriften und Werbematerial für die Öffentlichkeits-, Presse-, Zielgruppen-, Informations- und Bildungsarbeit von den zuständigen Landes- und der Bundesgeschäftsstelle.
- Aufbau eines Beratungsdienstes für die Arbeit in den einzelnen Gliederungen und Gremien des Kreisverbandes.
- Übernahme der Serviceleistungen für den Kreisverband, die Ortsverbände, Vereinigungen und kommunalen Fraktionen.
- Einrichtung einer Datenbank für die Wählerbetreuung, die es ermöglicht, auch Informationen an bestimmte Zielgruppen zu geben.
- Sammlung von Informationen aus den Ortsverbänden durch Mitglieder (z. B. Informationen über politische Entwicklungen, Auswertungen von Aktionen gegnerischer politischer Parteien, Gruppen oder Personen, Stimmungsberichte usw.), die ausgewertet und an die Landes- und Bundesgeschäftsstelle weitergegeben werden.

Welche Tätigkeiten bei einer Kreisgeschäftsstelle anfallen, siehe Anlage 1.

Erforderliche technische Ausstattung:

- elektrische Schreibmaschine(n),
- Diktiergerät
- kleine Poststraße oder Frankier-, Kuvertier-, Falzmaschine,
- Adressiermaschine mit der Möglichkeit der Selektion,
- Zusammentragergerät,
- Fotokopiergerät,
- Kleinoffsetdrucker einschl. Gerät zur Herstellung der offsetfähigen Folien,
- elektrische Kleingeräte,
- Papierschneidemaschine,
- Rechenmaschine,
- Dienstwagen,
- Fernschreiber, die Möglichkeit des Einsatzes eines Fernschreibers müssen gesondert erprobt werden,
- Lautsprecheranlage,
- Informationsbus

Ob durch den Einsatz von EDV-Anlagen eine Entlastung für die Routinearbeit der Kreisgeschäftsstelle möglich ist, muß untersucht werden.

Die Durchführbarkeit dieses Aufgabenkataloges eines Kreisverbandes soll mit den sieben im Modellversuch befindlichen Kreisverbänden erprobt werden.

Einzeldarstellungen der Aufgabenbereiche für jeden Kreisverband werden gesondert erstellt.

ANLAGE

Vorlage der Arbeitsgruppe für die Durchführung der Modellversuche

Betr.: Tätigkeit einer Kreisgeschäftsstelle

Die Kreisgeschäftsstelle unter der verantwortlichen Leitung des Kreisgeschäftsführers muß bei entsprechender personeller Besetzung folgende Tätigkeiten ausüben:

1. Verwaltung:

- Erledigung der Korrespondenz des Kreisverbandes (u. a. Entwerfen und Bearbeitung der Brieftexte für verschiedene Personengruppen und Vorbereitung des Schriftverkehrs für die führenden Persönlichkeiten des Kreisverbandes).
- Verantwortlich für Entwürfe, Herstellung und Versand von Einladungen, Rundschreiben und Mitteilungen zu Veranstaltungen der Ortsverbände, Vereinigungen, Fachausschüsse, Vorstands- und Fraktionssitzungen, Postwurfsendungen usw.

- Verantwortlich für die Führung aller Karteien einschließlich der Vereinigungen und Ausschüsse, Bearbeitung der Neuaufnahmen und Abgänge, Beitragsbuchung auf die Mitgliederkartei. Folgende Karteien sind zu führen:
 - a) Mitgliederkartei – durch ZMK –,
 - b) Sympathisantenkartei – Zielgruppenkartei,
 - c) Multiplikatorenkartei.
- Erledigung der Aufgaben, die von Bundespartei und dem Landesverband gestellt werden.
- Erstellung von Tätigkeitsberichten und Protokollen.
- Führung und Analyse von Statistiken.
- Führung der Registratur und des Archivs.
- Materialeinkauf, Beschaffung, Verteilung und Versand von Informations- und Werbematerial.

2. Finanzen

- Verwaltung der Finanzen des Kreisverbandes.
- Buchführung, die auch den Prüfungen durch Finanzamt und Rechnungsprüfungshöfe standhält.
- Mitwirkung bei der Finanzierung des Kreisverbandes.
- Erstellung der Finanz- und Rechenschaftsberichte.
- Abwicklung des Geldverkehrs.
- Finanzplanung und sachgerechte Abrechnung der Bildungsveranstaltungen des Kreisverbandes und der Vereinigungen.
- Verantwortlich für den regelmäßigen Einzug der Mitgliederbeiträge, Sonderbeiträge und Spenden – Ausstellung der entsprechenden Spendenbescheinigungen.

3. Allgemeine Parteiarbeit

- Laufende Unterrichtung des Kreisvorsitzenden und des Kreisvorstandes über alle wichtigen Vorgänge des politischen Lebens und über die Bestrebungen der politischen Gegner.
- Durchführung der parteiinternen Wahlen auf Kreis- und Ortsebene unter Berücksichtigung der Bestimmungen übergeordneter Gebietsverbände.
- Betreuung der Orts- und Gemeindeverbände, der Veranstaltungen der Ortsverbände, Vereinigungen und Fachausschüsse, dabei Beratung in Fragen der Partei- und Öffentlichkeitsarbeit.
- Koordinierung sämtlicher Termine.
- Organisatorische Vorbereitung aller Parteiveranstaltungen.
- Organisatorische Durchführung von Schulungs- und Bildungslehrgängen.
- Betreuung der Fraktionen der kommunalen Vertretungskörperschaften.

4. Öffentlichkeitsarbeit

- Beobachtung und Auswertung der Berichterstattung in der Presse.
- Kontaktpflege zu Presse, Behörden, Organisationen und Institutionen, Verbänden und Vereinen des Kreisgebietes. Hierzu ist die Anlage einer Kontaktkartei erforderlich („Oeckl“ mit wichtigsten Daten der Verbände, Behörden, Organisationen usw. des Kreisgebietes einschl. der diese repräsentierenden Persönlichkeiten).
- Auswertung von Parteipublikationen, Sammlung und Weitergabe von Informationen und Dokumentationen an Personen und Zielgruppen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.
- Verfassung von Berichten und parteiamtlichen Veröffentlichungen.
- Beobachtung und Auswertung der Tätigkeit anderer Parteien aufgrund von Informationen aus den einzelnen Parteigremien bzw. von Mitgliedern.
- Verantwortlich für Texte für Anzeigen, Plakate, Flugblätter, allgemeine Werbebroschüren usw.
- Organisation des Einsatzes kreiseigener und auswärtiger Redner.

5. Wahlkämpfe

Zentrale Aufgabe des Kreisgeschäftsführers und der Kreisgeschäftsstelle ist die Vorbereitung und Durchführung von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlkämpfen. Viele Maßnahmen gleichen dabei denen zu „normalen“ Zeiten. Jedoch wird hier ein Vielfaches an Einsatz zusätzlich verlangt.

Schwerpunkt der Aufgabenstellung im Wahlkampf sind u. a.:

- Organisatorische Vorbereitung der Kandidatenaufstellungen.
- Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen bei den Kandidatenaufstellungen.
- Vorlage einer Wahlkampfkonzeption.
- Führung der Wahlkämpfe nach den Richtlinien der Bundespartei und des Landesverbandes.

Organisatorische und politische Durchführung der Wahlkämpfe:

- allgemeine Organisation,
- Leitung der Kandidateneinsätze,
- Rednereinsatz,
- Termin- und Rednerkoordination
- Plakatierung
- Herstellung von Wahlbroschüren und Flugblättern (Textentwürfe, Gestaltung, Drucküberwachung)
- Lautsprecherwerbung
- Straßenwahlkampf,
- Ordnerdienst,
- Polizeieinsatz,
- sowie alle Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wie unter 4. dargestellt.
- Auswertung der Wahlergebnisse und Erstellung der Wahlanalyse.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied/Berlin 1967
- Ders.: Das Grundgesetz, Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966
- Ders.: Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie, in: Politische Vierteljahresschrift, 5. Jg., 1964
- Ackermann, Paul: Die Jugendorganisationen der politischen Parteien, in: Gerhard Lehmbuch/Klaus von Beyme/Iring Fetscher (Hrsg.), Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik, München 1971
- Agnoli, Johannes/Brückner, Peter: Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967
- Alemann, Ulrich von: Die politischen Parteien in Deutschland, in: Neue Politische Literatur, 14. Jg., Heft 4, 1971
- Ders.: Mehr Demokratie per Dekret? Innerparteiliche Auswirkungen des Deutschen Parteiengesetzes von 1967, in: Politische Vierteljahresschrift, 13. Jg., Heft 2, 1972
- Alford, Robert R.: Sources of Political Involvement, in: Otto Stammer (Hrsg.), Party Systems, Party Organizations, and the Politics of New Masses, Berlin 1968
- Allardt, Erik/Littunen, Yrjö (Hrsg.): Cleavages, Ideologies and Party Systems, Contributions to Comparative Political Sociology, Turku 1964
- Allen, V. L.: Power in Trade Unions, London 1954
- Almond, Gabriel A./Powell, Bingham G.: Comparative Politics, A Developmental Approach, Boston/Toronto 1966
- Anderson, Lee F.: Organizational Theory and the Study of State and Local Parties, in: William J. Crotty (Hrsg.), Approach to the Study of Party Organizations, Boston 1968
- Apel, Hans: Die Willensbildung in den Bundestagsfraktionen, Die Rolle der Arbeitsgruppen und Arbeitskreise, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1., 1970
- Ardelt, Alfred: Erfahrungen mit Bürgerentscheid und Bürgerbegehren auf Grund von § 21 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, phil. Diss., Heidelberg 1960
- Bachrach, Peter: The Theory of Democratic Elitism, Boston 1967; deutsche Ausgabe: Frankfurt/M. 1970
- Bahr, Hans-Ekkehart (Hrsg.): Politisierung des Alltags, Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens, Darmstadt/Neuwied 1972
- Banfield, Edward C./Wilson, James Q.: Stadtpolitik, in: Rolf-Richard Grauhan (Hrsg.), Großstadtpolitik, Gütersloh 1972
- Banner, Gerhard: Politische Willensbildung und Führung in Großstädten, in: Rolf-Richard Grauhan (Hrsg.), Großstadtpolitik, Gütersloh 1972
- Barnes, Samuel S.: Party Democracy, Politics in an Italian Socialist Federation, New Haven/London 1967
- Ders.: Party Democracy and the Logic of Collective Action, in: William J. Crotty (Hrsg.), Approaches to the Study of Party Organizations, Boston 1968
- Ders.: Participation, Education, and Political Competence, Evidence from a Sample of Italian Socialists, in: American Political Science Review, 60, 1966
- Barry, Brian M.: Economists, Sociologists and Democracy, London 1970
- Baumhauer, Albert: Problemanalyse, in: Material zur Situation der christlich-demokratischen Bewegung in Westeuropa, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz, 1968
- Bavelas, Alex: Leadership, Man and Function, in: Administrative Science Quarterly, 4, 1960
- Becker, Dierk-Eckhard: Die Liquidation der innerparteilichen Demokratie (Das Beispiel Junge Union Hamburg), in: Dierk-Eckhard Becker/Elmar Wiesendahl, Ohne Programm nach Bonn oder Die Union als Kanzlerwahl-Verein, Reinbek bei Hamburg 1972
- Beiträge zum Problem der politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Heft 24, Bonn 1973
- Benda, Ernst: Reform der Parteien und Parlamente; in: Lothar Kraft/Gerhard Reddemann (Hrsg.), Mit der Union in die Zukunft, Bonn 1969
- Benedict, Hans-Jürgen: Basisgruppen und Kommunalpolitik, in: H.-E. Bahr (Hrsg.), Politisierung des Alltags, Darmstadt/Neuwied 1972
- Berger, M.: Parteiidentifikation in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, 17. Jg., Heft 1, 1973
- Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 11. Auflage, München 1965
- Bermbach, Udo: Einwände zum Parteiengesetz; in: Der Politologe, 23, 1967
- Ders.: Probleme des Parteienstaates, Der Fall Littmann, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1, 1970
- Berry, David: Party Membership and Social Participation, in: Political Studies, 17, 1969
- Beyme, Klaus von: Die politischen Theorien der Gegenwart, Eine Einführung, München 1972
- Ders.: Interessengruppen in der Demokratie, München 1969
- Bilstein, H./Hohlbein, H./Klose, H.-U.: Jungsozialisten – Jungdemokraten – Junge Union, Die Nachwuchsorganisationen der Parteien in der Bundesrepublik, Analysen Bd. 11, Opladen 1971
- Blau/Scott: Formal Organizations, A Comparative Approach, San Francisco 1962
- Blondel, Jean: Voters, Parties, and Leaders, The Social Fabric of British Politics, London 1963, Neuauflage 1970
- Blüm, Norbert: Reaktion oder Reform, Wohin geht die CDU?, Reinbek bei Hamburg 1972
- Bluntschli, Johann Caspar: Charakter und Geist der politischen Parteien, Nördlingen 1869
- Bochum-Planung, Bd. 1, hrsg. von der Stadt Bochum 1974
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die Bedeutung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft im demokratischen Sozialstaat der Gegenwart, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', B 49/71
- Bottomore, T. B.: Elite und Gesellschaft, Eine Übersicht über die Entwicklung des Elitenproblems, München 1966
- Breithaupt, Walter: Das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967, in: Juristenzeitung, 1967
- Breitling, Rupert: Die Verbände in der Bundesrepublik, Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise, Meisenheim 1955
- Bremme, Gabriele: Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen 1956
- Brok, Elmar: Bürgerinitiativen – Teil eines strategischen Konzepts, in: Die Entscheidung, 21. Jg., Heft 2, 1973

Ders.: Neuorientierung der Basisarbeit, in: *Die Entscheidung*, 21. Jg., Heft 1, 1973

Buchheim, Karl: *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*, München 1953

Burke, Warner W.: *Leadership Behavior as a Function of the Leader, the Follower, and the Situation*, in: *Journal of Personality*, 33, 1965

Caplow, Theodore: *Principles of Organization*, New York 1964

Cassinelli, C. W.: *The Law of Oligarchy*, in: *American Political Science Review*, 47, 1953

CDU-Dokumentation, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, 1969

Charlesworth, James C. (Hrsg), *Contemporary Political Analysis*, New York 1967

Chauvistré, Norbert: *Die CDU und ihre Vereinigungen – Beispiel: Sozialausschüsse*, in: *Sonde, Neue Christlich Demokratische Politik*, 6. Jg., 2/73

Conze, Werner: *Nachwort zur Neuauflage von Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens*, Stuttgart 1970

Crotty, William J. (Hrsg): *Approach to the Study of Party Organizations*, Boston 1968

Ders.: *Political Parties Research*, in: Michael Haas/Henry S. Kariel (Hrsg), *Approaches to the Study of Political Science*, Scranton/Penn. 1970

Daalder, Hans: *Parties, Elites, and Political Development in Western Europe*, in: LaPalombara/Weiner, *Political Parties and Political Development*, Princeton 1966

Dahl, Robert A.: *Further Reflections on 'the Elitist Theory' of Democracy*, in: *American Political Science Review*, 1966

Dahrendorf, Ralf: *Aktive und passive Öffentlichkeit*, in: *Merkur*, 21, 1967

Ders.: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965

Dettling, Warnfried: *Demokratisierung – Anfang oder Ende der Demokratie?* in: *Eichholzbrief*, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz, Heft 3, 1971

Deuerlein, Ernst: *CDU/CSU 1945–1957, Beiträge zur Zeitgeschichte*, Köln 1957

Diederich, Nils: *Party Member and Local Party Branch, Some Initial Findings of a Pre-Study on Membership Participation and Branch Meetings in Berlin Parties*, in: Otto Stammer (Hrsg), *Party Systems, Party Organizations, and the Politics of New Masses*, Berlin 1968

Ders.: *Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD*, in: Dittberner/Ebbighausen, *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen 1973

Dittberner, Jürgen: *Bürgerinitiative als partielles Partizipationsbegehren, Überlegungen aus Anlaß eines städtebaulichen Entscheidungsprozesses in Berlin-Wilmersdorf*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 2, 1973

Ders.: *Der Wirtschaftsrat der CDU e.V.*, in: Dittberner/Ebbighausen (Hrsg), *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen 1973

Ders.: *Die Rolle der Parteitage im Prozeß der innerparteilichen Willensbildung*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 11. Jg., Heft 2/3, 1970

Ders.: *Entwicklungstendenzen des Parteiensystems in der Bundesrepublik*, in: Dittberner/Ebbighausen, *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen 1973

Ders.: *Neuere deutschsprachige Parteienliteratur*, in: *Politische Vierteljahresschrift* Nr. 1/1972, S. 145–147

Ders. u. Ebbighausen, Rolf: *Parteiensystem in der Legitimationskrise, Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1973

Döhn, Lothar: *Politik und Interesse, Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei*, Meisenheim am Glan 1970

Drewe, Paul: *Sozialforschung in der Regional- und Stadtplanung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 18, Jg. 1966, Heft 1

Dübber, Ulrich: *Parteifinanzierung in Deutschland, Eine Untersuchung über das Problem der Rechenschaftslegung in einem künftigen Parteiengesetz*, Köln und Opladen 1962

Duverger, Maurice: *Die politischen Parteien*, Tübingen 1959

Ebbighausen, Rolf: *Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie*, in: Dittberner/Ebbighausen (Hrsg), *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen 1973

Ders. u. Kaltenborn, Wilhelm: *Arbeiterinteressen in der CDU? Zur Rolle der Sozialausschüsse*, in: Dittberner/Ebbighausen (Hrsg), *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen 1973

Eckert, Roland: *Politische Partizipation und Bürgerinitiative*, in: *Partizipation, Aspekte politischer Kultur, Offene Welt*, Nr. 101, Opladen 1970

Eckstein, Harry: *A Theory of Stable Democracy*, Princeton 1961

Egen, Peter: *Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, Bamberg 1971

Ehmke, Horst: *'Staat' und 'Gesellschaft' als verfassungstheoretisches Problem*, in: *Staatsverfassung und Kirchenordnung, Festgabe für Rudolf Smend*, Tübingen 1962

Eldersveld, Samuel J.: *Political Parties, A Behavioral Analysis*, Chicago 1964

Ellwein, Thomas: *Die Machtstruktur in Westdeutschland*, in: *Die neue Gesellschaft*, 12, 1965

Elschner, Gerhard: *Leitstudie über die Bedingungen und Probleme politischer Arbeit in der Großstadt*, in: *Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft*, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz und dem Wissenschaftlichen Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., ergänzte und überarbeitete Neuauflage 1967/68

Engelman, Frederick C.: *A Critique of Recent Writings on Political Parties*, in: *Journal of Politics*, 29, 1959

Etzioni, Amitai: *Two Approaches to Organizational Analysis*, in: *Administrative Science Quarterly*, 1960/61

Euchner, Walter: *Der Parlamentarismus der Bundesrepublik als Gegenstand politikwissenschaftlicher Untersuchungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 10, 1969

Fainsod, Merle: *Wie Rußland regiert wird*, Köln/Berlin 1965

Falke, Wolfgang: *Funktionale Parteiorganisation*, Bonn 1973

Faul, Erwin: *Parteidemokratie, Stil und Aufgabe der Bundesparteitage*, in: *Die Gegenwart*, 9. Jg. 1956

Ders.: *Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens in der Geschichte des politischen Denkens*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 5. Jg. 1964

Ders. (Hrsg): *Wahlen und Wähler in Westdeutschland*, unter der Mitarbeit von Dolf Sternberger, Friedrich Erbe und Peter Molt, Villingen 1960

Festinger, Leon/Schachter, Stanley/Back, Kurt: *Social Pressures in Informal Groups*, New York 1950

Flanigan, William/Fogelman, Edwin: *Functional Analysis*, in: James C. Charlesworth (Hrsg), *Contemporary Political Analysis*, New York 1967

Flechtheim, Ossip K.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 1 ff, Berlin 1962 ff

Ders.: Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973

Ders.: Parteien, in: Karl Dietrich Bracher/Ernst Fraenkel (Hrsg), Staat und Politik, Frankfurt/M. 1964

Flohr, Heiner: Parteiprogramme in der Demokratie, Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik, Göttingen 1968

Förtsch, Eckart/Mann, Rüdiger: Die SED, Stuttgart 1969

Forsthoff, Ernst: Zur verfassungsrechtlichen Stellung und inneren Ordnung der Parteien, in: Die politischen Parteien im Verfassungsrecht, Tübingen 1950

Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, 4. Auflage, Stuttgart 1968

Ders.: Strukturanalyse der modernen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 49/69

Fromme, Friedrich Karl: Parteienfinanzierung und Bundesverfassungsgericht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 23/69

Fülles, Mechthild: Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969

Gabriel, Oscar W.: Innerparteiliche Demokratie, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz, Bonn 1973

Gagel, W. (Hrsg): Zur Rolle und Funktion der Parteien, Stuttgart 1967

Gatlin, Douglas S.: Toward a Functionalist Theory of Political Parties, Inter-Party Competition in North-Carolina, in: William J. Crotty (Hrsg), Approaches to the Study of Party Organization, Boston 1968

Gayer, Kurt: Das große Verhör, Fug und Unfug der Demoskopie, Gütersloh 1969

Gebauer, Bernhard: Rolle und Funktion kommunalpolitischer Opposition und die Marginalfunktion der Vereinigungen, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, Bonn 1973

Göb, Rüdiger: Vom Auftrag der Partei zur Lösung ihrer Strukturprobleme, in: Sonde, Neue Christlich Demokratische Politik, 4. Jg., 3/71

Ders.: Gedanken zur Basisarbeit der CDU, in: Sonde, Neue Christlich Demokratische Politik, 5. Jg., 1-2/72

Ders.: Kommunalpolitik und Parteiorganisation, in: Kommunalpolitische Blätter, 25. Jg., Heft 5/6, 1973

Grasser, Ulrich: Die Mitbestimmungsdebatte in der CDU – eine exemplarische Analyse eines Gruppenkonflikts, unveröffentlichte Diplomarbeit an der FU Berlin 1970

Ders.: Die CDU und die Junge Union, in: Dittberner/Ebbighausen (Hrsg), Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973

Grauhan, Rolf-Richard (Hrsg): Großstadtpolitik, Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie, Gütersloh 1972

Ders.: Der politische Willensbildungsprozeß in der Großstadt, in: ders. (Hrsg), Großstadtpolitik, Gütersloh 1972

Gronemeyer, Reiner: Basisdemokratie oder Elitenherrschaft? Bürgerinitiativen im organisierten Alltag, in: H.-E. Bahr (Hrsg), Politisierung des Alltags, Darmstadt/Neuwied 1972

Gross, Feliks: Beginnings of Major Patterns of Political Parties, in: Politico, 30, 1965

Gross, Johannes: Die Deutschen, Frankfurt/M. 1967

Grossmann, Heinz (Hrsg): Bürgerinitiativen, Schritte zur Veränderung? Frankfurt/M. 1971

Gude, Sigmar: Der Bedeutungswandel der Stadt als politische Einheit, in: Hermann Korte (Hrsg), Zur Politisierung der Stadtplanung, Düsseldorf 1971

Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962

Hätlich, Manfred: Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung im föderativen Verfassungsstaat (BRD), erschienen in der Reihe „Untersuchungen und Beiträge zu Politik und Zeitgeschehen“, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., o. O., o. J.

Ders.: Innerparteiliche Demokratie und politische Willensbildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 49/69

Ders.: Zur Typologie politischer Parteien, in: Politische Bildung, Schriftenreihe des Ernst Klett Verlages, Stuttgart, Heft 1, 1. Jg. 1967

Hamblin, Robert L.: Leadership and Crisis, in: Sociometry, 21, 1958

Hands, Gordon: Roberto Michels and the Study of Political Parties, in: British Journal of Political Science, 1, 1971

Haungs, Peter: Innerparteiliche Demokratie im parlamentarischen Regierungssystem, in: Civitas, 4, 1965

Hennessy, Bernhard: On the Study of Party Organization, in: William J. Crotty (Hrsg), Approaches to the Study of Party Organizations, Boston 1968

Hennis, Wilhelm: An den Plänen gescheitert, in: Deutsche Zeitung – Christ und Welt, Nr. 5, 1972

Ders.: Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, aus der Reihe „Recht und Staat“, Tübingen 1957

Hermens, Ferdinand A.: Mehrheitswahlrecht oder Verhältniswahlrecht, Berlin/München 1949

Herzog, Dietrich: Karrieren und politische Professionalisierung bei CDU/CSU, SPD und FDP, in: Dittberner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973

Hesse, Konrad: Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen Staat, in: Veröffentlichung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Heft 17, 1959

Hilger, Dietrich: Die demokratischen Parteien und die Parteiendemokratie, Ein Literaturbericht, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von Heinz-Dietrich Ordlieb, Bd. 1, Tübingen 1956

Hillery, George A.: Definitions of Community, Areas of Agreement, in: Rural Sociology, 20, 1955

Hirsch-Weber, Wolfgang: Politik als Interessenkonflikt, Stuttgart 1969

Indik, Bernhard P.: Some Effects of Organization Size on Member Attitudes and Behavior, in: Human Relations, 16, 1963

IRES-Marketing Gesellschaft für Markt-, Motiv- und Werbeforschung: Die Großstadt, Problemprofil und Erlebnisumfeld, Ergebnisse einer demoskopischen Untersuchung in 18 Großstädten von Nordrhein-Westfalen, erarbeitet für das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1973

Jäger, Wolfgang (Hrsg): Partei und System, Eine kritische Einführung in die Parteienforschung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973

Ders.: Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, in: ders. (Hrsg), Partei und System, Stuttgart 1973

Jaeggi, Urs: Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, Frankfurt/M. 1973

Jaide, Walter: Jugend und Demokratie, München 1970

Kaack, Heino: Die Basis der Parteien, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2., 1971

Ders.: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971

Kaase, Max: Wechsel von Parteipräferenzen, Meisenheim am Glan 1967

Kanitz, Horst: Darstellung und Analyse der Untersuchungsergebnisse sozioempirischer Studien zur Kommunalpolitik, hrsg. vom Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung, o. O., o. J.

Kaufmann, Herbert: Organization Theory and Political Theory, in: American Political Science Review, 58, 1964

Kelsen, Hans: Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Auflage 1929, Neudruck Aalen 1963

Kerr, C.: Unions and Union Leaders of their own Choosing, New York 1967

Kevenhörster, Paul: Demokratiekonzeptionen und Demokratisierungsbestrebungen, in: Ludwig Erhard/Kurt Bräuß/Bernhard Hagemeyer (Hrsg), Grenzen der Demokratie? Probleme und Konsequenzen der Demokratisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf/Wien 1973

Kierey, Karl-Joachim: Ist die CDU eine Volkspartei, in: Sonde, Neue Christlich Demokratische Politik, 5. Jg., Heft 3, 1973

Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg., 1965

Ders.: Parteistruktur und Massendemokratie in Europa, in: Archiv des öffentlichen Rechts, 79, 1953/54

Koch, Horst-Joachim: Theoretische und praktische Probleme der politischen Arbeit, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, Bonn 1973

König, René: Die soziale Struktur der Stadt, in: Soziologische Orientierung, Köln 1965

Ders.: Gemeinde, in: ders. (Hrsg), Soziologie, Neuausgabe Frankfurt/M. 1969

Ders.: Grundformen der Gesellschaft, Die Gemeinde, Reinbek bei Hamburg 1958

Köser, Helmut: Empirische Parteienforschung, Versuch einer systematischen Bestandsaufnahme, in: Wolfgang Jäger (Hrsg), Partei und System, Stuttgart 1973

Ders.: Innovationsprozesse in der SPD, Bericht über eine Fallstudie, Referat für die dritte Tagung der Arbeitsgruppe ‚Comparative Politics‘ der deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft

Ders.: Parteien und Verbände in westlichen Demokratien, in: Wolfgang Jäger (Hrsg), Partei und System, Stuttgart 1973

Köttgen, Arnold: Kommunale Selbstverwaltung zwischen Krise und Reform, Stuttgart 1968

Kohl, Helmut: Zwischen Ideologie und Pragmatismus, Aspekte und Ansichten zu Grundfragen der Politik, Bonn 1973

Kreuzer, Clemens: Die CDU Bochum, gestern–heute–morgen, hrsg. vom Kreisverband Bochum der Christlich Demokratischen Union aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens, Bochum 1972

Krippendorf, Ekkehart: Das Ende des Parteienstaates, in: Der Monat, Heft 160, 1962

Krüger, Herbert: Allgemeine Staatslehre, Stuttgart 1964

Kühr, Herbert: Probleme innerparteilicher Demokratie in der CDU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, B 34–35/74

Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktionen politischer Parteien, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Heft 24, Bonn 1973

LaPalombara, Joseph/Weiner, Myron: Political Parties and Political Development, Princeton 1966

Dies.: The Origin and Development of Political Parties, in: dies., Political Parties and Political Development, Princeton 1966

Lasswell, Harold/Kaplan, Abraham: Power and Society, New Haven 1950

Lauer, Heinz: Die demokratische Ordnung, Eine Einführung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 2. Auflage 1970

Ders.: Zur staatlichen Finanzierung der politischen Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, B 44/66, 1966

Lechner, Kurt: Reform der Partei, in: JU-Digest, Offizielles Bundesorgan der Jungen Union Deutschlands für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte, 2. Jg., Nr. 2, 1973

Lehmbruch, Gerhard: Konkordanzdemokratie in internationalen Systemen, in: Die anachronistische Souveränität, Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift 1969

Leibholz, G./Rinck, H. J.: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Köln und Marienberg 1966

Leibholz, Gerhard: Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert, 3. Auflage, Berlin 1966

Ders.: Parteienstaat des Bonner Grundgesetzes, in: Recht, Staat und Wirtschaft, Bd. 3, 1951

Ders.: Repräsentativer Parlamentarismus und parteienstaatliche Demokratie, in: Kurt Kluxen (Hrsg), Parlamentarismus, Köln 1967

Ders.: Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958

Leitfaden für die Mitgliederwerbung, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn 1972

Leitfaden zur Meinungsbildung in der Partei, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn o. J.

Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, in der Reihe ‚Politica‘, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, hrsg. von Wilhelm Hennis und Hans Maier, Bd. 26, Neuwied 1968

Lenz, Carl Otto: Ist die Freiheit des Abgeordneten veraltet und historisch überholt? Antwort auf Udo Bernbach, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1, 1970

Lenz, Helmut/Sasse, Christoph: Parteiausschluß und Demokratiegebot, in: Juristenzeitung, 17, 1962

Lewytzkij, Boris: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, Porträt eines Ordens, Stuttgart 1967

Liepelt, Klaus/Mitscherlich, Alexander: Thesen zur Wählerfluktuation, Frankfurt/M. 1969

Lintz, Gerd: Die politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, Baden-Baden 1973

Lipset, Seymour Martin: Party Systems and the Representation of Social Groups, in: Archive Européenne de Sociologie, 1, 1960

Ders. u. Trow/Coleman: *Union Democracy, The Internal Politics of the International Typographical Union*, Glencoe Illinois 1956

Ders. u. Rokkan, Stein: *Party Systems and Voter Alignments*, New York 1967

Literaturverzeichnis der politischen Wissenschaften, hrsg. von der Hochschule für politische Wissenschaften München, 1. Jg. 1952ff

Loewenberg, Gerhard: *Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Tübingen 1969

Lohmar, Ulrich: *Innerparteiliche Demokratie, Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1963

Ders.: *Politik in der Hauptschule*, Gütersloh 1970

Long, Norton E.: *The Local Community as an Ecology of Games*, in: *The American Journal of Sociology*, 64, Nr. 3, 1958

Lowi, Theodore: *Toward Functionalism in Political Science, The Case of Innovation in Party Systems*, in: *The American Science Review*, 57, 1963

Ludz, Peter Christian: *Parteielite im Wandel, Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Parteiführung, Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Köln/Opladen, 3. Auflage 1970

Luhmann, Niklas: *Funktionen und Folgen formaler Organisation*, Berlin 1964

Lukács, Georg: *Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Rezension*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, 1928

March, James, G.: *An Introduction to the Theory and Measurement of Influence*, in: *American Political Science Review*, 49, 1955

Ders. u. Simon: *Organizations*, New York 1958

Massing, Otwin: *Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses*, in: Gisela Kress/Dieter Senghaas (Hrsg), *Politikwissenschaft, Eine Einführung in ihre Probleme*, Frankfurt/M. 1969

Material zur Situation der christlich-demokratischen Bewegung in Westeuropa, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 1968

May, John D.: *Democracy, Organizations, Michels*, in: *American Political Science Review*, 59, 1969

Mayntz, Renate: *Lokale Parteigruppen in der kleinen Gemeinde*, in: *Zeitschrift für Politik*, 2. Jg. 1955

Dies.: *Parteigruppen in der Großstadt, Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU*, Köln/Opladen 1959

Dies.: *Soziologie der Organisation*, 3. Auflage, Reinbek bei Hamburg 1968

Dies. u. Ziegler, Rolf: *Soziologie der Organisation*, in: *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 2, Stuttgart 1969

McKenzie, Robert T.: *British Political Parties, The Distribution of Power within the Conservative and Labour Party*, 2. Auflage, London 1964

Ders.: *Parties, Pressure Groups, and the British Political Process*, in: Richard Rose (Hrsg), *Studies in British Politics*, New York 1966

Menacher, Peter: *Jugendliche und Parteien, Ein Beitrag zur politischen Bildung unter besonderer Berücksichtigung der Kenntnisse und Stellungnahmen der Schüler beim Abschluß der Hauptschule*, 2. Auflage, München 1972

Menzel, Eberhard: *Staatliche Parteifinanzierung und moderner Parteienstaat*, in: *Die öffentliche Verwaltung*, 19. Jg., Heft 17/18, 1966

Merger, Christian-Friedrich: *Zur verfassungsrechtlichen Stellung der politischen Parteien*, in: *Archiv für öffentliches Recht*, 78, 1952

Merton, Robert K.: *Social Theory and Social Structure*, 3. erweiterte Auflage, Glencoe 1957

Meyer, Armin: *Parteiaktivitäten und Einstellungen von CDU- und SPD-Mitgliedern*, in: Dittbener/Ebbighausen, *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen 1973

Michels, Robert: *Der konservative Grundzug der Parteiorganisation*, in: *Monatsschrift für Soziologie*, hrsg. von Abrotes Eleutheropulos und Baron von Engelhardt, 1. Jg., Leipzig 1909

Ders.: *Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig 1911, Neuausgabe der 2. Auflage hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Werner Conze, Stuttgart 1970

Milbrath, Lester W.: *Political Participation. How and why do people get involved in politics?* Chicago 1965

Moos/Koslin: *Prestige Suggestion and Political Leadership*, in: *Public Opinion Quarterly*, 16, 1952

Mühleisen, Hans-Otto: *Organisationstheorie und Parteienforschung*, in: Wolfgang Jäger (Hrsg), *Partei und System*, Stuttgart 1973

Ders.: *Theoretische Ansätze der Parteienforschung, Eine exemplarische Literaturübersicht*, in: Wolfgang Jäger (Hrsg), *Partei und System*, Stuttgart 1973

Müller, Christoph: *Das imperative und freie Mandat, Überlegungen zur Lehre von der Repräsentation des Volkes*, Leiden 1966

Müller, Emil-Peter: *Wahlverein oder Partei?* in: *Die Entscheidung*, 21. Jg., Heft 8, 1973

Müller, Horst-W.: *Die Bürgerbeiträge in den Großgemeinden der Bundesrepublik*, Diss. Mainz 1970/71

Müller, Ute: *Die demokratische Willensbildung in den politischen Parteien*, Mainz 1967

Narr, Wolf-Dieter: *CDU-SPD, Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966

Ders.: *Theoriebegriffe und Systemtheorie*, Stuttgart 1969

Naschold, Frieder: *Demokratie und Komplexität*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 9, 1968

Ders.: *Organisation und Demokratie, Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen*, 2. Auflage Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971

Neumann, Erich Peter: *Links und rechts in der CDU, Die Bedeutung der Sozialausschüsse*, in: *Deutsche Korrespondenz*, 28, 1967

Neumann, F.: *Approaches to the Study of Political Power*, in: *Political Science Quarterly*, 1950

Neumann, Sigmund: *Toward a Comparative Study of Political Parties*, in: ders. (Hrsg), *Modern Political Parties*, Chicago 1956

Noelle-Neumann, Elisabeth: *Umfragen in der Massengesellschaft*, 4. Auflage, Reinbek bei Hamburg 1968

Oberndörfer, Dieter: *Demokratisierung von Organisationen*, in: ders. (Hrsg), *Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung, Einführung und Kritik*, Berlin 1971

Oel, Peter: *Die Gemeinde im Blickfeld ihrer Bürger, Eine empirisch-soziologische Studie*, erschienen in der Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972

Offe, Claus: Zum politischen Stellenwert von Bürgerinitiativen, in: Rolf-Richard Grauhan (Hrsg), Großstadtpolitik, Gütersloh 1972

Olson, Mancur: Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968

Ostrogorski, Moisei: Democracy and the Organization of Political Parties, Paris 1903, Neuausgabe von S. M. Lipset in zwei Bänden, Chicago 1964

Ostrom, Vincent/Tiebout, Charles M./Warren, Robert: Die politische Organisation in Stadtregionen, in: Rolf-Richard Grauhan (Hrsg), Großstadtpolitik, Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie, Gütersloh 1972

Pappi, F. U.: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 1973

Pfeil, Elisabeth: Politische und kirchliche Gemeinde in der Großstadt, in: Arnold Gehlen/Helmut Schelsky (Hrsg), Soziologie, Ein Lehrbuch und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, Düsseldorf 1955

Plamenatz, J.: Electoral Studies and Democratic Theory, in: Political Studies 1958

Pütz, Helmuth: Die Christlich Demokratische Union, Entwicklung, Aufbau und Politik, in der Reihe 'Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland', Bonn 1971

Ders. u. Radunski, Peter/Schönbohm, Wulf/Simon, Uwe-Rainer: 18 Thesen zur Reorganisation der CDU, in: Sonde, Neue Christlich Demokratische Politik, 6. Jg., 3-4/73

Radbruch, Gustav: Die politischen Parteien, in: Handbuch des deutschen Staatsrechts, Bd. 1, Tübingen 1930

Radunski, Peter: Zum Generationswechsel in Parteien, Die Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren in der CDU, in: Reale Utopien – Glanz und Elend der Parteien, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1970

Ranney, Austin: The Doctrine of Responsible Party Government, Urbana 1962

Ders. u. Kendall, Willmoore: Democracy and the American Party System, New York 1956

Rapoport, Anatol: Various Meanings of 'Theory', in: American Political Science Review, Nr. 52, 1958

Raschke, Joachim: Wie wählen wir morgen? Verhältnis- oder Mehrheitswahl in der Bundesrepublik, Berlin 1967

Riesmann, David: Die einsame Masse, Reinbek bei Hamburg 1958

Rinsche, Günter: Die CDU in den Großstädten, in: Dietrich Rollmann (Hrsg), Die Zukunft der CDU, Hamburg 1968

Rollmann, Dietrich (Hrsg): Die Zukunft der CDU, Hamburg 1968

Roloff, Ernst-August: Demokratie ohne Parteien? Entwicklungstendenzen parlamentarischer Regierungsformen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', B 45/64

Rose, Richard (Hrsg): Studies in British Politics, New York 1966

Ders.: The Political Ideas of English Party Activists, in: American Political Science Review, 56, 1962

Roth, Wolfgang (Hrsg): Kommunalpolitik für wen? Arbeitsprogramm der Jungsozialisten, Frankfurt/M. 1971

Schäfer, Gert/Nedelmann, Carl: Der CDU-Staat, Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967

Scharpf, Fritz: Demokratie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz 1970

Scheuner, Ulrich: Die Parteien und die Auswahl der politischen Leitung im demokratischen Staat, Zur verfassungsrechtlichen Stellung der Parteien, in: Die öffentliche Verwaltung, 11, 1958

Ders.: Das repräsentative Prinzip in der modernen Demokratie, in: Kurt Kluxen (Hrsg), Parlamentarismus, Köln 1967

Ders.: Parteiengesetz und Verfassungsrecht, in: Die öffentliche Verwaltung, 1968

Schieder, Theodor: Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München 1958

Schiffirin, Alexander: Parteiapparat und Parteidemokratie, in: Die Gesellschaft, Internationale Revue für Sozialismus und Politik, hrsg. von Rudolf Hilferding, Berlin, 7. Jg., 1930

Schiller, Theo: Parteien und Bürgerinitiativen, in: Partizipation, Aspekte politischer Kultur, Offene Welt, Nr. 101, Opladen 1970

Schlesinger, Joseph A.: Political Party Organizations, in: James G. March (Hrsg), Handbook of Organizations, Chicago 1965

Schmelzer, Horst/Becker, Reiner: Material für eine Analyse politischer Machtstrukturen in Gemeinden, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz, o. O., 1968

Schmidtchen, Gerhard: Die befragte Nation, Frankfurt/M. 1965

Schmitz, Mathias: Die Funktion der Parteien im parlamentarischen Regierungssystem, in: W. Gagel (Hrsg), Zur Rolle und Funktion der Parteien, Stuttgart 1967

Schönbohm, Wulf: Funktion, Entstehung und Sprache von Parteiprogrammen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament' B 34-35/74

Schubert, Dirk: Der 'Untertan' wird unbequem, Sind Bürgerinitiativen ein Zeichen für ein neues Demokratiebewußtsein?, in: Deutsche Zeitung, Christ und Welt, Nr. 24, 1972

Schütz, Klaus: Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart und Düsseldorf 1955

Schulz, Gerhard: Die Organisationsstruktur der CDU, in: Zeitschrift für Politik, 3. Jg., Heft 2, 1956

Schumann, Hans-Gerd: Die politischen Parteien in Deutschland nach 1945, Ein bibliographisch systematischer Versuch, Frankfurt/M. 1967

Schuster, Hans: Die Heerschau der Parteien, Theorie und Praxis der Parteitage, in: Politische Studien, Heft 88/89, 1957

Scarrow, Howard A.: The Function of Political Parties, A Critique of the Literature and the Approach, in: Journal of Politics, Nr. 29, 1967

Seasholes, Bradbury: Voting, Interest Groups and Parties, Glanview/Illinois 1966

See, Hans: Volkspartei im Klassenstaat, oder das Dilemma der innerparteilichen Demokratie, Reinbek bei Hamburg 1972

Soell, Hartmut: Fraktion und Parteiorganisation, Zur Willensbildung der SPD in den 60er Jahren, in: Politische Vierteljahresschrift, 10. Jg., Heft 4, 1969

Sontheimer, Kurt: Der demokratische Prozeß in den Parteien, in: Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Zeitgeschichte, Bd. 12: Parteien, Wahlrecht, Demokratie

Stammer, Otto (Hrsg): Party Systems, Party Organizations, and the Politics of New Masses, Berlin 1968

Ders.: Politische Soziologie, in: Arnold Gehlen/Helmut Schelsky (Hrsg), Soziologie, Düsseldorf 1955

Ders.: Interessenverbände und Parteien, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1957

Ders.: Zum Elitenbegriff in der Demokratieforschung, in: ders., Politische Soziologie und Demokratieforschung, Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Soziologie und Politik, Berlin 1965

Statistisches Jahrbuch der Stadt Bochum, 20. Jg. 1973, Berichtsjahr 1972, hrsg. vom Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Bochum, 1973

Steffani, Winfried: Zur Kritik am Parteienstaat und zur Rolle der Opposition, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', B 45/65

Ders. (Hrsg.): Parlamentarismus ohne Transparenz, Opladen 1971

Steiner, Wolfgang: SPD-Parteitage 1964 und 1966, Analyse und Vergleich, Meisenheim am Glan 1970

Sternberger, Dolf: Das angebliche Unrecht der Parteiregierung, in: Kurt Kluxen (Hrsg), Parlamentarismus, Köln 1967

Topitsch, Ernst (Hrsg): Logik der Sozialwissenschaften, Köln/Berlin 1970

Tormin, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1948, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966

Treitschke, Heinrich von: Parteien und Fraktionen, in: Preußische Jahrbücher, hrsg. von Heinrich von Treitschke und Wilhelm Wehrenpfennig, 27. Bd., Berlin 1971

Triepel, Heinrich: Die Staatsverfassung und die politischen Parteien, Berlin 1928

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur staatlichen Parteienfinanzierung vom 19.7.1966, BVerfGE 20

Valen, Henry/Katz, Daniel: Political Parties in Norway, A Community Study, Oslo/London 1964

Varain, Heinz-Josef: Das Parlament im Parteienstaat, in: Politische Vierteljahresschrift, 5, 1964

Ders.: Parteien und Verbände, Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945-1958

Verba, Sidney: Political Participation and Strategies of Influence, A Comparative Study, in: Acta Sociologica, 6, 1962

Walker, J. L.: A Critique of the Elitist Theory of Democracy, in: American Political Science Review, 1966

Warren, Roland L.: Eine sozialpsychologische Analyse der bürgerschaftlichen Tätigkeiten in Stuttgart, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie IX, Nr. 4, 1957

Weber, Max: Parteitypen und Parteistrukturen, in: Lenk/Neumann (Hrsg), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, in der Reihe „Politica“, Bd. 26, Neuwied 1968

Weber-Schäfer, Peter: ‚Sozial‘ und ‚Rational‘, Anmerkungen zur Demokratiediskussion, in: Der Staat, Heft 1, 1968

Wehner, Herbert/Friedrich, Bruno/Nau, Alfred: Parteiorganisation, Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1969

Wootton, G.: Parties in Union Government, The Association of Engineering and Shipbuilding Draughtsmen, in: Political Studies 1961

Zeuner, Bodo: Innerparteiliche Demokratie, Berlin 1969

Ders.: Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965, Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese, Den Haag 1970

Ders.: Wahlen ohne Auswahl, Die Kandidatenaufstellung zum Bundestag, in: Winfried Steffani (Hrsg), Parlamentarismus ohne Transparenz, Opladen 1971

Ziebill, Otto: Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 2. Auflage 1971

Zieburg, Gilbert (Hrsg): Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt 1969

Zimpel, Gisela: Der beschäftigte Mensch, Beiträge zur sozialen und politischen Partizipation, München 1970

Dies.: Selbstbestimmung oder Akklamation, Politische Teilnahme in der bürgerlichen Demokratietheorie, Stuttgart 1972

Zorn, Rudolf: Autorität und Verantwortung in der Demokratie, Würzburg 1960

REGISTER

(die kursiv gesetzten Zahlen verweisen auf
Textstellen in der Dokumentation)

- Abgeordnete 14, 39, 71, 83 f., 98
 Aktionen 88, 195
 Aktivität 9, 19 ff., 28, 36, 40, 70, 75, 100,
 160
 Amtsdauer 68, 84
 Anträge 61 ff., 76 f., 88 ff., 110, 146—155,
 157—160, 162 f., 188
 Arbeiter 70—73, 89 f., 158, 181 f., 185,
 189, 199
 — partei 8
 Arbeitsgemein-
 schaften/A.kreise 57—60, 71, 85, 93—96,
 104, 110, 113, 123, 128 f., 159, 171,
 179, 196
 Aufgabenverteilung 67, 109, 113, 150 f.,
 174 f., 201 ff.
 Außensteuerung 23 f.
 Ausschüsse 57—60, 104, 110, 161
 Austritte 71, 84, 119, 180 f., 182, 193
 Autorität 18 f., 21

 Bedürfnisse 43 f., 49 f., 103
 Beiräte 57
 Beitritt 19, 71
 Betriebsgruppen 89, 135, 185
 Bildung, polit. 40, 88, 91, 151, 154, 186,
 188
 Bürgerinitiativen 52 ff., 111
 Bürokratie 10, 20, 23, 28, 57, 79, 108
 Bundestag 36 f.

 CDA siehe Sozialausschüsse

 Delegierte 15, 22, 60 ff., 153 f., 158 f.
 Demokratie 11 ff., Kapitel 2. passim, 41,
 104—107, 112, 114, 193
 Demoskopie 24

 Effektivität 17, 20 f., 25, 30, 105—107
 Eliten 10, 23, 29
 Engagement 18, 28
 Entstehung v. Parteien 4 f.
 Evangelischer Arbeitskreis 93, 95

 Fachausschüsse 57—60, 64, 85, 123, 142
 — leute 95 f., 104
 Finanzen 35 f., 61 f., 144 f., 157

 Fraktion 37 f., 71, 98 f., 112, 125, 137 f.,
 147, 168—171
 — bildung 28 f., 96, 105 f.
 Frauen 70, 72 f., 184, 189, 199
 — vereinigung 86 ff., 99, 133 f.; 193—196
 Führung 14 f., 18, 21 ff., 27 f., 68, 113, 115
 — auslese siehe Selektion
 — strukturen 71—74
 Funktionäre 26, 108, 115
 Funktionale Parteientheorie 6 f.
 Funktionen 17, 39 ff., 82, 102 f., 114 f.

 Gemeinde Kapitel 4. passim, 102
 Geschäftsbericht 62, 77, 128—142, 163—
 168, 171 ff., 175—179, 183—191, 193 ff.
 — ordnung 126 f.
 Geschäftsft. Vorstand 67, 123, 131
 Geschlossenheit 85, 104 f.
 Gewerkschaften 158, 163, 182
 Gliederung 56—60, 105, 124 f.
 Großstadt 43, 47, 50
 Grundgesetz 34 ff.
 Gruppierungen 12, 104—109, 114

 Hierarchie 14, 113

 Ideologie 27 f., 38
 Information 18, 80 f., 91, 106, 205
 — mittel 80, 201
 Innovation 6, 54, 68 f., 91 f., 115
 Integration 45 f., 49 ff., 77—80
 — soziale Int. 79, 91, 104, 106, 111 f.,
 179
 Interessen 27, 41, 46, 49 f., 51 ff., 58, 75—80,
 85, 90 f., 95 f., 100—107, 110
 — gruppen 24 f., 77 f.

 Jugendorganisationen 54, 91 f.
 Junge Arbeitnehmerschaft 59, 92 f., 185
 Junge Union 63, 67 f., 86, 90—92, 99,
 132 f., 148—151, 159 f., 168—171,
 186—193

 Kommissionen 57—60, 71, 85, 93—96
 Kommunalpolitik 48 f.
 Kommunalpolit. Vereinigung 86
 — Arbeitskreise 76, 164, 168 ff., 176 f.

Kommunikation 9, 18, 20, 23, 28, 41, 44,
68, 80ff., 97, 104, 106f., 109, 112f.
Konflikt 27, 54, 73, 85, 95f., 107—109,
114
Konkurrenz siehe Wettbewerb
Kontrolle 25
Kreisverband 56, 107f., 118ff., 200f.
Krisen 18

Legitimität 11f.

Macht 21ff., 106
Mandate 14, 39, 71, 83f., 98, 112, 149f.,
151f.
Meinungsforschung 24, 81
Minderheit 6
Mitgliedschaft 18, 30, 79, 81, 100, 104f.,
119f., 138, 171
— strukturen 69—74, 139, 142f., 166,
184f. 189
— versammlungen 75, 77f., 84f., 110,
113f., 177f., 190
— werbung 9, 19f., 44, 150, 159, 204
Mittelstandsvereinigung 86f., 136
Modelle 102f., 110, 199—207
Motivation 19, 71, 79, 82, 91, 101, 113

Nachbarschaft 46

Öffentlichkeit 96—100, 133, 150, 164f., 206
Oligarchie 7f., 14f., 27f., 30, 79, 95, 105
Opposition 27, 92, 138, 169
Organisation 16, Kapitel 2. passim
— gröÙe 20
Ortsverbände 58ff., 61—67, 71, 74—85,
99, 103, 107, 110, 124f., 131f., 152f.,
157, 160—181, 199, 203f.
Ortsvorsitzendenkonferenz 65f., 132

Parlament 37f.

Parteiausschuß 63—66, 71, 94, 98, 108ff.,
113f., 121f., 126, 128, 149, 172, 189f.
— gericht 61, 64, 120, 123, 132, 146f.
— gesetz 35f., 40f., 108, 115
— tag 60—64, 71, 83, 94, 98, 121f., 126,
128f., 145—160, 175, 191f.
— vorstand siehe Vorstand
Partizipation 20, 22f., 51,
Kapitel 5. passim
Personalauswahl siehe Selektion
Plebiszite 23, 34, 48
Pluralismus 10, 31, 85, 96, 102
Presse 67, 97ff., 150, 165, 203

Programm 12, 36, 40, 85
Projektgruppen 104, 110, 112f., 152ff.

Rationalität 17, 102, 105, 115
Raum 46f., 50, 102
RCDS 93, 95
Rechenschaftsberichte
siehe Geschäftsberichte
Reformen 100—116, 173, 199—207
Repräsentation 22f., 31, 34, 41, 48
Rolle d. Parteien 3f., Kapitel 3. passim

Satzung 36, 56f., 60, 118—127
Schüler-Union 59, 92f.
Selbstverwaltung 48, 51f.
Selektion 8, 29, 36, 40f., 61f., 73f., 82—85,
92, 113f.
Sozialausschüsse 63, 86, 89f., 99, 134ff.,
151, 158, 181—186
Sozialisation 44f.
Sozialstruktur 25, 69—74, 83, 89f.
Stabilität d. Parteiensystems 11, 38
Status d. Parteien siehe Rolle
Stratarchie 8, 25

Typologie 2, 17

Umfragen siehe Meinungsforschung
Umwelt 5ff., 12, 15, 23ff., 30
Unterbezirksverband 56, 107

Vereinigungen 57—60, 64, 71, 85—93, 96,
109f., 125, 181—196
— der Vertriebenen und Flüchtlinge 86
Verfassung 33f.
Vorstand 61—69, 73, 78f., 83f., 88, 91ff.,
95, 98, 108f., 113f., 120, 122f., 126,
130f., 150f., 155, 201ff.

Wahlen 18, 111

— analyse 65, 94, 150, 156, 188, 197ff.
— kreise 56, 75, 102
— kampf 84, 150, 166ff., 188, 206f.
system 38

Wähler 15, 24, 39, 69, 106, 111f., 116
Wettbewerb 27, 30, 41, 108, 111
Willensbildung 34, 40, 51, 61ff., 66, 68,
73, 75—81, 85, 88, 91, 95, 100, 104f.,
108f., 111f., 115, 188, 191
Wirtschaftsausschuß 86f., 99, 136f.

Zentralismus 10, 18, 26
Zieldefinition 17, 102